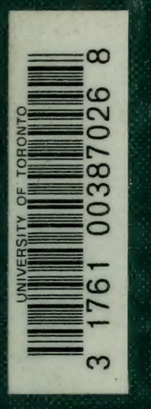
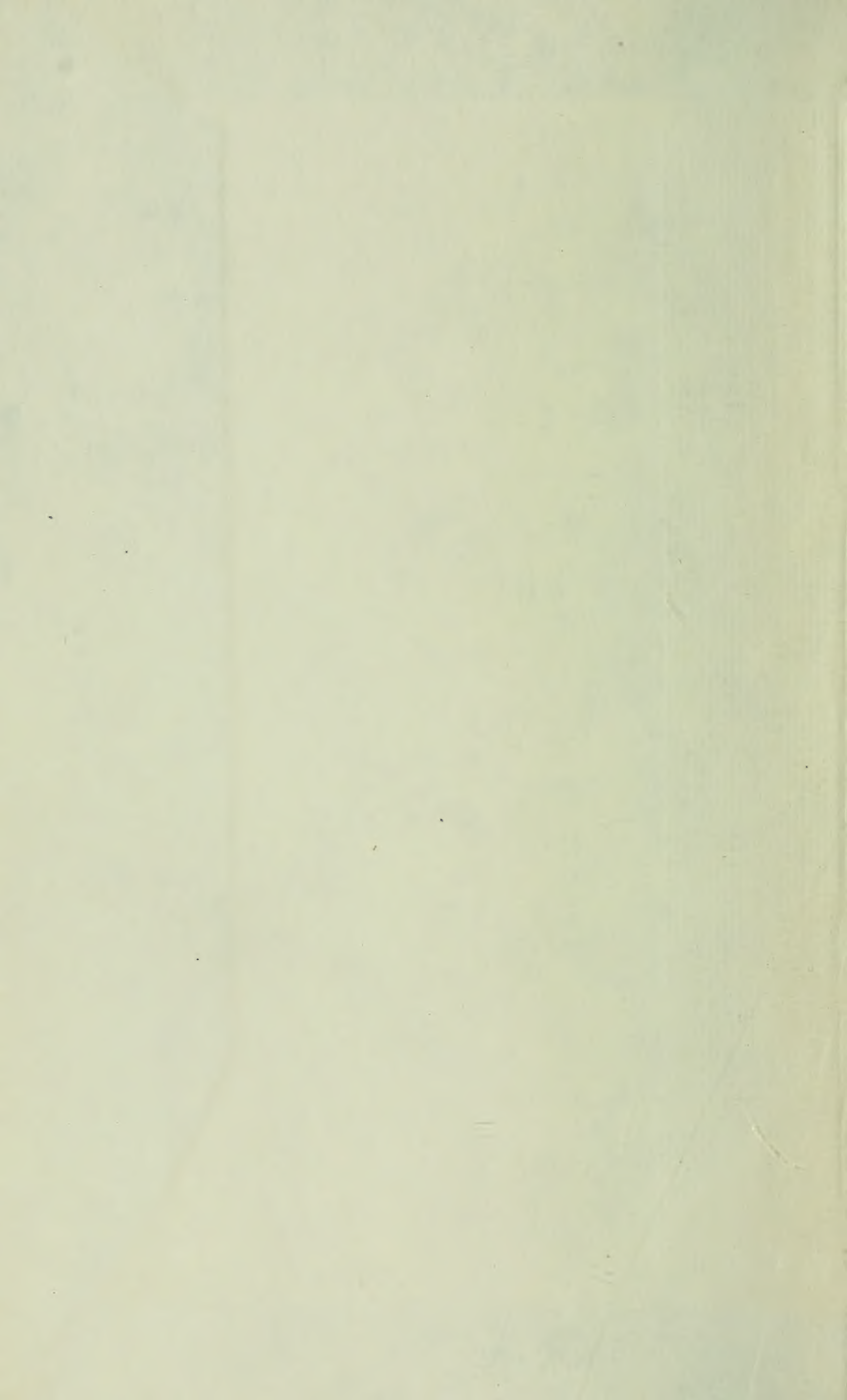
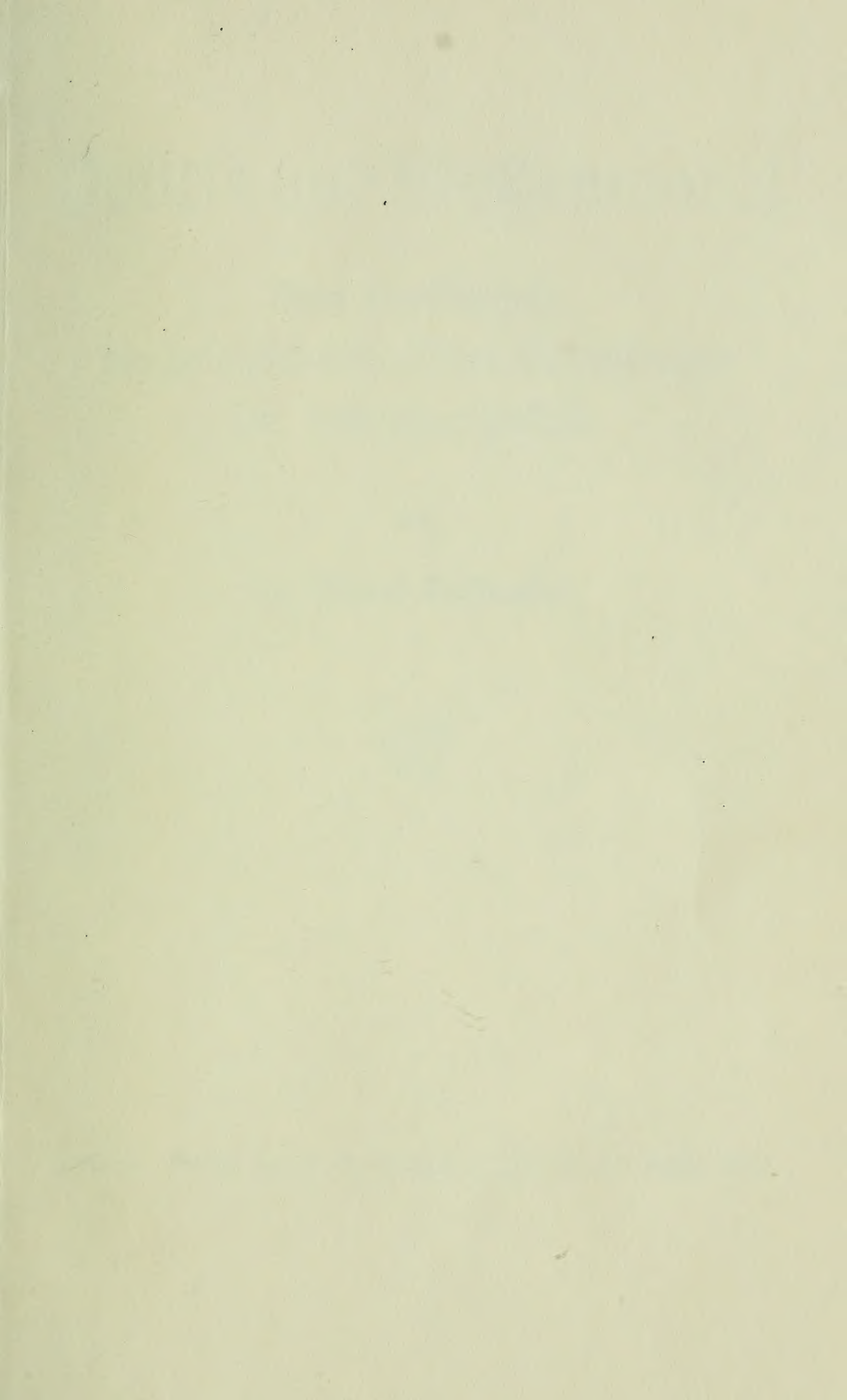

UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 00387026 8



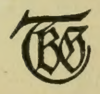


Politik und Massenmoral

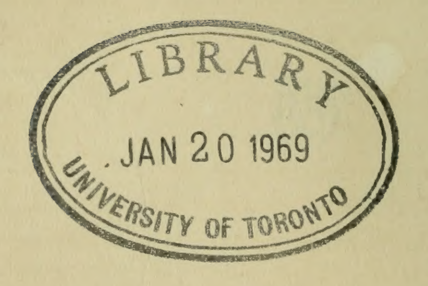
Zum Verständnis psychologisch-historischer Grundfragen der modernen Politik

Von

Dr. Arthur Christensen



Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin 1912


LIBRARY
JAN 20 1969
UNIVERSITY OF TORONTO

Vorwort.

Jedermann politisiert in unseren Tagen. Und doch trifft man selten Verständnis für das Wesen der Politik, ihren Zusammenhang mit dem Seelenleben und ihre Bedeutung in der Entwickelung. Das politische Interesse wird für die meisten von der Sorge um diese oder jene Gesetzvorlage und von der Frage, was dieser oder jener Politiker tut oder meint, absorbiert. Gegenüber den großen politischen und sozialen Problemen beschränkt man sich auf gewisse allgemeine Tendenzen, zu deren Verteidigung die Parteipresse und die politischen Versammlungen die Argumente liefern. Auch für Leute, deren Interesse sich weitere Ziele steckt, ist es überaus schwer, die Verhältnisse nüchtern anzuschauen, weil wir inmitten des politischen Getümmels leben, das uns nicht die Ruhe dazu läßt, eine breitere Auffassung jenseits der Zänkereien des Tages zu erlangen.

Unsere Zeit ist aber nicht nur die Zeit der Politik, sondern auch die der Antipolitik. Eine Strömung von Überdruß an aller Politik ist aufgekommen. Man sieht, daß die Volksherrschaft ihre Versprechungen goldener Berge nicht gehalten hat, daß der Gewaltmißbrauch in die neue Wohnung mit übergesiedelt ist. Man macht zuletzt die Entdeckung, daß die Schuld nicht so sehr an den Regierungsformen und Verfassungssystemen wie an der menschlichen Natur liegt, und ist versucht, in Verzweiflung alles aufzugeben. Dieser Standpunkt ist verständlich, ist aber unfruchtbar. Der Gedanke an die Möglichkeit der Verbesserung ist überhaupt der einzige Sporn zur menschlichen Tätigkeit, und solange es nicht unwiderlegbar bewiesen ist, daß die menschliche Gesellschaft sich nicht verbessern läßt,

1*

gebietet uns der soziale Selbsterhaltungstrieb, die Perfektibilität als vorläufig gegebene Grundlage zu betrachten. Dann drängt sich uns als erste Hauptfrage auf: Warum ist die politische Moral, sowohl innerhalb des einzelnen Staates als in den Beziehungen der Staaten untereinander, auf einer so niedrigen Stufe stehen geblieben? Erst durch das Verständnis der hierhergehörenden Erscheinungen kann man erwarten, die Wege zu finden, die möglicherweise zu einer Verbesserung führen. Ich sehe die Ursache des niedrigen Standes der politischen Moral in der Tatsache, daß die Politik überall und zu allen Zeiten, unter dem Absolutismus nicht weniger als unter aristokratischen und demokratischen Regierungsformen, mit der Masse operiert, und die ethische Entwickelung der Masse muß, infolge des besonderen psychischen Habitus derselben, unendlich langsamer fortschreiten als diejenige des Individuums.

Die Erwartungen dürfen ebendeshalb nicht zu hochgespannt sein. Namentlich gilt es, sich vor zwei Dingen zu hüten, vor Dogmen und vor Illusionen. Mit Dogmen und Illusionen kann man wohl Politik machen, sie helfen uns aber nicht zur Erkenntnis der Verhältnisse des politischen Lebens. Was not tut, ist wachsame Kritik und gesunde Skepsis. Gegenüber der Politik ist nicht Glaube, sondern Mißtrauen zunächst erforderlich. Denn die Politik arbeitet immer mit verhüllten Realitäten. Die innere Politik hat ihre Diplomatie wie die äußere.

Die Politik nüchtern zu betrachten ist sehr schwer. Jedermann muß von dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht, vom Wahlrecht der Frauen, von Nationalitätenfragen, von der Friedensbewegung usw. seine eigene Meinung haben; nur wenige sind jedoch imstande, diese Fragen unparteiisch zu untersuchen, die Argumente dafür und dagegen zu beurteilen und danach ihren Standpunkt einzunehmen. Ich habe mit diesem Buche bezweckt, den Suchenden eine Anleitung zum selbständigen Nachdenken über politische Probleme zu geben. Hoffentlich wird

meine subjektive Gesamtauffassung dessen, was man die „Philosophie der Politik" nennen könnte, den Lesern als das Ergebnis objektiver, an keine Parteiansichten gebundener Beobachtungen sich darstellen.

Die Möglichkeit, eine solche Philosophie der Politik zu schreiben, dürfte jetzt gegeben sein, nachdem die eifrig betriebene soziologische Wissenschaft durch eine Reihe von Untersuchungen über die Psychologie der Massen eine Ergänzung erhalten hat. Die Franzosen haben hier die Bahn gebrochen. Erst die Schriften von G. Le Bon und G. Tarde aus den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts haben die rationelle Untersuchung einer für das Verständnis der politischen Erscheinungen grundlegenden Frage eingeleitet, nämlich der Wechselwirkung zwischen Individuum und Masse. Die Psychologie der Massen ist aber noch keineswegs erschöpfend behandelt worden, und mein Buch wird, wie ich glaube, auch auf diesem Gebiete etwas Neues bieten können.

Kopenhagen, November 1911.

Arthur Christensen.

Inhaltsverzeichnis.

Erstes Kapitel.

Weltanschauung und politische Überzeugung.

Nous ne trouvons guère de gens de bon sens
que ceux qui sont de notre avis.
La Rochefoucauld.

Wir suchen nach einer Weltanschauung, d. h. nach einem Hauptnenner, in welchen, wenn nicht alle, doch jedenfalls solche Lebenserscheinungen, die für den einzelnen Wert haben, aufgehen. In unserem Streben nach einer Weltanschauung sind wir aber niemals unbefangen. Erstens drohen uns allerlei Suggestionen von außen. Nur eine verschwindend geringe Anzahl von Individuen sind imstande, dies erste Hindernis zu besiegen, aber nur um an der zweiten unübersteiglichen Klippe, der Suggestion von innen, unrettbar zu scheitern. Wir führen ja niemals aus dem nackten Boden unseren Gedankenbau auf. Ein jeder hat in seiner Natur Dispositionen, die ihn ohne sein Vorwissen in eine bestimmte Richtung dirigieren. Das Temperament ist der Anfang; es leitet unser Nachsuchen und sorgt dafür, daß wir eine Weltanschauung erlangen, die unserem Temperament angemessen ist. Es ist eine Illusion, wenn wir glauben, unsere Vorstellung vom Leben durch objektive, abstrakte Spekulation ausgebildet zu haben: wir haben die Wahrheit gesucht, aber unser Temperament hat uns zu einer solchen Wahrheit geleitet, nach der es uns am bequemsten war, uns einzurichten; es hat den fruchtbaren Elementen unserer Individualität den besten Boden geschaffen, uns

vielleicht noch dazu die Mittel gegeben, unsere Fehler zu verteidigen. Sicher ist, daß, wenn es eine absolute Wahrheit gäbe, die Menschen sie niemals erlangen würden, weil sie niemals aus ihrer subjektiven Begrenzung herauskämen. Das Suchen nach einer Weltanschauung läßt sich also näher bestimmen als das Suchen nach einem modus vivendi zwischen dem Ich und der Umwelt.

Ebendeshalb wird ein Individuum niemals ein anderes — in der eigentlichen Bedeutung des Wortes — „bekehren" können. Man kann die Urteilsfähigkeit unkritischer Leute bestechen und sie dadurch zum Nachsprechen gewisser Dogmen verleiten; Dogmen können aber die individuelle Natur nicht verändern. Eine gewöhnliche Erscheinung ist z. B. die Person, die stets das Christentum im Munde führt, während sie in Gesinnung und Tat höchst unchristlich ist. Solche Leute werden Heuchler gescholten, sehr oft aber mit Unrecht; denn Heuchelei setzt eine Selbsterkenntnis voraus, die nur bei einer gewissen Intelligenz bestehen kann. Sie sind eben Menschen, die mißverständlicherweise eine Weltanschauung angezogen haben, die ihnen nicht paßt. Die anderen sehen immer besser als man selbst, wie die Kleider einem sitzen.

Daß die politischen Anschauungen heutzutage in dem Vordergrunde des ganzen individuellen Anschauungskomplexes stehen, ist eine offenbare Tatsache und zeigt sich schon darin, daß die Tageszeitungen sich nach politischen Gesichtspunkten rubrizieren. Die politischen Anschauungen umfassen aber Sonderansichten über andere Erscheinungen des Lebens. Ein konservatives Organ hat andere Meinungen über Religion, Literatur und dergleichen unpolitische Dinge als eine radikale Zeitung. Es verhält sich nämlich so, daß die politischen Gegensätze nichts anderes sind als die äußeren Exponenten der Gegensätze der Weltanschauung. Bei der demokratischen Entwickelung ist die Politik ein dominierender Machtfaktor geworden — wie

die Religion im Mittelalter —, und nun tritt die politische Farbe hervor als bestimmend für den Standpunkt der Individuen, einen Standpunkt aber, der an und für sich alle Lebenserscheinungen, die überhaupt in der Interessensphäre der Individuen einen Platz haben, in sich schließt. Der uralte Streit zwischen den Weltanschauungen, zwar in neuen Formen, aber die Gegensätze sind dieselben, weil sie dem Tiefsten im Menschen entstammen, dem Temperament, d. h. den auf dem physischen und psychischen Totalhabitus beruhenden Dispositionen.

Ausgeprägte Temperamente sind nun überhaupt selten; die meisten sind verschwommen und schwer definierbar. Solche mit unklaren Temperamenten begabte Personen sind im allgemeinen in ihren Anschauungen mehr von außen als von innen bestimmt, und in desto höherem Maße, je geringer der Intelligenzgrad und die Bildung ist. Erstens wirkt das materielle Interesse. Man glaubt, nach reifer Überlegung dessen, was dem Lande und Volke am besten dient, seine politische Anschauung gebildet zu haben; in der Tat hat die Rücksicht auf persönliches materielles Interesse die Richtung angegeben, in welcher man seine politische Überzeugung zu suchen hätte. Der Sozialismus hat als nächstes Ziel die Aufbesserung der Lage der Arbeiter; also sind die Arbeiter Sozialisten aus „Überzeugung". Der Arbeitgeber, der „konservativ" wird, nachdem er als Arbeiter Sozialdemokrat gewesen, ist ein besonders lehrreiches Beispiel. Dann gibt es auch Leute, die, weil ihre materiellen Verhältnisse ihnen den Weg zur politischen Überzeugung nicht direkt anweisen, von ihrem Milieu gebildet werden. Ihre Umgebungen und allerlei zufällige Umstände legen die Grundlage und leiten sie in der Wahl ihrer Leiborgane, die wiederum die gegebene Basis verstärken und sie mit den nötigen politischen Schlagwörtern versehen, welche sie weder durchdenken können noch wollen; sie begnügen sich damit, den Direktiven zu folgen, die ihnen gegeben werden, und indem sie

unwillkürlich die Anstrengung scheuen, ihren Standpunkt zu revidieren und eventuell sich einer neuen Anschauung anzupassen, widersetzen sie sich allen Bekehrungsversuchen mit einer Halsstarrigkeit, die sie Überzeugungstreue nennen. Ebenso, wie man von „Gewohnheitschristen" spricht, kann man von „Gewohnheitskonservativen" und „Gewohnheitsliberalen" sprechen.

Neben diesen beiden Gruppen: den profitbestimmten und den gewohnheitsbestimmten Parteigängern, gibt es eine kleine Minorität von Leuten, die in ihren politischen Anschauungen von inneren Motiven geleitet sind; das sind die Temperamentbestimmten. Auch diese entgehen nur selten der Beeinflussung der materiellen Interessen und des Milieus — wenn auch des durch das Temperament teilweise frei gewählten Milieus —, und dieser Umstand macht es möglich, daß die temperamentbestimmten politisch Interessierten sich zu Parteien zusammenschließen können und nicht in Einheiten auseinanderfallen.

Die den Temperamenten entstammenden politischen Anschauungen lassen sich auf zwei — oder, wenn man will — drei Hauptstandpunkte zurückführen: positiven und negativen Konservatismus und Progressismus. Der positiv Konservative meint, daß die vorhandenen Verhältnisse im ganzen gut sind und keiner Veränderung bedürfen, während der negativ Konservative wohl auch keine Veränderungen haben will, doch mit der Begründung, daß die Dinge zwar schlecht stehen, daß aber eine Verbesserung nicht möglich sei.*) Der Progres-

*) Dies ist der Standpunkt der Skeptiker. Man lese den klassischen Replikenwechsel zwischen Candide und Martin bei Voltaire: Croyez-vous, dit Candide, que les hommes se soient toujours mutuellement massacrés comme ils font aujourd'hui? qu'ils aient toujours été menteurs, fourbes, perfides, ingrats, brigands, faibles, volages, lâches, envieux, gourmands, ivrognes, avares, ambitieux, sanguinaires, calomniateurs, débauchés, fanatiques, hypocrites et sots? — Croyez-vous, dit Martin, que les éperviers aient toujours mangé

sist sieht ebenso wie der negativ Konservative die Schattenseiten der gegenwärtigen Verhältnisse — übersieht vielleicht gar deren mögliche Lichtseiten —, und weil er an die Möglichkeit der Verbesserung glaubt, will er an der fortschrittlichen Bewegung mitarbeiten. Man darf sich nicht von den Parteibenennungen beirren lassen; die Parteien ändern sich, während die Namen stehen bleiben und allmählich irreführend werden. Parteien, die sich „konservativ“ nennen, sind bisweilen gemäßigt fortschrittliche, und „fortschrittlich“ genannte Parteien können verhältnismäßig konservativ sein. Parteitemperament und Parteiname decken sich nicht immer. Unter die Progressisten müssen auch die Reaktionäre — im echten Sinne des Wortes — gerechnet werden. Das Wort „Reaktionär“ wird oft, namentlich in polemischem Sinne, mißbräuchlich von Konservativen gebraucht; es gibt aber einen wesentlichen Unterschied: der Reaktionär, ebenso wie der Progressist mit den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zufrieden, will dieselben reformieren; statt aber neue und ungeprüfte Dinge einzuführen, glaubt er bei der Wiederaufnahme dessen, was sich früher bewährt hat, den Fortschritt am besten zu sichern.

Auch hier gilt es, daß absolute Standpunkte im wirklichen Leben nicht existieren; keiner ist so konservativ, daß er nicht in dem einen oder anderen Punkte Veränderungen wünscht, und keiner ist dermaßen progressistisch, daß er nicht irgend etwas stehen lassen will. Der negativ Konservative nimmt einen Zwischenstandpunkt ein, ist in seinem Konservatismus sozusagen latent progressistisch: eine neu erworbene Überzeugung von der Möglichkeit des Fortschritts wird ihn in das progressistische Lager versetzen.

---

des pigeons quand ils en ont trouvé? — Oui sans doute, dit Candide. — Hé bien, dit Martin, si les éperviers ont toujours eu le même caractère, pourquoi voulez-vous que les hommes aient changé le leur?

Wenn wir nun die Möglichkeiten der politischen Propaganda näher ansehen, dann versteht es sich von selbst, daß eine Bekehrung bei den Temperamentbestimmten schwer zu bewerkstelligen ist. Die Wahrheit einer politischen Anschauung läßt sich doch nicht mit Logik beweisen, und man wird immer ebenso viele Argumente gegen wie für jede Anschauung anführen können. Im Temperament hat das Individuum einen Führer, der sich nicht leicht auf Irrwege leiten läßt. Das Temperament kann sich gewiß ändern, wodurch die politischen Anschauungen ebenfalls wechseln können; ein solider, chronischer Magenkatarrh vermag in dieser Hinsicht mehr als zehn Agitatoren. Sehr gewöhnlich ändert sich auch der politische Standpunkt mit dem Alter und am häufigsten solchermaßen, daß der progressistische Eifer abnimmt und wohl auch in positiven oder negativen Konservatismus umschlägt, nach der Richtung, in welcher das Temperament schwingt.*)

Wenig wirkungsvoll, wie die Agitation bei den Temperamentbestimmten ist, erfordert sie, wie wir gesehen haben, auch bei den Gewohnheitsparteigängern das Überwinden eines gewissen Widerstandes, der aber, nur aus Trägheit geboren, zu überwinden ist, namentlich wenn es gelingt, diesen Leuten einzureden, daß diese oder jene Politik für sie materiell vorteilhaft sei, und sie dadurch aus der Klasse der Gewohnheitsbestimmten in die der Profitbestimmten überzuführen. Diese letzten sind nämlich die dankbarsten Objekte der Propaganda. Deswegen verheißt man den Arbeitern Versorgung, den Bauern Eisenbahnen, den Industriellen Schutzzoll usw. Man lockt mit dem handgreiflichsten Profit. Hier hat die Wahlrhetorik mit ihren Wahrheitsverdrehungen und Perfiditäten ihre eigenste Domäne. Mit dem Gemeinwohl fängt man nur gerade die Stim-

*) Dieselbe Entwickelung ist gewöhnlich bei den Profitbestimmten zu beobachten, wenn sie sich mit den Jahren auf den Speck hinaufgearbeitet haben.

men derer, die man überzeugen kann, daß die geplante Wohlfahrt vor allen Dingen ihnen selbst Vorteil bringen wird.

Das Freiheitsideal gedeiht vortrefflich — in der Theorie. Praktisch ist es damit wie mit anderen Gemeinidealen anderer Zeiten gegangen. Man gibt die Freiheit auf, um durch kompakt geschlossene Kollektivitäten die Macht zu erringen, d. h. die freie Verfügung über die Gemeingüter, die Macht, sie nach Belieben zu verteilen. Die politische Agitation muß sich dann in steigendem Maße materialisieren, je mehr die geschichtliche Entwickelung dahin neigt, die wirtschaftlichen Fragen zu den alleinbestimmenden Faktoren des politischen Kampfes zu machen. Daß wir in dieser Richtung marschieren, kann keinem unbefangenen Beobachter zweifelhaft sein.

Diese Entwickelung ist nicht zu beklagen. Sie wird nach und nach die Politik geschäftsmäßiger gestalten, brutaler vielleicht, wird aber gleichzeitig viele Illusionen und viele politische Heuchelei entfernen. Der uralte Kampf zwischen Weltanschauungen wird selbstverständlich deshalb nicht aufhören, er wird auf freierer Arena ausgekämpft werden können. Wie die Religion in der gärenden Ideenwelt der Weltanschauungen sich schon in bedeutendem Maße niedergeschlagen hat, wird sich auch die Politik niederschlagen. Die temperamentbestimmten Weltanschauungen werden so wenig aus der Politik wie aus der Religion verschwinden, aber sie werden hüben wie drüben nur eine Nebenrolle spielen, und sie werden sich einen neuen Tummelplatz aussuchen, wo das große Ringen in neuen Formen fortgesetzt werden kann.

An eins muß immer erinnert werden: die temperamentbestimmten Weltanschauungen ringen nicht miteinander, um sich zu besiegen und zu vernichten, denn sie sind alle gleich notwendig, und sie sind unsterblich, eben weil sie temperamentbestimmt sind. Sie ringen miteinander, um die Weltentwickelung im Gleichgewicht zu halten.

Zweites Kapitel.

Die Masse.

> Les hommes n'aiment pas à s'approfondir jusqu'à un certain point; ils vivent au jour la journée avec leur conscience. C'est surtout dans les siècles corrompus qu'on se scandalise aisément et qu'on exige des livres qu'ils nous donnent bonne opinion de nous-mêmes: on voudrait être flatté par des philosophes; mais des hommes simples et droits supporteraient sans horreur la dissection du cœur humain. Rivarol.

I. Die Bedeutung der Suggestion als masseschaffender Faktor.

Die geschichtliche Entwickelung gründet sich nicht nur auf individuelle Lebensanschauungen, sondern auf die Wechselwirkung individueller und kollektiver Lebensanschauungen, auf das Wechselspiel zwischen Persönlichkeit und Masse. Die Persönlichkeit, die selbst aus dem Massenmilieu hervorgegangen, d. h. von gesellschaftlichen, lokalen und zeitlichen Einflüssen bestimmt ist, leistet den Einsatz ihrer Individualität, gibt neue Ideen, die mehr oder minder schnell und nachhaltig von der Masse absorbiert werden. Ein fortwährendes Zuströmen neuer Gedanken zur Masse geht somit vor sich, meistens mit starker Vergröberung und Verflachung verbunden, wodurch die Ideen der Fassungskraft der Masse angepaßt werden. Wenig zusammenhängend, konfus, grob und in seinen Umrissen schwankend, wie diese Massenweltanschauung ist, vermeidet sie doch instinktiv die ärgsten Widersprüche und gestaltet sich zu einem in seiner allgemeinen Richtung definierbaren Strom. So entstehen und ändern sich Zeitgeist und öffentliche Meinung, so

entstehen und ändern sich Parteien und Sekten. Die Massen sind die von jedem selbständigen Gedanken entblößten, blinden Werkzeuge der geschichtlichen Entwickelung, Heere von namenlosen Einheiten, deren grobes Geschütz die kollektiven Weltanschauungen bilden, ob diese nun Römergeist, Muhammedanismus, Christentum, Renaissancegeist, Romantizismus benannt werden oder den Namen: Protestantismus und Katholizismus, Konservatismus und Liberalismus, Nationalismus, Sozialismus usw. führen. Keine Idee wird eher siegen, als bis eine Masse sie auf ihre Fahne geschrieben hat, kein Dichter kann ohne die Masse sein Handwerk treiben, kein Monarch, keine Regierung wird existieren können ohne Massen, die auf sie schwören. Jede Regierungsform ist in Wirklichkeit ein Ausdruck des Willens der Massen, der Absolutismus ebenso wie die demokratische Konstitution.

Eine „Masse" läßt sich kurz definieren als eine Gruppe von Individuen, die in einem gegebenen Augenblick von einer gemeinsamen Idee oder einem gemeinsamen Verlangen erfüllt und sich dieser Gemeinschaft des Gedankens, des Willens oder des Wirkens bewußt ist. Nicht jede zufällige Ansammlung von Individuen bildet eine Masse im soziologischen Sinne des Wortes. Die Menge, die in einer belebten Straße hin und her läuft, ist keine „Masse", weil kein gemeinsames Band die einzelnen verbindet. Wenn aber die Spaziergänger wegen irgendeines Ereignisses, eines Unglücksfalles oder einer Verhaftung oder um einen Straßenprediger anzuhören sich drängen, dann ist der Kontakt geschlossen, ein gemeinsames Bewußtseinsmoment verbindet die Individuen, die zufällige Menge ist eine „Masse" geworden.

Das Zaubermittel, welches diese Verwandlung hervorbringt, ist die Suggestion. Die Suggestion bringt die Aufmerksamkeit, den Gedanken und den Willen der einzelnen in einen Brennpunkt zusammen und ermöglicht erst dadurch ein gemeinsames

Wirken. Ohne die Suggestion wäre jeder psychische Zusammenhang zwischen einer größeren Anzahl von Menschen von verschiedenem sozialen Ursprung und Bildungsniveau ausgeschlossen. Deshalb ist die Suggestion als der grundlegende Faktor der Psychologie der Massen anzusehen.

Suggestion nennt man den Vorgang, durch welchen man dem Individuum ohne dessen Willen eine Vorstellung beibringt, die seine Denkprozesse in eine bestimmte Richtung hineinzwingt. Bestimmend für einen Suggestionszustand ist, um mit Wundt zu sprechen, daß eine „Einengung des Bewußtseins" stattfindet, eine „Einengung", die unter gegebenen Bedingungen mit solcher Stärke wirken kann, daß sie zur „Wachhypnose" wird. Wenn ich durch zähe Wiederholung einer Behauptung, ohne Beweise oder Argumente zu geben, eine Person veranlasse, daran zu glauben, dann liegt ein Fall von Suggestion vor. Die Behauptung mag so vernunftwidrig sein, daß ein einfaches Nachdenken ihre Unhaltbarkeit zeigen würde; die Einengung des Bewußtseins verhindert aber ein solches Nachdenken seitens der suggestiv beeinflußten Person und macht sie für logische Einwände von fremder Seite unempfänglich. Suggestion kann auch ohne Worte, durch Gesten und Mienen ausgeübt werden. Wenn das Kind den Bewegungen des Zeigefingers folgt, oder wenn jemand durch Stillstehen auf der Straße und fortwährendes Anblicken eines Hauses die Vorbeigehenden zwingt, der Richtung seines Blickes zu folgen, dann haben wir es ebenfalls mit Suggestionserscheinungen zu tun.

Die Suggestion ist ein universelles Phänomen, das alle trifft und in alle Verhältnisse eingreift. Die Kunst der Reklame ist die Kunst, das Publikum zu suggestionieren; wir begegnen so oft einem bestimmten Firmanamen, daß wir schließlich die Firma aufsuchen, um bei ihr unsere Einkäufe zu machen, obwohl wir nicht die geringste Garantie dafür haben, bei ihr

besser als bei ihrem Nachbar bedient zu werden. Wir besuchen das Theater, um uns suggestionieren zu lassen. Wenn es heißt, daß das Theaterstück „illusionierend" wirkt, wird eigentlich „suggestiv" gemeint: in der Regel sind wir uns doch immer klar bewußt — so sehr das Drama uns auch fesselt —, daß es Theater ist und keine Wirklichkeit; nur selten hat die Suggestion eine echte „Illusion" zur Folge, so daß der Zuschauer z. B. dem Helden zuruft, er solle sich in acht nehmen, weil der Schurke einen Revolver in der Tasche habe.

Die Spekulation, die an der Börse Hausse und Baisse bewirkt, arbeitet mit der Suggestion. Der Begriff „Aktualität" beruht auf Suggestion: es gibt keinen vernunftgemäßen Grund dazu, daß ich heute, wenn ein berühmter Nordpolfahrer heimkehrt, mich für Eskimos und Eisbären interessiere, wenn diese Dinge mir gestern gleichgültig waren und es nach einer Woche wieder sein werden. Ein anderes Beispiel: Ein berühmtes Originalbild, ein Rembrandt oder ein Rubens, hat einen Marktwert von 800000 Mark, während eine Kopie, die so ausgezeichnet ausgeführt ist, daß selbst die größten Kenner sie schwer vom Original zu unterscheiden vermögen, für 1000 Mark zu haben ist. Original und Kopie haben offenbar genau dieselbe Macht, einen bestimmten Kunsteindruck hervorzubringen, mit anderen Worten, ihr ästhetischer Wert ist genau derselbe. Die 1000 Mark repräsentieren also — wenigstens annähernd — den wirklichen Kunstwert, die übrigen 799000 Mark repräsentieren — die Suggestion.*)

---

*) Der Übersichtlichkeit halber haben wir hier abgesehen von einem Moment, das gerade in diesem Falle sicher mitwirken würde, nämlich von der Konträrsuggestion. Die Kopie ist vielleicht mehr als 1000 Mark wert, allein der Umstand, daß sie „nur" eine Kopie ist, drückt ihren Verkaufswert herab. Die Konträrsuggestion ist ebenfalls eine gewöhnliche Erscheinung, die auf die Masse sowohl als auch auf die Individuen ihren Einfluß übt. Auf gewisse Menschen wird eine übertriebene oder aufdringliche Anpreisung einer Ware ab-

Sehr bekannt ist die Einwirkung der Suggestion auf den physischen Zustand des Individuums, ihre Macht, sowohl Krankheiten als Genesung zu fördern. In ein Hospital in Kopenhagen wurde als Patientin eine Frau eingebracht, die an einem Geschwür am Unterleibe litt. Sie verlangte dringend, operiert zu werden. Die Ärzte schritten dann zu einer Operation; es zeigte sich aber, daß die Entfernung des Geschwürs unmöglich war. Um die Patientin zu beruhigen, redeten die Ärzte ihr ein, die Operation wäre glücklich vollzogen. Gegen alle Erwartung genas die Patientin. Als sie kurze Zeit nachher durch einen Unglücksfall ums Leben kam, obduzierte man die Leiche, und es zeigte sich, daß die Geschwulst verschwunden war. Die Befreiung von einer deprimierenden Selbstsuggestion mit gleichzeitigem Erwecken einer heilsamen Suggestion hatte bei der Frau die physische Konstitution so sehr gestärkt, daß diese die Krankheit überwunden hatte. Solche Fälle finden sich zahlreich in Krankenberichten und in Beschreibungen von Wunderkuren.

In vielen Fällen wird die Wirkung der Fremdsuggestion — der Suggestion von außen, die durch fremden Willen ausgeübt wird, — durch Selbstsuggestion gesteigert. Auch sonst ist die Selbstsuggestion eine sehr wichtige Erscheinung.

---

schreckend wirken. Sie werden weniger geneigt sein, ein bestimmtes Buch zu lesen, wenn sie von allen Seiten dazu aufgefordert werden, und eine Melodie wird ihnen unleidlich, weil sie populär ist. Auch hier liegt eine Einengung des Bewußtseins vor, eine Suggestion, aber eine Suggestion von umgekehrter Art. Noch häufiger ist die konträrsuggestive Wirkung eines Verbotes („Verbotene Frucht reizt"). Wenn man jemandem vom Lesen eines Buches abrät, wird er oft dadurch gerade Lust bekommen, das Buch zu lesen; wird es von den Behörden verboten, ist sein Erfolg sicher — wobei jedoch die Suggestion der Sensation mit der Konträrsuggestion zusammen wirkt. Eine politische Rede, die vor einem gemischten Publikum von Anhängern und Gegnern gehalten wird, wirkt auf diese konträrsuggestiv mit derselben Kraft, wie sie auf jene suggestiv wirkt: Die Gegner werden in ihrer Abneigung gegen die vorgebrachten Anschauungen bestärkt.

Sie liegt z. B. vor, wenn jemand durch Konzentrierung seiner Aufmerksamkeit auf eine bestimmte Stelle seines Körpers daselbst eine Empfindung von Jucken hervorruft, oder wenn man zu frieren anfängt beim Anblick von Leuten, die im Winter baden, oder vielleicht gar beim bloßen Gedanken an das Baden in der See zu jener Jahreszeit. Der Schwindel ist eine charakteristische Art von Selbstsuggestion. Die Furcht vor dem Fallen bewirkt eine solche Einengung des Bewußtseins, daß man an nichts anderes denken kann als an den Abgrund, der sich vor den Füßen öffnet, und bringt eine Empfindung des Kitzels hervor wie beim wirklichen Fallen. Die Vorstellung des Fallens kann jemanden mit solcher Gewalt packen, daß sie ihn zwingt, sich hinabzustürzen. Die sogenannten Idiosynkrasien, Ekel beim Anblick oder Geruch von oder bei der Berührung mit gewissen Tieren, Pflanzen oder Dingen, die bei den meisten Menschen dieses Gefühl nicht hervorruft, beruhen auf Suggestion, ebenso wie Zwangsvorstellungen und fixe Ideen. Vorurteile beruhen teils auf Fremdsuggestion, teils auf Selbstsuggestion: es gibt ja sowohl allgemeine Vorurteile, die in der Zeit liegen oder in gewissen gesellschaftlichen Kreisen ihre Wurzel haben, als auch persönliche, selbstgeschaffene Vorurteile.

Die Fremdsuggestion ist von zweifacher Art, indem sie entweder von einer bestimmten Person ausgeht oder von dem ganzen Milieu, in welchem wir leben. Personensuggestion wird z. B. von Eltern und Lehrern ausgeübt — beruht ja doch die ganze Erziehung wesentlich auf der richtigen Anwendung der Suggestion —, ferner von Priestern und Ärzten wie überhaupt in allen Beziehungen, wo auf der einen Seite Autorität steht, auf der anderen mehr oder minder blindes Zutrauen. Starke Charaktere suggestionieren immer die schwächeren. Propheten und Religionsstifter sind nur selten hervorragende Intelligenzen, sind aber immer ausgeprägte Charaktere, denen

die Selbstsuggestion der Monomanie eine außergewöhnliche Suggestionskraft verleiht. Fürsten und Staatsmänner wirken suggestiv, schon durch ihre exzeptionelle und erhöhte Stellung und durch die Macht, die sie besitzen, oder die man ihnen jedenfalls zuschreibt; ihr Tun und Treiben wird mit eifrigem Interesse verfolgt, auch in Sachen, wo dies Tun und Treiben das Wohl der Staatsbürger gar nicht berührt, und ihre Worte, selbst die banalsten, werden durch den Telegraphen in die Ferne hinausgeschickt. In geringerem Grade gilt dasselbe von allen öffentlichen Persönlichkeiten, dem Gelehrten und dem Börsenmann, dem Schauspieler und dem Schriftsteller, dem Fußballspieler und dem Championringer: jeder hat seinen Kreis von Suggestionierten, die sich für seine Worte, Handlungen und intimsten Verhältnisse interessieren. Jede Art von „Snobbismus" ist ein Suggestionszustand. Ein volkstümlicher Schriftsteller findet einen offenen Markt für alles, was ihm gefällt herauszugeben, so minderwertig es auch sein mag, und gar die noch minderwertigeren Dinge, die er selber tief unten in seinem Schreibpult begraben hatte, werden gelesen, wenn sie nach seinem Tode von unbarmherzigen Überlebenden herausgegeben werden. Auch in der Erotik spielt die Suggestion mit der darin liegenden Einengung des Bewußtseins eine außerordentlich große Rolle; mit Geschlechtstrieb, Gesellschaftstrieb und Suggestion ist wohl überhaupt das Wesen der Erotik erschöpft. Volksredner und Rechtsanwälte sind technisch ausgebildete Suggestioneure. Im Prozeßverfahren hat die Suggestion ihren hervorragenden Platz. Aktor und Defensor streben jeder für sich darnach, den Richter zu suggestionieren. Für diesen bildet jedoch seine fachmännische Erfahrung ein Gegengewicht gegen die Suggestion. Dasselbe läßt sich wohl aber von den Schneidern und Schustern der Schwurgerichte nicht sagen, welche ohne Rücksicht auf psychologisches Verständnis und Erfahrung gewählt und zwei geübten Suggestioneuren preisgegeben wer-

den, von denen jeder im Interesse seiner Sache alles aufbietet, um ihr Bewußtsein einzuengen und sie zu verhindern, das Sachverhältnis nüchtern zu beurteilen.

Die Mittel der Personensuggestion sind mannigfaltig und je nach den Verhältnissen verschieden. Viele Leute sind am meisten für Pomp und Pracht empfänglich, aber auch Prunklosigkeit wird als wohlberechnetes Suggestionsmittel benutzt: es wird ebensowohl für den einfachen Filzhut eines volkserkorenen Präsidenten „gesnobbt" wie für eine mit Orden behängte Galatracht. Andere werden durch Geist und Paradoxe oder durch Emphase und Pathos gefesselt. Rhetorik, Poesie und Musik sind potenzierte Suggestionsmittel. Das einfachste und gleichzeitig das wirksamste aller Werkzeuge der Suggestion ist jedoch das Wort, das Wort in allen Formen, in Prosa und in Poesie, das Wort ohne Beweis, die immer und immer wiederholte Behauptung und die kategorische Versicherung. In einem Seebade war eines Tages das Gerücht entstanden, daß die „Seeschlange" draußen läge, einige Meter vom Strande. Alle strömten herbei, und alle sahen deutlich den Kopf des Ungetüms, der von Zeit zu Zeit aus dem Wasser hervortauchte. Selbst Skeptiker waren von der Existenz dieses mystischen Wesens fest überzeugt. Einige photographierten das Tier, andere sprachen davon, in einem Fischerboote herauszurudern, um es in der Nähe zu untersuchen. Ein Steinfischer kam hinzu und erklärte, daß die „Seeschlange" nichts anderes sei als ein brauner Stein, den die Wellen bald bedeckten, bald wieder zum Vorschein kommen ließen. Jahrelang hatten die Badegäste den Stein betrachtet, ohne daß jemand auf den Gedanken gekommen wäre, daß er einem Seeungeheuer ähnlich sei; sobald aber jemand versicherte, er sei ein lebendiges Wesen, erschien er in aller Augen als ein solches, bis die durch die Suggestion hervorgerufene Illusion durch die Erklärung des Steinfischers ebenso schnell verschwand, wie sie aufgetaucht war.

Und das Wort, die Behauptung, schafft nicht nur Glauben, sondern feuert auch die Massen zum Handeln an. Bekannt ist die Wirkung des Catonischen „Ceterum censeo Carthaginem esse delendam“. Am stärksten wirkt in dieser Hinsicht das Schlagwort, die bündige Phrase, die in aller Kürze eine ganze Weltanschauung zu enthalten scheint. Das Schlagwort entspricht genau dem Bedarf der Masse: es ist oberflächlich, generalisierend, jeder präzisen Meinung bar, weckt aber eine unbestimmte Gefühlsvorstellung, die vorzüglich dazu geeignet ist, Impulse hervorzurufen. „Rückkehr zur Natur“, „Los von Rom“, „der Kampf gegen das Kapital“, „das Recht des Lebens“, „das Jahrhundert des Kindes“ usw. sind Phrasen, die in abstrakter Allgemeinheit gewisse Tendenzen resümieren, und die, indem sie in den Augen der Massen den Schlüssel zur Lösung großer gesellschaftlicher Probleme zu enthalten scheinen, diese einer selbständigen gedankenmäßigen Vertiefung in die Probleme überheben, die außer dem Bereich der Möglichkeiten des Massengeistes liegt, weil die Masse weder zu räsonnieren noch zu argumentieren vermag. Le Bon sagt in seiner grundlegenden Arbeit über die „Psychologie der Massen“, daß die Räsonnements der Masse in der „Zusammenstellung grundverschiedener Dinge, die nur eine oberflächliche Ähnlichkeit haben, und in der augenblicklichen Verallgemeinerung spezieller Fälle bestehen“. Richtiger wäre, daß die Masse nur für Räsonnements genannter Art suggestiv empfänglich ist. Eine selbständige Gedankenarbeit zu leisten, dazu ist die Masse ihrer Natur zufolge nicht imstande. Das Schlagwort ist ein stark wirkendes Stimulans, das bei der Masse heftige Reflexbewegungen auslöst, und das nur gegenüber solchen Massen wirkungslos bleibt, die schon durch eine entgegengesetzte Suggestion immunisiert sind. Und die Schlagwörter können immer und immer wieder gebraucht werden, ohne dadurch eine Schwächung zu erfahren. Lange nachdem die praktischen Verhältnisse sie

jeder Bedeutung beraubt haben, leben sie weiter und wirken lediglich durch den bekannten und beliebten Klang der Worte.

Die Milieusuggestion baut sich auf der Überlieferung und der öffentlichen Meinung, Beiträgen der Toten und der Lebenden auf. Sie wirkt im kleinen durch das Heim und den Umgangskreis, im großen durch Mode, literarische und künstlerische Richtungen, alle jene soziablen Tendenzen, die zusammen das ausmachen, was man den Zeitgeist nennt, und was in besonders geschlossenen und einheitlich geprägten Perioden sich zum „Stil" verdichtet. Ein einziges Beispiel wird zeigen, welche Macht in der Milieusuggestion liegt. Die verfeinerte Salonwelt des 18. Jahrhunderts hatte die Kunst ausgebildet, mit derselben milden, harmonischen Ruhe zu sterben, mit welcher sie gelebt hatte. Besonders die Frauen verstanden, in stilvoller Weise zu sterben. Mit Takt und Anstand verließen sie die Welt, ohne ein Zeichen der Furcht oder des Schmerzes, welches die Überlebenden verstimmen konnte. „Man konnte diejenigen zählen," schreiben die Brüder Goncourt („La Femme au 18e siècle"), „die nicht in ihren letzten Stunden ihrem Leben, ihren Grundsätzen, ihrem Rang, sogar ihrem Unglauben treu blieben. Bei den Worten: ‚Frau Herzogin, der liebe Gott ist da; erlauben Sie, daß er hereinkomme? er möchte die Ehre haben, Ihnen die letzte Ölung zu geben', finden einige die Kraft, sich im Bett zu erheben wie zum Empfang eines Königs; andere haben noch Willensstärke genug, um einen Gott, dessen sie nicht bedürfen, zurückzuweisen. Sterbende Frauen rufen ihren Koch und geben ihm den Auftrag, die Gäste gut zu bewirten, damit sie ihre Tafel nicht verlassen. Es gibt Frauen, die die Langeweile einer schleichenden Krankheit damit vertreiben, ein Testament zu schreiben, in welchem sie keinen von ihren Verwandten, Freunden und Bekannten, keinen von ihren Armen vergessen, ein Meisterwerk von Klarheit, ein Wunder von Proportionalrechnung! Diese bekränzen ihren Tod, umgeben ihn mit Blu-

men, mit Tänzen, Komödien, mit einer Liebe der letzten Stunde; jene reimen ihre Grabschrift ... Etliche verfassen satirische Couplets wenige Stunden vor ihrem Tode, andere antichambrieren an der Schwelle des Todes, indem sie Lieder singen nach der Melodie von ‚Joconde‘. Es ist das Jahrhundert, wo der Todeskampf über die Sorglosigkeit hinweg das Epigramm erreicht, das Jahrhundert, wo eine Prinzessin im Sterben ihre Ärzte, ihren Beichtvater und ihren Verwalter an ihr Bett rufen läßt und den Ärzten sagt: ‚Meine Herren, Sie haben mich getötet, aber es war nach Ihren Regeln und Grundsätzen‘; dem Beichtvater: ‚Sie haben Ihre Pflicht getan, indem Sie mir eine große Angst verursacht haben‘; und dem Verwalter: ‚Sie befinden sich hier auf Ersuchen meiner Leute, welche wünschen, daß ich mein Testament mache; Sie spielen alle Ihre Rollen gut, Sie müssen aber auch zugeben, daß ich die meinige nicht schlecht spiele.‘ Die Seele der Frau geht mit Geist geschmückt dem Tode entgegen, ebenso wie der Leib der Prinzessin von Talmont in einem blauen und silbernen Kleid zur Erde getragen wird.“

Die Milieusuggestion in ihren verschiedenen Arten ist durchweg dauerhafter, konstanter als die Personensuggestion, wirkt mit größerer Wucht und geringerer Heftigkeit. Die Milieusuggestion ist eine unpersönliche Macht, die von allen Seiten Tag für Tag dem Individuum begegnet, und die deshalb allen, welche in demselben Milieu leben, in höherem oder geringerem Grade ihr Gepräge aufdrücken muß. Der hochgebildete Mann nicht weniger als der Ignorant sind dieser Art von Suggestion unterworfen, die im Gesellschaftstriebe, im Wesen des Menschen als geselliges Tier ihren Boden hat. Wie schnell versöhnen wir uns nicht mit einer Mode, die uns zuerst lächerlich oder häßlich vorkam! Und die Mode ist doch die flüchtigste Art von Milieusuggestion. Von der Personensuggestion gilt es dagegen, daß sie am stärksten und am sichersten auf primitive

Naturen wirkt. Das kultivierte Individuum, der Denker, will durch Vernunftgründe überzeugt werden; der weniger entwickelte Menſch begnügt ſich damit, einer Autorität zu folgen: ſo der Ungebildete und Halbgebildete, ſo der weniger Begabte, das Kind und der Wilde; ſo auch die Maſſe, weil das Seelenleben der Maſſe äußerſt primitiv iſt.

Mit dem Begriff der „Maſſenſeele“ darf man nicht eine myſtiſche Vorſtellung von einer Seele außerhalb der einzelnen Individuen verbinden. Die Maſſenſeele iſt lediglich die Summe der Einzelſeelen, die die Maſſe ausmachen; indem dieſe aber an demſelben Punkte eingeengt, in dieſelbe Richtung hineingezwungen worden ſind, iſt eine Art Gemeinbewußtſein entſtanden, das vom Willen der einzelnen unabhängig iſt. Das Individuum iſt für eine Weile ſozuſagen von ſeinem Ich losgelöſt worden, um ein unſelbſtändiges Glied der Maſſe zu werden. Wenn eine Verſammlung eine wirkungsvolle Rede anhört, wird ſie nicht nur von der vom Redner ausgehenden Suggeſtion beeinflußt, ſondern auch von der Suggeſtion der anderen, vom Redner beeinflußten Zuhörer. Durch Mienen, Gebärden und Zurufe ſuggeſtionieren die Zuhörer ſich gegenſeitig. Jeder hat das intenſive Gefühl, in Kontakt mit den Umgebungen zu ſein, und wird dabei noch ſtärker angefeuert. Dieſe Erſcheinung, die man „Interſuggeſtion“ nennen könnte, und die als eine Selbſtſuggeſtion der Maſſe anzuſehen iſt, ſpielt eine hervorragende Rolle in allen Maſſenbewegungen. Ein geübter Beobachter wird leicht, wenn er ſich inmitten einer Maſſe befindet, die Wirkung der Interſuggeſtion auf ſich ſelbſt feſtſtellen können; der Anblick der geſpannten Mienen, der Lärm der Beifallsrufe weckt in ihm eine eigentümlich berauſchende Empfindung von der der Maſſe innewohnenden Kraft. Er fühlt perſönlich die Macht der Suggeſtion, obwohl ſein denkendes Ich der Situation gegenüber ſich kritiſch verhält. Bei den Maſſenheilungen in Lourdes und an anderen Wallfahrtsorten wirkt nicht bloß die

Suggestion derer, die schon geheilt worden sind, und die Selbstsuggestion der einzelnen, sondern auch die Intersuggestion unter den versammelten Scharen von Leidenden, die auf das Mirakel hoffen, und von denen einer nach dem anderen die Wiedergewinnung von Heil und Gesundheit verkündigt. Durch die Intersuggestion kann die Suggestion bisweilen zur Ekstase gesteigert werden, einem Zustand, in welchem „die Herrschaft einer einzigen Vorstellungsgruppe eine so absolute ist, daß jeder andere, etwa gleichzeitig aus anderer Quelle im Gehirn vorhandene Denkinhalt dadurch völlig absorbiert und gewissermaßen ausgelöscht ist" (Stoll). Eine Masse in Ekstase ist vollkommen unzurechnungsfähig.

II. Das Seelenleben der Massen.

Das Seelenleben der Massen ist, wie schon gesagt, sehr primitiv. Wenn nämlich eine „Massenseele" durch das willenlose Aufgehen der Einzelseelen in eine Art von Gemeinbewußtsein entsteht, dann ist die Voraussetzung natürlich die, daß die Seelenregungen, von denen das Gemeinbewußtsein gebildet wird, allgemein menschlich sind. Ein psychisches Element, das in meinem Bewußtsein sich nicht findet, kann nicht durch Suggestion hervorgerufen werden. Alles Individualisierte ist somit von der Masse ausgeschlossen. Eigenschaften, die nur bei wenigen einzelnen existieren, können in die Massenpsyche nicht eingehen, sondern nur solche Eigenschaften, die alle besitzen. Nur die primitivsten Seelenregungen finden in dem Bewußtsein aller unmittelbar Anklang, und nur diese sind also bei der Masse zu erwarten. Da diese primitiven Seelenregungen überall und zu allen Zeiten ungefähr dieselben sind, so sind alle Massen in ihrer Natur und ihren Äußerungen wesentlich die gleichen. Treffend sagt Le Bon[1]: „Gerade dieses Zusammenbringen von allgemeinen Eigenschaften macht es uns verständlich, warum die Massen niemals Handlungen vollbringen

können, die eine hohe Intelligenz erfordern. Abmachungen, die das allgemeine Wohl betreffen, und die von einer Versammlung ausgezeichneter, aber verschiedene Spezialitäten betreibender Männer getroffen werden, sind nicht erheblich besser als Abmachungen, die eine Versammlung von Schwachköpfen treffen würde. Sie können in Wirklichkeit nur diese mittelmäßigen Eigenschaften zusammenbringen, die alle Welt besitzt. In den Massen ist es die Dummheit, die sich anhäuft, nicht der Geist."

Der primitivste Trieb im Menschen ist der Selbsterhaltungstrieb, der, wenn bewußt, den Charakter der Selbstbehauptung annimmt. Bei den Massen tritt die Selbstbehauptung stark hervor, weshalb auch z. B. nationale Bewegungen in ihnen einen sehr empfänglichen Boden finden. Wenn die Masse sich zur Sekte oder Partei verdichtet, wird die Selbstbehauptung gewöhnlich zur Unduldsamkeit: in jedem Gegner sieht sie einen Feind, in jedem Argument gegen ihre Begierde oder ihren Glauben sieht sie eine Bedrohung ihrer Existenz, und im Gefühl ihrer Stärke zertrümmert nun die Masse alles, was ihr widersteht.

In natürlichem Zusammenhange mit dem Selbsterhaltungstrieb stehen verschiedene elementare Regungen, vor allen Dingen der Raubtrieb, der Trieb zu gewaltsamer Aneignung der Früchte der Arbeit oder des Raubes anderer, eventuell zur Aneignung der menschlichen Arbeitskräfte (Sklaverei). Die Anhäufung von Beute und menschlichen Arbeitswerkzeugen entwickelt und kräftigt einen verwandten Trieb: den Machttrieb. Diese beiden Triebe, die die Selbstbehauptung ergänzen und sie über die momentane Selbsterhaltung hinausführen, finden sich bei der Masse. Unter primitiven oder aufgelösten gesellschaftlichen Verhältnissen sind Massenaktionen gewöhnlich von Plünderungen begleitet; wo ein starkes gesellschaftliches Band und gefestigte Rechtsverhältnisse vorhanden sind,

wird auch der Raubtrieb dem Einflusse der gesellschaftlichen Ordnung unterliegen, ohne doch dadurch wesentlich geschwächt zu werden. Er tritt hier, mit dem Machttriebe verbunden, hervor in den Beziehungen der Staaten und Nationen untereinander, in den Beziehungen zwischen Ständen, Klassen und Parteien, kurz überall, wo organisierte Massen einander gegenüberstehen, tritt hervor als Eroberungspolitik, als Standesprivilegien und Klassengesetzgebung, als Parteityrannei mit den daran geknüpften Erscheinungen: Nepotismus und Korruption.

Mit der Selbstbehauptung im Wesen und Wirken verwandt ist ferner die Furcht. Die Furcht ist lediglich die negative Seite der Selbstbehauptung; ihre Resultate sind aber dieselben wie die Wirkungen der positiven Selbstbehauptung, der Freude über die eigene Machtentfaltung: auch die Furcht leitet die Massen zur Verfolgung. Vielleicht sind die Massen, die „aus Furcht terroristisch" geworden sind, die gefährlichsten von allen. Eine Stadt oder ein Land wird von einem Unglück heimgesucht; die Masse wird von Entsetzen und Erregung ergriffen, ein Wort genügt, um ihre Wut auf einen bestimmten Gegenstand zu richten. Wenn im Mittelalter eine Pest ausbrach, wurden die Juden oft beschuldigt, die Brunnen vergiftet zu haben, und dann brachen blutige Judenverfolgungen aus. Nicht selten meldet der Telegraph in unseren Tagen davon, wie russische Bauern während der Choleraepidemien gegen die Ärzte und Krankenpfleger wüten, die zu ihnen geschickt werden, um den Kampf gegen die Seuche zu organisieren. Gisquet, der unter Louis-Philippe Polizeipräfekt in Paris war, erzählt, wie im Jahre 1832, als die Choleraepidemie ihren Gipfel erreicht hatte, das Gerücht entstand und sich blitzschnell verbreitete, daß die Epidemie die Folge einer Vergiftung von Nahrungsmitteln und Getränken war. Ungeheure Scharen versammelten sich in wenigen Augenblicken auf dem Grèveplatz, auf den

Kais usw., in der heftigsten Erregung die Anstifter jener eingebildeten Verbrechen suchend. Jede Person, die Flaschen oder kleine Pakete trug, wurde verdächtigt. Mehrere Leute wurden auf den bloßen Verdacht hin, daß sie Gift in die Kannen der Weinhändler zu schütten beabsichtigten, massakriert. Im Faubourg Saint-Antoine wurden zwei Männer von Tausenden von Menschen verfolgt, die sie beschuldigten, einigen Kindern einen vergifteten Kuchen geben zu wollen. Die beiden Männer flüchteten sich in eine Wache. Diese wurde umstellt, und die Wachmannschaft wäre mit den beiden Verfolgten niedergemacht worden, wenn nicht der Polizeikommissar und ein ehemaliger Polizeioffizier auf die gute Idee gekommen wären, den Kuchen zu teilen und vor den Augen der Masse zu verzehren, eine Geistesgegenwart, die augenblicklich die Wut in Heiterkeit verwandelte.[2]) Diese Fähigkeit, von einer Stimmung augenblicklich in ihr Gegenteil umzuschlagen, ist der Masse wie dem Kinde und dem Wilden, wie überhaupt impulsiven Naturen eigentümlich.

Zunächst als ein die Selbstbehauptung oder die Furcht begleitendes Moment tritt die Grausamkeit auf, der wollüstige Genuß an den physischen Leiden anderer, ein Gefühl, dessen überwiegend sexuelle Natur jetzt wohl als feststehend betrachtet werden kann. Auch die Grausamkeit gehört zu den elementaren Trieben, die immer tief im Inneren des Kulturmenschen sich regen. Wiewohl die meisten Menschen von einer gewissen Bildung einer öffentlichen Hinrichtung beizuwohnen sich scheuen — u. a. deshalb, weil die Anwesenheit bei einem solchen zuvor anberaumten Entleibungsakt das Bestehen des Urtriebs allzu deutlich bezeugen würde —, versagen sich doch die wenigsten, sich einen Unglücksfall anzusehen, der zufälligerweise sich auf ihrem Wege darbietet. Der Trieb, der die Menschen dazu veranlaßt, zusammenzuströmen, um einen Mann, der von der Spitze eines Kirchturms herabgefallen ist, anzu-

schauen, ist natürlich recht kompliziert; der Reiz des Ungewöhnlichen spielt dabei mit, in geringerem Grade auch das Mitleid — in geringerem Grade, denn man eilt ja hinzu, selbst wenn man weiß, daß man gar nicht nützlich werden kann. Das überwiegende Moment ist doch wohl die sadistische Wollust beim Anblick des physischen Leidens, populär „Nervenreiz" genannt. Wer hinzueilt, um einen unter den Rädern eines Wagens zerquetschten Menschen anzuschauen, hat dabei in dunkler Unbestimmtheit dieselbe Empfindung, die, frei entfaltet, sich als „Tropenkoller" äußert. Noch wesentlicher abgeschwächt und deshalb weniger kraftverbrauchend wirkt dieser Urtrieb der Grausamkeit bei der Lesung der bluttriefenden Szenen der Sensationsblätter und der Hintertreppenromane.

Solche alltäglichen Erscheinungen machen es verständlich, wie die Affekte der Massen zur Blutekstase entarten können. Daß die sadistische Wollust im Seelenleben der Massen ein beständiger Faktor ist, zeigt zur Genüge ein Blick auf die fieberhaft zitternden Menschen, die mit starren Augen sich drängen und einen langen Hals machen, um einen Verunglückten zu betrachten. Auf diesem Charakterzuge der Massen beruht die Anziehungskraft halsbrecherischer Zirkuskünste. Die Masse der Zuschauer betrachtet das Spiel des Tierbändigers mit Löwen und Tigern, nicht so sehr, um den Sieg des Menschen über die rohe, tierische Kraft zu bewundern, als in der heimlichen Hoffnung, daß der Bändiger zerrissen werden möge: es ist eine Lotterie mit vielen Nieten, aber bisweilen fällt doch ein Gewinn den Zuschauern zu.*)

Der Übergang vom passiven Genießen eines blutigen Schau-

---

*) Daß, wenn der Fall einmal eintritt, auch die Abneigung des Kulturmenschen gegen Blutvergießen stark zutage tritt, ja sogar eine Panik herbeiführen kann, ändert an dieser Tatsache nichts. Wie primitiv auch die Massen-Psyche ist, können darin doch entgegengesetzte Strömungen gleichzeitig existieren.

spiels, das sich zufällig ereignet, zum aktiven Hervorbringen eines solchen ist für die Masse nicht besonders schwierig, wenn auch Kulturstufe und völkische Eigenart ihren differenzierenden Einfluß geltend machen. Und die Masse hat natürlich selbst kein Verständnis für diese Seite ihres Seelenlebens; die sadistische Wollust maskiert sich hinter allerlei achtungswerten Motiven. Ein kleines Suggestivelement, das z. B. „Gerechtigkeit", „Wohl des Vaterlandes" oder „Schutz des Glaubens" heißen kann, wird dem Urtrieb der Grausamkeit hinzugefügt, und die Mordekstase ist im Gange. Die Masse von amerikanischen Bürgern, die einen Neger in den Wald schleppt, mit Petroleum übergießt und lebendig verbrennt, glaubt aus Gerechtigkeitsgefühl zu handeln: das Opfer wird beschuldigt, eine weiße Frau geschändet zu haben, und einem Neger kann man alles zutrauen. Die Massen von Pariser Sansculotten, die einen „Aristokraten" auf der Straße ermordeten, sein zuckendes Herz verzehrten und seinen Kopf auf einer Pike herumtrugen, wollten im „Gemeinwohl" ihr Motiv suchen: waren denn nicht alle Aristokraten „Feinde des Vaterlandes"? Und die Inquisitoren glaubten ausschließlich von christlichem Eifer geleitet zu sein, wenn sie männliche und weibliche Ketzer mit allen Raffinements der Folter marterten, um sie schließlich im feierlichen Autodafé zur Ehre Gottes zu verbrennen. „Verwilderungen des menschlichen Geistes" werden solche Erscheinungen oft genannt. Atavismus wäre ein genauerer Ausdruck. Man braucht den Kulturmenschen nicht lange zu schaben, und der Gorilla kommt zum Vorschein.

Auch die soziablen Triebe der menschlichen Natur finden sich bei der Masse wieder. Ihre Formen sind ein elementares Gerechtigkeitsgefühl und ein gewisses Mitleid mit dem Schwachen und Hilflosen. Diese beiden Gefühle sind bei der Masse in unseren Tagen universeller als früher. In Zeiten, wo das Rechtsbewußtsein und die Sympathie auf den Stamm oder die

religiöse Gemeinschaft beschränkt ist, wird man hierin nicht viel mehr sehen können als eine Form der Selbstbehauptung. Nur durch eine lange Entwickelung nehmen diese Massenregungen einen allgemeineren humanen Charakter an. Seit Jahrtausenden existieren Massen, welche von humanen Ideen beeinflußt waren (Buddhisten, die ältesten christlichen Gemeinden), aber man ist doch wohl erst im Laufe der letzten Jahrhunderte so weit gekommen, daß zufällige Massen, die kein Band gemeinsamen Glaubens oder gemeinsamer Überzeugung verbindet, für die Suggestion der humanen Ideen zugänglich sind. Hieraus geht hervor, daß auch die Masse dem Gesetze der Entwickelung unterliegt, obwohl diese Entwickelung ungeheuer langsam vorgeht. Diese sekundären Massenregungen sind aber gewöhnlich schwächer als die primären. Wo die Selbstbehauptung oder die Furcht vorherrscht, müssen Gerechtigkeitsgefühl und Mitgefühl schweigen.

Dies sind die Hauptelemente des psychischen Habitus der Massen. Mit diesen elementaren Trieben und Gefühlen haben der Agitator und der Volksleiter zu operieren. Intellektuelle Momente spielen dabei keine oder doch nur eine verschwindend geringe Rolle. Die Masse entbehrt der Logik, handelt impulsiv, schwingend nach allen Suggestionen, die sich auf ihrem Wege darbieten, und wird leicht zur Begeisterung oder zum Fanatismus angefeuert — der Unterschied zwischen den beiden Begriffen ist wohl nur der, daß wir bei uns selbst und unseren Meinungsgenossen Begeisterung nennen, was wir bei unseren Gegnern als Fanatismus bezeichnen, genau so, wie wir von Patriotismus bei uns selbst und unseren Landsleuten sprechen, während dieselbe Erscheinung bei einer uns unsympathischen Nation Chauvinismus heißt*) —; was dabei herauskommt,

*) Ein französisch gesinnter Klub in Metz hatte im Januar 1911 trotz eines Polizeiverbots eine agitatorische Feier veranstaltet. Eine deutsche Zeitung brachte eine Schilderung über den Verlauf der Feier

Nutzen oder Schaden, beruht auf zufälligen Umständen und auf der Art der Suggestion. Die Begeisterung ist immer blind. Wird die Masse von den soziablen Instinkten angespornt, kann sie wohl oft in ihrer Blindheit andere Resultate schaffen als die bezweckten, aber ihr Wirken wird dann bisweilen von einer Selbstverleugnung getragen, zu der das reflektierende Individuum sich selten erhebt. Ihr Wesen ist ein Schwingen zwischen Äußerlichkeiten; die größten Martyrien und die größten Aufopferungen können stattfinden, wo die Intersuggestion wirkt, auf der anderen Seite aber wird, wo Intoleranz oder Furcht, mit Grausamkeit verbunden, die leitenden Motive ihres Handelns bilden, das Ergebnis oft grauenerregend sein.

Die religiöse Suggestion ist recht kompliziert und berührt alle besprochenen Seiten des Seelenlebens der Masse. Zunächst finden wir hier die Selbstbehauptung. Die als Religionsgemeinschaft oder Nation organisierte Masse behauptet ihre Existenz nicht nur mit irdischen Waffen, sondern auch durch Allianz mit überirdischen Mächten. Hierzu gesellt sich die Furcht, daß diese Mächte sich rächen könnten, falls man ihnen den schuldigen Tribut nicht leistet oder ihre Sache nicht verteidigt. Die Verbindung von religiöser Suggestion und Raubtrieb, der sich mit Machttrieb paart, ist eins der mächtigsten Fermente, welche die Geschichte kennt. Bekannte Beispiele davon sind der „heilige Krieg", den Muhammed, der Typus der großen religiösen Suggestioneure, deren Stärke in der Intensität ihrer Selbstsuggestion liegt, und seine Nachfolger ins Werk setzten, und der in wenigen Jahrzehnten ein Reich schuf, das größer war als das Römerreich auf seiner Höhe, und andererseits die Kreuzzüge, die aus einer der gewaltigsten Suggestionsbewegungen in der Geschichte des Christentums hervorgegangen sind. Die religiöse Suggestion ist ferner ein guter Boden für die Grausam-

---

und schrieb, daß „alle die kleinen Gernegroße von sogenannter Begeisterung betrunken waren".

keit.[3]) Grausamkeiten, vor denen die Masse sonst vielleicht sich scheuen würde, werden ohne Skrupel verübt, wenn die Masse sich einzureden vermag, daß sie nach dem Willen irgend einer Gottheit handelt. Die Vorstellung, daß man bei der Verübung eines Grausamkeitsaktes nur ein göttliches Urteil vollstreckt (Gerechtigkeit) oder dazu beiträgt, die Leiden der Opfer nach dem Tode zu verringern (Mitgefühl!), nimmt der Masse alle Bedenken, so daß sie sich völlig der mit dem Anblick des physischen Leidens und mit der aktiven Teilnahme an der Marterhandlung verbundenen Wollust hingeben kann. Die Autodafés sind nur ein einzelnes, freilich aber in massenpsychologischer Hinsicht sehr bezeichnendes Beispiel.

Hiermit soll nun nicht behauptet werden, daß Gerechtigkeitsgefühl und Mitgefühl in Wirklichkeit vom Gebiete der religiösen Suggestion ausgeschlossen wären; im Gegenteil wird eine Religion, die einen ethischen Charakter hat, eine hohe Bedeutung haben können als Sporn für jene soziablen Triebe, die oft erst dadurch, daß sie als göttliche Gebote eingeprägt werden, zu konstanten Gliedern des Massenbewußtseins werden. Die Tatsache, daß die religiöse Unduldsamkeit dem Gerechtigkeitsgefühl und dem Mitgefühl gewisse Grenzen zieht, berechtigt nicht zu einer Verneinung des soziabilisierenden Einflusses der Religion. Eine Masse von Gläubigen, die, nachdem sie dem Gottesdienst mit Andacht — Andacht ist ein Zustand reiner Suggestion bzw. Selbstsuggestion — gefolgt ist, die Kirche verläßt, wird gewöhnlich mehr als sonst zur Wohltätigkeit geneigt sein.

Die religiöse Suggestion ist überhaupt für den Psychologen von dem größten Interesse, gerade weil sie auf alle Triebe der Masse wirkt und diese zu besonders starken Äußerungen veranlaßt. Sie läßt uns die Wirkungen der Massensuggestion sozusagen unter dem Mikroskop sehen. Religiöse Suggestioneure wirken immer und überall mit denselben Mitteln, vor allen

Dingen mit dem Worte, mit den fortwährend wiederholten Behauptungen, der pathetischen Sprache, welche bald Hoffnung, bald Furcht erweckt, den rätselhaften, durch die Mystik des Unverständlichen bezaubernden Redewendungen, dazu noch mit einem symbolischen Zeremoniell, Gebeten und Litaneien, die oft in einer der Masse unverständlichen Sprache (Latein, Sanskrit, Avestasprache) hergesagt werden usw. Der Orient war zu allen Zeiten reich an solchen Suggestioneuren, bald überzeugten Propheten, bald halben oder ganzen Betrügern. Al-Halladsch, den die Sufis, die Mystiker des Islam, für einen großen Heiligen ansehen, wird als ein Mann geschildert, welcher ein wenig von der Alchimie verstand, im übrigen ein unwissender, aber energischer und halsstarriger Kerl, tollkühn gegenüber Autoritäten, ein Mann, der sich in erhabene Dinge hineinmischte, eifrig bestrebt, Regierungen zu stürzen, die Lehre der Inkarnation predigend und gegenüber Königen als Schiite, gegenüber gemeinen Leuten aber als Sufi auftretend. Er pflegte in seiner Ekstase auszurufen: „Ich bin Gott!“ und seinen Schülern sagte er: „Du bist Noah!“ „Du bist Moses!“ „Du bist Muhammed!“, indem er hinzufügte: „Ich habe deren Seelen in eure Körper eintreten lassen.“ Oder er sprach völlig widersinnige Sätze aus, wie diesen: „Da steigt nieder der strahlende Herr des Lichtes, der nach seinem Schein schimmert.“ Er gab vor, daß er Wunder zu tun imstande sei, daß er z. B. seine Hand ausstrecken und dann mit Moschus oder mit Münzen, welche er unter den Zuschauern ausstreute, gefüllt zurückziehen könne; oder er griff scheinbar aus der Luft heraus eine Frucht, jedoch erzählt ein Augenzeuge dieser Künste, daß die Frucht, wenn ein anderer sie in die Hand nahm, sofort zu Mist ward. Ein Mann fiel in eine Krankheit und wünschte einen Apfel zu bekommen; es war aber nicht möglich, einen solchen herbeizuschaffen, bis Al-Halladsch die Hand ausstreckte und mit einem Apfel zurückzog, den er als aus dem Garten des Paradieses stammend be-

zeichnete. Einer der Anwesenden machte die Einwendung, daß die Früchte des Paradieses unverderblich seien, in jenem Apfel sich aber eine Made befände. „Es kommt davon," erwiderte Al-Halladsch, „daß er aus der Wohnstätte der Ewigkeit in die Heimat der Vergänglichkeit niedergestiegen ist: deshalb hat die Verderbnis zu seinem Herzen einen Weg gefunden," eine Antwort, die ihm noch größeren Beifall von seiten der Anwesenden einbrachte, als das Kunststück selbst. Al-Halladsch wurde endlich (922 n. Chr.) unter schweren Martern hingerichtet. Seine Anhänger wollten aber an seinen Tod nicht glauben, obwohl sein Kopf einige Zeit hindurch öffentlich ausgestellt war; sie meinten, daß irgendein Tier in seiner Gestalt den Tod erlitten habe. Wie groß der Eindruck war, den dieser Mann auf seine Zeitgenossen hervorbrachte, läßt sich daraus ersehen, daß man als notwendig erachtete, die Buchhändler in Eid zu nehmen, daß sie keine seiner Schriften kaufen oder verkaufen dürften. [4])

Überall im muhammedanischen Orient begegnet uns der Al-Hallabsch-Typus, bis zu unseren Tagen, wo Propheten in Marokko und anderswo den „heiligen Krieg" predigen. Ein solcher Heiliger mit politischem Anstrich, in dessen Charakter Selbstsuggestion und bewußter Betrug ohne feste Grenzen ineinander fließen, vermag immer Massenbewegungen hervorzurufen, welche sich bisweilen zu regulären Kriegen entwickeln und sowohl Staat wie Dynastie gefährden können. In Europa war das Mittelalter ganz von religiöser Suggestion durchdrungen. Der Papst, der ohne nennenswerte Heeresmacht mächtiger wurde als Könige und Kaiser, war eine Frucht religiöser Suggestion. Die Kreuzzüge sind schon als ein Beispiel einer Suggestion genannt, in welcher Glaube und Raubtrieb zusammen wirkten. Die Einnahme Jerusalems auf dem ersten Kreuzzuge zeugt davon, in welcher Weise religiöse Begeisterung und sadistische Wollust sich zur wildesten Mordekstase verbinden

können. Alle gleichzeitigen Berichterstatter erzählen, daß das Blut der Niedergemachten in der Omarmoschee hoch über dem Boden stand. Der Augenzeuge Raymond d'Agiles berichtet — ohne Zweifel mit erheblicher Übertreibung, die wohl der Selbstsuggestion zuzuschreiben ist —, daß das Blut den Reitern bis zu den Knien reichte. Ungefähr 10000 Männer, Weiber und Kinder waren hier im Tempel getötet worden, sagt Foulcher de Chartres. Der fromme Gottfried, der am Blutbade nicht teilgenommen hatte, begab sich mit drei Begleitern ohne Waffen und barfuß zur Kirche des heiligen Grabes. Als die Nachricht davon sich im Heere der Christen verbreitet hat, legen die Kreuzfahrer sofort ihre bluttriefenden Kleider ab und wandeln barhaupt und barfuß zur Kirche der Auferstehung, während Jerusalem von ihrem Wimmern und Schluchzen widerhallt. Bald hört man in der ganzen Stadt nur Bußpsalmen und diese Worte von Jesaia: „Ihr, die ihr Jerusalem liebet, freuet euch mit ihm." Nach dieser Andacht werden alle übriggebliebenen Einwohner der Stadt auf alle erdenkliche Weise ermordet; einige werden geköpft, andere mit Pfeilen erschossen, andere werden zum Hinabspringen von Türmen gezwungen, wieder andere durch langsames Feuer getötet.[5])

Die Einnahme von Béziers während des Albigenser-Kreuzzuges ist ein ganz ähnliches Beispiel von religiöser mit Raub verbundener Mordekstase. „Die Unsrigen haben weder Stand noch Geschlecht geschont; 20000 Menschen haben sie getötet; die ganze Stadt ist ausgeplündert und niedergebrannt; wunderbar hat das Strafgericht Gottes gewütet," heißt es im Bericht an den Papst. Dieselben Züge wiederholen sich mit der Einförmigkeit der Massensuggestionen in der Bartholomäusnacht — die übrigens ungefähr einen Monat dauerte.

In der modernen Geschichte des Orients bietet die babitische Bewegung eine Fülle von charakteristischen Zügen für das Studium der religiösen Suggestion. Obwohl der Religionsstif-

ter Bâb persönlich kaum bekannt war — nur ganz wenige seiner Anhänger hatten ihn überhaupt jemals gesehen —, und obwohl er in seinen langweiligen, kindischen Schreibereien nirgends auf die Höhe seines ästhetischen Vorbildes, des Korans, kommt*), rief er doch, durch die allgemeine Korruption des schiitischen Klerus begünstigt, eine heftige und für den persischen Staat gefährliche Bewegung ins Leben, welche u. a. dadurch merkwürdig ist, daß sie zeigte, welchen Mut die als feige betrachteten Perser, wenn von religiöser Begeisterung ergriffen, an den Tag legen können. Das in Teheran im Jahre 1852 wegen des von einigen Mitgliedern der Sekte verübten Attentats auf den Schah stattgefundene Gemetzel von Babiern zeigt in der grellsten Form einerseits die Mordekstase, andererseits die Märtyrerekstase. Ein Babi wurde von dem Bruder und den Söhnen des Großwesirs und deren Dienern ermordet und in kleine Stücke gerissen, ein zweiter von den Prinzen von Geblüt, ein dritter vom Minister des Auswärtigen und einem weiteren hohen Beamten, ein vierter von den Khanen und anderen hohen Würdenträgern des Reichs niedergemacht. Einer wurde von den Professoren der wissenschaftlichen Hochschule mit Säbeln und Lanzen getötet; ein anderer wurde den Artilleristen ausgeliefert, die ihm zuerst ein Auge ausrissen und danach ihn vor eine Kanone banden und in Stücke reißen ließen. Die Kaufleute von Teheran erhielten einen Babi zum Hinschlachten, die Infanteristen einen anderen usw. Einer wurde der Volksmenge zugeteilt, welche ihn mit Fäusten, Steinen und Stöcken tötete. Hadschi Suleiman Khan wurde wie mehrere andere Babier dadurch gemartert, daß in seinen Körper Einschnitte gemacht und brennende Kerzen hineingesteckt wurden; in diesem Zustande führte man ihn so lange in der Stadt umher, bis die Kerzen verbrannt waren, und der Docht sich

*) Behâ-ullâh, der das Werk des Bâb fortsetzte und weiterführte, war zweifellos seinem Vorgänger an Intelligenz weit überlegen.

vom Fette seines Körpers nährte; mit glühenden, auf die bloßen Füße genagelten Hufeisen wurde er nochmals umhergeführt, und schließlich riß man ihm alle Zähne aus und hämmerte sie halbmondförmig in seinen Schädel hinein; dann erst starb er; sein Leichnam wurde, in vier Stücke gesägt, auf den vier Stadtpforten zur Schau gestellt. Unter jenen gräßlichen Martern sagte er fortwährend Verse her, worin er in sufischem Stile sein Liebesverhältnis zur Gottheit besang. Weiber und Kinder, die am ganzen Leibe blutend und mit flammenden Dochten in den Wunden durch Peitschenhiebe angetrieben wurden, schritten vorwärts, indem sie tanzten und sangen: „Wahrlich, wir kommen von Gott, und zu ihm kehren wir zurück!" Der von den Opfern an diesem Tage bezeugte Heldenmut hat auf die Teheraner Bevölkerung einen lange Jahre dauernden Eindruck hervorgebracht und dem Babismus Tausende und Abertausende von Anhängern gewonnen.*)

Der französische Soziologe Tarde hat[6]) die verschiedenen Arten von Massen untersucht, von denen die wichtigsten die demonstrierenden und die agierenden Massen sind. Was die ersteren betrifft, „beobachtet man bei ihnen zwei Eigenschaften, die etwas Weibliches an sich haben: einen merkwürdig ausdrucksvollen Symbolismus, verbunden mit einer besonders ar-

*) Siehe Gobineau: Les Religions et les Philosophies de l'Asie centrale (Paris 1865), S. 301—307, und den in A.-L.-M. Nicolas: Seyyèd Ali Mohammed dit le Bâb, Histoire, S. 437—445 wiedergegebenen offiziellen Bericht, der mit charakteristischer Unverfrorenheit alle Scheußlichkeiten der Metzelei aktenmäßig darstellt. — Es würde zu weit führen, hier den komplizierteren Formen von Massen-Sexualismus nachzugehen, wie sie in den mit religiösen Vorstellungen verbundenen ekstatischen Zuständen hervortreten; ich denke an solche Erscheinungen, wie die Wollust am Erleiden physischen Schmerzes (ein mitwirkendes Moment bei Flagellantismus-Epidemien und bei vielen Martyrien), die mehr oder minder perversen Triebe, welche sich in orgiastischen Kultusformen, im Satanismus usw. äußern. Auch Phänomene wie die suggestive Tanzwut gehören zum Bereich der religiösen Suggestion.

men Einbildungskraft zur Erfindung dieser Symbole, die, immer dieselben, bis zur Übersättigung wiederholt werden. Banner und Fahnen, Statuen, Reliquien, bisweilen abgeschnittene Köpfe auf einer Pike in Prozession umherzutragen, Hochrufe oder Geschrei, Psalmen oder Lieder erschallen zu lassen, das ist ungefähr alles, was sie als Ausdruck ihrer Gefühle zu erfinden gewußt haben. Wenn sie aber nur wenige Ideen haben, halten sie um so mehr daran fest und werden nicht müde, dieselben Rufe auszustoßen und denselben Spaziergang aufs neue anzutreten."

Bezüglich der agierenden Massen kann man — wieder nach Tarde — liebende und hassende Massen unterscheiden. „Aber zu welchem wirklich fruchtbaren Werke wenden die liebenden Massen ihre Tätigkeit an? Man weiß nicht, was das verderblichste ist, der Haß oder die Liebe, die Verwünschungen oder die Begeisterung der Masse. Wenn sie, von einem kannibalischen Delirium ergriffen, heult, ist sie gewiß häßlich; wenn sie sich aber anbetend vor den Füßen eines ihrer menschlichen Idole niederstürzt, dessen Wagen ausspannt, es auf seine Schultern erhebt, dann ist gewöhnlich ein halbverrückter Mensch wie Masaniello, ein wildes Tier wie Marat, ein Scharlatangeneral wie Boulanger, der Gegenstand ihrer Diktaturen und Tyranneien erzeugenden Anbetung . . ."

Es gibt jedoch „eine Abart der liebenden Massen, die sehr gewöhnlich ist und eine sehr notwendige und sehr heilsame soziale Rolle spielt und als Gegengewicht dient gegen all das Böse, welches alle anderen Arten von Massen verüben. Ich meine die Masse in Fest und Freude, die in sich selbst verliebte, ganz allein vom Vergnügen des Zusammenkommens um des Zusammenkommens willen berauschte Masse . . . Gewiß, nicht alle Produktion besteht darin, Häuser zu bauen, Möbel, Kleider oder Nahrungsmittel herzustellen; und der soziale Friede, die soziale Einigung, die von Volksfesten, von heiteren Zusam-

menkünften, von den periodischen Freudenfesten eines ganzen Dorfes oder einer ganzen Stadt ihre Nahrung erhalten, bei denen jeder Zwist für eine Weile in einen gemeinsamen Drang, sich zu sehen, sich zu berühren, mit einander zu sympathisieren, verschwindet, dieser Friede, diese Einigkeit, sind Erzeugnisse, die nicht weniger Wert haben als alle Früchte des Bodens, alle Produkte der Industrie.... Wie sollte ich endlich, nach den Festesmassen, der Massen der Trauer vergessen, jener Massen, die unter dem Drucke eines gemeinsamen Schmerzes der Bahre eines Freundes, eines großen Dichters, eines Nationalhelden folgen? Auch diese sind kräftige Stimulantia für das soziale Leben; und durch die gemeinsame Trauer ebenso wie durch die gemeinsame Freude übt sich ein Volk darin, alle Einzelwillen durch ein gemeinsames Band zu verbinden." — Es sind die soziablen Instinkte, welche Tarde hier als das fruchtbringende Element der Massenseele hervorhebt.

Man muß übrigens zwei Hauptarten von Massen unterscheiden, die im Wesen und Wirken nicht unwichtige Verschiedenheiten aufweisen: es gibt lokale und zerstreute Massen. Zur ersten Kategorie gehört jeder Auflauf von zufälligen Passanten in der Straße, der Zuhörerkreis der Rednerbühne oder der Szene, die Scharen von Demonstranten, Barrikadenkämpfern usw.; zur zweiten gehören die Menschen, welche der Suggestion derselben Bücher oder Zeitungen unterliegen, welche in gleichartigen Milieus ihre Entwickelung bekommen haben, Leute, die im übrigen vielleicht weit voneinander getrennt leben, zum größten Teil ohne daß einer von des anderen Existenz weiß. Die letztgenannten werden sowohl durch Personensuggestion wie durch Milieusuggestion verbunden; dagegen werden sie nicht so unmittelbar wie die lokalen Massen durch Intersuggestion beeinflußt: sie sehen und hören einander ja nicht, müssen sich damit begnügen zu wissen, daß rings umher in der Welt andere Leute dieselben Schriften und Zei-

tungsartikel lesen und in derselben Weise davon beeinflußt werden, oder daß sie von Tausenden, vielleicht von Millionen von Menschen umgeben sind, welche ihnen wohl persönlich unbekannt sind, mit denen sie aber ein gemeinsames Band von Sprache und Tradition und damit von Denkart und Lebensweise verbindet; dies letzte gilt von den Nationen als Massen. Das Wirken der zerstreuten Massen ist nicht so sehr durch Zeit und Raum begrenzt wie das der lokalen Massen, die Suggestion ist weniger akut und wird nicht so leicht zur Ekstase oder Panik gesteigert. Die Verbreitung des Lesens in unseren Tagen hat eine größere Fernwirkung der Ideen ermöglicht und dadurch die zerstreuten Massen zu einem besonders wichtigen Faktor gemacht. Diese sind aber von den lokalen Massen nicht wesensverschieden. Sie sind ebenso wie jene „intolerant, hochmütig, unkritisch, anmaßend, und meinen mit dem Worte öffentliche Meinung, daß alles ihnen nachgeben müsse, selbst die Wahrheit, wenn sie ihnen im Wege steht." *)

Im Wesen von der Masse verschieden ist aber die „Korporation", die Vereinigung von Individuen mit gemeinsamen materiellen oder geistigen Interessen. Obgleich die Suggestion auch hier ihren Einfluß geltend macht, ist jedoch der Vorstellungskreis der Korporation in überwiegendem Maße auf Sach- und Fachkenntnis begründet, d. h. er ist rationell und kritisch.

Die Wechselwirkung zwischen dem Individuum, der schaffenden, führenden oder herrschenden Persönlichkeit, und der von der Suggestion hervorgebrachten und unter Suggestion wirkenden Masse ist die Geschichte. Alle „Bewegungen", die die Geschichte aufgezeichnet hat, Kriegs- und Friedensbewegungen, sind Suggestionserscheinungen; in einem Suggestionsrausch

*) Tarde. Ich ziehe deshalb vor, das Wort „Masse" für beide Kategorien zu behalten, statt mit Tarde das Wort „Masse" der lokalen Masse vorzubehalten und die zerstreute Masse als „Publikum" zu bezeichnen. Eine Bezeichnung, die beide umfaßt, scheint mir geboten.

werden Feldschlachten ausgefochten, Aufstände und Revolutionen vollzogen; Kulturen entstehen, werden umgebildet und gehen zugrunde unter der unaufhörlichen, langsamen und zähen Arbeit der Milieusuggestion. Die akuten Suggestionen fallen am meisten in die Augen. Charakteristische Beispiele davon finden sich auf jeder Seite der Geschichte. Die Tätigkeit eines Alkibiades, eines Demosthenes, eines Gracchus, eines Cäsar ist wohl aus dem Zeitbedürfnis geboren, beruht aber, psychologisch betrachtet, auf der Suggestion. Die mit großer rhetorischer Kunst und groben Effektmitteln vorgetragene Rede des Antonius an der Leiche Cäsars versetzte die Römer in eine solche Mordekstase, daß sie einen Volkstribun namens C. Helvius Cinna zerrissen, nur weil er zufällig denselben Beinamen hatte wie der Prätor L. Cornelius Cinna, welcher öffentlich die Mörder Cäsars gepriesen hatte. Das Volk verübte diese Untat, wie Appian erzählt, ohne ein Wort davon hören zu wollen, daß die beiden Cinna nur den Namen gemeinsam hatten. Bekannt ist die von Männern wie Ludwig XIV., Karl XII. von Schweden und Napoleon I. ausgeübte Suggestion. Voltaire war ein hervorragender Suggestioneur, der in verschiedener Weise seinen Zeitgenossen sein persönliches Gepräge aufdrückte, und zwar weit über die Grenzen Frankreichs hinaus: die mächtigsten Monarchen der Zeit setzten ihren Stolz darin, mit ihm zu korrespondieren, und sein Schlößchen Ferney wurde ein Wallfahrtsort für andächtige Anhänger. Die Suggestion Rousseaus prägt die hypersentimentale Zeit unmittelbar vor der Revolution, und seine Ideen durchdringen die Theorien der Revolution und machen sich auf allen Gebieten des geistigen und politischen Lebens im neunzehnten Jahrhundert fühlbar. „Man hat ihn geliebt", schreibt J. Lemaître, „und viele lieben ihn noch; einige, weil er ein Meister der Illusionen und ein Apostel des Absurden ist; andere, weil er unter den berühmten Schriftstellern ein Geschöpf von Nerven, von Schwäche, von

Sünde, von Schmerz und von Traum war.“ Rousseau war mit anderen Worten eine gerade von jenen unlogischen, irrationellen Eigenschaften und jenen impulsiven Tendenzen geprägte Natur, welche am meisten dazu geeignet sind, die Massen zu suggestionieren.

Die französische Revolution ist das umfassendste Repertorium für Erscheinungen der Massensuggestion. Eine kritiklose Fanatisierung führt bald zur selbstlosen Opferfreudigkeit — wie in der berühmten Nachtsitzung vom 4.—5. August 1789, als die Vertreter aller drei Stände mit intersuggestiver Begeisterung in der Aufgabe aller Privilegien wetteiferten —, bald zu den Heldentaten der Revolutionskriege, bald zur Mordekstase der Septembertage. Sentimentale Verbrüderungsfeste wechseln mit Metzeleien ab, welche oft kannibalische Züge hervortreten lassen, und bei welchen Furcht, Sadismus und Raubtrieb zusammen wirken. Selten ist die Gewalt der Schlagwörter so deutlich zutage getreten: es klingen immer Vivat- und Pereatrufe; der Refrain: „Ça ira!“ weckt Hoffnungen, und das verhängnisvolle: „A la lanterne!“ löst sofort bei der Masse die entsprechenden Reflexbewegungen aus; in den Worten „dritter Stand“, „Nation“, „Volk“ ruht eine magische Kraft, während das Wort „Aristokrat“ genügt, um die Mordinstinkte der Masse in Tätigkeit zu setzen, und das Wort „Veto“ wie ein rotes Tuch wirkt, selbst auf diejenigen, die die Bedeutung des Wortes nicht verstehen. Die französische Revolution wird überhaupt nur im Lichte der Suggestion, des Alpha und Omega der Massenpsychose, verständlich.

Genau dieselben Erscheinungen treten hervor bei der im Jahre 1905 und den folgenden Jahren ausgebrochenen russischen Revolution mit ihren Freiheitskämpfen, Meutereien, Pogromen, Streikbewegungen und Mordepidemien. Ein weiteres interessantes Beispiel von akuter Suggestion mit gewaltiger Ansteckungskraft gibt die Dreyfusaffäre. Nie hat wohl früher

eine Justizaffäre so mächtige Wirkungen auf einem ganzen Erdteil ausgeübt. Der Fall Dreyfus hat gezeigt, zu welcher nie geahnten Bedeutung die zerstreute Masse in unserer Zeit des Zeitungslesens gelangt ist.

III. Die souveräne Masse.

Der Parlamentarismus ist wohl die mächtigste von allen Milieusuggestionen unserer Zeit. Als eine neue Weltanschauung, deren Machtmittel nicht die Religion, nicht die Furcht vor dem Jenseits ist, sondern die Politik, der Zwang der durch Konstitution legitimierten Massenwirkung, ein unpersönlicher und unbarmherziger Zwang, der sich unter dem Namen der Freiheit versteckt, ist der Parlamentarismus dem Boden des Liberalismus und des Demokratismus entsprossen. Der Hauptfehler des Liberalismus lag darin, daß er sein Programm auf zwei Grundprinzipien aufbaute, die sich gegenseitig ausschließen müßten: Freiheit und Gleichheit. Deshalb wurde die geschichtliche Rolle des Liberalismus zunächst nur die eines Mauerbrechers im Dienste des Demokratismus, der neuen Großmacht, die, auf die Idee der Gleichheit gestützt, das Steuer ergriff. Die Freiheit wurde freilich vom Demokratismus mit in den Kauf genommen, dieser war aber bereit, sie sofort über Bord zu werfen, wenn die beiden Prinzipien miteinander in Streit geraten würden. Der Demokratismus wurde für das neunzehnte Jahrhundert, was die römische Kirche für das Mittelalter gewesen war: eine sakrosankte, unfehlbare Institution, die ihre Begründung in der heiligen Natur selbst suchte. Wie der religiöse Glaube des Mittelalters hat er alles mit seinem Geiste durchdrungen; Kunst und Literatur, Umgangsformen und Tracht — alles ist demokratisch geworden. Alles, was dem Demokratismus im Wege stand, wurde hinweggefegt, und, um seine Weltherrschaft zu vollenden, fing er endlich an, von Maschinen-

kanonen, Eisenbahnen und Presse getragen, das träge Asien aus seinen Jahrtausende alten Fugen zu heben.

Die Welt hatte früher repräsentative Systeme gekannt. Die Ständeinstitution gab den Ständeinteressen, den soliden Klasseninteressen ihre Vertretung; jeder Stand verteidigte seine Interessen, fühlte sich hier auf sicherem Boden, wußte ziemlich genau, was ihm zu Nutzen und zu Schaden gereichen würde, und ließ sich deshalb schwer von der Suggestion irreführen. Nun wurde ein System zur Welt gebracht, nach welchem jedes Individuum einen gewissen Bruchteil, vielleicht $\frac{1}{2000000}$, vielleicht $\frac{1}{20000000}$, des Staates mit allen seinen unendlich gegliederten und verschiedenartigen Interessen nach innen und nach außen vertrat. Jedes Individuum repräsentiert in Wirklichkeit den Staat im Mikrokosmus, und jeder Volksvertreter repräsentiert wieder eine gewisse, grundgesetzlich festgestellte Anzahl von diesen Mikrokosmen, soundso viele tausend Bruchteile des Staates. Es leuchtet aber ein, daß der einzelne den Staat im ganzen — dessen Interessen nur wenige zu überschauen vermögen — nicht mit derselben Klarheit und Präzision vertreten kann, wie seine eigenen, wohldefinierten Klasseninteressen, mit denen er als Fachmann vertraut ist. Man hat gemeint, durch das demokratische System eine Vertretung ideeller Werte zu bekommen, hat aber nur erreicht, Abstraktionen und Dogmen repräsentiert zu sehen; und es verhält sich leider so, daß die Politik ein um so breiteres Feld für Suggestion darbietet, je weniger konkrete Realitäten sie enthält. In demselben Maße, wie die Begriffe verschwimmen, dominieren die Phrasen, die die Unklarheit des Gedankens verdecken sollen. Das neunzehnte und zwanzigste Jahrhundert ist denn auch in hervorragendem Grade die Periode der Phrase und der politischen Suggestion.

Die politische Geschichte unserer Zeit ist langweilig geworden: sie ist nicht mehr eine Geschichte der Persönlichkeiten, sondern eine Geschichte der Stimmenzahl. Die moderne poli=

tische Chronik bewegt sich von Wahlen zu Wahlen, ihr Inhalt sind angenommene und abgelehnte Gesetzvorlagen, Parteiverschiebungen, Abstimmungen, Vertrauens- und Mißtrauensvota und Ministerwechsel. Allein jene Parteiführer, gewesene, jetzige und künftige Minister, sind nur Namen mit einem bestimmten Parteiklang, aber ohne persönlichen Inhalt; vielleicht bleibt dieser oder jener in der Erinnerung, weil er sich ungewöhnlich lange auf dem Ministersessel gehalten hat, oder weil irgendeine merkwürdige Begebenheit in seiner Amtsperiode eingetroffen ist, sie leben aber nur selten in der Erinnerung als Individualitäten; sie sind alle so ziemlich in dieselbe parlamentarische Form gegossen, ihre Tätigkeit sind Ozeane von Worten. Am persönlichsten erscheinen durchgängig die Minister des Auswärtigen, weil ihr Ressort teilweise außerhalb der parlamentarischen Maschinerie steht. Staatsmännische Eigenschaften sind sonst in unseren Tagen eher ein Hindernis für den, welcher sich in der Politik eine Bahn brechen will, weil seine bessere Einsicht ihn dann zum Nachgeben gegenüber den Forderungen der Masse wenig geneigt macht. Als im Jahre 1901 Dänemark zum Parlamentarismus im eigentlichen Sinne des Wortes überging, verkündete einer der neuen „Systemwechsel"-Minister öffentlich, daß „die Zeit der Sachkenntnis jetzt vorüber sei". Mit diesen Worten hatte er kurz und klar das Wesen des Parlamentarismus bezeichnet. Der Parlamentarismus fragt nicht danach, welche Politik die richtige und vernünftige sei, sondern danach, was die Masse will. Seine Lehre ist von der mystischen Vorstellung durchdrungen, die Masse sei von einem göttlichen Instinkt geleitet, der unfehlbarer als alle Sachkenntnis sei.

Wenn man aber vom Politiker keine staatsmännische Begabung verlangt, dann bedarf er einer anderen Art von Befähigung: der Fähigkeit, die Masse zu leiten. Er muß in stetem Kontakt mit der primitiven Massenseele stehen, er muß immer die Worte bereit haben, deren zündende Wirkung auf die

Masse er kennt, und er muß verstehen, diese Worte stets mit derselben Begeisterung auszusprechen, um die Suggestion zu erhalten.

Die politische Propaganda besteht aus folgenden Hauptbestandteilen: 1. Hervorhebung gewisser abstrakter Parteidogmen, deren Suggestion auf den Profit-, Gewohnheits- oder Temperamentsbestimmten anfeuernd wirkt. 2. Angriffe auf die Gegner, derenBöswilligkeit und Dummheit bald mit pathetischer Indignation, bald mit Ironie geschildert wird; die Natur des politischen Kampfes bewirkt, daß für dergleichen Angriffe der Stoff niemals fehlt. 3. Hervorhebung der Tüchtigkeit und des Idealismus der eigenen Partei und deren Leiter; hier kommt die Empfänglichkeit der Masse für melodramatische Gegensätze der Propaganda zustatten: die primitive Volksästhetik liebt die grobe Charakteristik, Schwarz gegen Weiß, Edel gegen Gemein. 4. Mehr oder weniger versteckte Versprechungen materieller Vorteile für den Fall, daß die Partei zur Macht kommt oder die schon erworbene Herrschaft behält. Hierbei ist die Phrase überall das beste Aktionsmittel des Suggestioneurs. Jeder nüchterne Beobachter vermag täglich die Kraft der Suggestion durch das Studium der politischen Reden — und ihres Echo, der Zeitungsartikel — zu messen: die gröbsten Wahrheitsverdrehungen und die ungeheuerlichsten Vernunftwidrigkeiten werden hinuntergeschluckt; die in einer bestimmten Richtung suggestionierten Zuhörer reagieren nicht — oder nur durch elementare Zornesausbrüche —, wenn man mit Logik an sie appelliert; sachliche Beweise wiegen nichts gegen den Nachweis, daß ein Gegner vor zwanzig Jahren eine von seiner jetzigen Auffassung abweichende Anschauung vertreten habe. Wenn der frühere Minister A nachweist, daß der jetzige Minister B einen verhängnisvollen Fehler begangen hat, glaubt dieser, sich mit Ehren aus der Affäre gezogen zu haben, wenn er in Erinnerung bringen kann, daß A sich einmal denselben Fehler

zuschulden kommen ließ; die Zuhörer jauchzen und denken keinen Augenblick daran, daß B's Fehler dadurch nicht geringer und dessen Folgen nicht weniger lästig werden. Bezeichnend ist auch die Leichtigkeit, mit welcher die Parteiführer heute ihre Anhänger von der Vortrefflichkeit einer jetzt verbündeten Partei überzeugen können, während sie gestern, als sie zu derselben Partei in Opposition standen, diese als den Gipfel der Schändlichkeit schilderten — und umgekehrt.

Die Wahlagitation nimmt in den verschiedenen Ländern mehr oder minder groteske Formen an. Die Angelsachsen sind durch ihre riesenhaften Wahlreklamen bekannt. In Frankreich kämpfen die Kandidaten durch grell gefärbte Maueranschläge, worin sie sich selbst preisen und den Nebenbuhler verunglimpfen; diese Katzbalgereien haben für die Masse dieselbe Anziehungskraft wie ein Hahnenkampf oder ein Boxmatch. Über die für die Massenpsychologie besonders lehrreichen Verhältnisse in Ungarn während einer Wahlperiode erzählt ein Korrespondent der „Köln. Ztg." im April 1910: „Ein gutes Dutzend verschiedener Unternehmungen besteht ausschließlich zu dem Zweck, die Kandidaten mit Agitationsmitteln zu versehen. Die größte Rolle darunter spielen die Fahnen .... Außerdem muß der Kandidat nicht nur den Wählern, sondern sogar ihren Familienmitgliedern bunte Federn auf den Hut geben, die gleichfalls seinen Namen oder gar sein Bildnis tragen. Bunte Bänder, Knöpfe, sogar Zigarrenspitzen mit dem Namen des Kandidaten müssen auch verteilt werden. Ein neu entstandenes Unternehmen hat sich zur Aufgabe gestellt, Karikaturen der Wahlgegner und Spottverse auf sie anzufertigen und zu vervielfältigen. Man braucht nur die Parteistellung des Gegners und allenfalls irgendeine seiner schwachen Seiten mitzuteilen, und dann erhält man um 50 Kronen tausend Stück Karikaturen und Spottverse ins Haus gebracht. Ein anderes Unternehmen stellt Zeitungen für die einzelnen Dörfer

her, in denen der Kandidat gepriesen und der Gegner heruntergemacht wird, und die während der Wahlbewegung wöchentlich in Tausenden von Exemplaren zur Verteilung gelangen .... Dazu kommt, daß auch die direkte Austeilung von Geldern in die Hände der Wähler trotz aller gesetzlichen Verbote nicht aufgehört hat .... Versprechungen wirken heute nicht mehr. In früheren Jahren ist es wohl vorgekommen, daß irgendein Kandidat siegte, weil er seinen Wählern glauben machte, daß in dem Falle eines Erfolges keine Steuern mehr zu entrichten wären oder die Preise der Eier in die Höhe gingen .... Am billigsten ist es noch immer, wenn der Wahlkandidat einen guten Einfall für seinen Wahlfeldzug hat. So hatte z. B. einer der Kandidaten bei den letzten Wahlen einige Schauspieler bezahlt, die sich in der Maske der bekanntesten politischen Führer Ungarns in die Dörfer seines Wahlbezirks begaben und in flammenden Reden die Vorzüge des Kandidaten priesen. Die Wähler gingen darauf ein und wählten ihn, nachdem er ihnen ihrer Ansicht nach von den vornehmsten Politikern, Apponyi, Kossuth und Ugron, empfohlen worden war, ohne Anstand."

Was endlich das Parlament betrifft, so bildet auch diese Versammlung eine „Masse" mit allen ihren charakteristischen Zügen: es besteht aus Leuten verschiedener Herkunft und sozialer Stellung und verschiedener bürgerlicher Berufe, die nicht durch Sachkenntnis auf gemeinsamen Gebieten verbunden sind, sondern durch den zufälligen Umstand, daß ein jeder von ihnen einige Stimmen mehr als sein Gegenkandidat erhalten hat. Auch im Parlament macht die Scheu der Masse vor langweiligen sachlichen Darstellungen sich geltend, die übrigens auch deshalb überflüssig sind, weil die Haltung, die die Abgeordneten zu einer gegebenen Vorlage einnehmen sollen, durch die von jeder einzelnen Partei befolgten politischen Formeln im voraus vorgeschrieben ist. Die Suggestion der politischen Formeln beherrscht das Parlament. Jede Vorlage wird auf das Pro-

krustesbett der Dogmen gespannt. Das Haus ist am besten besetzt an den großen Tagen, wo der Kampf um allgemeine politische Grundsätze tobt. „Wir können immer und immer," sagt Maine [7]), „Unterhausdebatten lesen, in welchen die ganze Erörterung darin besteht, recht schwache Allgemeinheiten und recht heftige persönliche Bemerkungen auszuwechseln. Auf die Einbildungskraft einer reinen Demokratie übt diese Art von allgemeinen Formeln eine wunderbare Wirkung aus. Es wird immer leicht sein, allgemeinen Behauptungen, die in einer ergreifenden Sprache hervorgebracht werden, bei einer Masse Gehör zu schaffen, obwohl sie niemals bewahrheitet worden sind und sich vielleicht überhaupt nicht bewahrheiten lassen."

Natürlich vermag eine Kammer gute Gesetze auszuarbeiten; diese sind aber dann, wie Le Bon bemerkt, immer das Werk einzelner. „Sie werden erst verderblich, wenn eine Reihe von unglücklichen Abänderungsvorschlägen sie zu einem kollektiven Werke macht." Bei jeder konkreten Frage wird es natürlich Abgeordnete geben, die besser als die anderen mit der Sache vertraut sind, und die sich bemühen, ihren richtigeren Gesichtspunkten Geltung zu verschaffen; ihre Stellung ist schwer und undankbar, da sie mit sachlichen Argumenten gegen die unverwundbaren Gespenster der Generalitäten fechten müssen. Dazu kommt, daß der positive Gehalt der Debatten gewöhnlich durch reichliches Füllsel von persönlichen Angriffen und Gegenangriffen einigermaßen verwischt wird. Auf einem Punkte behauptet der Abgeordnete doch unter allen Umständen seine Selbständigkeit, nämlich da, wo die Interessen seines Wahlkreises in Frage stehen. Vielleicht stammt er selber aus dem Kreise; dann besitzt er in diesem Punkte ein konkretes Verständnis für die Realitäten, welches ihn dem Einfluß der Abstraktionen und Verallgemeinerungen entzieht. Ist dies nicht der Fall, dann ist jedenfalls seine Wiederwahl an die Wahrnehmung der Interessen des Wahlkreises geknüpft, und auch

das Mandat ist eine jener Realitäten, die die Macht der Suggestion zu brechen vermögen.

Im großen und ganzen ist aber jene Terminologie bezeichnend genug, die zwischen „sachlichen“ und „politischen“ Rücksichten unterscheidet. Die ersten werden in der Agitation hervorgekehrt, die zweiten aber tragen den Sieg davon. Die „politischen Rücksichten“ sind die Rücksichten auf die vielen parteimäßigen und persönlichen Interessen und auf die vorherrschenden Suggestionen. Wird endlich eine Vermittelung zwischen den sachlichen und den politischen Rücksichten errungen, dann ist das Resultat ein Kompromiß, in welchem ein größerer oder geringerer Teil von „Sachlichkeit“ durch eine Reihe von Bestimmungen, die dem Sachlichen widerstreiten, neutralisiert wird, indem jede Partei vor allen Dingen danach bestrebt war, die Forderungen, denen sie die größte Bedeutung beimaß, durchzusetzen und sie mit Zugeständnissen in anderen Punkten, auf welche sie selbst einen geringeren Wert legte, zu erkaufen. Ein solcher Kompromiß, bei welchem das Streben danach, etwas Vernünftiges zu schaffen, gegenüber dem Streben nach einer Ordnung, die jede Partei einigermaßen befriedige, zurücktritt, wird oft schlimmer sein als ein rein negatives Resultat, weil der Nutzen, den man aus der Reform — trotz aller Verstümmelung — vielleicht ziehen kann, zu teuer erkauft werden kann.

Die politische Leidenschaft, die in der Volksmasse besonders an Wahltagen zum Ausbruch kommt, kann auch gelegentlich das Parlament mit einer solchen Gewalt ergreifen, daß die Suggestion zur Ekstase steigt, und die animalischen Masseninstinkte durch Brüllen, Faustschläge und Zertrümmerung des parlamentarischen Inventars sich Luft machen. Dem Berichte der „Neuen Freien Presse“ über die Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 21. März 1910 entnehmen wir folgendes Stimmungsbild:

„. . . . In den schmalen Zugängen zu dem Hemizykle, wo sich

der Tisch des Hauses befindet, stehen die Abgeordneten eng aneinandergepreßt. Es herrscht eine unbeschreibliche Erregung. Man ist jeden Augenblick auf Tätlichkeiten gefaßt. Inmitten der heulenden und schreienden Menge ist es der Abgeordnete Z., dem es zuerst gelingt, in die Nähe des Ministerpräsidenten zu gelangen. Zunächst wirft er eine zusammengeballte Tagesordnung auf den Grafen Khuen. Dann aber faßt er ein dickes Gesetzbuch, das auf dem Tische des Hauses liegt, um es auf den Ministerpräsidenten zu schleudern. Abgeordneter G. von der Kossuth-Partei faßt seinen Arm und schreit ihm zu: „Bist du wahnsinnig geworden? Was willst du?" Abgeordneter Z. reißt sich jedoch los und schlägt auf den Abgeordneten G., dessen linker Arm sich seit längerer Zeit in einem Gipsverband befindet. Abgeordneter G. hat noch die Kraft, mit der anderen Hand den Abgeordneten Z. zurückzustoßen. Im nächsten Moment reißt Abgeordneter Z. ein Gesetzbuch an sich und wirft es mit voller Wucht gegen den Ministerpräsidenten. Der Wurf trifft sein Ziel. Die Ecke des Einbandes trifft unterhalb des rechten Auges die Wange des Ministerpräsidenten und dann fällt das Buch zu Boden.

„Das ist das Zeichen zu allgemeinen Tätlichkeiten. Man sieht in der Luft Papierknäuel, Bücher und funkelnde Bronzegegenstände herumfliegen. Die Mitglieder des Hauses springen auf die Bänke. Auch des Publikums auf den Galerien bemächtigt sich eine ungeheuere Erregung. Mitten im Lärm hört man das Krachen der Bänke auf den Galerien, die unter der Last der sich auf sie stellenden Personen zusammenbrechen. Auf den Gesichtern der Abgeordneten spiegelt sich die brutalste Leidenschaft wider. Die Mitglieder der Justh-Partei ergreifen alles, was ihnen in die Hände fällt, und werfen es gegen den Ministerpräsidenten und die in seiner Umgebung stehenden Abgeordneten. Aus einem geschleuderten Tintenfaß fällt der Glaseinsatz auf den Abgeordneten V., über dessen Rock und Hemd

sich die Tinte ergießt. Der Behälter fällt zu Boden. Ein anderes Tintenfaß fällt hinter dem Ministerpräsidenten in die Bänke der Verfassungspartei, wo sich die Tinte über den Abgeordneten S. ergießt. Ministerpräsident Graf Khuen wird mehrfach getroffen ....

„Unterdessen entwickelt sich in der Mitte des Saales unter den Abgeordneten ein förmliches Handgemenge. Der Abgeordnete N. gerät mit dem Abgeordneten Z. aneinander. Abgeordneter N. ruft ihm scharfe Bemerkungen zu, so daß Z. ihn sofort fordern läßt. Die Mitglieder der Justh-Partei greifen namentlich den Abgeordneten H. an, der das Vorgehen der äußersten Linken gleichfalls mit den schärfsten Worten brandmarkte und in ein förmliches Handgemenge mit mehreren Abgeordneten gerät. Jetzt sieht man aber keine Wurfgeschosse mehr, da die Tische mittlerweile ganz geleert worden waren. Von den Ministertischen gegen die äußerste Linke zu sind alle nicht niet- und nagelfesten Gegenstände verschwunden .... Dagegen schleudert man einander die gröbsten Schimpfworte zu. Der Justh-Partei ruft man zu: Analphabeten! Ihr könnt die Bücher und die Tintenfässer ohnedies zu nichts anderem benützen. Schurken! Schufte! Schweine! ....“

Bisweilen wird der Lärm zu taktischem Zwecke angewandt, zum Zwecke der Obstruktion u. dgl. Die Bewegung fängt dann an als eine wohlberechnete Methode zum Erreichen einer bestimmten Absicht, bald wirkt aber der Lärm in derselben Weise wie die „Hu“-Rufe der heulenden Derwische oder das Trommelgetöse der Schamanen hypnotisierend, und der Obstruktionslärm verwandelt sich in Ekstase. Von der Sitzung des 5. Februar 1909 berichtet die „Neue Freie Presse“: „.... L. blies auf seiner Trompete, F. hatte zwei Riesentschinellen mitgebracht, H. und Genossen bearbeiteten die Trommel, die Signalpfeifen erschütterten die Luft*). Auch ein Teil der czechi-

*) In anderen Blättern wird eine für die Gelegenheit konstruierte

schen Agrarier beteiligte sich heute an dieser gewalttätigen Obstruktion und schlug in Ermangelung anderer Instrumente mit den Pultdeckeln auf die Bänke . . . Die Erregung aller Mitglieder des Hauses wurde immer größer, je erbärmlicher die Katzenmusik durch das Haus klang. Gerade als die czechischen Obstruktionisten sich anschickten, den ohrenzerreißenden Lärm noch durch weitere Schlagwerke und Posaunentöne zu erhöhen, erhob sich Baron Bienerth, überreichte dem Präsidenten Dr. Weiskirchner das kaiserliche Handschreiben, welches die Schließung des Hauses verfügt, und schritt an der Spitze der Mitglieder des Hauses aus dem Saale hinaus. Die schrillen Töne verstummten einen Moment; aufmerksam horchte das Haus der Verlesung des Handschreibens. Kaum wurde aber dessen Inhalt vernommen, als der tosende Lärm von neuem begann, während auch der Präsident und das Bureau den Saal verließen und die Sitzung geschlossen war . . . . Plötzlich hört man den durchdringenden Ton der Feuerwehrtrompete. Der Abgeordnete L. hat dieses Obstruktionsinstrument wieder herbeigeschafft und entlockt demselben ohrenzerreißende Töne. Plötzlich stürzt ein freisozialistischer Abgeordneter auf L. los und sucht ihm die Trompete zu entreißen. Auch einige deutsche Agrarier drängen gegen die Bänke der Czechen vor und überhäufen die Czechischradikalen mit Zurufen. Dann springt der czechische Agrarier S. über die Bänke und stürzt auf die deutschen Abgeordneten los. Er wird gefaßt, und nun entsteht eine regelrechte Prügelei . . . . Von beiden Seiten fallen nun hageldicht die Faustschläge. Abgeordnete von beiden Lagern mischen sich in den Kampf. Die Zahl der Raufenden wird immer größer,

---

„Obstruktionsmaschine" beschrieben. „Sie ähnelt den Holzratschen, wie sie zur Osterzeit gebraucht werden; nur sind an Stelle des hölzernen Zahnrades in der Welle eiserne Zapfen eingesetzt, über welche starke Bleche gehen; das Ganze wird leicht durch eine Kurbel in Bewegung gesetzt und verursacht einen grauenhaften Lärm."

czechische Agrarier und czechische Radikale auf der einen, Deutschradikale und deutsche Agrarier auf der anderen Seite. Inmitten der raufenden Parteien befindet sich der Abgeordnete S., der wütend um sich schlägt und selbst von zahlreichen Hieben getroffen wird. In dem Kampfgetümmel wird der Abgeordnete N. von dem deutschradikalen K. in den Daumen gebissen. Schließlich gelingt es den Czechen, den Abgeordneten S. aus dem Getümmel herauszuholen .... Dem Abgeordneten S. war der Rock vollständig entzwei gerissen worden; er hatte ein schwarzes Jackett an, von welchem die eine Hälfte gänzlich fehlte. Einige deutsche Agrarier zeigten gleichsam als Trophäe die traurigen Überreste dieses Kleidungsstückes .... Dem Abgeordneten H. war die Weste zerrissen worden. Der deutsche Abgeordnete G. war mitten unter die Czechen geraten und wurde furchtbar geschlagen ...."

Die gleichen Züge finden sich in einem Berichte, den der Petersburger Korrespondent des „Journal des Débats" um Neujahr 1910 von der russischen Duma gibt, wieder: „Die meisten Deputierten kommen mit einer großen Pfeife in die Sitzung. Will R. reden, so ertönt ein Pfeifenkonzert auf den Bänken der Rechten. Antwortet ihm P., so begrüßt ihn die Linke mit einer gräßlichen Katzenmusik. Der Präsident ist fassungslos, ohnmächtig und versucht vergeblich, einen Schein von Ordnung herzustellen, während Geheul und Beschimpfungen sich kreuzen, die Fäuste drohen und die Gesichter verzerrt sind."

Bei diesem ganzen „Kultus der Inkompetenz", wie Emile Faguet den modernen Parlamentarismus nennt, könnte man sich darüber wundern, daß die Welt doch gerade unter der Herrschaft des Parlamentarismus auf so vielen Gebieten so große und augenfällige Fortschritte gemacht hat. Gerade dieses zeitliche Zusammenfallen der Herrschaft des Parlamentarismus mit einem gewaltigen Wachstum der Zivilisation und damit

der Macht in der europäisch-amerikanischen Welt hat die orientalischen Völker so stark frappiert, daß eines nach dem andern den Parlamentarismus als das große Heilmittel für alle Not und alles Elend eingeführt hat. Es ist aber vorderhand nicht gesagt, daß ein kausaler Zusammenhang zwischen dem Demokratismus und den zivilisatorischen Fortschritten des neunzehnten Jahrhunderts bestehen muß; sucht ja doch die Geschichte die Anfänge der modernen zivilisatorischen Entwickelung in Perioden, die der Einführung der neuen politischen Formen vorhergehen. Die Bedeutung dieser politischen Formen besteht vor allem darin, daß sie den frischen, gärenden Kräften, welche die neue Zeit auf den verschiedensten Gebieten zur Entfaltung brachte, freien Spielraum gestatteten. Nicht auf irgendwelchen dem Demokratismus oder dem Parlamentarismus innewohnenden vortrefflichen Eigenschaften liegt das Gewicht, sondern auf der rein negativen Tatsache, daß ein auf soziale Verhältnisse, die sich schon längst überlebt hatten, aufgebauter Absolutismus gebrochen wurde. Die prinzipielle Minderwertigkeit des Absolutismus gegenüber den repräsentativen Regierungsformen liegt nämlich darin, daß der Absolutismus nicht reformiert werden kann, ohne aufzuhören, Absolutismus zu sein, während das Repräsentativsystem innerhalb seines dehnbaren Rahmens eine unbegrenzte Anzahl von Möglichkeiten bietet. Von diesen Möglichkeiten hat der Gang der Begebenheiten uns eine beschert, die sicher nicht die beste ist. Jedoch wurde schon dadurch, daß die alten Schranken niedergerissen wurden, eine mächtige, gebundene Energie ausgelöst, und diese Kraftentfaltung ist das Charakteristische des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts. Sie hat sogar durch die Reaktion der gesunden Natur gegen schädliche Einflüsse die Wirkungen der neuen Mißstände, die der Demokratismus in sich barg, bis zu einem gewissen Grade gemildert. Sie hat eine Menge verschiedenartiger, zum Teil auf Sachkenntnis und Vernunft beruhender Bewegungen

hervorgerufen, die im Ringen der vielen Suggestionen um die Vorherrschaft den Sieg davonzutragen und die Parlamente richtig zu dirigieren vermochten, wie beispielsweise die hygienischen Bestrebungen, verschiedene soziale Bewegungen usw.

Im großen und ganzen hat die Selbstregierung der Völker von Anfang an den Einsatz einer nicht zu unterschätzenden Summe von Idealismus gebracht, der trotz großer Irrungen die Entwickelung über viele Klippen hinweggetragen hat. Dieselbe Kraftauslösung und derselbe selbstvertrauende Idealismus haben bewirkt, daß die Einführung des Parlamentarismus in verschiedenen orientalischen Ländern zu augenfälligen zivilisatorischen Fortschritten geführt hat. Ebenso wie der Kranke, der im Vertrauen auf seine Genesung nach Lourdes fährt, unter günstigen Verhältnissen durch Selbstsuggestion genesen heimkehren kann, wird auch die Nation, welche im Parlamentarismus ihr soziales Lourdes sieht, durch die ungeheure Macht der Massensuggestion, jedenfalls für eine Weile, Heilung erlangen können.

Eine unleugbare menschliche Erfahrung zeigt aber, daß jede Geistesmacht und jede Idee in demselben Maße an Idealismus verliert, wie ihre Herrschaft an Festigkeit und Sicherheit gewinnt. Bleiben dann Realitäten genug, wird immerhin ein ersprießliches Resultat erzielt werden können; allein ein Regime, das vorwiegend auf die Zufälligkeiten der Suggestionen und nur für einen geringeren Teil auf reelle gesellschaftliche Interessen baut, ist dem unausbleiblichen Verfall geweiht. In Europa war der Parlamentarismus während der letzten Jahrzehnte in schnellem Niedergange begriffen; das Tempo ist nicht dasselbe in allen Ländern, aber der Gang der Entwickelung tritt überall mit Sicherheit hervor. Während der erste Zeitraum des Demokratismus durch den Typus des idealistisch gesinnten Politikers geprägt war, der die Politik als die Bestrebung, die beste Machtbalance zu schaffen, ansah, wurde die

nächste Periode die der Parteipolitiker, deren Gesichtskreis durch das Interesse der eigenen Partei begrenzt war; im dritten Stadium dominiert der Geschäftspolitiker, für den die Politik nur die Bestrebung ist, eine solche Machtbalance zu schaffen oder zu bewahren, die seinen eigenen Interessen frommt, der Typus, den Emile Faguet mit diesen Worten schildert: „Er ist eine Null, was persönliche Gedanken betrifft, mittelmäßig in seiner Erziehung, der die Instinkte und Leidenschaften der Masse teilt, und der endlich nichts anderes zu tun hat, als eben Politiker zu sein, weil er, wenn die politische Laufbahn für ihn verschlossen wäre, verhungern würde."

Wahrscheinlich stehn wir hier im letzten Stadium der modernen Demokratie. Die Kulturentwickelung muß nach neuen Formen orientiert werden. Man hüte sich wohl, in den modernen Aberglauben zu verfallen, daß außer Absolutismus und Parlamentarismus es kein Drittes gäbe: das Repräsentationssystem bietet ja doch gerade die Möglichkeit, zu verbesserten, nach dem Bedürfnis der verschiedenen Völker und Staaten differenzierten Verfassungszuständen fortzuschreiten, die in höherem Maße als die gegenwärtigen den verschiedenen gesellschaftlichen Werten eine solche Repräsentation bescheren, wie sie es mit Recht verlangen können. Wir haben uns aus den Fesseln des Absolutismus befreit, es wäre aber möglich, daß dies nur der erste Schritt auf einer langen Bahn wäre. Das Gesetz der Entwickelung wird jedenfalls stärker sein als der Dogmatismus, der die Form des heiligen Parlamentarismus für Zeit und Ewigkeit festgestellt wähnt.

Drittes Kapitel.

Die Politik als Ausdruck der Moral der Massen.

> Dans les temps le plus raffinés, le lion d'Ésope fait un traité avec trois animaux ses voisins. Il s'agit de partager une proie en quatre parts égales. Le lion pour de bonnes raisons qu'il déduira en temps et lieu, prend d'abord trois parts pour lui seul, et menace d'étrangler quiconque osera toucher à la quatrième. C'est-là le sublime de la politique. Voltaire.

I. Der Staat. Individualmoral und Massenmoral.

Mannigfaltig sind die Versuche einer Definition des Staates, die gemacht worden sind. Diese sind häufig so abstrakt philosophisch gehalten, daß sie nur als ein Spiel der Gedanken interessieren, aber zum Verständnis des Wesens des Staates keine positive Anleitung geben. Wenn man von solchen metaphysischen Erklärungen absieht, drehen sich die Definitionen gewöhnlich teils um das rechtschaffende oder rechtnormierende Moment des Staatsbegriffes, teils um den Zusammenhang des Staates mit den primitivsten sozialen Bildungen, der Familie und dem Stamm. Der Staat ist nach Cicero eine „Rechtsgemeinschaft", und die Naturrechtslehrer des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts sahen in ihm das Resultat eines „Gesellschaftsvertrages", der nicht notwendigerweise als ein fest formulierter, aus einem bewußten Willensakt hervorgegangener Kontrakt aufzufassen ist, sondern nur als ein kurzer Ausdruck für die implizite gegebene gegenseitige Verpflichtung, die jede Art von Zusammenschluß voraussetzt. Schon Hobbes hat durch seine Theorie, daß der Staat als ein Mittel gegen

den „Krieg aller gegen alle" entstanden sei, jener Auffassung ihre klassische Formulierung gegeben, die den Staat als das Ergebnis der Bestrebungen, Rechtsnormen an die Stelle der Willkür zu setzen, betrachtet. Neuere Staatstheoretiker wie Sir Henry Maine sehen in dem Staate das Resultat einer durch Familie und Stamm weitergeführten sozialen Entwickelung.

Neuerdings hat Franz Oppenheimer in seinem Buche über den Staat[1]) den Staatsbegriff vom soziologischen Gesichtspunkte aus untersucht. Er definiert den Staat als „seiner Entstehung nach ganz und seinem Wesen nach auf seinen ersten Daseinsstufen fast ganz eine gesellschaftliche Einrichtung, die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezwungen wurde mit dem einzigen Zwecke, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände und äußere Angriffe zu sichern. Und die Herrschaft hatte keinerlei andere Endabsicht als die ökonomische Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger." Oppenheimer unterscheidet das „ökonomische Mittel", unter welchem er „die eigene Arbeit und den äquivalenten Tausch eigener gegen fremde Arbeit" versteht, und das „politische Mittel", das ist „die unentgoltene Aneignung fremder Arbeit" oder mit einem anderen Worte: der Raub; und er sieht im Staate die „Organisation des politischen Mittels". Mit der Erwerbung von Beute und Sklaven ist der Staat gegründet; er hat die Form der Herrschaft und den Inhalt der wirtschaftlichen Ausbeutung menschlicher Arbeitskräfte und führt die schon auf dem vorstaatlichen Stadium eingeleitete ökonomische Differenzierung und soziale Klassenbildung zu schneller Entfaltung.

Die Tatsache, daß jeder Staat ein Klassenstaat ist, hat man durch die Theorie der ursprünglichen Anhäufung von Grund- und Kapitalvermögen in den Händen einzelner zu erklären versucht, indem die Klugen und Tüchtigen Vermögen sammelten, während die Untüchtigen und Verschwender in Armut ver-

sanken und von den ersteren abhängig wurden. Die Unhaltbarkeit dieser Theorie weist Oppenheimer in einer kleineren Abhandlung[2]) nach, teils durch Hinweis auf die älteste Geschichte, wo wir überall mit einem Unterwerfungs-, nicht mit einem Unterordnungsverhältnis zu tun haben, teils durch eine soziologisch-ökonomische Deduktion: Alle Naturrechtslehrer waren in der Annahme einig, daß die Differenzierung in Einkommens- und Vermögensklassen erst mit dem Augenblick einsetzen konnte, wo der Grund und Boden voll besetzt war; solange noch der Mensch Zutritt zu freiem Land hatte, fiel es ihm nicht ein, in die Dienste eines anderen zu treten. Die Naturrechtslehrer nahmen an, daß der Zeitpunkt der Vollbesetzung des Bodens bei starkem Wachstum einer ursprünglich noch sehr kleinen Bevölkerung sehr schnell eintreten und die Klassenteilung damit anfangen müsse. Oppenheimer hat aber ausgerechnet, daß dieser Zeitpunkt in Deutschland noch nicht eingetreten wäre, geschweige denn in dünner besiedelten Ländern. „Ja wenn man die Zahl der auf der ganzen Erde vorhandenen Morgen fruchtbaren Landes durch die Zahl der vorhandenen Menschen dividiert, so stellt sich heraus, daß man jeder Familie von fünf Köpfen durchschnittlich dreißig Morgen (was der Verfasser für den Durchschnittslandwirt als genügend zur Ernährung einer Familie ansieht) zuweisen könnte, und daß dennoch etwa zwei Drittel des Planeten noch unbesetzt blieben."

Oppenheimer geht von der heute allgemeinen Anschauung aus, daß die auf der Familie beruhenden sozialen Formen die ursprünglichen sind, und daß der Staat sich daraus entwickelt hat. Er kennt somit auch „vorstaatliche", primitive Zustände. Dagegen behauptet ein so hervorragender historischer Forscher wie Eduard Meyer[3]), daß „wir den staatlichen Verband nicht nur begrifflich, sondern auch geschichtlich als die primäre Form der menschlichen Gemeinschaft betrachten müssen, eben als den-

jenigen sozialen Verband, welcher der tierischen Herde entspricht und seinem Ursprung nach älter ist als das Menschengeschlecht überhaupt, dessen Entwickelung erst in ihm und durch ihn möglich geworden ist." Die Geschlechtsverbände können nicht ursprünglich sein, weil uns auf diesem Gebiete in der primitiven Stufe „eine bunte Fülle oft diametral entgegengesetzter Ordnungen entgegentreten", und „keine dieser verschiedenen Ordnungen als naturnotwendig, als aus einem angeborenen Gefühl des Menschen erwachsen betrachtet werden kann". — „So haben wir es auch in der Organisation des Geschlechtslebens und der Gestaltung der Familie — das Wort im weitesten Sinne genommen — keineswegs mit einem naturnotwendigen Gebilde zu tun, das als die Wurzel aller menschlichen Gemeinschaft, aller sozialen Verbände betrachtet werden könnte, sondern umgekehrt mit autoritativen Ordnungen, die innerhalb eines schon bestehenden sozialen Verbandes das Geschlechtsleben und die Stellung der Kinder einer festen Regelung unterwerfen. Diese Regelung entsteht und wirkt nicht spontan, kraft eines Naturtriebes — der führt nur zum ungeregelten Beischlaf, zum freien Geschlechtsverkehr —, sondern sie wirkt durch die Sitte; und hinter dieser Sitte steht der äußere, staatliche Zwang." [4])

Aber wenn wir auch mit Eduard Meyer, dessen Argumentation überzeugend erscheint, den Ursprung des Staates in eine nicht nur vorgeschichtliche, sondern auch vormenschliche Zeit verlegen müssen, so bleibt doch die von Oppenheimer vertretene Auffassung von der Bildung des Staates psychologisch richtig. Der Staat ist eine Kampforganisation. „Staat" heißt die menschliche Gemeinschaft, von ihrer aggressiv-defensiven Seite betrachtet, „Gesellschaft" heißt sie, von ihrer soziablen Seite gesehen. Der Staat ist als ein Instrument zum Zwecke des Raubes und der Abwehr gegen Raub entstanden, also nicht um dem „Kriege aller gegen alle" ein Ende zu machen, sondern

um den Krieg in festere Formen zu bringen und wirkungsvoller zu gestalten. Staat und Gesellschaft sind nicht zwei Einrichtungen, welche nebeneinander und unabhängig voneinander bestehen, sondern sie kreuzen sich und durchdringen sich gegenseitig und sind zu einem unauflöslichen Ganzen zusammengewachsen.*)

Die Triebe des primitiven Seelenlebens haben wie diejenigen des Seelenlebens der Masse zwei Pole: die Selbstbehauptung, deren aktive Formen der Raubtrieb und der Machttrieb sind, und die Soziabilität, der Trieb zur Gesellung. Im Staate wie in der Gesellschaft herrschen diese beiden Arten von Trieben, während aber die Gesellschaftsidee zunächst den Zusammenschluß als Zusammenschluß, also die Soziabilität akzentuiert, ist die Staatsidee von Anfang an der Ausdruck des Wirkens, des Zusammenschlusses nach außen, also der organisierten Raubwirtschaft. Der Staat ist eine aggressiv-defensive Koalition, die den Krieg systematisiert und zur Kunst und zur Wissenschaft ausbildet, wodurch der tägliche Kriegszustand von einem Zustande abgelöst wird, in welchem Krieg und Friede

---

*) Martin Hartmann teilt die Gesellschaft in vier Gesellungen ein: Blut-, Sprach-, Erwerbs- und Vorstellungsgesellung. Die Gesellschaft wird von diesen Gruppen gebildet, d. h. „die immerwährend durcheinander wirbelnden Gruppen bilden alle zusammen von Anfang an und in jedem Augenblick die Gesellschaft“[5]). Auf der Blutgesellung beruht die engste Gruppenbildung, die Familie, und das aus dieser herauswachsende Geschlecht. Eine umfassendere Gruppe ist der Stamm, welcher durch Zusammenschluß mehrerer Familien zu einer wirtschaftlichen Einheit, oft bei einer Fiktion von Blutgemeinschaft, sich bildet. Ebenso ursprünglich wie das Blutband sind das sprachliche und das wirtschaftliche Band und endlich die Vorstellungsgemeinschaft, die zunächst in der Form der Religion auftritt.[6]) Die Götter sind Haus- und Familiengötter, später Stammesgötter; außerhalb der gesellschaftlichen Organisation, an deren Existenz ihre eigene aufs engste geknüpft ist, besitzen sie keine Macht, und der Hausvater ist der Priester der Familie, ebenso wie der Stammeshäuptling der Oberpriester und der Leiter der Opferzeremonien ist.

miteinander abwechseln, so daß die Entfaltung anderer Seiten des menschlichen Wirkens ermöglicht wird. Der Beitrag der Soziabilität besteht aber in der instinktiven Erkenntnis eines gewissen Pflichtverhältnisses, die jede friedliche Verbindung unter Menschen mit sich bringt. Diese Entwickelung des Pflichtbegriffes wirkt nicht nur mit bei der Festigung der Rechtsnormen, durch die die Entfaltung des Staates sich vollzieht, sondern enthält auch den Kern der Ethik.

Nachdem der primitive Staat sich zum Kulturstaat entwickelt hatte, kam das Recht lange Zeit hindurch nur für seine eigenen Mitglieder zur Geltung; im Römerreiche waren Nichtbürger in Wirklichkeit rechtlos. Der Staat ist fortwährend nach außen eine Organisation zur Raubwirtschaft und zur Abwehr gegen Raub („Staatsinteressen", „Staatsraison"), während er nach innen ein Beschützer des Rechtes ist, d. h. Hand in Hand mit der von Pädagogen und Gesellschaftsreformatoren repräsentierten Ethik an der Hemmung des privaten Raubtriebes arbeitet, oder jedenfalls danach strebt, diesem solche Schranken zu setzen, daß er nicht den Staatsbau gefährde. Diese Doppelseitigkeit im Wesen des Staates erklärt den Gegensatz zwischen Individualmoral und Staatsmoral, zwischen Ethik und Politik: die Politik, die „Staatskunst", hält es für ihr gutes Recht, selbst dem menschlichen Urtrieb zum Raub zu folgen, den sie im eigenen Interesse bei den Individuen bekämpft. Nach und nach haben sich freilich zwischenstaatliche Gebräuche entwickelt; Fremde sind nicht länger gleichbedeutend mit Feinden, obwohl ihre Rechte begrenzt sind. Die Staaten stehen aber fortwährend einander als Feinde gegenüber. Sie können sich für eine Weile miteinander alliieren, das Feindesverhältnis ist aber das normale. Während ihre Diplomatien übertriebene und konventionelle Höflichkeitsbezeugungen und Freundschaftsversicherungen auswechseln, sind sie immer auf Zusammenstöße mit den Waffen vorbereitet. Immer hält der Staat

sich für berechtigt, wenn seine „vitalen Interessen“ es verlangen, gegen einen anderen mit Gewalt vorzugehen; und was „vitales Interesse“ ist, darüber entscheidet er selbst. Daß ein Staat seine mit anderen Staaten abgeschlossenen Verträge nur so lange halten soll, als er Vorteil davon hat, ist ein Grundsatz, der wohl nicht offiziell ausgesprochen, von politischen Schriftstellern und von der maßgebenden Presse aber immer wieder als selbstverständlich angeführt wird. So besteht immer das alte Doppelwesen im Staate: nach innen, zwischen den Staatsbürgern, das Rechtsprinzip, das durch die Organe des Staates gehandhabt wird; nach außen, zwischen Staat und Staat, das Machtprinzip. „In der Politik geht Macht vor Recht.“*)

Fragt man nach der Ursache dieses Verhältnisses, dann liegt die Erklärung nahe, daß über den Staaten keine Autorität stehe, die das Recht in derselben Weise durchzusetzen vermag, wie es von seiten des Staates gegenüber dem Individuum geschieht. Diese Erklärung ruft aber eine andere Frage hervor: Da eine natürliche Entwickelung für die Individuen den Staat als Rechtsautorität geschaffen hat, weshalb sind dann die Staaten nicht durch eine parallele Entwickelung dazu gebracht worden, sich eine gemeinsame Rechtsautorität zu schaffen?

Die Antwort hierauf ist in der Psychologie der Massen gegeben. Staaten sind „Massen“, sogar sehr große und höchst ungleichartig zusammengesetzte Massen. Wir haben gesehen, daß die Massenseele aus den Eigenschaften besteht, die allen die Masse ausmachenden Individuen gemeinsam sind, also aus ganz primitiven Regungen. Einer solchen psychischen Beschaffenheit muß eine primitive ethische Stufe entsprechen. Handelt es sich um einen Staat oder eine Nation, dann genügt es nicht,

*) Über das Verhältnis zwischen den Begriffen „Macht“ und „Recht“ siehe den Abschnitt von den „Theorien der Idealpolitit und der Realpolitik“

daß die besten Männer des Volkes von der moralischen Zulässigkeit oder Unzulässigkeit irgendeiner staatlichen oder nationalen Aktion eine klare Vorstellung haben; sie können ja ihre Auffassung der Masse nicht beibringen, wenn diese Masse dafür nicht empfänglich ist. Erst wenn die moralische Grundlage für die Beurteilung der betreffenden Aktion jedem einzelnen Mitglied der Masse ins Blut übergegangen ist, erst dann wird die Masse eine solche ethische Entwickelung errungen haben, zu welcher das Individuum durch fremde und Selbsterziehung in einem kurzen Menschenleben sich erheben kann.

Die erste ungeheure Schwierigkeit auf diesem Wege liegt natürlich in der den Massen eigentümlichen Unempfänglichkeit für Vernunftgründe. Eine lokale Masse kann man vielleicht noch durch Beweisgründe von einer Wahrheit ganz einfacher Art überzeugen, wie z. B. davon, daß 2 + 2 = 4 sind — wenn nicht die Masse irgendein Interesse daran hat, zu glauben, daß 2 + 2 5 ausmachen; in diesem Falle wird sie nämlich die Stimme des Redners durch Brüllen ersticken und sogar ihm gegenüber zu Tätlichkeiten schreiten, um nicht Gefahr zu laufen, überzeugt zu werden —; hat man aber mit einer zerstreuten Masse zu tun, dann ist es eine verzweifelte Sisyphusarbeit. Die zerstreute Masse ist wie eine Blase, die, wenn man auf einer Stelle drückt, auf einer anderen sich aufbläht. Einsichtsvolle Leute können immer wieder Irrtümer berichtigen, deren himmelschreiende Ungereimtheit für das denkende Individuum evident ist; und jedesmal, wenn man eine solche Vorstellung im Osten niedergeschlagen hat, taucht sie fröhlich wieder auf im Westen. Die nüchternen Persönlichkeiten, die im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert diesen Kampf für die elementarste gesunde Vernunft ausfechten, werden ein Mal nach dem anderen mit Erstaunen die Tiefe der Stupidität der Massen — der Presse und der Populärwissenschaft zum Trotze — gemessen haben.

Die Geschichte der Individualethik fängt mit der Stammesmoral an; das Individuum gilt an sich nichts, nur im Zusammenhang mit dem Stamme, der dann auch für die Handlungen der einzelnen Mitglieder verantwortlich ist. Zu dieser Stufe gibt es nach der Natur der Dinge nichts Analoges in der Geschichte der Staaten: die Staaten stehen von Anfang an isoliert. Das Individuum erreicht mit der Selbstmoral die nächste Stufe der ethischen Entwickelung; hier wird die Beurteilung von Gut und Böse durch den direkten, leicht zu überblickenden Nutzen für das Selbst bestimmt. Mit der Kultur (d. h. der inneren, geistigen Entwickelung im Gegensatz zur Zivilisation als Inbegriff der äußeren, technischen Fortschritte) erweitert sich der ethische Horizont. Das Individuum sieht sein Ich im Zusammenhange mit den Umgebungen in immer weiteren Kreisen, bis es zuletzt alles Lebende umfaßt, mit welchem es direkt oder indirekt in Berührung kommt; die Sympathie wird zur Trägerin der Moral. Erst auf dieser Stufe kann von einer eigentlichen Ethik gesprochen werden. Während aber die Ethik, von der Soziabilität zur Entfaltung gebracht, nach und nach in höherem oder geringerem Maße die Individuen durchdringt, und mit Hilfe des Staates durch Gesetz und Recht den für ethisches Verständnis weniger empfänglichen Individuen das Minimum von Moral, welches der zu jeder gegebenen Zeit geltende Kulturstandpunkt erfordert, aufzwingt, bleibt die Masse noch lange auf der primitiveren Stufe stehen, obwohl die Keime zu einer Weiterentwickelung auch der Massenmoral in den soziablen Trieben vorhanden sind. Die Politik — als der praktische Ausdruck der Massenmoral — ist hinter der Ethik zurückgeblieben. *Politik und Ethik schließen einander nicht aus, es scheint nur so, weil die individuelle Moral der Massenmoral um viele Jahrhunderte vorausgeeilt ist.*

Daß die Massen im Vorwärtsschreiten unendlich viel träger

sind als die Individuen, hat noch eine andere Ursache: es fehlt der Masse am Verantwortlichkeitsgefühl. Je mehr die Verantwortlichkeit verteilt wird, desto weniger bedrückt sie den einzelnen. Eine Versammlung, eine ganze Nation, erlaubt sich Dinge, vor denen das zivilisierte Individuum sich scheuen würde, wenn es allein die Verantwortung tragen sollte. Wenn vierhundert Deputierte eine zweifelhafte Vorlage zum Gesetz erheben, kann ein jeder von ihnen sich immerhin damit trösten, daß er nur ein Vierhundertstel der Verantwortung trägt. Ein Parlament und eine Regierung würden vielleicht nur mit großem Bedenken den Beschluß eines Krieges treffen; werden sie aber von einer größeren Masse, von einem ganzen Volke in Wut angefeuert, verteilen sie vielleicht in ihren Gedanken die Verantwortung auf die anonymen Millionen und lassen der Sache ihren Lauf.

Es wäre jedoch falsch, daraus zu folgern, daß der Absolutismus am meisten dazu geeignet wäre, die Moral der Politik zu fördern. Die Voraussetzung wäre dann erstens, daß sowohl der absolute Monarch wie seine Ratgeber mustergültige Vertreter der individuellen Moral wären, was bekannterweise nicht immer der Fall ist. Dazu kommt aber noch eine andere Betrachtung: Ebenso wie die Vorstellung, daß in der Demokratie die Freiheit herrsche, illusorisch ist, beruht auch die Vorstellung der totalen Einflußlosigkeit der Massen unter dem absolutistischen Regime auf einer Illusion: der demokratische Volksführer ist gewissermaßen ein Despot, und der Selbstherrscher-Despot ist in einer gewissen Hinsicht ein Sklave seines Volkes. In Sachen, die in merkbarem Grade das Geschick des Volkes berühren, vermag der Despot auf die Dauer nur seinen Willen durchzusetzen, wenn er die Massen für sich hat. Der Wille der Massen gegenüber dem Despoten äußert sich nicht nur durch Verschwörungen, Aufruhr, Meuterei, Dolchstöße und Bombenwerfen, sondern auch durch passiven Widerstand; er

ist ein Faktor, den der Despot unbewußt und unwillkürlich in Betracht zieht. Außerdem ist jeder Despot von seinen Kreaturen abhängig, durch die er seine Informationen bezieht und durch die wieder seine Befehle zur Ausführung gelangen sollen. Diese sind vielleicht zunächst darauf bedacht, ihre Stellung zum eigenen Vorteile auszunützen, aber in Sachen, wo dieser Beweggrund nicht mitspielt, und selbst bei der Beschäftigung damit, ihre eigenen Taschen zu füllen, werden sie in irgendeiner Weise mit hervortretenden Kräften im Volkswillen, mit Standesinteressen oder mit mächtigen Suggestionen, Fühlung suchen; wenn die Volkskräfte geteilt sind, wird ein schlauer Taktiker immer eine Rolle zu spielen wissen. Die Übereinstimmung mit den maßgebenden Kräften des Volkswillens hat den Erfolg eines Darius, eines Alexander, eines Ludwig XIV. und eines Napoleon nicht minder als den eines Bismarck oder eines Gladstone geschaffen. Die Frage: Absolutismus oder Demokratismus? ist für die Entwickelung der Ethik der Massen wohl von relativer, nicht aber von grundsätzlicher Bedeutung.

II. Zwischenstaatliche Politik.

1. Die Praxis.

In Verhältnissen, wo ein zum europäischen Zivilisationskreise gehörender Staat einem Volke gegenübersteht, dem diese besondere Art von Zivilisation fehlt, und das deshalb schwächer ist, tritt der Charakter der zwischenstaatlichen Politik am deutlichsten hervor, weil hier weniger Rücksichten zu nehmen sind. Die Kolonialpolitik ist deshalb besonders lehrreich. Man trifft hier zwei Hauptformen der politischen Aktion: 1. Annexion, d. h. volle Aneignung des fremden Landes zu dem Zwecke, dieses zum eigenen Nutzen wirtschaftlich auszubeuten und seinen eigenen Bevölkerungsüberschuß zum annektierten Lande hinauszuschicken, dessen einheimische Bevölkerung in irgendeinen Ab-

hängigkeitszustand versetzt wird. Die Annexion kann auch aus militärischen Rücksichten erfolgen, indem der annektierende Staat gegen einen anderen Staat seine Grenzen schützen will und deshalb seine militärische Position auf Kosten eines Dritten verbessert. — 2. „Friedliches Durchdringen"*) d. h. allmähliche Aneignung der wirtschaftlichen Ausbeutungsmöglichkeiten des betreffenden Landes, mit Aufrechterhaltung der Fiktion der „Selbständigkeit und Souveränität", als deren selbstlosen Beschützer man sich selber hinstellt. Das „friedliche Durchdringen" ist nur ein Übergangsstadium, auf welchem man so lange stehen bleiben kann, als praktische Gründe eine eigentliche Annexion weniger wünschenswert erscheinen lassen.

In beiden Fällen sind denn auch die Methoden dieselben. Man fängt damit an, den Staat, den man sich als Opfer ausersehen hat, nach und nach in seine Interessensphäre hineinzubringen. Einen geldarmen Staat — orientalische Staaten sind in unseren Tagen immer geldarm — bringt man in Abhängigkeit durch Anleihen unter drückenden Bedingungen, wonach alle Forderungen sich leicht erzwingen lassen. Die Zinsenschuld drückt auf das Budget des Landes, so daß dies bald eine neue Anleihe nachsuchen muß. In dieser Weise wächst die Lawine, und die Bedingungen werden jedesmal härter. Die Großmacht verlangt als Sicherheit das Recht, die Zoll- und sonstigen Einnahmen des Schuldnerstaates zu kontrollieren, ferner Konzessionen und Monopole zur Ausbeutung seiner natürlichen Reichtümer. Die Produktionsmittel des Schuldnerstaates gehen nach und nach in die Hände des Gläubigers über, ebenso vielleicht der Boden**). Bald ist der Schuldnerstaat von der Großmacht

*) „Pénétration pacifique". Der Ausdruck hat jenen eigentümlichen Klang von Heuchelei, der gewöhnlich die politischen termini technici auszeichnet.

**) Reagiert die eingeborene Bevölkerung durch Gewalttätigkeiten gegen den Druck von außen, dann wird eine „Strafexpedition" ge-

dermaßen abhängig geworden, daß seine Regierung ohne deren Zustimmung nichts zu unternehmen wagt; nur dem Namen nach ist diese noch die Herrin im eigenen Hause. So wird die Welt allmählich daran gewöhnt, jenen Staat als eine Dependenz der Großmacht zu betrachten, und wenn er endgültig erwürgt wird, kommt es nicht als eine Überraschung und ruft nirgends größere Affekte hervor. Die annektierende Macht sorgt selbstverständlich dafür, bevor sie ihren Streich durchführt, die ebenbürtigen Konkurrenten zum Schweigen zu bringen, teils durch Drohungen, teils indem sie ihnen freie Hand läßt, ihren Drang nach „ökonomischer Expansion" anderswo

---

sandt. Ein solches Unternehmen (das korrekterweise „Racheexpedition" heißen sollte) geht gewöhnlich folgendermaßen vor sich: zu jener Stadt, jenem Dorf oder Nomadenlager, wo die Gewalttat begangen war, wird ein mit Maschinenkanonen ausgerüstetes Expeditionskorps gesandt, welches die Stadt, das Dorf oder Nomadenlager zusammenschießt und Männer, Weiber und Kinder teils durch das Bombardement niedermetzelt, teils während der Flucht einen nach dem anderen erschießt, wonach die Ruinen geplündert werden, wenn es dann überhaupt etwas zu plündern gibt. Nachher verlangt man von den Überlebenden ihr Spargeld als Tribut und schickt endlich der eingeborenen Regierung die Kostenrechnung der Expedition, die Munition in den Leibern der Eingeborenen mit einbegriffen. Durch eine Strafexpedition wird folgendes erreicht: 1. Den Eingeborenen wird klargemacht, daß um das Leben eines einzigen Europäers oder Amerikaners aufzuwiegen, mehrere Hunderte von Eingeborenen getötet werden müssen. 2. Man behauptet sein Prestige gegenüber den übrigen Mächten. 3. Den Teilnehmern der Expedition wird eine Gelegenheit geboten, ohne eigene Gefahr — weil die Eingeborenen wehrlos sind — die mit jeder Art von Menschenjagd verbundenen urmenschlichen Triebe zu befriedigen. Wenn man mit psychologischem Verständnis jene Korrespondenzen von Teilnehmern solcher Expeditionen (z. B. von französischen Fremdenlegionären), die gelegentlich in den Zeitungen veröffentlicht werden, liest, sieht man, wie jene Urtriebe unbewußt durchblicken: die Wollust am Blutvergießen, die sportsmäßige Freude beim Zielschießen nach lebenden Menschen, das erhabene Machtgefühl gegenüber den in Todesfurcht hin und her laufenden Massen, die Freude an der Plünderung, kurz der Charme des irregulären Krieges.

zu befriedigen. Man hat zuvor ebenfalls dafür Sorge getragen, die Einfuhr europäischer Waffen soweit wie möglich zu hindern, damit, wenn es einmal losgeht, die Maschinenkanonen mit den tatsächlich wehrlosen Eingeborenen ein leichtes Spiel haben werden. Dies ist natürlich eine „humane" Maßregel, denn dadurch wird der Widerstand schneller und mit weniger Blutvergießen gebrochen. Hat man erst einmal in irgendwelcher Form eine Protektorstellung erworben, mag sie nun von den anderen Mächten anerkannt sein oder nicht, dann kann man mit allen Mitteln auf sein Ziel hinarbeiten. Man bringt einen Verwaltungszweig nach dem anderen unter seine Kontrolle, man strebt systematisch, die eingeborene Bevölkerung von der Scholle fortzutreiben und Ansiedler an ihre Stelle zu verpflanzen usw. Es versteht sich übrigens von selbst, daß der Kulturstandpunkt einer jeden kolonisierenden Nation bei der Wahl der Mittel ein mitbestimmender Faktor ist. Vom Vorgehen der Russen in der Mandschurei werden in einem Briefe aus Charbin, datiert Anfang August 1910, der „Kölnischen Zeitung" u. a. folgende Züge mitgeteilt:

„. . . Solange Chinas Volk in seinem Wirtschaftsleben festhält an den hohen kulturellen Prinzipien, die ihm ins Blut übergegangen sind, ist Rußland machtlos, die Reformen in Verwaltung des Landes, die schnell fortschreitende Kultivierung und Kolonisation der Mandschurei und Mongolei (von seiten Chinas) zu hindern. Nur ein Mittel in verzweifeltem Kampfe kennt die russische Politik, das Volk, die Beamtenschaft und auch den Kaufmannsstand zu demoralisieren, wo nur irgend möglich den chinesischen Fiskus zu schädigen und ungeordnete Verhältnisse zu erhalten. Mittel hierzu sind folgende: Rußland zahlt 300 000 Rubel jährlich zur Aufbesserung der chinesischen Beamten, die doch auch ihr chinesisches Gehalt erhalten. In China wie überall in der Welt verlangt man für Geld auch Gegendienste. Alle Gerichtssachen über Chinesen auf dem

Konzessionsgebiet werden in den sogenannten gemischten Gerichten behandelt. Deren Zweck ist angeblich human, doch weiß man, daß die Foltern im Girinschen Bureau bis heutzutage denen in rein chinesischen Gerichten an Grausamkeit nicht nachstehen .... Die Polizei besteht aus Soldaten der Grenzwache. Die einzelnen Regimenter kommandieren das nötige Material ab. Natürlich schickt jeder Offizier die schlechtesten Soldaten seiner Kompagnie der Polizei zu, mit der er selbst nichts zu tun hat. Die höhere Polizei setzt sich aus Grenzwachoffizieren zusammen. Da die Polizei in Rußland überhaupt sich des schlechtesten Rufes erfreut, ganz besonders aber die in der Mandschurei, so werden die einmal in der Polizei angestellt Gewesenen nicht wieder in ihre Regimenter aufgenommen .... Die Übersetzer stellen das entsetzlichste Element in der russischen Administration dar .... Im Verkehr mit den Chinesen ist die russische Administration, namentlich die Polizei, völlig abhängig von den Übersetzern. Die meisten dieser Übersetzer haben bereits eine langjährige Verbrecherlaufbahn hinter sich, dienten schon zur Zeit des Krieges im russischen Heere, wo sie sich in Erpressungen der verschiedensten Art zu Virtuosen ausbildeten. Den Polizeichefs der einzelnen Stadtteile wird jetzt unter dem autokratischen Regime der Zivilverwaltung vom General A. vorgeschrieben, diesen oder jenen Übersetzer bei sich anzustellen, Vorstellungen über vorliegendes bloßstellendes Material gegen den Übersetzer werden nicht angehört. Der Kampf gegen die Masse von Opiumhöhlen, öffentliche Häuser, Opiumhandel usw. ist natürlich völlig vergeblich, denn der Herr Übersetzer zeigt nur solche Verbrecher, solche schädlichen Nester an, die ihm nicht genügend zahlen ....

„Das ganze chinesische Volksleben, das ein Abbild zu einem geordneten Familienleben ist, baut sich auf der Einrichtung der gegenseitigen Garantien, der natürlichen Haftpflicht und der freiwilligen Bürgschaft auf... Kein Chinese nimmt nun einen

anderen in seine Dienste, ohne von diesem eine Bürgschaft, ein Bau-thjau zu verlangen. Der Bau-thjau ist ein schmaler Streifen Papier, auf dem der Bürgende von oben nach unten schreibt, daß er für X dem Y bürgt, sein oder der Firma Siegel macht den Bau-thjau rechtskräftig. Die Kette der Bürgenden kann unendlich lang sein. Eigentlich bekommt man nie davon zu hören, daß eine mit einem Bau-thjau versehene Person das ihr geschenkte Vertrauen mißbraucht, denn wer sollte so toll sein, daß er sich, sämtliche Bürgen und schließlich seine ganze Verwandtschaft vollständig ruiniert! Flieht er auch, das hilft ja nichts, er ist ohne Freunde, ohne Bürgen verloren .... Um im Konzessionsgebiet das kulturelle System der Bürgschaften ... beiseite zu setzen, ... machte die Verwaltung eine Verfügung allen russischen Reichsangehörigen zur Nachachtung bekannt. Laut dieser Verfügung, deren Vernachlässigung mit fünfhundert Rubel oder Arrest von drei Monaten bestraft wird, soll jeder russische Dienstherr von seinen chinesischen Dienstboten die Eintragung bei den Polizeiämtern verlangen. Die Eintragung entspricht der der russischen Dirnen und Sträflinge ... Diese Art Eintragung, die dabei das russische und chinesische Element mit einer beträchtlichen Steuer belegt ..., bietet gar keine Sicherheit. Dem Polizeiamt kann für den dienstsuchenden Chinesen kein chinesisches Geschäft bürgen, weil die Bürgschaft eben nur für den besonderen Fall gegeben werden kann. Ein Bau-thjau kann eben nicht weitergegeben werden, hat nur einen Wert für den, dem man für eine dritte Person garantiert. Auf diese Weise kommt also im Dienst der Russen dieses vorzügliche System der Garantien nicht mehr zur Geltung. Es triumphieren die chinesischen Elemente, die wegen ihrer Verderbtheit keinen Bau-thjau hätten finden können und nun ohne alle Garantie durch die russische Verwaltung Stellungen finden. ... Jeder chinesische Einspruch wird aber von der russischen Verwaltung mit Hohnlachen zurückgewiesen ..."

Das neueste*), typische Beispiel einer Annexion war die Angliederung Koreas an Japan, ein Ereignis, das durch Massakers und sonstigen Terrorismus vorbereitet wurde und mit einer zielbewußten Brutalität durchgeführt worden ist, die alle jene kraftanbetenden Zivilisationspropheten mit Begeisterung erfüllt, welche niemals Ruhe finden werden, solange noch ein Stückchen anbaufähiger Erde nicht in Aktien angelegt und durch Maschinenbetrieb exploitiert worden ist. Die Weltpresse drückte natürlich die in solchen Fällen traditionelle Zuversicht aus, daß das unterjochte Volk von jetzt ab landesväterlich und mit Gerechtigkeit regiert werden würde. Als ob die ganze Geschichte von der Urzeit bis zum heutigen Tage nicht da wäre, um das künftige Los Koreas zu zeigen. Ernstlich erwartet wohl niemand, daß die europäisch plattierten Orientalen von Zipangu gerade auf dem Gebiete der Humanität und Gerechtigkeit als Neuerer auftreten werden.

Es gibt natürlich Annexionen, welche ethische Berechtigung haben. Wenn eine Macht ein Negerland annektiert, in welchem eine wilde Bevölkerung unter blutiger Tyrannei lebt, so daß sie selbst froh ist, unter europäisch geordnete Zustände zu kommen, dann kann eine solche Annexion sogar verdienstvoll sein. Oftmals bringt aber die europäische Herrschaft diese Völker nur vom Regen in die Traufe. Sehr gewöhnlich ist die naive Vorstellung, daß die primitiven Völker nach der Berührung mit der europäischen Zivilisation in mystischer Weise aussterben; diese Zivilisation lähmt ihre Kraft, und obgleich die humanen Europäer bestrebt sind, sie am Leben zu halten, verwelken sie wie Bäume, denen hohe Häuser Licht und Luft nehmen. Die Rothäute Amerikas „siechten dahin vor dem Basiliskenblick des Blaßgesichts", sagte Treitschke[7]). Es liegt doch hierin gar keine

*) Nachdem ich dieses geschrieben habe, ist Tripolitanien von den Italienern nominell „annektiert" worden, und mehrere „Annexionen" scheinen bevorzustehen.

Mystik. Der phantastische Basiliskenblick löst sich bei einer genaueren Untersuchung in solche Realitäten wie Gewehrkugeln, Branntwein und verschiedenartige Zwangsbestimmungen auf. Man vertreibt die Eingeborenen von der Scholle, schließt sie von ihren gewohnten Erwerbsquellen aus, verseucht sie mit Alkohol und demoralisiert sie, indem man ihre alten gesellschaftlichen Formen zur Auflösung bringt. Treibt sie die Verzweiflung zum Aufruhr, dann hat man die Gelegenheit, sie mittels einiger Regimenter en gros niederzumähen. Vielleicht ist dieses Vorgehen unvermeidlich zur Erreichung des Zweckes der Kolonialpolitik, aber „Kulturmission" ist es nur im recht uneigentlichen Sinne zu nennen.

Von den Verhältnissen im französischen Nordafrika berichtet Vignon, ein ehemaliger französischer Konsul: „Als die Verwaltung sah, daß die Generalgouverneure nach jeder Aufstandsbewegung einen Teil des Gebietes der Stämme konfiszierten, dachte sie, daß sie mit vollem Recht die besten Landstrecken für den Kolonisten auswählen und die Eingeborenen zurückdrängen konnte. Je nachdem das europäische Element sich entwickelte, wurden die Eingeborenen aus dem Erbe ihrer Väter hinausgedrängt, ganze Stämme wurden weit von den Gegenden, die gewissermaßen ihr Vaterland waren, fortgeschickt ... Die Ergebnisse einer solchen, mehr als dreißig Jahre hindurch fortgesetzten Politik konnten nicht zweifelhaft sein; hier dachte der immerwährend zurückgedrängte Araber, der immer weniger Sicherheit hatte, die Früchte seiner Arbeit zu genießen, nicht daran, den Boden wohl zu kultivieren oder zu verbessern; dort konnte er, der anbaufähigen Ländereien seines Stammes und selbst des freien Zutritts zu den Wasserströmen beraubt, gegen die Trockenheit nicht kämpfen, er erntete nicht genügend Korn zu seiner Nahrung und sah seine Herden sich vermindern oder verschwinden; kurz, überall nährten diese tausend Leiden den Haß des Eingeborenen gegen den Kolonisten und vertieften die

schon tiefe Kluft zwischen den zwei Rassen, anstatt sie auszufüllen.“ [8])

In den Vereinigten Staaten Nordamerikas hat man schließlich den wenigen Resten von Indianern, die noch existieren, Reservationen zu unbeschränktem Eigentum überwiesen, mit der einzigen Bedingung, daß sie ihre Besitzungen nicht ohne Genehmigung der Regierung verkaufen durften. In den letzten Jahren sind in den Reservationen der Chocktawindianer in Oklahoma ergiebige Ölquellen und Asphaltlager entdeckt worden. Es bildete sich ein Syndikat von Kapitalisten, um 450 000 Acres Land zu erwerben. Dasselbe bot den Indianern für die Abtretung des Landes 30 Millionen Dollars, wobei es vorgab, daß es durch seine Beziehungen zu den maßgebenden Persönlichkeiten in Washington leicht die Genehmigung des Kaufvertrages erzielen werde. Der Advokat des Syndikats verlangte für diese seine Bemühungen bei der Regierung von den Indianern noch extra drei Millionen Dollars Honorar, und die Indianer gingen sofort darauf ein. Als die Affäre von einem Senator, den man zu bestechen versucht hatte, aufgedeckt wurde, erklärte der Advokat, daß er gar nicht daran gedacht hätte, sich zu bereichern. Er habe das Geld tatsächlich nur zur Bestechung von Regierungsbeamten und Kongreßmitgliedern verwenden wollen, weil er genau wisse, daß dies der sicherste Weg sei, um in der Bundeshauptstadt Erfolge zu erzielen. Und eine ganze Reihe vornehmer und angesehener Zeitungen erklärte, darin habe der Advokat ganz recht. In Sulphur in Oklahoma wurde ein Untersuchungskomitee eingesetzt, das näher prüfen sollte, wie die vom Syndikat ausgesandten Landagenten und andere Persönlichkeiten den einzelnen Indianern ihre Grundstücke abnahmen. So wurde festgestellt, daß die Kosten der Veräußerung des Eigentums eines Indianers um 2075 Dollar höher waren, als die Verkaufssumme sich belief. Ein Mann wurde entlarvt, der durch Betrug von Indianern steinreich geworden war. So-

bald ein grundbesitzender Indianer starb, eilte er aufs Gericht, ließ einen Nachlaßverwalter ernennen und mit diesem zusammen wußte er es so einzurichten, daß das Land zu einem lächerlich geringen Preise an ihn verkauft wurde. Auf diese Weise kaufte er ganze Landstrecken. Dieser Mann ist nur einer von den vielen, die, ohne Geld besessen zu haben, jetzt Herren von 10 000 Acres großen Fürstentümern sind.[9])

Der durch korrupte Beamte und Volksvertreter unterstützte private Raubtrieb gehört somit auch zu den Formen, in welchen der Basiliskenblick der Weißen sich äußert. Die Methode der systematischen Massenausrottungen, eine Methode, die die Kolonialpolitik der früheren Jahrhunderte mit so großer Virtuosität zu benutzen wußte, wird natürlich heute gewöhnlich nicht mehr so direkt angewandt. Nichtsdestoweniger fehlt es auch in unseren Tagen nicht an Berichten, die an die Zeiten der Cortes und Pizarro erinnern. Während der Boxerunruhen in China und in den chinesisch-russischen Grenzgegenden im Sommer 1900 wurde seitens chinesischer Banden ein, wie es scheint, recht planloser Angriff gegen Blagoweſtſchensk gerichtet. Die hierbei vorgefallenen Begebenheiten werden in einem in der „Evening Post" mitgeteilten und in der „Times" vom 22. September telegraphisch wiedergegebenen Briefe von Mr. Wright aus Oberlin College, Ohio, datiert 6. August 1900, geschildert:

„. . . Das Feuer wurde gegen Blagoweſtſchensk eröffnet, und einige russische Dörfer wurden in Brand gesteckt. Der wirkliche Verlust war nur gering, aber der Schrecken, der dabei entstand, war unbeschreiblich und versetzte die Kosaken in helle Wut. Die friedlichen Chinesen der Stadt wurden in einer Anzahl von 3000 bis 4000 in großer Eile hinausgetrieben, und in Flöße, die absolut ungeeignet waren, solche Mengen überzusetzen, hineingezwungen, ertranken die meisten beim Versuche, den Fluß zu passieren. Der Strom war drei Tage nachher

von Menschenleichen förmlich schwarz. Hunderte wurden im Wasser während unseres Rittes durch das Land bis zur Stadt gezählt. Am 19. sahen wir 30 chinesische Dörfer und Weiler in Flammen. Unserer Schätzung nach sahen wir an diesem Tage die Wohnungen von 20000 friedlichen Chinesen in Flammen, während Gruppen von Kosaken die Felder von Chinesen reinigten und diejenigen, welche zum Vorschein kamen, niederschossen. Was aus den Weibern und Kindern wurde, wußte niemand, aber es gab für sie augenscheinlich keinen Weg zum Entkommen. Auf unserem Wege den Fluß entlang war auf einer Strecke von 500 (engl.) Meilen oberhalb der Stadt jedes chinesische Dorf ein Trümmerhaufen. Es wurde uns erzählt, daß 4000 Chinesen getötet worden waren. Diese totale Vernichtung von Eigentum und Leben wurde als eine militärische Notwendigkeit angesehen."

Und die blagoweſtſchenskiſchen Metzeleien sind nicht ohne Seitenstück in der modernen Kolonialpolitik. Der „Courrier européen" zitierte (November 1907) folgenden Passus aus dem Buche von Felix Martin „Le Japon vrai":

„Am Anfang des Jahres 1896 herrschten — nach dem vom Mikado benutzten Ausdrucke — geordnete Verhältnisse auf Formosa. Aber welche Hekatomben hatte dies Resultat gekostet! Man veranschlagte in jenem Augenblicke die Anzahl der ausgerotteten Formosaner oder Chinesen auf mehr als 50000. Ein englischer Missionär, der von diesen Massakers Zeuge war, schrieb im Monat Juni 1896 dem Korrespondenten der ‚Times' in Hongkong: ‚Seit ihrer Eroberung geben sich die Japaner einer wahren Ausrottung der Chinesen von Formosa hin. Mehr als 60 Flecken oder Dörfer sind in Grund und Boden niedergebrannt worden, und Tausende von Personen sind ums Leben gekommen. An einem Tage wurden 21 Chinesen aufs Geratewohl aufgegriffen. Während man vor ihren Augen ihre Gräber grub, wurden sie entsetzlich gemißhandelt

und nachher durch Bajonettstöße getötet. In einem anderen Dorfe bereiteten die Chinesen sich schon vor, die Japaner gut aufzunehmen, als sie unvermutet angegriffen und 50 von ihnen auf der Stelle getötet wurden. Am 22. Juni erließ der Magistrat von Hunnim eine Proklamation, um den Bauern die ihre Dörfer verlassen hatten, anzukündigen, daß sie ohne Furcht zurückkehren könnten. Die Unglücklichen gehorchten und wurden schonungslos niedergemacht.'" Der „Courrier européen" begleitete sein Zitat u. a. mit folgender Bemerkung: „Sie (die Japaner) arbeiten hier mit Gewehren, dort mit Kanonen. Auf diese Weise werden die neuerworbenen Gegenden gesäubert, so wird der Platz schnell vorbereitet, um die japanischen Kolonisten aufzunehmen. Wenn man es wagt, den Regierenden in Japan diese von einer außerordentlichen Brutalität zeugenden Tatsachen vorzuwerfen, antworten diese tückischerweise, daß die von ihnen angewandten Methoden europäische Methoden sind."

Das Verwerfliche bei den gebräuchlichen kolonialpolitischen Methoden steigt in demselben Grade, wie die Völker, die unterworfen werden, kultiviert und sich ihrer nationalen Eigenart bewußt sind. Indier, Chinesen und Perser haben ihre eigenen Kulturen; was die Europäer ihnen bieten können, ist nicht — oder doch nur in geringem Maße — Kultur, sondern nur eine äußerliche Zivilisation, und die europäische Maschinenzivilisation hat nun einmal nur einen Wert als Mittel, nicht als Zweck. Bei der Annexion eines Kulturlandes ist es deshalb immer zweifelhaft, ob wirklich, vom Standpunkte der Weltkultur aus, das Gewonnene einen Ersatz bietet für das, was zerschlagen wird. Europäische Zivilisation, wenn nichteuropäischen Kulturen eingeimpft, wird meistens disharmonische Resultate ergeben, und in der Geschichte der Völker führt Disharmonie gewöhnlich zu Revolutionen und Kriegen.

Es ist falsch, Realpolitik als eine besondere Art von Politik

hinzustellen. Alle Politik ist Realpolitik, mit mehr oder weniger Kühnheit und Erfolg durchgeführt. Das Wort ist deswegen in Verruf gekommen, weil man, von einer reichen historischen Erfahrung belehrt, damit die Vorstellung einer Gewaltpolitik verbindet, die auf einen unmittelbaren Gewinn für den diese Politik betreibenden Staat berechnet ist und mit Rücksichtslosigkeit in der Wahl der Mittel ausgeführt wird. Wenn ein Staatsmann einen Handstreich mit dem Satze verteidigt: „Vollzogene Tatsachen haben die stärkste Beweiskraft," dann hat er der in der zwischenstaatlichen Politik sich abspiegelnden Massenmoral einen typischen Ausdruck gegeben. Dies gilt natürlich nicht nur in der Kolonialpolitik, sondern auch sonst in allen Verhältnissen, wo ein bisher selbständiger Staat oder ein Teil eines Staates mit Gewalt in den Machtbereich eines anderen gebracht wird. Man kann hier den Satz aufstellen, daß jeder Staat die Irredenta hat, welche er zu haben verdient. Mit dem Worte „Irredenta" wurde ursprünglich das Streben der italienisch sprechenden österreichischen Länder nach Vereinigung mit Italien bezeichnet. Später ist die Anwendung des Wortes in analogen Fällen erweitert worden, und es wird jetzt in der Zeitungspresse nicht selten überhaupt von der Sehnsucht eines unterworfenen Volkes nach Befreiung gebraucht, sogar in Fällen, wo das unterworfene Volk keinen stammverwandten freien Staat hat, womit es sich vereinigen könnte. Es leuchtet ein, daß die Sehnsucht nach Befreiung in demselben Maße intensiver werden muß, wie das unterworfene Volk sich als ein unterdrücktes Volk fühlt. Wenn seine Sprache mit systematischer Ausrottung durch Gesetzesbestimmungen und administrative Praxis bedroht wird, wenn das Versammlungs- und Vereinsrecht — eventuell durch „Ausnahmegesetze" — verweigert wird, wenn das unterdrückte Volk mehr oder weniger konsequent von der Selbstverwaltung und dem öffentlichen Leben überhaupt ausgeschlossen wird,

wenn vielleicht obendrein ein bureaukratischer und hochfahrender Beamtenstand zu jeder Stunde des Tages die unterworfene Bevölkerung daran erinnert, daß sie eine unterdrückte Bevölkerung ist, wie soll dann dieses Volk zu der Erkenntnis gelangen, daß es durch die Eroberung mehr gewonnen als verloren hat? Und nur durch eine solche Erkenntnis ist die Möglichkeit gegeben, daß die Bitterkeit des Unterworfenseins verschwinde und die ungeheure Kraftvergeudung zum Aufhören gebracht werde, die mit dem stillen, unblutigen, aber verbissenen Völkerringen in Grenzgebieten verbunden ist. Da, wo das unterworfene Volk der Herrschernation an Kultur überlegen ist und bleibt, und die Herrschernation es zu ihrem eigenen Niveau niederzudrücken versucht, kann die Irredenta überhaupt nur durch eine förmliche Ausrottung besiegt werden. Wo die Kulturen ebenbürtig sind, bedarf es namentlich des gesunden Menschenverstandes und der völkerpsychologischen Einsicht. Nötig ist vor allen Dingen das Verständnis davon, daß der Starrsinn eines unterworfenen Volkes nur eine natürliche Reaktion gegen den Unverstand der Herrschernation ist, und daß die Reaktion im Verhältnis zur Aktion wächst.

Moralische Indignation gegen das unterdrückte Volk ist jedenfalls ebenso widersinnig wie naiv. Oft findet man in der nationalistischen Presse der Herrschernationen Betrachtungen, deren Gedankengang ungefähr der folgende ist: das betreffende Land gehört uns mit dem „Rechte der Eroberung"; wir arbeiten eifrig daran, dessen Bevölkerung von ihrer Muttersprache loszulösen und sie unserer Sprache und Kultur, die viel nützlicher sind, teilhaftig zu machen; diese uneigennützige Tätigkeit wird aber mit schnödem Undank vergolten, die Bevölkerung ist illoyal und staatsverbrecherisch genug, um nur von ihrer Losreißung zu träumen. — Solche Preßergüsse sind charakteristisch für die Blindheit der Masse, wo eigene Wünsche

autosuggestiv wirken. Die Eroberung kann unmöglich moralische Verpflichtungen bei den Eroberten schaffen. Nur eine durchgeführte Gleichberechtigung in allem, in Sprache, Kultur, Rechtsprechung*), Anstellungen usw. wird allmählich die Vergewaltigung in Vergessenheit bringen können und zur Loyalität verpflichten. Mit Faustschlägen kann man Gehorsam erzwingen, aber weder Respekt noch Anhänglichkeit.

In Europa zeigt die Behandlung von unterworfenen Nationen überall dieselbe Wüste von verhängnisvollen Verirrungen, dieselbe Blindheit gegenüber der Tatsache, daß Druck Gegendruck erzeugt. Überall werden wertvolle Kräfte durch die nationalen Kämpfe gebunden, weil die Herrschervölker nicht verstehen wollen, daß Assoziation lohnender ist als Gewalt, und weil Staatsmänner und Diplomaten von Mittelmaß sich mehr durch die Fähigkeit auszeichnen, einen Plan durchzuführen, als durch das Vermögen, die nützlichen oder schädlichen Folgen dieses Planes auf längere Sicht zu beurteilen.

In einer jüngst erschienenen Broschüre[10]) schildert N. Jorga, Professor an der Universität von Bukarest, die Lage, in welcher drei Millionen Rumänen in Ungarn leben, folgendermaßen: „Sie haben sich gegen die Gesetze des Landes niemals etwas zuschulden kommen lassen, sie haben niemals, trotz ihrer Stärke, daran gedacht, die strengste Legalität zu brechen. Solange das neue Ungarn besteht, von den Magyaren, denen es von den Schöpfern des dualistischen Paktes anvertraut worden ist, in Beschlag genommen, waren sie immer nur die Vertreter der härtesten Arbeit, des echtesten militärischen Mutes, der unerschütterlichsten Treue gegen die Krone. Durch die stillschweigende Abschaffung des Gesetzes über die Nationalitäten, durch die parteiische Verteilung der Mandate für das Parla-

---

*) Ein Richter in einem unterworfenen Lande wird oft, von nationaler Suggestion beeinflußt, ohne es zu wissen in seiner Rechtsprechung höchst parteiisch sein.

ment, durch eine lange Reihe von Gesetzen, die dazu bestimmt sind, der zum größten Teil aus Beamten und Politikern bestehenden ungarischen Minderheit eine dauernde Vorherrschaft zu sichern, endlich durch die barbarischen Sitten einer asiatischen Verwaltung waren sie schon in ihren vitalen Interessen getroffen und sehen sich obendrein zur Zeit der Wahlen von den Wahlurnen entfernt.“ In derselben Lage wie die Rumänen befinden sich die anderen nichtmagyarischen Nationalitäten in Ungarn.

Am 26. November 1907 brachte der Reichskanzler, Fürst Bülow, als preußischer Ministerpräsident im preußischen Abgeordnetenhause eine Vorlage ein, welche den Zweck hatte, die deutschen Ansiedlungen in der Ostmark zu vermehren, und Bestimmungen über die Enteignung polnischen Eigentums zugunsten der deutschen Kolonisation enthielt. Die Vorlage wurde mit gewissen Beschränkungen in den Enteignungsbestimmungen vom Abgeordnetenhause angenommen. Im Herrenhause wurden die Bedenken lauter, die sich dagegen anführen ließen, daß man einen Präzedenzfall für das von den Sozialdemokraten gewünschte Enteignungsverfahren schaffe. Die Regierung überwand jedoch schließlich alle Bedenken und brachte die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses zur Annahme. Fürst Bülow mußte selber im Herrenhause ins Feuer rücken, und am 27. Februar 1908 äußerte er sich wie folgt: „Das deutsche Volk hat sich immer hervorgetan durch ein ausgesprochenes Rechtsgefühl. Das ist eine schöne Eigenschaft, es ist eine der schönsten Eigenschaften des deutschen Volkes, eine Eigenschaft, die wir alle hochhalten. Aber, meine Herren, die Kehrseite dieses lebendigen und warmen Rechtsgefühls, das unser Volk auszeichnet, ist eine politisch oft gefährliche Neigung, sich in abstrakten Formalismus zu verirren, ist der uns Deutschen seit jeher eigene Trieb, auch öffentliche Fragen, große politische Fragen, lediglich vom Standpunkte

des Privatrechtes zu beurteilen. Damit kommt man in großen politischen Existenzfragen nicht durch. Die erste, die oberste und vornehmste Pflicht des Staates ist es, sich selbst zu behaupten. So machen es alle anderen Völker, und wenn wir es nicht ebenso machen, so kommen wir unter die Räder." Nach diesen Ausführungen, die mit allerlei Umschweifen konstatieren sollten, daß Privatmoral und Staatsmoral zwei verschiedene Dinge seien, und daß in der Politik Macht vor Recht gehe, ging der Reichskanzler schließlich auf den vorliegenden besonderen Fall ein: „Diese Maßnahme .... ist eine Ausnahmemaßregel, ihren Ausnahmecharakter habe ich von vornherein scharf in den Vordergrund gestellt. Wir fordern diese Maßnahme als eine exzeptionelle Maßnahme, wir fordern sie, damit das Deutschtum auch in der Ostmark diejenige gesicherte Stellung einnimmt, die ihm überall in der preußischen Monarchie und im Deutschen Reiche zukommt ..."

In Österreich haben die Polen eine politische Machtstellung erkämpft, die ihnen die Möglichkeit in die Hand gibt, ein kleineres Volk, die Ruthenen, zu unterdrücken. Man braucht kein großer Kenner der Massenmoral zu sein, um im voraus zu wissen, daß sie diese Möglichkeit reichlich ausnutzen würden. „Die preußischen Beamten," sagte ein ruthenischer Abgeordneter, „führen gegen die Polen nur die Gesetze aus, während die polnischen Behörden in Galizien die ziemlich leidlichen Gesetze mißbrauchen und offenbar mit Füßen treten."

Die von der russischen Regierung ausgearbeitete Gesetzvorlage, wodurch die von fünf aufeinanderfolgenden Zaren beschworene finnische Verfassung vernichtet wurde, ist von der nationalistischen Mehrheit der Duma am 8. Juni 1910 in erster Lesung, zwei Tage später in zweiter und dritter Lesung angenommen worden. Die endgültige Abstimmung wurde von Purischkevitsch mit dem Triumphgeschrei: „Finis Finlandiae!" begrüßt. Am 3. Juni hatte der Ministerpräsident Stolypin

in der Duma eine Rede gehalten, in welcher er betonte, daß die zentrifugale Strömung, welche die finnischen Angelegenheiten annahmen, Rußland mehr und mehr schädige. „Eine Vernichtung unserer Heimat gibt sich kund in der Drohung mit passivem Widerstand seitens einiger Finnländer, ebenso auch bei ungebetenen Ratgebern und im Bedauern eines Teiles unserer Gesellschaft, der weder an das Recht noch an die Kraft des russischen Volkes glaubt. Beweisen Sie, daß Sie hier Rußland verkörpern und vom Monarchen in einer Angelegenheit befragt sind, wie Sie eine ähnliche noch nie erledigt haben, daß dem russischen Reiche ein auf die Volkskraft gestütztes Recht das höchste ist." Diese Worte, die darauf berechnet waren, die nationale Suggestion zu steigern, verfehlten ihre Wirkung nicht; sie wurden mit „stürmischem Beifall und Bravorufen rechts und beim Zentrum" aufgenommen. Die zentrifugale Strömung in Finnland, welche Stolypin als Vogelscheuche hinstellte, ist eine Erscheinung, von der man nichts gehört hatte, ehe die Russifizierung mit der Bobrikoffperiode eingeleitet worden war. Selbstverständlich, denn die psychologische Tatsache ist immer dieselbe: Druck erzeugt Gegendruck. Es ist aber ein gewöhnlicher Kunstgriff von seiten der Unterdrücker, die Unterdrückten als grimmige Störenfriede erscheinen zu lassen. Es mutet übrigens etwas sonderbar an, daß eine Großmacht es niemals als gegen ihre nationale Würde verstoßend empfindet, darüber zu jammern, daß irgendein kleines und bedrücktes Grenzvolk ihre Existenz bedrohe. Wenn dieses jämmerliche Klagegeheul erschallt, kann man mit Sicherheit folgern, daß irgendein Unterdrückungsakt bevorsteht. Für die heilige Sache der Unterdrückung sind alle Mittel gut. Die nationalen Massen besitzen die Neigung des Kindes, zu zertrümmern, nur um sich ihrer Stärke zu freuen, eine Neigung, die selbstverständlich nur dann zur Entfaltung kommen kann, wenn die Nation wirklich Macht hat. Und die Massenmoral

hat eine stereotype staatsmännische Methode geschaffen, die trotz der immer wieder gemachten Erfahrungen fortlebt, dank der Suggestivkraft der Tradition.

Gehören das herrschende und das beherrschte Volk zwei ganz verschiedenen Kulturwelten an, dann ist die Aufgabe, ein Vertrauensverhältnis herzustellen, erheblich schwieriger. Die Geschichte wird dennoch darin keine Entschuldigung finden für denjenigen Herrscherstaat, dessen darauf gerichtete Bestrebungen scheitern, und viel weniger für denjenigen, der es nicht einmal versucht. Der Staat, welcher ein Volk von fremder Kultur unterwirft, muß wissen, daß er eine schwierige Aufgabe auf sich ladet, daß alle moralischen Verpflichtungen auf der Seite des Eroberers sind, und daß er nur durch gewissenhafte Erfüllung dieser Verpflichtungen erhoffen kann, ein Vertrauensverhältnis herzustellen, von dem er selber auf die Dauer den größten Nutzen ziehen wird. Neben der Assoziationsmethode und der Ausrottung zeigt sich die Schwertherrschaft als eine Beherrschungsform, die niemals über das Stadium der Unsicherheit hinauskommt. Es ist treffend ausgesprochen worden, daß man aus Bajonetten wohl einen Thron bauen kann, daß man aber darauf nicht sitzen kann. Nur für eine Weile ist es möglich, durch Zersplitterung der unterworfenen Völker und durch Schüren innerer Gegensätze zwischen ihnen die Herrschaft zu bewahren. Die Römer, die unter allen Völkern die Meister in der Kunst der Beherrschung waren, mußten doch zuletzt die Schwertmethode mit der Assoziationsmethode vertauschen, indem sie allen Einwohnern des Reiches das römische Bürgerrecht verliehen. Es geschah freilich zu einer Zeit, wo dieser Maßregel keine politische Bedeutung beizumessen war; soziale Bedeutung hatte sie aber immerhin: die Fremden waren nicht länger eine niedrigere Kaste, sie waren cives Romani.

In dem Verhältnis zu Völkern von fremder Kultur liegt eine Hauptschwierigkeit in Rassen- und Kulturidiosynkrasien. Der

Europäer ist immer geneigt, in einer fremden Kultur eine inferiore oder gar einen Mangel an Kultur zu sehen; dem Durchschnittseuropäer erscheint das Nichteuropäische als Barbarei, die Nichteuropäer als „Wilde". Daß der Eingeborene gegenüber der großsprecherischen und rücksichtslosen Roheit der Zivilisationseuropäer einen entsprechenden Maßstab anlegt, ist nur zu natürlich. Die einseitige Kurzsichtigkeit des Eingeborenen gegenüber dem Europäer läßt sich eher entschuldigen als die des Europäers gegenüber dem Eingeborenen, weil dem letztgenannten gewöhnlich nur die Gelegenheit geboten wird, den Europäer als mehr oder weniger brutalen Unterdrücker kennen zu lernen. Mancher Europäer, der mit umfassender Machtvollkommenheit nach irgendeiner orientalischen Kolonie geschickt wird, läßt wohl auch den Kulturfirnis zu Hause. Die Zeitgenossen werden gern von dem Glanze, der die „Empire-makers" umstrahlt, geblendet: man sieht das augenblickliche Wachstum an Landbesitz, Macht und Handelsmöglichkeiten, man achtet aber nicht darauf, ob jene Bahnbrecher durch ihre Stellungnahme zu den Eingeborenen das sichere Bestehen der erworbenen Werte nun auch verbürgen können.

Es ist eine eigentümliche Tatsache, daß diejenige von allen europäischen Nationen, welche die größte Menge von nichteuropäischen Völkern beherrscht, die englische, zugleich von allen kolonisierenden Nationen durch Rassenidiosynkrasien am meisten belastet ist. Auf die nichtenglischen Europäer, die in Indien reisen, macht es immer einen sonderbaren Eindruck, zu sehen, wie die Engländer mit einer instinktiven Sicherheit und einer Konsequenz, welche auf einer im britischen Volke fest eingewurzelten Tradition beruhen, einen Wertunterschied zwischen sich selbst und den Eingeborenen etablieren. „The Native" ist in den Augen der Engländer ein Wesen von geringerer Art, kein richtiger Mensch wie der Engländer, und er wird in allen Verhältnissen des Lebens von ihm dieser Betrachtung

gemäß behandelt. Die Indier selbst sorgen ängstlich dafür, die von den Eroberern vorgeschriebene Distanz zu beobachten, es wurmt sie aber bitter. Daß die Indier, trotz der im Laufe der Jahre eingeführten Reformen in der Verwaltung, praktisch genommen von der Regierung ihres eigenen Landes ausgeschlossen sind, daß jährlich in Gehältern, Pensionen usw. wohl etwa 15 Millionen Lstr. dem im ganzen keineswegs reichen Lande entnommen werden, ohne daß dies in den Leistungen der Verwaltung ein entsprechendes Äquivalent bekommt, daß endlich ein großer Teil dieses Geldes aus dem Lande verschwindet, indem die pensionierten Beamten ihr Otium in Altengland zu verbringen vorziehen, nichts von all diesem ist die Hauptursache des Hasses, den die Engländer in Indien immer um sich herum glimmen sehen. Die tiefste Ursache liegt gerade in den Schranken, welche die Engländer gesetzt haben, in den Rassenidiosynkrasien, sie liegt darin, daß selbst derjenige Indier, der die höchste europäische Bildung erworben hat, der wissenschaftliche Würden und Auszeichnungen erhalten hat, nichtsdestoweniger immer ein inferiorer Mensch bleibt.

Die antienglische Bewegung in Ägypten hat ganz denselben Charakter wie diejenige in Indien, weil die tiefsten Ursachen hüben wie drüben dieselben sind. Die Mißachtung der Engländer gegen die Eingeborenen zeigt sich, schreibt der Korrespondent des Pariser „Temps“ in Ägypten[11]), „bei allen Gelegenheiten in der verletzendsten Form. Mit Vorbedacht wird der „native“, als einer inferioren Rasse angehörend, von jeder guten Gesellschaft ausgeschlossen. Wie z. B. der Eintritt in einen englischen Klub in China dem höchstgebildeten Chinesen ausdrücklich verboten ist, ebenso werden britische Offiziere niemals ägyptische Kameraden zu ihrem Tische einladen. So habe ich mit eigenen Augen gesehen, wie beim Austritt aus einem Theater eine elegante Dame einen die orientalische Kopfbedeckung tragenden, sehr korrekten Gentleman mit der Hand

stieß, wie einen Eseltreiber oder einen Camelot, der ihr den Weg versperrte." Besonders lehrreich ist die sogenannte Denshawaiaffäre.

Am 13. Juni 1905 begab sich eine Gesellschaft von englischen Offizieren der ägyptischen Okkupationsarmee auf die Taubenjagd. Sie langten am Dorfe Denshawai an. Einer der angesehensten Männer des Dorfes, der sechzigjährige Hasan Mahfus, bedeutete sie, daß ihnen nicht gestattet werden würde, daselbst Tauben zu schießen; die englischen Offiziere aber verstanden natürlich nicht Arabisch. Sie schickten ihren Dragoman zum Häuptling. Dieser war nicht da, und sein Stellvertreter, dem es nicht ratsam schien, den Engländern eine absolut abschlägige Antwort zu geben, erwiderte diplomatisch, daß sie schießen dürften, unter der Bedingung, daß sie sich weit genug vom Dorf entfernten. Die Offiziere entfernten sich auf 100 bis 300 Yards und fingen an, die Tauben der Dorfbewohner zu schießen. Die Leute protestierten und ergriffen die Flinte eines der Offiziere, die sich entlud und das Weib des jungen Abd-en-Nebi traf. Sie fiel wie tot zu Boden, obwohl, wie es sich später herausstellte, die Wunde nicht gefährlich war, da die Schrotladung nur in die Weichteile ihres Körpers eingedrungen war. Die Tenne Abd-en-Nebi's geriet zu gleicher Zeit in Brand. Dieser schlug im Zorn den mutmaßlichen Mörder seiner Frau mit einem Stock. Auch Hasan Mahfus schlug mit einem Stock. Die Gassenjungen versammelten sich und fingen an, mit Steinen zu werfen. Die Sache drohte somit für die Offiziere ernst zu werden. Sie versuchten mittels Gebärden zu parlamentieren, lieferten ihre Flinten aus und boten auch der Menge Uhren und Geld an. Die Araber nahmen, was ihnen angeboten wurde und mehr dazu, und prügelten die Offiziere durch, von denen einer einen leichteren Armbruch davontrug. Schließlich wurden sie von den Ältesten des Dorfes befreit und ins Lager gesandt. Zwei von den Offizieren waren schon zum Lager zurückge-

flohen, um Hilfe herbeizuschaffen, und einer von diesen wurde, wegen des forzierten Laufes in der Sonnenhitze, vom Sonnenstich getroffen und starb.

Bei der Gerichtsverhandlung über die Angelegenheit wurden ägyptische Juristen in Stellungen, denen es wenig wünschenswert erschien, die englischen Machthaber zu beleidigen, beauftragt, die Gefangenen zu verteidigen. Sie beschränkten sich darauf, um Gnade für ihre Klienten zu bitten, deren Betragen „die einmütige Mißbilligung aller Ägypter" gefunden habe. Ein eingeborener Polizeibeamter, welcher die Offiziere auf der Taubenjagd begleitet hatte, wagte zu behaupten, daß die Offiziere nach dem Schusse, der die Frau des Abd-en-Nebi traf, zweimal auf die Menge geschossen hätten; und als einer der englischen Richter ihn fragte, ob er sich nicht fürchte, so etwas zu sagen, erwiderte er: „Niemand auf Erden kann mir Furcht einflößen: wahr bleibt wahr." Wilfrid Scawen Blunt, der dies erzählt, fügt hinzu, daß der Zeuge wegen seines Benehmens in dieser Angelegenheit einem Disziplinargerichte vorgeführt worden sei, das ihm zwei Jahre Gefängnis und fünfzig Stockstreiche zudiktiert habe. Über die Teilnehmer an dem Angriff auf die Offiziere wurden folgende Strafen verhängt: der fünfundzwanzigjährige Abd-en-Nebi wurde mit Berücksichtigung der Verwundung seiner Frau nur zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Ein zwanzigjähriger Araber bekam dieselbe Strafe. Hasan Mahfus und drei andere Männer wurden zum Tode durch den Strang verurteilt. Von den übrigen erhielt einer fünfzehn Jahre Zuchthaus, sechs erhielten dieselbe Strafe, doch nur auf sieben Jahre, drei wurden zu einem Jahr Zwangsarbeit und fünfzig Stockstreichen und fünf zu nur fünfzig Stockstreichen verurteilt. Hasan Mahfus wurde gerade vor seinem Hause gehenkt, von dessen Dach aus seine Weiber und Kinder und Enkelkinder das Schauspiel genießen konnten. Die übrigen Exekutionen werden folgendermaßen von dem be-

rühmten Schriftsteller Bernhard Shaw geschildert[12]): „Da nur für einen Mann auf dem Galgen Platz war, und man ihn, um zuverlässiger zu arbeiten und der Familie genügend Zeit zu geben, ihn baumeln zu sehen, eine halbe Stunde hängen lassen mußte („ihn langsam um seine Achse drehend", wie es die Lokalblätter schilderten), so hatte man auf diese Weise zwei Stunden Zeit, um vier Männer zu töten. Deshalb hielt man die Unterhaltung durch Auspeitschungen im Gang, indem man acht Männern je fünfzig Stockstreiche verabreichte (zwei Auspeitschungen fanden zwischen jeder Hinrichtung durch den Strang statt). Es ist unsagbar beruhigend, aus den britischen amtlichen Berichten, die dem Parlament vorlagen, zu erfahren, daß „bei den Hinrichtungen die gebührende Würde gewahrt wurde", daß „bei ihrer Ausführung alle mögliche Menschlichkeit an den Tag gelegt wurde" und daß „die Einrichtungen bewunderungswürdig waren und allen Beteiligten viel Ehre machten". Endlich bezeugt Lord Cromer, daß der mit der Prozedur betraute Engländer „ein ungemein menschenfreundlicher Mann und infolge der großen Sympathie, die er ihnen immer entgegengebracht habe, bei den ägyptischen Eingeborenen sehr populär sei". Man sieht, daß die dem Parlament vorgelegten Dokumente (Nummer 3 und 4, Ägypten 1906) des unbeabsichtigten Humors nicht entbehren."

Auf diese Weise wurden die Männer von Denshawai bestraft, weil sie es nicht ruhig ansehen wollten, daß sportliebende englische Offizier ihre Tauben schossen. Lord Cromer verteidigte das Urteil damit, daß die Ägypter so sehr daran gewöhnt seien, Gesetz und Ordnung mit Prügelstrafen, Hinrichtungen, Torturen und Volksjustiz zu verbinden, daß sie ein Tribunal nicht respektieren würden, das diese Praxis nicht ausübte.*) Die

*) Während man sonst gewöhnlich den Europäern keine besonders pietätvolle Rücksicht auf die Gefühle und angewohnten Vorstellungskreise der exotischen Völker nachsagen kann, verwenden sie immer eine

direkte Folge der Denshawaiaffäre wurde aber ein ungeahnter Vormarsch der antienglischen Nationalistenbewegung in Ägypten. „Denshawai“ wurde ein Schlagwort von gewaltiger Suggestivkraft. Daß die zu Gefängnisstrafen Verurteilten nach ein paar Jahren begnadigt wurden, konnte diese Bewegung nicht rückgängig machen.

Weil die wirtschaftliche Ausbeutung — nebst den strategischen Zwecken — der Nerv aller Kolonialpolitik ist, ob die Kolonialpolitik nun die Form der Annexion (und der in Wirklichkeit gleichbedeutenden Okkupation) oder die des „friedlichen Durchdringens“ (Protektorat oder einfacher „Interessensphäre“) hat, ist natürlich die Macht, welche zuerst anlangt, darauf bestrebt, so viele wirtschaftliche Vorteile wie nur möglich für sich herauszuholen. Wer Betriebskapital in das Geschäft eingebracht hat, fordert auch den Ertrag für seinen eigenen Mund. Nun ist aber der freie Wettbewerb der Mächte in den sogenannten selbständigen exotischen Staaten eine Losung der Zeit. Die anderen Mächte verlangen deshalb gewöhnlich als Kompensation für ihre Anerkennung gleichen Anteil an der Ausbeutung der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Aus diesem Dilemma hilft man sich durch das in der Politik übliche Mittel, durch eine Phrase. „Die offene Tür“ ist ein schönes politisches Kunstwort. Es ist jetzt Sitte geworden, daß die Macht, welche ein bisher selbständiges Land oder einen Teil davon in Beschlag nimmt oder in irgendeiner Form die Aktionsfreiheit eines solchen Landes beschränkt, die Politik der „offenen Tür“ proklamiert. Das Wort ist aber ganz offenbar darauf berechnet, mehr durch seine Suggestivkraft als durch eine innere Wahrheit zu wirken. Es kann sogar als eine feststehende Tatsache angesehen werden, daß überall, wo der wirkliche Macht-

rührende Sorgfalt darauf, durch die Rechtspflege die bekannten sadistischen Neigungen dieser Völker zu befriedigen. Daraus erhellt immer wieder, wie viele Verlogenheit im „Kulturmissions“-Rummel liegt.

haber die „offene Tür" ausdrücklich behauptet, die Tür mehr oder weniger fest zugeschlossen ist. Das Wort soll nur bei den naiven Massen die Illusion einer nicht mehr vorhandenen Konkurrenzfreiheit aufrechterhalten.

Zurzeit ist die „offene Tür" an drei Punkten der Erde feierlich proklamiert: in Marokko, Persien und der Mandschurei. In Marokko hat Deutschland jahrelang seine ganze Energie aufwenden müssen, um Frankreich (und Spanien) gegenüber seine wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. In Persien sorgt das Konsortium Rußland-England mit allen Mitteln dafür, daß fremde wirtschaftliche Interessen sich nicht geltend machen. Was die Mandschurei betrifft, so trat im Jahre 1909 der amerikanische Staatssekretär Knox mit einem Vorschlag hervor, der bezweckte, die „offene Tür" unter internationale Kontrolle zu stellen. Der Vorschlag wurde sowohl in St. Petersburg wie in Tokio temperamentvoll abgelehnt und beschleunigte den Vertrag, der im Sommer 1910 zwischen Rußland und Japan abgeschlossen wurde. Die zwei Mächte wollten selbst in gehöriger Weise die Interessen der „offenen Tür" wahrnehmen. Mr. Cloud, der viele Jahre hindurch stellvertretender amerikanischer Generalkonsul in Mukden war und als einer der besten Kenner der mandschurischen Verhältnisse gilt, stellt fest[13]), daß Japan bereits im Jahre 1908 60 Prozent des gesamten Imports der Mandschurei an sich gerissen hatte, und im Jahre 1909 noch weitere Fortschritte gemacht hat.

2. Die Theorien der Idealpolitik und der Realpolitik.

Die Menschen haben einen unüberwindlichen Hang zum Optimismus. So sehr auch der einzelne die Unannehmlichkeiten des Daseins und die Unvollkommenheit allen menschlichen Gemeinwesens fühlt, so kann er sich doch nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß diese Unannehmlichkeiten und

Unvollkommenheiten die Regel sind, nicht die Ausnahme. Alles soll gut sein in der besten von allen Welten. Ebender, welcher im Konkreten am meisten schimpft, ist oft im Abstrakten ein großer Optimist. Mit der Politik findet der Optimist sich auf zweierlei Weise ab: er verneint einfach, daß die brutale Begierde nach Macht und materiellen Lebensgütern in der Politik dominiert, oder er behauptet, daß diese Faktoren wohl in der Politik ausschlaggebend seien, daß dies aber natürlich und richtig sei.

Ich werde die zwei Standpunkte die idealpolitische und die realpolitische Theorie nennen. Der Idealpolitiker ist in der Suggestion des Fortschrittgedankens dermaßen befangen, daß er die humane Kultur wie durch ein Vergrößerungsglas sieht. Er addiert ohne weiteres die großen Forschritte der modernen Zivilisation zu den bedeutend bescheideneren der Kultur und meint, daß eine Zeit, die Eisenbahnen, Automobile, Flugmaschinen und andere Ergebnisse einer erstaunlichen Technik und dazu noch soziale Gesetzgebung, Haager Tribunal u. dgl. hervorgebracht hat, auch den Raubtrieb und den Krieg habe besiegen müssen. Er kann natürlich nicht die Augen davor verschließen, daß die Militäretats in der ganzen Welt zu schwindelnder Höhe hinaufgetrieben sind, und daß bei jeder neuen technischen Erfindung die Frage gestellt wird: wie ist sie im Kriege anwendbar? Er meint aber, daß dies alles auf dem Unverstand der Staatenleiter beruht, indem namentlich die Regierungen, die sich auf konservative Parteien stützen, den Kriegsgedanken nicht los werden, weshalb die liberaleren Regierungen gezwungen sind, mitzugehen. Allein die Volksmassen wollen den Krieg nicht, also werde es nicht mehr zu einem Kriege zwischen zivilisierten Nationen kommen; und wenn nur *eine* Regierung den Mut hätte, die ganze Kriegsmaschinerie über den Haufen zu werfen, würde der Zauber gelöst sein und das tausendjährige Reich des Friedens wäre erlangt.

Aber die Psychologie der Massen rechtfertigt nicht diese optimistische Ansicht. Es gibt wohl, wie wir später sehen werden, einen gewissen Gegensatz zwischen offizieller Staatenmoral und öffentlicher Meinung, welcher nach der von den Idealpolitikern behaupteten Situation hinarbeitet; wir stehen aber hier nur am Anfang einer Entwickelung, die gewiß sehr lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Außerdem hat der Idealpolitiker seinen Blick einseitig auf die Frage: Krieg und Frieden gerichtet, so daß er vergißt, die innerstaatliche nationale Unterdrückung in Betracht zu ziehen, die in der Friedenszeit vorgeht, und die heute so wirksam ist wie je. Wenn er auch diesen Umstand bemerkt, sieht er nicht klar genug, daß derselbe immer eine Bedrohung des Friedens enthält, daß die nationale Unterdrückung eine Folge des Krieges ist und den Keim künftiger Kriege in sich birgt.

Der Fehler des Idealpolitikers besteht nicht darin, daß er eine ideale Auffassung der Politik hat, sondern darin, daß er die Ideale mit der Wirklichkeit verwechselt und dabei das rechte Augenmaß für die Politik verliert. Ein Versuch, die idealpolitischen Theorien in einem einzelnen Lande zu verwirklichen, während die Negermoral jenseits der Grenzen herrscht, wird zu verhängnisvollen Fehlern führen können, die nicht wieder gutzumachen wären. Eine Erschlaffung der nationalen Widerstandsfähigkeit gegen einen Raubtrieb, der unter den verschiedensten Formen — wirtschaftlich, diplomatisch, militärisch — auftritt, vermag Katastrophen von der Art, die eben das bewaffnete Gleichgewicht zu verhüten sucht, herbeizuführen. Das Ziel ist auf anderen, längeren und sichereren Wegen zu verfolgen.

Während der idealpolitische Theoretiker die Realitäten in einem falschen Lichte anschaut, sieht der realpolitische Theoretiker die Realitäten richtig, beurteilt sie aber falsch. Er betrachtet die von dem Starken gegen den Schwächeren ausgeübte

Unterdrückung als eine Selbstverständlichkeit, als ein Naturgesetz. Darwin und Nietzsche werden in der Domäne der Politik auf den Schild gehoben. Ein Naturgesetz entzieht sich ja einer moralischen Beurteilung. Die Politik wird ein Begriff jenseits von Gut und Böse. In der Politik geht Macht vor Recht, weil es nun einmal so ist und anders nicht werden kann. Der realpolitische Theoretiker ist so sehr in der Suggestion des Gegenwärtigen befangen, daß er eine Weiterentwickelung nicht ausdenken kann. Er vergißt, daß mit dem Menschen der Natur ein neues, psychisches Moment hinzugefügt ist, nämlich die Vervollkommnungsfähigkeit, daß der Mensch nicht ein Raubtier schlechthin ist, sondern ein perfektibles Raubtier; er vergißt, daß der Mensch — abgesehen von allen sonstigen Ähnlichkeiten — vor der Hyäne und dem Schakal ein intellektuelles Plus voraus hat, und daß gerade dieses Plus jede Anwendung der darwinistischen Theorien auf die menschliche Gesellschaft schief und falsch macht. Er sieht nicht, wie unlogisch es wäre, wenn für alle Ewigkeit zwei verschiedene Arten Moral, eine Individualmoral und eine Staatsmoral, festgesetzt wären, ein zweifaches Maß für dieselben menschlichen Handlungen. Er ist in derselben Lage wie der, welcher sowohl an die Schöpfungsgeschichte der Bibel als an die der Naturwissenschaft glaubt, indem er entweder den Widerspruch nicht sieht oder, wenn er ihn sieht, ihn durch Symbolik und Allegorie und dergleichen Notbehelf für Kompromißnaturen wegeskamotiert. Wir müssen wählen zwischen dem Verlangen nach Faustrecht in allen Verhältnissen und der Forderung nach einer Verallgemeinerung der Ethik. Das Leben stellt uns nicht zwei verschiedenen Arten von Moral gegenüber, sondern einer höher entwickelten Individualmoral und einer zurückgebliebenen Massenmoral. In welcher Weise und wann die letztgenannte auf das Niveau der ersten gehoben werden kann, ist eine Frage für sich, aber die erste Bedingung dafür, daß dies geschehen wird, ist die, daß

das Verlangen danach überhaupt gestellt wird. Jede Bestrebung, „zur Natur zurückzukehren" oder bei der Natur stehenzubleiben, ist direkt kulturfeindlich.

Die realpolitische Theorie geht bisweilen einen Schritt weiter. Nicht damit zufrieden, aus dem Raubtriebe ein unerbittliches Naturgesetz jenseits von Gut und Böse zu machen, will sie dann noch diesen Urtrieb mit einer Art Kultur umgeben. Man darf — so heißt es in einem realpolitisch theoretisierenden Artikel einer dänischen Zeitschrift — „mit dem Schwachen kein Mitleid haben, man soll den Starken bewundern. Denn wenn man die geschichtlichen Begebenheiten in ihrer Gesamtheit, von gewissen augenblicklichen oder kurzwährenden Wechselfällen abgesehen, betrachtet, wird ihr Verlauf sich gewiß als Ausdruck der höchsten Gerechtigkeit zeigen; wäre es nicht so, dann wäre das irdische Leben ja überhaupt nicht wert zu leben."[14]) Der letzte Satz hebt den teleologisch-religiösen Charakter hervor, der dieser Art potenzierter „Realpolitik" immer innewohnt. Die mystisch-metaphysische Anwendung des Begriffes Gerechtigkeit — ein Begriff, der ausschließlich dem Gebiete der menschlichen Gemeinschaften angehört, — auf die Existenz überhaupt, auf das Absolute, führt konsequenterweise zu einer Molochanbetung der Stärke, zu einer Verherrlichung des Faustrechts und einer Verneinung aller Ethik: wenn ich die Macht im Abstrakten bewundern soll, dann sehe ich nicht ein, warum ich sie nicht auch im Konkreten im persönlichen Interesse brauchen dürfe innerhalb der Grenzen der Möglichkeit und des Kriminalgesetzes.

Es liegt in dieser Betrachtung der Politik ein Denkfehler, der auf einer Verwechselung des Wortes „Recht" in rechtsphilosophischem und in ethischem Sinne beruht. Im ersten Sinne ist nämlich Recht, wenn man kein Motiv außerhalb der Menschenwelt annehmen will, gleich Macht, und der Ausdruck des Rechts ist je nach dem Kulturstandpunkt das geschriebene

oder ungeschriebene Gesetz oder die selbstregelnde Willkür („le despotisme tempéré par l'assassinat", auf internationale Verhältnisse übertragen: die durch Aufruhr begrenzte Unterdrückung). In ethischem Sinne ist das Recht das Gegenteil des Unrechts. Rechtsphilosophisch gesprochen (d. h. im Sinne von dem, was Spinoza als „Naturrecht" bezeichnet), habe ich ein Recht auf alles, was ich durchzuführen vermag, wäre es auch in ethischem Sinne das blutigste Unrecht. Der Staat ist eine Machtinstitution nach innen und nach außen, und das Staatsrecht ist die Lehre von der Machtverteilung. Wenn die staatsrechtlichen Formen eines Landes auf revolutionärem Wege geändert werden, sind die neuen Formen in dem Augenblicke legitim, wo sie ihre Übermacht geltend machen können. Der Ausdruck: „Recht ist Macht" ist somit ein rechtsphilosophischer Satz, bei welchem von der Moral ganz abgesehen ist. Im Ausdruck: „In der Politik geht Macht vor Recht" ist dagegen das Wort „Recht" in der Bedeutung von moralischem Recht genommen, was dieser Behauptung, wenn sie als Maxime aufgestellt wird, ihren odiösen Charakter verleiht.*) Tatsächlich geht Macht sehr oft vor moralischem Recht, dieses Verhältnis wird aber nicht weniger verwerflich, ob es in der Politik oder im Privatleben vorkommt. Wenn man die Moral als mitwirkenden Faktor überhaupt anerkennt, kann man sie logischerweise nicht für die Beziehungen zwischen den Individuen allein gelten lassen und sie aus der Politik ausschließen.

Obgleich die realpolitische Theorie somit auf eine kulturfeindliche Sentimentalität hinausläuft, betrachtet der Realpoli-

*) Die Vieldeutigkeit des Wortes „Recht" (rechtsphilosophisch, juristisch und moralisch) ruft überhaupt viele Begriffsverwirrung hervor. In politisierenden Schriften, in welchem von dem Recht der Rede ist, wird es sich häufig finden, daß das Wort bald in einem, bald in anderem Sinne gebraucht worden ist, und daß von der einen Art von Recht ohne weiteres in die andere hinein argumentiert wird. Vgl. Anton Thomsen: David Hume (Berlin 1912) I S. 334ff.

tiker dennoch die „Gefühlspolitik" als etwas besonders Verächtliches. Er meint, daß man sich wohl im privaten Leben von einer passiven Mischung von „Vernunft" und „Gefühl" leiten lassen soll, in der Politik aber nur von „Vernunft". Er geht von der populären und naiven Vorstellung aus, daß „Vernunft" und „Gefühl" sozusagen zwei verschiedene Schubladen des Bewußtseins seien, von welchen man nach Belieben die eine oder die andere zumachen kann. Eine Untersuchung des Verhältnisses zwischen Erkenntnis und Gefühl würde aus dem Rahmen dieser Arbeit fallen; es genügt hier eine psychologische Tatsache anzuführen, die meiner Meinung nach dazu beiträgt, dem Räsonnement vom Ausschließen des Gefühls aus der Politik einen Schein von Berechtigung zu geben. Man kann eigentlich nur mit Individuen Mitleid haben; ich kann mit dem einzelnen fühlen, dessen Leiden ich sehe oder durch Schilderungen anderer erfahre, mit kollektiven Leiden aber, die sich in meinem Geiste nur durch die Abstraktion der Zahl oder des Kollektivbegriffes präsentieren, kann ich kein Mitleid haben. Die Greuel der Armut, der Unterdrückung oder des Krieges müssen in Einzelbildern geschildert werden, oder meine Phantasie muß sie sich so vorstellen, sonst meldet sich das Mitleid nicht. Die bloße Mitteilung, daß 10000 Menschen in einer gewissen Gegend obdachlos seien, daß ein ganzes Volk Gegenstand administrativer Willkür sei, oder daß 50000 Menschen in einem Kriege gefallen seien, wird zunächst als statistisches Detail im Gehirn einregistriert, bringt wohl auch verschiedene Vorstellungen mit daran geknüpften Gefühlsmomenten (Grauen, Bitterkeit, Indignation) hervor, gibt aber keinen Haltepunkt für das Mitleid, es sei denn, daß ein suggestives oder autosuggestives Moment hinzukommt. Falls ich also wenig suggestibel, oder vielleicht gar durch Konträrsuggestion beeinflußt bin und noch dazu nur wenig Phantasie besitze, dann wird mein „Gefühl" gegenüber den individuellen Leiden, die

mir im Leben begegnen, sich wohl regen können, doch gegenüber den Leiden, die mir nur in abstrakter Weise zum Bewußtsein kommen, kalt bleiben.

Ein Fehler der Realpolitik ist endlich noch, daß sie nicht „real" genug ist. Sie rechnet mit einigen Werten, aber nicht mit allen; sie will aus Opportunitätsrücksichten die schwächer vertretenen Interessen den stärker repräsentierten opfern und bietet dadurch eine Analogie jener Art innerstaatlicher Politik, die die Minoritäten den Majoritäten opfert. Was aber im inneren Leben des Staates schädlich ist, muß auch in den Beziehungen der Staaten untereinander verderblich sein. Und in betreff des barbarisierenden Einflusses der Unterdrückung auf den Unterdrücker kann die zwischenstaatliche Realpolitik sich ebenfalls in der innerstaatlichen Parteityrannei spiegeln.

In jeder Unterdrückungspolitik liegt nämlich eine verrohende Kraft, die auf der von Tarde als grundlegende Erscheinung der Soziologie so energisch behaupteten Nachahmung beruht. Erstens ahmt die Masse sowohl als das Individuum die eigenen früheren Handlungen nach, und jedesmal geht es glatter, mechanischer, die Skrupel, die bei unethischem Handeln sich vielleicht das erstemal in einer gewissen Stärke geltend machen, sind das zweitemal schwächer fühlbar und verschwinden nach und nach durch die Wiederholung. Diese Beobachtung wird sich ebenso sicher in der Politik wie in der Kriminalstatistik bestätigen. Die Nation, die eine Nachbarnation unterdrückt, wird nachher leichter zur Unterdrückung anderer Nachbarn geneigt sein. Aber das Beispiel wird dazu noch von anderen nachgeahmt. Was der eine Staat — oder, innerstaatlich, die eine Partei — sich erlaubt, davor braucht der andere Staat — oder die andere Partei — sich nicht zu schämen. Ist ja doch für Staaten, Nationen und Parteien, wenn sie von Fremden von ethischen Gesichtspunkten aus getadelt werden, das letzte und wirksamste Argument immer dies: „Kümmern Sie sich um Ihre eigenen

Angelegenheiten; Sie sind ja um kein Haar besser!" In einem Staate, der aus vielen Nationen zusammengesetzt ist, wird die Unterdrückung, die von einer Seite ausgeht, schnell überall anstecken; in Österreich ist die Hand aller Nationalitäten gegen alle gerichtet. Diese fundamentale Bedeutung der Imitation enthält vielleicht nach alledem die größte Gefahr der Eroberungspolitik: sie verewigt eine die gesellschaftliche Entwickelung hemmende Methode, die dann für den Politiker als die einzig mögliche gilt. Eben in solchen Fällen, wo Eroberung und Annexion in einem bisher stillstehenden Lande Wachstum schafft, wird diese günstige Wirkung vielleicht durch den verderblichen imitativen Einfluß überschattet, der desto größer ist, je mehr die von der Annexion hervorgebrachte fortschrittliche Entwickelung den Gewaltakt zu rechtfertigen scheint.

Daß andere Methoden denkbar sind, dafür zeugen u. a. die Vereinigten Staaten von Amerika*) und Kanada, wo die verschiedenen Nationalitäten zum Besten des gemeinsamen Bodens friedlich miteinander zusammen arbeiten. Der nationale Friede besteht, weil die Beziehungen der Nationalitäten untereinander auf Assoziation beruhen, während sie in Europa auf eine von Generation zu Generation vererbte Gewalttradition gegründet sind. Aus Druck wird Gegendruck geboren. Nun hat aber auch die Methode der Assoziation eine imitative Ansteckungskraft. Nach dem Muster von Kanada haben sich Australien und Neuseeland geformt, nachher gar die auf Eroberungen begründete südafrikanische Dominion. Nirgends zeigt sich wohl die praktische — im echten Sinne des Wortes „realpolitische" — Überlegenheit der Assoziation über die Gewaltmethode schlagender als hier. In Europa beunruhigt die polnische Frage heute noch drei Großmächte, mehr als ein Jahrhundert nach der Teilung Polens, und Deutschland hat, fast ein

*) Die „Negerfrage" in den Vereinigten Staaten hängt u. a. mit den schon besprochenen Rassenidiosynkrasien der Angelsachsen zusammen.

halbes Jahrhundert nach dem Kriege mit Dänemark, einen fortdauernden bitteren Nationalitätenkampf in seiner Nordmark. In Südafrika ist der Nationalhaß zwischen Eroberern und Eroberten acht Jahre nach der Annexion zu jener Art nationalen Gegensatzes abgeschwächt worden, die da, wo zwei verschiedene Völker in demselben Staate friedlich untereinander leben, immer vorkommt. Die Kräfte haben sich assoziiert statt einander zu erwürgen; jeder Teil hat seine Bewegungsfreiheit behalten, und nachdem der Nationalhaß ausgeschaltet ist, bringen die durch das Zusammenwachsen der Staaten vermehrten wirtschaftlichen Möglichkeiten und der gegenseitige Kulturaustausch Fortschrittsbedingungen hervor, die für beide Teile gleich vorteilhaft sind. Natürlich ist dies Resultat nicht etwa besonderen herzgewinnenden Eigenschaften des britischen Volkes zuzuschreiben, sondern nur dem Umstand, daß die Assoziationsmethode durch Imitation die Gewaltmethode ersetzt hat. Wo die Engländer die letztgenannte Methode anwenden (Ägypten, Indien), ringen sie mit genau denselben Schwierigkeiten wie die europäischen Kontinentalstaaten.

Der Staatenbau der Zukunft muß also auf einer Politik aufgeführt werden, die ganz eigentlich „real" ist, einer Politik, die alle Kräfte in ihre Dienste nimmt, indem sie jeder einzelnen ihren verhältnismäßig bestimmten Platz anweist.

Man darf aber nicht vergessen, daß wir noch nicht so weit sind, daß nur die Konturen einer künftigen Assoziationspolitik sich zu zeigen beginnen.*)

---

*) Ich kann die realpolitischen Theoretiker nicht verlassen, ohne eine Bemerkung des Franzosen Tarde über die Neigung der Historiker, sich vom „politischen Verbrechen" suggestionieren zu lassen, zu zitieren: „Es ist eine Mode und eine bedauerliche Manie in der Welt der Historiker, immer den ehrlichen Agierenden der Geschichte ein bitterböses Gesicht zu machen, sich darin zu gefallen, den Mißerfolg ihres Spieles, die Beschränktheit ihres Geistes hervorzuheben, und im Gegensatz dazu den großen politischen Schurken — in Frankreich Philipp

3. Staatsmoral und öffentliche Meinung.

Der große Mauerbrecher der massenpsychologischen und massenethischen Entwickelung ist die „öffentliche Meinung", die als Verkörperung einer Art unoffizieller Massenmoral gegenüber der offiziellen Massenmoral, der Staatsmoral, und oft wider diese sich bildet.

Ein mißlungener Aufstand wird in der offiziellen Terminologie als schändlicher Aufruhr bezeichnet, und seine Leiter werden Staatsverbrecher genannt. Gelingt aber der Aufstand, heißt er „Freiheitskrieg", und ihre Leiter heißen „Freiheitshelden". In dieser Terminologie wird zunächst die Tatsache verzeichnet, daß Recht im rechtsphilosophischen Sinne gleich Macht ist. Es liegt aber darin noch etwas anderes, nämlich der Versuch einer moralischen Beurteilung: derjenige, welcher Erfolg hat, hat recht, und derjenige, den das Glück nicht begünstigt, hat unrecht. Das ist die Staatsmoral, welche der primitiven Individualmoral entspricht.

Die unoffizielle Massenmoral wird oft einen anderen Ge-

---

dem Schönen, Ludwig XI., um nur die besten zu nennen, in England den Tudors, Heinrich VIII. inbegriffen — zu schmeicheln und sich für ihren weitschauenden Geist ohne Maß zu begeistern, den man ihnen meistens unverdienterweise zuschreibt. Diese Herzensneigung für die Freibeuter der Geschichte und diese ausgesprochene Antipathie gegen die Hirten der Völker führt auf die Dauer dazu, daß nahezu alles Intelligente und Fruchtbare, was auf dem Gebiete der administrativen oder legislativen Reformen hervorgebracht ist, den ersten zugeschrieben wird. Die Wahrheit ist aber, daß bei gleichem Talent oder Genie der rechtschaffenste von zwei Staatsmännern immer den Nationen den meisten Nutzen bringt. Die Leute, welche nur zur Energie Zutrauen haben, welche nur an das Genie oder an den Charakter glauben, brauchen bloß Napoleon zu betrachten. Gewiß hat diesem Manne weder Charakter noch Genie gefehlt. Aber wenn er, mit etwas geringerer Willensstärke, genialer Einbildungskraft und Unternehmungsgeist etwas mehr von diesem verachteten Ding, das man Herz und Pflichtbewußtsein nennt, besessen hätte, wären wir dann nicht das erste Volk der Welt?"

sichtspunkt annehmen. Die öffentliche Meinung ist minder dogmenfest, wird von allerlei Suggestionen beeinflußt. Bricht ein Aufstand irgendwo in der Welt aus, ist die öffentliche Meinung in Ländern, die nicht direkt davon berührt werden, gern geneigt, die Partei der Aufständischen zu ergreifen, weil sie nach vielen bekannten Analogien voraussetzt, daß der Aufstand eine Reaktion gegen Unterdrückung sei, eine Betrachtung, die in einigen Fällen richtig sein mag, in anderen Fällen falsch ist. Aufstandsbewegungen können sehr kompliziert und von sehr verschiedener moralischer Berechtigung sein. Die Masse geht aber nicht in Details, sondern gibt sich mit gröberen Verallgemeinerungen zufrieden.

Wenn zwei Staaten miteinander im Kriege liegen, wird die öffentliche Meinung anderer Länder unwillkürlich Partei nehmen, indem sie sich von sehr verschiedenen Rücksichten leiten läßt. War z. B. der eine der kriegführenden Staaten unser Feind in einer Vorzeit, die nicht fern genug liegt, um ihren geschichtlich-suggestiven Einfluß verloren zu haben, oder spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß er in einer nahen Zukunft unser Feind werden kann, dann ist unsere Sympathie naturgemäß bei dem Gegner. Es liegt hierin keine ideelle Beurteilung; es ist dieselbe Betrachtung, die sich darin äußert, wenn wir unwillkürlich die vom menschlichen Standpunkte „nützlichen“ Tiere mit Sympathie ansehen, die „schädlichen“ dagegen mit antipathischen Gefühlen. Stammverwandtschaft fördert oft kräftig die Sympathie. Auch Gemeinschaft in betreff der Religion kann heute noch suggestiv wirken. Armenier und Syrier genießen als Glaubensbrüder unser besonders freundliches Interesse, obwohl der einfache Mann diese Völker gar nicht kennt und vielleicht erst aus den Zeitungen erfahren hat, daß sie Christen sind. Gewiß ist die kulturelle Kluft, die einen christlichen Europäer von einem christlichen Armenier oder Syrier trennt, weit größer als die, welche zwischen dem Armenier

oder Syrier und seinen mohammedanischen Umgebungen besteht; aber das bloße Wort „Christ“ verschafft den Leuten aus den genannten Völkerschaften eine europäische Sympathie, die auszubeuten sie nicht versäumen.

Zu alledem kommt nun endlich die Suggestion der humanen Ideen, welche die Früchte der Entwickelung der individuellen Moral sind. Da ja seitens der Individuen immerwährend auf die Masse Suggestionen ausgehen, und da die Massen sich unter suggestivem Einfluß zu allem leiten lassen können, von der niedrigsten Schändlichkeit bis zur sublimsten Aufopferung, hat die Tatsache, daß auch die humanen Ideen die Massen in Affekt bringen können, an und für sich nichts sonderbares. Die öffentliche Meinung steht hier neben der Staatsmoral als das mobile Element der Massenentwickelung. Sie ist launisch, unberechenbar, sie wirkt blindlings in jedem einzelnen Falle, ohne die Folgen ihrer Handlungen überschauen zu können, bald zum Schaden, bald zum Frommen. Die Staatsmoral ist eine mumifizierte Urmoral, die sich über alle Entwickelung erhaben wähnt; sie macht den Trägheitsfaktor der Geschichte der Massen aus. Die öffentliche Meinung ist die Energie. Hierin liegt eben die Bedeutung der öffentlichen Meinung; sie irrt oftmals, und ihre Irrungen können vielleicht verhängnisvolle Folgen haben, aber sie unterliegt dem Gesetze der Entwickelung; sie bildet, indem sie immer neue Elemente aus der Individualmoral aufnimmt, das Bindeglied zwischen Individuen und Masse. Während die Staatsmoral Jahrtausende hindurch sich so ziemlich gleich hält, ist die heutige öffentliche Meinung von der vor hundert Jahren sehr verschieden; und langsam, ungeheuer langsam wirkt die öffentliche Meinung wieder auf die zwischenstaatliche Moral zurück, so daß diese wenigstens in ihren äußeren Formen etwas weniger barbarisch wird.

Ein charakteristisches Beispiel davon, wie die unoffizielle Massenmoral mit der offiziellen in Konflikt geraten kann,

ist in jener modernen Erscheinung zu erblicken, daß Erwerbsgruppen, Fachgruppen oder Volksvertretungen sich ungerufen in die inneren Verhältnisse eines fremden Staates einmischen. Wo eine solche Einmischung stattfindet, pflegt sie den Charakter eines Protestes gegen nationale Unterdrückung anzunehmen. Als im Jahre 1910 die russische Regierung der Duma die Vorlage über eine Regelung des Verhältnisses zwischen Finnland und dem russischen Reiche auf Grund einer nahezu völligen Vernichtung der finnischen Autonomie einreichte, wurden Proteste zuerst von einer internationalen Versammlung von Juristen und Staatsgelehrten in London abgefaßt, nachher folgten Proteste von verschiedenen englischen Handelskammern und endlich von einer ganzen Reihe europäischer Parlamente. Der Unwille darüber kam in der realpolitischen Presse der respektiven Länder zu Worte, und in allen jenen Artikeln war der Gedankengang — wie immer in analogen Fällen — auf drei Argumente aufgebaut, die wir näher analysieren wollen:

1. Eine von Männern, die in unserem öffentlichen Leben eine hervorragende Stellung einnehmen, ausgegangene, unberufene Einmischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates ist unklug, weil sie in jenem Staate eine feindliche Stimmung uns gegenüber heraufbeschwören und dadurch die gegenseitigen politischen Beziehungen trüben kann. Dieses Räsonnement ist ohne Zweifel berechtigt, seine Bedeutung nimmt jedoch in demselben Maße ab, wie die Anzahl der Staaten, deren hervorragende Männer an einer solchen Demonstration teilnehmen, zunimmt, und wenn ein Gewaltakt einer Großmacht von seiten der öffentlichen Meinung a l l e r anderen Großmächte einem einmütigen Protest begegnet, kann der Unterdrückerstaat sich die Mühe ersparen, sich beleidigt zu fühlen, da er sich doch wohl nicht mit allen überwerfen kann.

2. Uns um die Gewaltmißbräuche anderer zu kümmern ist auch deshalb unklug, weil wir riskieren, daß andere sich eben-

falls um die unsrigen kümmern. Dagegen läßt sich einwenden, daß letzteres überhaupt nicht zu vermeiden ist; wenn wir auch, weil wir selbst in einem Glashause sitzen, uns von solchen Demonstrationen fern halten, werden im Falle eines Gewaltaktes unsererseits die Proteste der Fremden nicht unterbleiben. Derartige Demonstrationen werden durch den Einfluß der Imitation immer häufiger und immer umfassender werden.

3. Die Einmischung in die inneren Affären eines fremden Staates ist ein Unrecht gegen diesen Staat, denn jeder Staat hat das Recht, seine eigenen Sachen zu ordnen, wie er will. Ja, rechtsphilosophisch hat er dieses Recht, moralisch natürlich nicht; und das Argument war ja doch gerade als ein moralisches gedacht. Aus der Moral können Argumente gegen eine protestlerische „Einmischung" nicht hergenommen werden. Übrigens wird das Prinzip der Nichteinmischung nur gegenüber Großmächten beobachtet, nicht z. B. gegenüber schwachen orientalischen Staaten, woraus man klar genug sieht, was das moralische Argument wert ist.

Dieses Eingreifen der öffentlichen Meinung ist ein Zeichen steigender Solidarität zwischen den Völkern trotz der Politiker, es ist eine Bewegung, die danach strebt, die „Realpolitik" mit ihren eigenen Waffen, der Macht, zu schlagen. Die öffentliche Meinung vermag nicht zu herrschen; dazu ist sie zu unbeständig, ihre Herrschaft wäre Regel- und Planlosigkeit und würde zu Unsicherheit und Anarchie führen. Die Politik herrscht, weil sie Schulung, Technik und Festigkeit besitzt, muß sich aber auf die öffentliche Meinung stützen. Gibt es mehrere untereinander streitende öffentliche Meinungen, wird die Politik immer in der konservativsten ihre Stütze suchen. Die öffentliche Meinung kann jedoch mit so einmütiger Stärke eine neue Richtung angeben, daß sie den Charakter eines Zeitgeistes annimmt und eine dauernde Macht wird, vor der die Politik sich beugen muß. Die öffentliche Meinung baut wesentlich auf Suggestion, und

die Suggestion ist eine Macht zum Guten und zum Bösen. Wenn sie sich aber in der Richtung auf eine Humanisierung der Politik bewegt, wenn ihre Tendenz dahin läuft, die Staatsmoral nach denselben Linien umzubilden, nach denen die Individualmoral sich im Laufe der Jahrhunderte entwickelt hat, dann können wir getrost sein, daß sie sich auf dem rechten Wege befinde.

4. Das Nationalgefühl.

Das Nationalgefühl ist ein Gefühl von Solidarität mit Sprach- und Traditionsverwandten, ein Gefühl, das auf einem mehr oder minder bewußten Verständnis davon, daß die Bewegungsfreiheit und Wirkungskraft des Individuums in direktem Verhältnis zur Selbständigkeit der Nation steht, beruht.*)

Daß die materielle und geistige Bewegungsfreiheit des Individuums von der Selbständigkeit der Nation abhängig ist, davon zeugt zur Genüge die Geschichte unterjochter Völker. Wenn man das Nationalgefühl von der defensiven Seite betrachtet, beruht es auf dem instinktiven Verständnis davon, daß Raub- und Machttrieb das gegenseitige Verhältnis der Völker regeln. Es beruht auf dem unbedingten Mißtrauen, das Tiere, Barbaren und Nationen einander entgegenbringen, und dessen Berechtigung in bezug auf die letztgenannten die Erfahrungen der Jahrhunderte bestätigt haben. Das defensive Nationalgefühl ist der Selbsterhaltungstrieb des Volkes.

Die Sprache ist das Mittel zum Gedankenaustausch und zum Vertrauen, das Mittel zur Befriedigung des sozialen Dranges. In einer Sprache, die man nicht vollständig beherrscht, sich zu unterhalten, ist ermüdend; sprachlicher Zwang im fremden Lande erzeugt Langeweile und Heimweh. In Wirklichkeit ist

*) Das Heimatsgefühl ist eigentlich nicht als Bestandteil des Nationalgefühls anzusehen, wirkt aber gewöhnlich mit diesem parallel und dient dazu, es zu steigern.

die Sprachenfrage der Kern jeder nationalen Frage. Die Tradition allein kann freilich eine Nation zusammenhalten, ohne daß eine Sprachgemeinschaft besteht (die Schweiz), und das Beispiel der Iren zeigt, daß ein Volk sein nationales Bewußtsein zu bewahren vermag, nachdem die Sprache verloren gegangen ist, das sind aber Ausnahmefälle: gewöhnlich ist das Aufgeben der Sprache das Vorzeichen des Todes einer Nation. Deshalb ist der Sprachenzwang das Mittel, wodurch jede Unterdrückernation ihre Opfer zu lähmen versucht.

Aus dieser fundamentalen Wichtigkeit der Sprache für die Nation ergibt sich, daß das Nationalgefühl in denjenigen gesellschaftlichen Schichten am ausgeprägtesten sein muß, die am wenigsten ihrer Muttersprache entbehren können, also zunächst bei den Bauern, in etwas geringerem Maße im Mittelstand der Städte, der geistig im allgemeinen weniger schwerfällig ist als die Bauern, und bei den Arbeitern, die überall gedeihen können, und deren Gesprächsbedarf durch wenige, schnell gelernte Brocken gedeckt werden kann. Am wenigsten ausgeprägt wird das Nationalgefühl in der sprachenkundigen, gebildeten Klasse sein, namentlich bei den Leuten, welche zugleich Überlegenheit genug besitzen, um sich zu Individualitäten, die einem fremden Volksgeiste entsprungen sind, in ein harmonisches Verhältnis zu stellen. Eine Reihe von verschiedenen Faktoren können aber eingreifen und dieses natürliche Verhältnis zwischen der sozialen Stellung des Individuums und der Intensität seines Nationalgefühls ändern. Erwerbsinteressen machen ihren Einfluß geltend, und individuelle Verschiedenheiten spielen natürlich eine große Rolle. Eine oberflächlichere und mehr vorübergehende Trübung des genannten Verhältnisses wird durch die von der patriotischen und der antipatriotischen Propaganda ausgeübte Suggestion hervorgerufen.

Eine mit starkem Nationalgefühl begabte Person hat somit nicht das Recht, ihren Nachbar wegen seines kühleren Stand=

punktes nationalen Fragen gegenüber zu tadeln, denn es liegt in der Natur der Dinge, daß derjenige, welcher in hohem Grade die Gesellschaft seiner Landsleute nötig hat, weil er dieselben geistigen Werte von anderen nicht bekommen kann, sich an seine Nation mehr solidarisch geknüpft fühlen muß als der, welcher seinen Drang zum Austausch des Bewußtseins ebensogut außerhalb als innerhalb seiner eigenen Nation zufriedenstellen kann. Der Vorwurf ist nur dann berechtigt, wenn der Mann mit dem schwächeren Nationalgefühl — ganz ohne Nationalgefühl ist wohl keiner, der inmitten seiner Nation lebt und wirkt — gegen das Nationalgefühl agitiert und dadurch seine weniger begünstigten Landsleute eines Wertes zu berauben sucht, den sie dringend nötig haben, und der doch schließlich die natürliche Wehr ihrer individuellen Bewegungsfreiheit ist.

Solange die Beziehungen der Nationen unter sich den gegenwärtigen Charakter bewaffneten Friedens, d. h. potentiellen Krieges, haben, wird das Nationalgefühl notwendig eine militärische Einkleidung haben, und die Weise, in der der einzelne das Nationalgefühl betrachtet, wird von seiner Stellung zur Frage von „Krieg und Frieden“ und damit vom Gegensatze zwischen realpolitischer und idealpolitischer Theorie beeinflußt sein. Aber auch die Gegensätze zwischen konservativem und progressistischem Temperament und zwischen individualistischer und kollektivistischer Gesellschaftsauffassung tragen dazu bei, den Standpunkt des Individuums zum Nationalgefühl zu bestimmen. Kommt dazu noch, daß die Nationalisierungs- oder Internationalisierungsbestrebungen möglicherweise für das materielle Interesse des Individuums von Bedeutung werden können, dann wird es einleuchten, daß Patriotismus und Antipatriotismus sehr komplizierte Erscheinungen sind. Hinter den Fürsprechern des Patriotismus und des Antipatriotismus bilden sich nun Massen, welche die respektiven Lehren in grob zugeschnittener Form aufnehmen. Die gewöhnlichen massenpsycho-

logischen Erscheinungen, die Suggestion vom eigenen Lager, die Konträrsuggestion vom Lager des Gegners, vermehren die Einseitigkeit der Dogmen, während die Argumente zum Zwecke des Kampfes in Phrasen ausgemünzt werden.

Ist die Selbsterhaltung das augenfälligste Element des Nationalgefühles, so ist dieses doch damit nicht erschöpft. Die Selbsterhaltung, die Abwehr fremder Gewalt, ist sozusagen der negative Pol des Nationalgefühles. Der positive Pol ist das Bewußtsein der Nation von ihrer produktiven Kraft, ihrer Fähigkeit zum Schaffen, zum Hervorbringen neuer Werte materieller oder geistiger Art. Das nationale Bewußtsein gibt eine eigenartige Konzentration, die, indem sie der Nation ein gewisses persönliches Gepräge aufdrückt, sie dazu befähigt, ihren Einsatz im Welthaushalt zu machen. Denn in gleicher Weise wie nur das Individuum schafft, nicht die Masse, geht die kollektive Kulturarbeit von den sozusagen individualisierten nationalen Einheiten aus, nicht von irgendeiner abstrakten Menschheit. Die Gemeinschaft in Sprache und geschichtlichen Erinnerungen bildet das erste Band zwischen den schaffenden Individuen der Nation; sie ist ihr Hauptnenner, sie bildet eine gemeinsame Grundlage, die der nationalen Arbeit ihre Einheit und innere Harmonie verleiht. Diese elementare Geisteseinheit wird akzentuiert, je nachdem spätere Generationen von schaffenden Individuen auf der von den Vorgängern gebildeten Grundlage weiterbauen. Sie wirkt suggestiv auf die rezipierenden Massen der Nation und prägt ihnen einen eigenartigen Charakter auf, der nun wieder auf die Individualitäten zurückwirkt. Der sogenannte Nationalcharakter beruht sicher nur zu einem geringen Teile auf angeborenen Rasseneigentümlichkeiten*); geographische Verhältnisse, verschiedene Lebensweise

*) Diese spielen wohl höchstens bei den großen, physiologisch stark voneinander abweichenden Rassen (Weißen, Schwarzen, Gelben usw.) eine Rolle, nicht bei den verschiedenen Völkergruppen innerhalb derselben Rasse: Germanen, Romanen, Slawen usw.

— die teilweise auf der Tradition beruht — machen ihren Einfluß geltend, in überwiegendem Maße wird aber der Nationalcharakter durch die Summe der schaffenden Individuen der Nation und durch die Wechselwirkung zwischen Individuum und Masse gebildet. Daraus erklärt sich auch, weshalb Individuen, deren Vater und Mutter stark abweichenden Rassen angehören (half-casts), oftmals von wenig glücklichem moralischem Habitus sind; sie schweben zwischen zwei inkommensurablen Traditionen und es fehlt ihnen ein auch für die Entwickelung des Individuums wichtiger Stützpunkt; nicht selten drückt dieser gemischte Ursprung ihnen obendrein sowohl in der Rasse des Vaters wie der der Mutter einen sozialen Minderwertigkeitsstempel auf, der sie darin hindert, sich der einen oder der anderen zu assimilieren.

Von dem Nationalcharakter hängt wieder die Art des zivilisatorischen und kulturellen Einsatzes der Nation ab. Jede nationale Arbeit hat Weltwert, weil sie ein Material zum Austausch bietet, und nur durch Austausch und Ringen ist eine Entwickelung möglich. Je vielseitiger aber der Austausch ist, je mehr Elemente sich im Ringkampf begegnen, um so sicherer und gleichmäßiger wird die Entwickelung im ganzen sein.

Eine selbstbewußte Nation ist stolz: Stolz ist ja weiter nichts als ein unkritisches Selbstbewußtsein, und daß die Nationen unkritisch sind, liegt in ihrem Wesen als Massen. Es versteht sich von selbst, daß die nationale Selbstbehauptung ein so wirkungsvolles Suggestionsmittel, wie die Lyrik es ist, nicht unbenutzt läßt. In Nationalliedern wird mit stimmungsvoller Innigkeit die Heimat, die Natur des Landes und das tägliche Wirken des Volkes gepriesen, oder das Waffenglück der Nation wird in martialischen Strophen erhoben, oft mit naiven Übertreibungen und mit schmähender Behandlung der Feinde, Züge, die schon aus den Lob- und Schmähgedichten primitiver Völker bekannt sind. Die nationale Dichtung in allen ihren Formen

hat ihre nicht zu unterschätzende Bedeutung als das konzisește auditive Symbol der Einheit — vgl. die Flagge als das visuelle Symbol — und als ein effektiver Beförderer der nationalen Kraftkonzentration.

Von Stolz zu Hochmut ist aber nur ein kleiner Schritt, und der Nationalstolz geht denn auch gewöhnlich in nationalen Hochmut über, wenn nicht die Kleinheit und politische Bedeutungslosigkeit des Staates oder des Volkes von selbst eine solche Entwickelung verbietet. Die Nation sieht sich als vortrefflicher als alle anderen an, als ein Werkzeug in der Hand der Vorsehung, das die Mission hat, an der Spitze der Entwickelung zu gehen und allen übrigen Nationen das Licht zu bringen. Vielleicht verstehen diese nicht selbst, was ihnen frommt; in diesem Falle wird man sie mit allen Mitteln, über welche die Macht verfügt, zwingen müssen. Hier tritt somit zum Raubtriebe ein teleologisches Moment hinzu, wodurch die aggressiven Neigungen kompliziert werden. Ein falscher Idealismus verbindet sich mit den elementaren Trieben zur Unterjochung und Ausbeutung — man läßt sich natürlich seine uneigennützige Kulturarbeit bezahlen. Das Nationalgefühl ist ein zusammengesetzter Trieb, worin sich defensive und aggressive Neigungen immer gemischt finden: man will nicht nur seine Selbständigkeit sichern, sondern auch seine Stärke vermehren, was nur auf Kosten anderer geschehen kann. Wenn die Macht vorhanden ist, wird die selbstbewußte Nation mit instinktiver Sicherheit zur Unterdrückung getrieben.

Die Staatsmoral, deren Grundprinzip allen heuchlerischen Diplomatenphrasen zum Trotze das bekannte „Macht geht vor Recht" ist, erkennt diese Entwickelung als natürlich und richtig an. Aber auch die öffentliche Meinung, die sonst, wo eigene Interessen nicht im Spiele sind, das Korrektiv zur Staatsmoral bildet, pflegt hier zu versagen. Die nationale Suggestion wirkt so gewaltsam, daß sie in ihren akuten Formen leicht zur Ek-

stase wird. Jede Überlegung ist dann ausgeschlossen. Die Masse unterscheidet nicht zwischen einem berechtigten Verteidigungskampf und einem gemeinen Überfall, sie reagiert augenblicklich und unwiderstehlich, und wehe dem, der versuchen würde, sie zur Vernunft zu bringen! Die nationalen Suggestionswörter: die Flagge, die Ehre der Nation usw. können im Dienste einer guten Sache gebraucht und im Dienste einer schlechten Sache mißbraucht werden, ihre Wirkung ist immer dieselbe. Die Streitfragen können auch so verwickelt sein, daß die Masse, wenn sie die Fähigkeit der Überlegung besäße, nicht bis in den Kern der Sache einzudringen vermöchte. Wünschen die Leiter eines Staates den Krieg, dann kann die rechte Stimmung durch offizielle Unwahrheiten, Perfidien, Verschweigungen, eventuell gefälschte Dokumente erzeugt werden. Bisweilen versteht es eine unbeliebte Regierung, durch geschickte Benutzung der nationalen Suggestion, die blinde Wut der Massen von sich auf einen friedlichen Nachbarstaat abzulenken. Andererseits schafft eine nationale Bewegung, die gehemmt oder durch Niederlagen gedemütigt wird, sich oft in Revolutionen nach innen Luft. Der Massenparoxysmus fordert eine Entladung. Es ist deshalb immer ein gefährliches Spiel, auf das Nationalgefühl zu spekulieren. Die skrupellosen Agitatoren, welche im Dienste irgendeines Zweckes die nationalen Leidenschaften entfesseln, können niemals davor sicher sein, daß die Kräfte, worin so viele unbekannte und unberechenbare Faktoren mitwirken, sich nicht gegen sie selbst wenden.

In vielen Fällen wird aber gerade die öffentliche Meinung den nationalen Krieg verlangen wider den Willen der Staatsleiter, die besser als die gefühlstrunkenen Massen die Gefahren und Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens sehen. Die mobile Massenmoral kann somit, von unverantwortlichen Ratgebern (u. a. von einer gewissenlosen Presse) geleitet, einem Barbarismus verfallen, gegen welchen die Vertreter der sta=

bilen Massenmoral kraft ihrer besseren Einsicht Front machen müssen. Meistens sind ja diese nationalen Ambitionen, welche die Massen in Bewegung setzen, und welche den Regierungen soviel Kopfzerbrechen mit Notenaustausch, Protesten und Entschuldigungen machen, weiter nichts als ein schlecht maskierter Raubtrieb. Daß unsere Vorväter vor tausend Jahren ein Nachbarland beherrscht haben, oder daß die Einwohner desselben ein mit unserer eigenen Sprache verwandtes Idiom sprechen, werden willkommene Vorwände für die nationalen Massen, um die „Annexion" jenes Landes zu fordern.

Die öffentliche Meinung ist jedoch niemals ein einziger und ungeteilter Strom. Auch innerhalb des nationalen Lebens steht eine öffentliche Meinung gegen die andere. Die akuten Wutanfälle, die man nur uneigentlich öffentliche „Meinung" nennen kann, werden, wenn sie vorübergehend jede andere Meinung zu terrorisieren vermögen, immer für die Dauer zu kurz kommen gegenüber den tiefer wurzelnden Meinungen, gegenüber den ruhigen, gleichmäßig hingleitenden Strömen, die den evolutiven Fluß der öffentlichen Meinung bilden. Es kommt nur darauf an, zu verhüten, daß sie, während ihres Verlaufes, allzuviel Verheerungen anstiften.

5. Der Weltfriede.

In Voltaires Erzählung „Micromegas" unterhält sich der reisende Riese aus der Siriuswelt mit einem der Philosophen der Erde, und dieser äußert sich u. a. wie folgt: „Wissen Sie z. B., daß in diesem Augenblicke, während ich mit Ihnen spreche, hunderttausend huttragende Narren unserer Tiergattung dabei sind, hunderttausend andere mit Turban bedeckte Wesen zu töten oder von denselben getötet zu werden, und daß es fast auf der ganzen Erde seit Menschengedenken so üblich war?

Der Siriusmann schauderte und fragte, was der Grund für

so scheußliche Streitigkeiten zwischen so schwachen Wesen wohl sein könne.

„Es handelt sich," sagte der Philosoph, „um einige Haufen Dreck von der Größe Ihrer Ferse. Gewiß fordert niemand von jenen Millionen Leuten, die sich gegenseitig morden, den geringsten Teil von diesen Haufen Dreck. Es handelt sich nur darum, zu wissen, ob sie einem gewissen Manne, der Sultan heißt, oder einem anderen, den man aus irgendwelchem Grunde Cäsar nennt, gehören. Weder der eine noch der andere hat jemals den kleinen Erdenwinkel, um welchen der Streit sich dreht, gesehen oder wird ihn jemals zu sehen bekommen, und fast niemand von jenen Wesen, die sich gegenwärtig morden, hat je das Wesen gesehen, dem zuliebe er sich morden läßt."

„Oh, die Elenden!" rief der Siriusmann entrüstet aus, „ist ein solches Übermaß von sinnloser Wut denn zu begreifen? Ich bekomme Lust dazu, drei Schritte zu machen, und mit drei Fußtritten diesen ganzen Haufen von lächerlichen Mördern zu zertreten."

„Machen Sie sich keine Mühe," erwiderte man ihm; „sie arbeiten selbst genug auf ihren Untergang hin. Wissen Sie, daß nach zehn Jahren nicht der hundertste Teil dieser Unglücklichen übriggeblieben ist. Wissen Sie, daß auch, wenn sie nicht das Schwert gezogen hätten, Hunger, Anstrengungen oder Unmäßigkeit sie fast alle hinweggerafft hätten. Übrigens sollte man sie nicht bestrafen, sondern jene untätigen Barbaren, die, von ihren Arbeitszimmern aus, während sie verdauen, die Niedermetzelung einer Million Menschen befehlen, und die nachher feierlich Gott dafür danken. . . ."

Seitdem Voltaire diese Satire schrieb, haben die Völker in vollem Maße die Segnungen des Selbstbestimmungsrechts erworben, ohne daß die Kriege deshalb aus der Welt verschwunden wären. Mit dem politischen Selbstbestimmungsrecht ver-

band sich naturgemäß ein gesteigertes Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit, ein stärkerer Drang nach Selbstbehauptung. Der Liberalismus erhielt im Nationalismus sein Komplement. Jetzt sollten die nationalen Grenzen revidiert werden. Die mit dem Stimmrecht verbundene allgemeine Wehrpflicht schuf eine neue Art von Heeren, die von nationalem Geiste durchdrungen war. Das neunzehnte Jahrhundert wurde die Zeit der nationalen Kriege. Aber der Liberalismus war nur ein Rausch von kurzer Dauer. Der in seinem Grunde freiheitsfeindliche Demokratismus drängte nach und nach den individualistischen Liberalismus zurück. Der Kampf ist noch nicht zu Ende, aber der Liberalismus — in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes — verliert mehr und mehr Boden gegenüber dem Demokratismus. Neue Gemeinschaften entfalten sich innerhalb der nationalen Gemeinschaft und zum Teil gegen dieselbe. Verschiebungen und Umwertungen gehen vor; die Gesellschaft gleitet in neue Bahnen hinein. Während man früher religiöse und nationale Kriege führte, bei denen wirtschaftliche Realitäten sich unter der religiösen und nationalen Suggestion verbargen, hat man jetzt namentlich mit wirtschaftlichen Kriegen zu tun, bei welchen nationale — und bisweilen religiöse — Suggestionen nur als Fermente mitwirken.

Inzwischen hat der Friedensgedanke sich zu einem der großen gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit entwickelt. Der Gedanke ist natürlich wie alle sozialen Gedanken sehr alt. Von Saint Pierre über Kant bis Tolstoi und Bertha von Suttner haben die Friedensideen eine lange Entwickelungsbahn durchlaufen, bis sie am Ende des neunzehnten Jahrhunderts von der luftigen Höhe der Theorien auf die Arena des praktischen Lebens herabzusteigen anfingen.

Eine rationelle Untersuchung des Friedensproblems muß von zwei Hauptfragen ausgehen: ist der Weltfriede wünschenswert? und ist er möglich?

Ist der Weltfriede wünschenswert? Gegen den Krieg wird angeführt: daß die Menschenopfer des Krieges (die gerade aus der arbeitsfähigsten Altersklasse geholt werden) eine Schwächung des Volkes bedeuten, daß dieses systematische Blutvergießen auf die Teilnehmer teils verrohend, teils nervenzerstörend wirken müsse, daß der Krieg eine unendliche Summe von menschlichen Leiden koste, daß er endlich finanziell eine Kalamität sei, die für lange Zeit die Völker lähme. All dies — den verrohenden Einfluß des Krieges vielleicht ausgenommen — geben auch entschiedene Gegner des Friedensgedankens zu, obwohl sie meinen, daß die Friedensfreunde die Bedeutung dieser Tatsachen übertreiben. Aber die Antipazifisten behaupten, daß der Krieg andere Vorteile bringe, welche reichlich die genannten Nachteile aufwiegen, und um diese Behauptung dreht sich in Wirklichkeit der Streit. Die Argumente der Gegner des Weltfriedens können in drei Punkte zusammengefaßt werden: der Krieg entwickelt neue, wertvolle moralische Eigenschaften in den Menschen, er setzt der Menschenvermehrung eine natürliche Grenze, und er fördert die Vervollkommnung der Technik.

Die Verteidiger des Krieges behaupten zunächst, der Krieg bringe das nationale Bewußtsein zur Entwickelung und schaffe erst recht einen nationalen Geist. In der Friedenszeit verfalle das Volk der Verweichlichung und dem Egoismus; im Kriege dagegen erlerne es Sparsamkeit, Einigkeit und Aufopferung, und der Wille werde gestärkt.

Nun darf man wohl nicht sagen, daß der Krieg neue moralische Eigenschaften hervorbringt; er bringt die Individuen näher aneinander, und durch die gemeinsame Gefahr wird den schon existierenden Eigenschaften die Gelegenheit gegeben, sich in augenfälligerer Weise zu äußern. Auch ist wohl gewöhnlich ein merkbares Wachstum in diesen Eigenschaften zu bemerken. Auch in Friedenszeiten ist es freilich wahrzuneh-

men, wie Mut und Opferwilligkeit unter ungewöhnlichen Verhältnissen, nicht nur bei dem Individuum, sondern auch bei der Masse, zutage treten; die Arbeitermassen leiden mit ihren Familien Hunger, wenn die klassenmäßige Solidarität ihnen gebietet, zu streiken, und trifft ein Nationalunglück ein, eine Überschwemmung oder eine Erdbebenkatastrophe, dann werden dieselben guten Eigenschaften, überall wo sie Boden haben, hervortreten. Der Krieg hat aber u. a. dadurch Bedeutung, daß er gesellschaftliche Klassen, die sonst mit einem rücksichtslosen Jagen nach materiellen Lebensgütern voll zu tun haben, und die dem harten Kampf ums Dasein fernstehen, in den Geist der gemeinschaftlichen Opferwilligkeit hineinzwingt und sie in direkte Berührung mit dem Ernst des Lebens bringt. Während in Friedenszeiten der private Raubtrieb leicht die Oberhand bekommt, stärkt der Krieg die Solidarität innerhalb des zum Raube und zur Abwehr von Raub organisierten Staates.

Andererseits nimmt der nationale Geist oft nach einem Kriege einen außerordentlich aggressiven Charakter an, der barbarisierend wirken und zu neuen Feindseligkeiten anspornen kann. Je reizbarer das Nationalbewußtsein ist, um so größer ist die Ansteckungskraft der Kriege. Und wenn man in der Geschichte den Wechsel von Krieg und Frieden betrachtet, könnte man sich versucht fühlen, als eine allgemeine Regel aufzustellen, daß die unheilvollen Nachwirkungen des Krieges, die provozierende Arroganz und die unter der falschen Etikette der „Männlichkeit“ auftretende Don Quijoterie von bedeutend längerer Dauer sind als der vom Kriege hervorgebrachte moralische Aufschwung. Übrigens kann kein Mensch voraussehen, welche neuen psychischen Momente an den Tag treten würden, wenn die zentralen Teile der europäischen Kulturwelt jetzt nach vierzig Friedensjahren von einem Kriege heimgesucht würden. Die Kriegswerkzeuge sind in außerordentlichem Grade mörderischer und die Nerven unserer Zeit empfindlicher

geworden; welche Veränderungen in der kriegspsychologischen Physiognomie der Zeit sich daraus ergeben werden, weiß niemand.

Der Krieg ist ferner (so sagen die Gegner des Weltfriedens) nützlich und sogar notwendig, um die Menschenvermehrung innerhalb vernünftiger Grenzen zu halten. Le Bon nennt in dieser Beziehung[15]) Indien, dessen Bevölkerung unter dem erzwungenen Frieden von mehr als einem Jahrhundert ungeheuer wächst, wodurch die allgemeine Armut natürlich immer größer wird. „Und ist der Hungertod wirklich so viel besser als der Tod durch die Kanonen, daß man um jeden Preis den einen vermeiden muß, um resigniert den anderen zu leiden?"

Nun, Indien ist ein Land mit einer hohen und wertvollen Oberklassenkultur, dessen unkultivierte breite Schichten sich aber mit der Fruchtbarkeit der Naturvölker gedankenlos vermehren. Le Bon hat vielleicht so weit recht, daß die hochgepriesene „Pax Britannica" für Indien ein zweifelhafter Gewinn ist. Möglicherweise sind Kriegsaderlässe von Zeit zu Zeit auch für andere, allzu blutreiche Völker nützlich. Aber in Europa, wo eine gewisse Kultur in den Volksseelen mehr und mehr bodenständig wird, neigt die Menschenvermehrung ohne Zweifel dahin, sich selbst zu regeln. Im Vaterlande Le Bons werden immer wieder Klagen über die Stagnation der Bevölkerung laut, und dieselbe Erscheinung ist auch, obgleich in geringerem Maße, bei anderen europäischen Kulturvölkern fühlbar.

Le Bon hebt endlich hervor, daß die großen Forschritte der modernen Industrie, namentlich in betreff der Bearbeitung der Metalle, ganz besonders dem Kriege zu verdanken seien. Prinzipielle Bedeutung scheint mir dieses Argument nicht zu haben. Eisenbahnen, Telegraph und Flugmaschinen würden erfunden sein, die Entwickelung der Stahltechnik wäre vor sich gegangen, auch wenn die Kriegskunst für sie keine Anwendung gehabt hätte, und wären auch die Fortschritte der Technik vielleicht

in gewissen Beziehungen etwas langsamer vor sich gegangen, dann wäre dadurch nicht viel Unheil geschehen.

Alles in allem scheint mir also, daß die Wagschale nach der Seite der Friedensfreunde sinken muß, wenn im allgemeinen gefragt wird, ob die Ersetzung des Krieges durch andere Methoden wünschenswert sei. Es gibt aber noch ein eigenartiges Räsonnement zugunsten des Krieges, welches aus der Vorstellung der Göttlichkeit des Krieges geschöpft ist. „Der ewige Friede," schrieb Moltke, „ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ist ein Glied in Gottes Weltordnung." Mit demselben Rechte werden wohl die Friedensfreunde behaupten können, die Arbeit für den Weltfrieden wäre ein gottgefälliges Werk, weil Gott nach der christlichen Auffassung die Liebe ist. Solche Behauptungen sind immer billig zu kaufen, weil sie sich außerhalb der Grenzen der Argumentation bewegen. Wenn man damit anfängt, zu erörtern, was Gott mit diesem oder jenem gemeint hat, dann hört alle Diskussion auf; denn jeder von denen, die an Gott glauben, kann diesem die Intentionen zuschieben, welche ihm selbst passen, und die, welche an Gott nicht glauben, verbinden damit gar keinen Sinn. Die „göttliche Weltordnung" ist ein religiöser Begriff und liegt somit außer dem Bereiche einer rationellen Untersuchung. Was soll man übrigens unter der göttlichen Weltordnung verstehen? Vielleicht den Urzustand? In diesem Falle ist alle Kultur ein verwegener Bruch der göttlichen Weltordnung, und wir müssen so bald wie möglich zum Kannibalismus zurückkehren. Ist es aber nicht der Urzustand, wo finden wir dann die Kulturstufe, auf welcher wir gegenüber der göttlichen Weltordnung haltmachen müssen? Vor zwei Jahrhunderten würde der Gedanke, daß der Mensch sich mittels Maschinen in die Wolken erheben könne, als eine verwegene Utopie aufgefaßt worden sein, weil er „gegen die göttliche Weltordnung verstoße"; und jetzt fliegen wir doch.

Treitschke spricht von der Heiligkeit des Krieges. Dazu ist zu bemerken, daß die „Heiligkeit“ nicht etwas Objektives ist, sondern eine subjektive Gefühlsbestimmung, nicht eine dem Dinge innewohnende Eigenschaft, sondern ein besonderer Gesichtspunkt, von dem aus das Individuum das Ding betrachtet. Die „Heiligkeit“ ist oft eine Tabuerklärung, durch welche man, auf die Gewalt der Suggestion (populär „bluff“ genannt) gestützt, eine Sache außer Diskussion stellen will.

Wenn die göttliche Weltordnung sich in das Wort „Naturgesetz“ kleidet, so bekommt diese Betrachtung einen wissenschaftlichen Anstrich. Hierdurch werden wir zur zweiten Hauptfrage geführt: i s t d e r W e l t f r i e d e m ö g l i c h?

Die Anhänger der Naturnotwendigkeit des Krieges räsonieren etwa folgendermaßen: In unseren Tagen wird ein Krieg nicht durch menschliche Willensäußerungen hervorgebracht, sondern er geht hervor als das Ergebnis einer wirtschaftlichen Notwendigkeit, die mit der unerbittlichen Gewalt eines Naturgesetzes wirkt. Je nachdem die wirtschaftlichen Aktionsgebiete der Völker sich erweitern, und die Welt sich verengert, müssen die Interessen immer häufiger gegeneinander stoßen, und von Zeit zu Zeit wird es unvermeidlich zur ultima ratio der Konkurrenz, zum Kriege kommen.

Aber handelt es sich wirklich hier um ein Naturgesetz, das sich z. B. mit dem Gesetz der Schwerkraft vergleichen läßt? Es ist wohl möglich, daß in der menschlichen Natur eine Neigung besteht, sich von einem Konkurrenten dadurch zu befreien, daß man ihn ohne weiteres totschlägt, dieses „Naturgesetz“ ist aber — im Verhältnis der Individuen untereinander — von der Staatsmacht glücklich besiegt worden; ganz „unerbittlich“ erscheint es also nicht. In Wirklichkeit verbirgt auch die Naturgesetztheorie hinter ihrem exakt-wissenschaftlichen Äußeren eine mystisch-teleologische Anschauung. Worauf beruht zu guter Letzt die wirtschaftliche Entwickelung, wenn nicht auf menschlichem

Willen? In unseren Tagen ist es gewöhnlich nicht ein König oder Minister, der den Krieg will, sondern die Aktionäre in jenem Geschäft, das „der Staat" heißt. Was anderes versteht man unter dem Willen der Nationen und Staaten als eine Summe von Einzelwillen, die freilich nach den Gesetzen der Massenpsychologie umgebildet sind? Die Naturgesetztheorie geht, wie ihre nahe Verwandte, die sogenannte „Realpolitik", von einer falschen Voraussetzung aus, indem sie vergißt, daß der Mensch zur Natur ein neues Moment, nämlich die Kultur, hinzugefügt hat.

Die Advokaten des Gedankens der Naturnotwendigkeit des Krieges haben ein anderes Naturgesetz außer acht gelassen, und zwar ein Naturgesetz, das wirklich im menschlichen Leben gilt, weil es ein psychisches Gesetz ist: das Gesetz der Entwickelung. Die Friedensbewegung hat eine Bedeutung gewonnen wie niemals zuvor; sie hat sich mit einer Folgerichtigkeit entwickelt, die davon zeugt, daß sie keine zufällige Modebewegung ist, sondern einem fühlbaren Drange entgegenkommt. Die alte Zeit war daran gewöhnt, den Krieg als natürlichen Regulator zu betrachten. Was dabei in die Brüche ging, spielte keine allzu große Rolle: es war eine Schickung des Himmels. Die Welt war ohne innigen Zusammenhang. Jetzt ist die Weltökonomie eine andere geworden; die Welt wird immer mehr zu einer einzigen, zusammenhängenden, allumfassenden Arbeitsmaschine, die nicht duldet, daß die Räder allzu häufig in Unordnung kommen. Die moderne Gesellschaft kennt eine hartköpfige, zähe Männlichkeit der Arbeit. Soll ein zivilisatorisches oder kulturelles Problem gelöst werden, dann wird die Sache an hundert Stellen der Erde in Angriff genommen; geht ein Faden hier verloren, wird er anderswo aufgenommen; die Kräfte arbeiten einander in die Hände, niemals wird die Flinte ins Korn geworfen, niemals wird das Ziel außer Sicht gelassen, und zuletzt wird es erreicht und bildet nun den Anfangspunkt

für die Aufstellung und Lösung neuer Probleme. Diese ganze Entwickelung muß gegen Störungen von seiten der „waffenfreudigen" Abenteuerlust Front machen. Gegenüber dem Nationalgefühl als Selbsterhaltungstrieb der Nationen steht als gleichberechtigter Faktor die friedenfordernde öffentliche Meinung, welche der Selbsterhaltungstrieb des arbeitenden Weltorganismus ist. Und diese friedenfordernde öffentliche Meinung ist allmählich stark genug geworden, um an der trägen Staatsmoral zu rütteln. Staatsmänner und Diplomaten sehen sich dazu gezwungen, sich mit ihr zu beschäftigen. Die Bestrebungen für die Erhaltung des Friedens sind schon zu einer der konventionellen Trinkspruchphrasen der Fürsten- und Ministerbesuche geworden, welche wohl in jedem einzelnen Falle nicht mehr sagen als andere Höflichkeitsredefiguren, die aber wie alle immer wiederkehrenden Phrasen doch eine suggestive Kraft haben.

Die friedenfordernde öffentliche Meinung hat ferner die Haager Konferenzen geschaffen, deren Bedeutung oder Nichtbedeutung so viele Federn in Tätigkeit gesetzt hat. Die Wichtigkeit dieser Phase in der Geschichte der Friedensbewegung ist vielleicht weniger in den einzelnen Bestimmungen zu suchen, über welche man sich geeinigt hat, als eben in der Tatsache, daß Staatsmänner und Diplomaten die Bewegung ins Auge gefaßt und als einen so bedeutenden Faktor angesehen haben, daß es ihnen ratsam erschien, einzugreifen und, da die Bewegung nicht aufzuhalten war, wenigstens zu versuchen, ob dieselbe sich nicht in ein Gleis hineinleiten lasse, wo die Staatsmoral sie besser handhaben könne. Die wirklichen Verbesserungen, die dabei erlangt wurden, z. B. die Erleichterung der Möglichkeit des Schiedsgerichtsverfahrens, sind somit durch ein Kompromiß zwischen offizieller und unoffizieller Massenmoral, zwischen Staatsmoral und öffentlicher Meinung erzielt worden. Wie viel praktischen Wert die Haager Konferenzen haben werden,

läßt sich heute noch nicht beurteilen. Aber eine gewisse Skepsis scheint mehr und mehr die Sachverständigen auf dem Gebiete des Völkerrechts zu ergreifen. So schreibt die „Kölnische Zeitung“ in einem am 19. Juni 1910 erschienenen Artikel, wenn nicht alles täusche, so vollziehe sich in jüngster Zeit in der völkerrechtlichen Literatur Deutschlands, der englischen Völkerrechtslehre folgend, ein Umschwung dahin, daß auch die Theoretiker mehr als bisher, dem Prinzip der Diplomaten entgegenkommend, die ungeheuere Wichtigkeit der Realpolitik und des politischen Interesses der verschiedenen Staaten für die Findung und Entwickelung des Völkerrechts anzuerkennen geneigt seien. Dies wird folgendermaßen erklärt:

„Es dürfte nicht allzu schwer fallen, aus der bisherigen Praxis des Völkerrechts nachzuweisen, daß auf Völkerrechtskonferenzen solche Vorlagen erfolglos geblieben sind, die für den Fall eines Krieges den Kriegführenden Beschränkungen in bezug auf die Entfaltung militärischer Machtmittel und der für den Endzweck des Krieges (die Niederwerfung des Gegners und die Sicherstellung der nationalen Existenz durch glückliche Durchführung des Kampfes) nötigen kriegerischen Gewalt auferlegen wollen, mit anderen Worten, daß jeder Versuch einer Einschränkung des als Grundregel des Kriegsvölkerrechtes geltenden Satzes von Hugo Grotius: omnia licere in bello, quae necessaria sunt ad finem belli (wie es Niemeyer in einem Aufsatz über Seebeuterecht im „Tag“ vom 6. März 1909 übersetzt: „Dem Kriegsgegner gegenüber ist alles erlaubt, was die Kriegsräson fordert“) nach ergebnisloser Verhandlung als unerledigt beiseite gelegt wurde .... Und wenn man über derartig wichtige Fragen, bei denen die Kriegsräson mit im Spiele war, dennoch tatsächlich in einem völkerrechtlichen Satze sich vereinigt hat, so hat man wohl schon bei der Erledigung auf seine bindende Kraft keine übermäßig großen Hoffnungen gesetzt, oder zum mindesten ist es ganz unzweifelhaft, daß ein

Staat im Konflikt seines politischen Interesses, der „public policy“ des Engländers, mit ihn bindenden völkerrechtlichen Regeln, wenn es sich um das Heil, die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes handelt, ohne jedes Bedenken von der sie behindernden Vorschrift abweichen wird und muß, mag sie sich auch noch so klar als sittliche Idee des Rechtes, als Axiom des abstrakten Naturrechtes erweisen. Ein Beispiel hierfür läßt sich aus dem Grunde nicht anführen, weil die wichtigsten und dabei gerade in Frage kommenden Gesetze des Völkerrechts aus den drei bisherigen großen Konferenzen*) ihre Feuerprobe im Kriege noch nicht bestanden haben .... Und nicht nachdrücklich genug kann der große und allein maßgebende Einfluß der Realpolitik und das wohlverstandene Interesse der beteiligten Staaten auf die Findung und Weiterbildung des Völkerrechtes betont werden, einer Politik, die sich in keiner Weise von Rücksichten auf Zivilisation und Humanität leiten und blenden lassen darf. Macht geht in Fragen, die nationale Lebensinteressen berühren, vor Recht ....“

So schreibt die „Kölnische Zeitung“, indem sie bezüglich des Gedankenganges ihrer Ausführungen sich auf mehrere von den neuesten in Deutschland erschienenen völkerrechtlichen Arbeiten stützt. Die Ausführungen sind von einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrigläßt. Wenn der Grundsatz immer behauptet werden soll, daß „dem Kriegsgegner gegenüber alles erlaubt sei, was die Kriegsräson fordert“, dann ist die natürliche Schlußfolgerung, daß nicht nur die umfangreichen Akten der Haager Konferenzen, was die „Humanisierung“ des Krieges betrifft, wertlose Makulatur seien, sondern daß überhaupt alle geschriebenen oder ungeschriebenen völkerrechtlichen Bestimmungen keinen Pfifferling wert seien. Man kann nur hoffen, daß die Theorie bis zu einem gewissen Grade von der Praxis Lügen

*) Die zwei Haager Konferenzen und eine engere Konferenz in London im Jahre 1908.

gestraft wird. Wenn gegen den Schluß des Artikels der Verfasser die Bedeutung der Völkerrechtskonventionen hervorhebt, „soweit es sich nicht um Fragen der Ehre und der Lebensinteressen des Staates handelt, wenn die Aufgabe zur Behandlung steht, eine Grenze für den Umfang der Kriegsräson festzustellen und die vermeidbaren Härten des Krieges auszusondern", so könnte man vielleicht hierzu meinen, daß die Bestrebungen der Diplomaten, ohne in dieser Beziehung eigentlich überflüssig zu sein, doch nicht so ausschlaggebend seien, wie gewöhnlich angenommen wird, da ein allgemeines Verständnis davon, daß die in unserer Zeit ungeheuer komplizierte, ungeheuer kostspielige und im Umfange ihrer Wirkung unberechenbare Maschinerie des Krieges nicht wegen Lappalien in Gang gesetzt werden dürfe, eine mindestens ebenso gute Garantie biete wie die Haager Konventionen.

Die Friedensarbeit der Diplomaten hat ihre Bedeutung mehr als Symptom wie durch ihre positiven Ergebnisse gehabt. Alle diese in vorsichtigen Sätzen ausgedrückten und von den einzelnen Mächten unter allerlei Vorbehalten, die ihnen immer eine Hintertür offen lassen, sanktionierten Bestimmungen können vielleicht durch die Entwickelung eine reale Bedeutung erlangen. Die öffentliche Meinung wird sich aber des Verdachtes nicht erwehren können, daß man den Wolf als Hüter der Herde bestellt hat. Die Diplomaten sind nun einmal in ihrer professionellen Tätigkeit Repräsentanten der zwischenstaatlichen Negermoral. Wenn die Kriege „humaner" geworden sind, dann verdankt man dies nicht menschenfreundlichen Diplomaten, sondern einer Jahrtausende hindurch stattgefundenen Anhäufung massenpsychologischer Imponderabilien, die allmählich die ärgsten Barbareien unmöglich gemacht haben. Nachher pflegt die Diplomatie diese Errungenschaften in schönem Kanzleistil paragraphenmäßig einzutragen und sich selbst die Ehre zuzuschreiben. Sollen sich Wege eröffnen, die uns vom Kriege

entfernen, dann wird die Anbahnung derselben kaum durch die Diplomatie erreicht werden, sondern durch diejenigen Realitäten in der Entwickelung, welche die „Realpolitik" so oft zu unterschätzen scheint.

Daß die Kriege überwiegend wirtschaftlich geworden sind, hat zunächst auf die Kampfweise Einfluß geübt. Dadurch ist das moderne Kampfmittel geschaffen worden, in dessen Handhabung namentlich die orientalischen Völker ihre Meisterschaft gezeigt haben: der Boykott, ein unblutiges, aber wirkungsvolles Mittel, das ganz besonders in der Hand des Schwächeren gegen den Stärkeren seine Anwendung finden wird, ein Mittel, welches das suggestive Geschrei des Gegners über vitale Interessen und gekränkte Nationalehre in einer platten und prosaischen Sorge um den Geldbeutel erstickt. Hier steht die Diplomatie zum ersten Male ratlos. Ihre Waffen, die so viele Jahrhunderte hindurch wirksam waren, Feder und Schwert, sind gleich stumpf. Ihre Proteste werden mit Bedauern ausdrückenden Noten erwidert, allein keine Regierung ist imstande, die Leute dazu zu zwingen, zu kaufen oder nicht zu kaufen, wo sie wollen. Nur muß das Boykottkomitee über die Massen Macht genug haben, um sie zu verhindern, den Boykott mit Tätlichkeiten zu verbinden, die zu Repressalien einen Vorwand bieten würden. „Um in einem Laden nichts zu kaufen," sagte ein jungtürkischer Volksleiter in einer öffentlichen Versammlung in Pera während des bosnischen Konflikts, „genügt es ganz einfach, nicht dahin zu gehen. Es ist unsinnig und überflüssig, hinzugehen, um vor dem Laden zu demonstrieren und auszurufen, daß man künftig daselbst nicht kaufen will." Selbstverständlich kann die Waffe des Boykotts nur innerhalb gewisser Grenzen angewandt werden. Erforderlich ist dazu erstens, daß man durch den Boykott dem Gegner größeren Schaden zufügen kann, als dieser durch Erwiderung des Boykotts dem Boykottierenden zu verursachen vermag; zweitens, daß man seinen Bedarf an

denjenigen Artikeln, die man bisher vom Gegner bekommen hat, wenigstens für eine geraume Zeit anderswo decken kann. Übrigens findet sich vielleicht nicht bei allen Nationen das Solidaritätsgefühl und die Selbstzucht, die zur glücklichen Durchführung eines Boykotts notwendig sind. Jedenfalls wird diese Waffe in Zukunft gewiß überall benutzt werden, wo sie mit Aussicht auf Erfolg angewandt werden kann, und somit oft einem Kriege mit dem Schwerte vorbeugen.

Jedoch ist auch auf andere Weise ein unbedingter Fortschritt darin zu erblicken, daß die wirtschaftlichen Realitäten in unserer Zeit in den Vordergrund gerückt sind. Dadurch wird der Bereich der unberechenbaren, einander kreuzenden Suggestionen eingeengt, welche wohl als das Ferment in der öffentlichen Meinung für die Entwickelung der Massenmoral ihre große Bedeutung gehabt haben, die aber alles in allem nur ein relatives Gut sind. Mit dem Überwiegen der Realitäten über die Suggestionen wird den Völkern eine größere Möglichkeit dafür gegeben sein, über Zwecke und Mittel Klarheit zu gewinnen und mit kaltem Blute zu beurteilen, ob es sich lohnen wird, Krieg zu führen.

Die Arbeiter haben gesehen, daß der Krieg für sie als Arbeiter sich nicht lohnt, und da die Arbeiterschaft das Vorrecht der Standesinteressen vor den nationalen Interessen mit der größten Konsequenz betonte, gab sie folgerichtig der Friedensidee einen hervorragenden Platz in ihrem Programm. Auf sozialdemokratischen Kongressen ist die Frage, ob ein ausbrechender Krieg sich nicht durch Generalstreik und dergleichen Mittel bekämpfen lasse, immer wieder erwogen worden, ohne daß man jedoch für die mit einem solchen Eingreifen verbundenen Schwierigkeiten blind war.

Von seiten des Kapitals sind entsprechende Gesichtspunkte aufgestellt worden. Auf dem in Newyork April 1907 veranstalteten „National Arbitration and Peace Congress“ schlug

Andrew Carnegie vor, man solle auf jeden Staat, der den Frieden brechen wollte, einen moralischen und wirtschaftlichen, ja sogar einen militärischen Druck ausüben. Die neutralen Staaten sollten gegenüber dem Friedensbrecher eine furchterregende Koalition bilden. „Bevor man mit Gewalt vorgehe, würde es sich jedoch empfehlen, damit zu beginnen, den Abbruch allen Verkehrs mit dem friedensbrüchigen Volke zu proklamieren. Kein Austausch von Produkten, keine Anleihen, keine Zufuhr von militärischer oder maritimer Art, keine Post; diese Maßregeln würden als eine feierliche Warnung dienen und würden wahrscheinlich Erfolg haben. Die Gewalt sollte immer der letzte Ausweg sein. Mögen die Völker, welche Kapitalien und Kriegsbedarf liefern, sich auch darüber beschweren, als über einen unrechtmäßigen Eingriff in ihre Interessen, die Erhaltung des Friedens ist doch immer für Industrievölker das höchste Interesse, denn wenn der Gewinn durch fremde Kriege nach Tausenden berechnet werden kann, gehen Millionen verloren."

Diese letzte These wurde auf dem Kongresse von einem hervorragenden Industriellen, James W. van Cleave, weiter ausgeführt. „Viele Leute glauben," sagte dieser, „daß der Krieg dem Handel Vorteil bringt und den Landwirten, Industriellen und Produzenten aller Art Hilfe leistet. Das gilt jedoch nur für eine Weile. Der russisch-japanische Krieg erhöhte Amerikas Absatz an Japan, Rußland und China, solange der Krieg dauerte, führte aber eine Abnahme des Absatzes unmittelbar darauf herbei. Diese Länder müssen für einige Jahre sparsam wirtschaften, bis der vom Kriege verursachte Verlust in ihren Hilfsquellen wieder ersetzt ist. Ihr Einkauf aus der Umwelt wird geringer werden. In unermeßlichem Maße ist die Welt mehr denn je zu einer großen Familie geworden. Der internationale Handel hat zur Förderung dieser Solidarität sehr viel beigetragen. Was ein Land fördert, nützt auch in höherem oder geringerem Maße allen übrigen Ländern. Der Krieg zwi-

schen Rußland und Japan förderte während seiner Dauer unseren Handel mit diesen Ländern und auch mit China, da der Krieg in einem Gebietsteile dieses Landes geführt wurde. Aber nachher brachte er einen Niedergang des Handels hervor. Er tötete Hunderttausende von Männern und führte zur Verarmung von Millionen. So verloren wir Industrielle viele Kunden. Tote Männer kaufen keine Kleider. Arme Leute können sie nicht bezahlen."

Das Kapital und die Arbeit, die beiden Quellen der Produktion, begegnen sich hier in der Verurteilung des Krieges aus geschäftsmäßigen Rücksichten. Aber diesen von der Suggestion der humanen Ideen gestützten Tendenzen stehen andere, entgegengesetzte Tendenzen gegenüber, die in der nationalen Suggestion ihre Stütze haben. Es verhält sich ja so, daß, obwohl ein Krieg für den neutralen Handel und die neutrale Industrie auf die Dauer sich als ein schlechtes Geschäft erweisen wird, er für das siegreiche kriegführende Volk ein gutes Geschäft werden kann. Hat der internationale Handel durch den russisch-japanischen Krieg Verluste erlitten, so hat ohne Zweifel Japan, unmittelbar und mittelbar einen reichlichen Profit davongetragen. Hier entwickelt sich täglich zwischen den in entgegengesetzten Richtungen interessierten wirtschaftlichen Faktoren ein ungeheuer kompliziertes Spiel, ein rasender, weltumspannender Krieg zwischen Kriegs- und Friedenstendenzen, mit gewaltigen auf beiden Seiten engagierten Kapitalien. Aus diesem Kampfe hinter den Kulissen der Geschichte ist eine ständige Kriegsfurcht entstanden, und ein Wettstreit in Rüstungen, von dem das Ende nicht abzusehen ist. Kriegsnervöse Alarmdepeschen aus Osten und Westen sind dermaßen tägliche Kost geworden, daß das Publikum längst dem gegenüber blasiert geworden ist.

Diese Tatsache deutet nicht darauf hin, daß die Zeit des Weltfriedens nahe sei. Und vielleicht ist das gar kein Unglück.

Denn wünschenswert ist der Weltfriede nur unter der Voraussetzung, daß er mit einer freien Assoziation aller nationalen Kräfte gleichbedeutend ist; und in dieser Hinsicht ist das brutale und stupide nationale Unterdrückungswerk, das in der ganzen Welt getrieben wird, sehr wenig beruhigend. Und dasselbe kann man von dem Diplomatenpazifizismus sagen. Man hat die Beobachtung gemacht, daß Tendenzen vorhanden sind, um die großen „Friedenskonferenzen", an welchen alle selbständigen Staaten teilnehmen können, in engere Großmachtskonferenzen umzubilden. Symptomatisch ist die Einberufung einer solchen engeren Konferenz, die im Dezember 1908 in London zusammentrat, und wozu außer den Großmächten nur Spanien und Holland zugezogen wurden. Schon auf der zweiten Haager Konferenz traten die Bestrebungen, die kleineren Staaten zurückzusetzen, mehrfach hervor. Man konnte sich über die Errichtung eines ständigen internationalen Schiedsgerichtshofes nicht einigen, weil der gestellte Antrag den Großmächten eine bevorrechtigte Stellung geben würde; diese sollten je einen Richter für die ganze Dauer der zwölfjährigen Sitzungszeit erhalten, während man die Nichtgroßmächte mit einer Richterstelle für kürzere Perioden bedenken wollte. Der ablehnende Standpunkt der Nichtgroßmächte gegenüber diesem Antrag wurde von dem brasilianischen Delegierten, Ruy Barbosa, formuliert. Ein Versuch einer internationalen Gesetzgebung, durch welche das Prinzip der Gleichberechtigung der Staaten aufgehoben würde, und die kleinen Staaten ohne Einwand sich allem, was die Großmächte bestimmten, unterwerfen müßten, würde der Sache des Fortschritts kaum dienlich sein[16]).

Am 5. Mai 1910 hielt der Expräsident Roosevelt als Empfänger des Nobelpreises einen Vortrag im Nationaltheater zu Christiania. Er sprach hier u. a. folgendes aus: „Es würde endlich ein Meisterstück sein, wenn die Großmächte, welche ehrlich den Frieden wünschen, eine Friedensliga bilden würden, nicht

allein um unter sich den Frieden zu erhalten, sondern auch um einem Friedensbruch von seiten anderer Staaten vorzubeugen, nötigenfalls mit Gewalt. Die größte Schwierigkeit der Weiterentwickelung des Friedenswerkes vom Haag beruht auf dem völligen Mangel an einer Exekutiv- oder Polizeigewalt, welche die Urteile des Gerichts durchzuführen vermöchte. In jeder Gesellschaft beruht die Autorität der Gerichtshöfe auf aktueller oder potentieller Gewalt, auf dem Vorhandensein von einer Polizei oder der Kenntnis davon, daß alle kampffähigen Leute des Landes bereit und willig sind, darüber zu wachen, daß die Entscheidungen der Gerichtshöfe und der Legislativautoritäten durchgeführt werden .... Jede einzelne Nation muß zu ihrer Verteidigung wohl vorbereitet sein, bis in irgendeiner Form eine Polizeigewalt errichtet worden ist, die imstande wäre, Gewalttätigkeiten zwischen den Völkern zu hindern, und den Willen dazu hätte. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde eine solche Macht zur Erhaltung des Weltfriedens am besten gesichert sein durch irgendeinen Zusammenschluß zwischen den Nationen, welche aufrichtig den Frieden wünschen und selbst kein aggressives Vorgehen beabsichtigen. Der Zweck des Zusammenschlusses könnte am Anfang darauf beschränkt sein, innerhalb gewisser Grenzen und unter gewissen Bedingungen den Frieden zu sichern. Aber derjenige Herrscher oder Staatsmann, welcher einen solchen Zusammenschluß schüfe, würde seinen Platz in der Geschichte für alle Zeiten gewonnen haben und auf die Dankbarkeit der ganzen Menschheit ein Anrecht haben."

Diese Gedanken, die sich in denselben Rahmen wie die von Carnegie bewegten, waren dazu geeignet, Aufmerksamkeit zu erwecken. Aber etwa drei Wochen später hielt Herr Roosevelt in der Guildhall zu London einen Vortrag über die Politik der Engländer in Ägypten, in welchem folgender Passus vorkam: „Sie haben geirrt in dem Bestreben, lieber zuviel als zuwenig

im Interesse der Ägypter selbst zu tun. Leider haben wir alle jedoch, die wir mit ungesitteten und zumal mit fanatischen Völkerschaften zu tun haben, zu beherzigen, daß in einer Lage wie der Ihrigen in Ägypten Schwäche, Ängstlichkeit und Sentimentalität fast mehr Unheil anrichten können, als Gewalttätigkeit und Ungerechtigkeit. Von allen schwankenden Rohren ist die Sentimentalität der unsicherste Stab, auf den sich die Rechtlichkeit stützen kann *)".

Man fängt hier an zu begreifen, was hinter dem Diplomatenpazifizismus steckt. Man ahnt eine Zukunftsentwickelung, wo der Preis des Friedens solche Verträge zwischen den Großmächten wären, durch welche sie sich gegenseitig das Recht, die kleinen Nationen nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb ihrer eigenen Grenzen zu unterdrücken **), verbürgten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen müssen die Großmächte ihre Kräfte teilen. Während die Aufmerksamkeit zum großen Teil auf die ebenbürtigen äußeren Feinde, deren Eifersucht man keine Nahrung geben darf, gerichtet ist, kann die Großmacht nicht in vollem Maße Unterdrückung üben. Wenn aber erst der internationale Friede durch Großmachtvertrag etabliert wäre, dann würde für die Nichtgroßmächte die letzte Vormauer gegen die Staatsmoral gefallen sein, und die Kleineren würden rücksichtslos, langsam und sicher, erwürgt werden, unter den bekannten Versicherungen von Humanität und Sorge um das Wohl der Opfer. Schon die Behandlung, die den Gesandten der Koreaner auf der zweiten Haager Konferenz zuteil wurde, gab der Vermutung Raum, der Glaube, daß in den Fortschritten des Diplomatenpazifizismus eine größere Ge-

*) Wegen der „Sentimentalität" der Engländer vgl. die oben besprochene Denschawai-Affäre. Als Lord Cromer von Sir Eldon Gorst abgelöst worden war, wurde freilich ein „milderer Kurs" eingeschlagen, der jetzt nach dem Tode Gorsts wahrscheinlich als verfehlt wieder aufgegeben werden soll.

**) Kompensation!

rechtigkeit in den Beziehungen zwischen stärkeren und schwächeren Staaten und Nationen implizite gegeben sei, werde sich als eine verhängnisvolle Illusion erweisen.

Die Staatsmoral wird somit fortwährend auf diejenigen Männer, die ihre Vertreter sind, ihren Einfluß üben. So vortrefflich auch die Absichten dieser Männer sein mögen, führen sie mit unfehlbarer Sicherheit zum Atavismus der Politik, zur Unterdrückung. Timeo Danaos et dona ferentes! Wenn die brutalen Urtriebe in keiner anderen Weise zum Ausdruck kommen können, werden sie doppelt im Genuß der friedlichen Unterdrückung schwelgen, welche dazu noch den großen Vorteil hat, daß man dabei nicht seine Haut zu Markte trägt. Die Menschen verwandeln sich nun einmal nicht von einem Tag zum anderen, und das Erstarken der soziablen Triebe auf Kosten des Raub- und Machttriebes wird Zeit erfordern. Und sollte der Diplomatenpazifizismus zur Bildung eines einzigen konkurrenzlosen Großmachttrusts zum Zertreten und Aussaugen alles anderen staatlichen und nationalen Lebens nach den traditionellen Grundsätzen der offiziellen Massenmoral führen, dann würden wenigstens seine unmittelbaren Früchte höchst verderblich sein, nicht nur für die Opfer, sondern für die ganze Weltentwickelung, die alle kleinen nationalen Organismen dringend braucht. Wenn der Haß, der Neid, das Mißtrauen und die Kriegsfurcht unter den Mächten die einzige Wehr der Kleinen gegen den Raubtrieb der Großen sind, darf man im Interesse der Weltentwickelung hoffen, daß der Haß, der Neid, das Mißtrauen und die Kriegsfurcht fortbestehen werden*). Besser ist doch wohl die Aussicht auf Verarmung und Kriegsverwüstung als die Aussicht auf eine rettungslose

---

*) In dieser Beziehung haben Organisationen wie z. B. in Deutschland der „Alldeutsche Verband" ihren Nutzen. Die Aufrichtigkeit, mit welcher sie ihre Ziele kundmachen, werden immer das Mißtrauen der anderen wach erhalten.

Erwürgung aller Werte außerhalb der Trustmagnatinteressen einer privilegierten Großmachtskoalition. Lieber sollte die Welt den Krieg mit seinen Chancen als ultima ratio beibehalten und den Preis dafür zahlen, bis einmal die Entwickelung so weit gediehen ist, daß die Vorteile der Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit aller natürlich entwickelten nationalen und staatlichen Organismen in dem Kreise von Suggestivvorstellungen aufgegangen sind, deren Berechtigung keiner Erörterung bedarf, und die deshalb von selbst bei dem Handeln der Massen mitwirken. Erst wenn der Gedanke, daß auch die Unterdrückung ein schlechtes Geschäft ist, eine einleuchtende, indiskutable Wahrheit geworden ist, erst dann hat die Friedensbewegung das Komplement erhalten, welches die Erreichung ihres Endzieles wünschenswert macht, und durch welches allein wohl, alles in allem, dies Endziel in den Bereich der Möglichkeit rücken wird *). Bis dahin müssen wir uns mit dem — freilich

*) Man wende nicht ein, daß es Großmächte gibt, die mit Land schon dermaßen gesättigt sind, daß sie nicht das geringste Bedürfnis fühlen, noch mehr zu verschlingen. Erstens ist dies nur eine augenblickliche Situation, zweitens ist es ganz ohne Bedeutung, solange es andere Großmächte gibt, deren Ländergier noch nicht befriedigt ist. Um ein Beispiel zu geben: es steht wohl außer Zweifel, daß England augenblicklich mehr asiatisches Land besitzt, als es verdauen kann, und daß es jetzt gar nicht für wünschenswert hält, dazu noch das halbe Persien in Besitz zu nehmen. Wenn aber Rußland es für zweckmäßig hält, eine direkte „Annexions"-Politik in Persien einzuleiten, dann wird England notgedrungen diese Politik mitmachen müssen. Und dem Volke, das die Kosten trägt, kann es gewiß einerlei sein, ob der Raubtrieb des einen Teils oder die Abwehr des anderen Teils gegen den Raubtrieb des ersteren es zum Untergang führt. — Nach dem Ausbruch des türkisch-italienischen Krieges schrieb ein großes englisches Blatt, der „Daily Graphic", indem es die unbedingte Gerechtigkeit der türkischen Sache anerkannte: „Right has never prevailed in international politics and it would be very inconvenient for all the Powers if it were to prevail in this instance" (Nach der Kreuzzeitung, 18. Oktober 1911, zitiert). Das ist wenigstens deutlich. Es ist wirklich für die kleineren selbständigen Völker höchste Zeit, aus dem Wahn

teuer erkauften — relativen Friedenszustand begnügen, in welchem Voltaire das Höchste sah, was der Mensch überhaupt zu erreichen vermöge, dem Zustand, in welchem man sagen kann, „daß die Menschen den ewigen Frieden haben, ebenso wie man sagt, daß sie in kultivierten Staaten Sicherheit genießen, wenn auch bisweilen ein Meuchelmord begangen wird [17])."

III. Innerstaatliche Politik.

1. Erfahrungen.

Bei der innerstaatlichen Politik liegt das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis etwas anders als bei der zwischenstaatlichen Politik. Die zwischenstaatliche „Realpolitik" befolgt eine Theorie, die ungefähr folgendermaßen lautet: Die Interessen unseres eigenen Staates gehen uns über alles; es ist natürlich und berechtigt, wenn wir mit Gewalt oder List darauf hinarbeiten, unserem Staate auf Kosten anderer Vorteile zu verschaffen, ohne uns um unklare Humanitätsideen zu kümmern. Dementsprechend sollte die Theorie der innerstaatlichen „Realpolitik" etwa lauten: die Interessen unserer eigenen Partei gehen uns über alles; es ist natürlich und berechtigt, wenn wir mit Gewalt oder List darauf hinarbeiten, unserer Partei auf Kosten anderer Vorteile zu verschaffen, ohne uns um unklare Ideen vom Wohl des Vaterlandes zu kümmern. Diese Theorie existiert jedoch nicht, wagt sich wenigstens nicht hervor*). In

herauszukommen, daß ihnen von seiten der „Kulturmächte" keine Gefahren drohen. Die Nichtgroßmächte müßten zuerst die Haager Machinationen bedingungslos boykottieren und dann auf die Schaffung tüchtiger Diplomatien ihr Äußerstes aufwenden, um ihren Existenzkampf mit allen Mitteln führen zu können.

*) Leider habe ich hier die Parteipolitik allzu optimistisch beurteilt. Nach der im Juni 1911 in der französischen Kammer stattgefundenen Wahlreformdebatte, die der eigentliche Anlaß zum Sturz des Kabinetts Monis war, schrieb die „Lanterne": „Indem Herr Monis das über allem stehende Interesse seiner Partei einer schändlichen Transaktion opferte, ... erklärte er sich als Anhänger der Verhältniswahl..."

den innerstaatlichen Verhältnissen ist der Aktionskreis so eingeengt worden, daß die Unmoral der realpolitischen Maxime in die Augen springen würde. Soviel sie auch in der Praxis befolgt wird, muß man sie in der Theorie verleugnen. Derjenige Politiker, welcher sie ausübt, darf sich nicht wie sein zwischenstaatlicher Kollege seines Realismus rühmen, sondern muß versuchen, den anderen — und womöglich sich selbst — einzureden, daß er im Interesse des Vaterlandes handelt. Es gibt auf dem Gebiete der innerstaatlichen Politik nur eine ideal-realpolitische Theorie, nämlich daß die Politik als ausschließlichen Zweck die Interessen des Landes, Volkes und Staates ins Auge faßt, und daß Parteirücksichten der Rücksicht auf das allgemeine Wohl weichen müssen*). Die Divergenzen in den innerpolitischen Theorien beruhen auf verschiedenen Auffassungen davon, wie den Interessen des Landes, Volkes und Staates am besten gedient wird.

Bei einer näheren Untersuchung der innerstaatlichen Politik in ihren moralischen Beziehungen erscheint es als natürlich, mit der am meisten zurückgebliebenen Staatsform, dem Absolutismus, zu beginnen. Weil immer das Individuum, nicht die Masse das Schaffende ist, wäre der Absolutismus die ideale Staatsform, wenn man nur eine Garantie dafür besäße, daß der Herrscher immer tüchtiger, klüger und rechtschaffener wäre als alle anderen im Lande, mit anderen Worten, wenn der Monarch ein Gott wäre. In absolutistisch regierten Staaten hat der Glaube den Mängeln der Wirklichkeit abhelfen müssen. Man schrieb gewöhnlich dem Fürsten einen höheren oder geringeren Grad von Göttlichkeit zu, oder man betrachtete ihn

*) Die Sozialdemokratie, welche konsequent die Idee des Klassenkampfes vertritt, wird sich wohl in der Regel mit der Fiktion helfen, das Wohl der Partei sei in Wirklichkeit das Wohl der ganzen Gesellschaft. Dadurch hat man sich im voraus gegen einen Konflikt zwischen Parteirücksichten und gesellschaftlichen Rücksichten verwahrt.

doch als den Vertreter Gottes auf Erden und sah von allem ab, was mit dieser Theorie nicht stimmte. Die Despotie war meistens von der mächtigen religiösen Suggestion getragen. Am Ende wird die Realität jedoch der Suggestion allzu stark, namentlich wenn diese in der Suggestion der Volkssouveränität einen Konkurrenten erhält. In unseren Tagen ist der Absolutismus als Staatsform aus Europa verschwunden; in Asien hat Persien eine Konstitution erhalten, und China bereitet die Einführung einer Verfassung vor. Auch Indien und das realiter unter englischer Herrschaft stehende Ägypten werden zwar absolutistisch regiert, aber mit der Besonderheit, daß der „Alleinherrscher" keine einzelne Person ist, sondern das britische Volk durch seine Krone, Regierung und Volksvertretung.

Welche Resultate der Absolutismus in den weitaus überwiegenden Perioden, in welchen der Herrscher nicht zufällig an Klugheit, Tüchtigkeit und Redlichkeit der Erste im Lande war, hervorgebracht hat, lehrt die Geschichte. Das Persien des neunzehnten Jahrhunderts, die Türkei Abd-ul-Hamids und das moderne Rußland zeigen ziemlich gleichartige Perspektiven von korrupten Zuständen. Rußland ist das lehrreichste Beispiel, weil es der europäischen Zivilisation am nächsten liegt. Da der Übergang vom Absolutismus zu einem stark begrenzten Konstitutionalismus nur wenige Jahre zurückliegt, haben sich die alten Zustände natürlich noch nicht in bedeutendem Umfange ändern können.

Unter dem Ministerium Stolypin sind die sogenannten „Senatorenrevisionen" zur Untersuchung der Verhältnisse im russischen Beamtenstand ins Werk gesetzt worden. Fast überall, wo die Revisoren eintrafen, fanden sie dasselbe Bild vor: Unterschlagungen, Bestechungen, Korruption in großem Stil, von jeder Art und in jeder Form. Der Revisionsbericht aus Turkestan, von dem ausführliche Auszüge vorliegen[18]), gibt ein charakteristisches Situationsbild:

„Auf dem Standpunkt stehend, daß für sie weder Gesetze noch eine staatliche Ordnung existieren, ist diesen Herren Administratoren Verschleuderung, unrechtmäßiger Erwerb, Bestechlichkeit, die Ignorierung amtlicher Pflichten und Kompetenzüberschreitung zur Gewohnheit geworden. Ja, es geht so weit, daß sie nicht nur ministerielle Anordnungen, sondern sogar von der höchsten Staatsgewalt bestätigte Verfügungen außer acht lassen. So wurde beispielsweise die am 9. März der Kanzlei des Chefs des Transkaspigebietes vom Kriegsministerium erteilte Weisung, keine Darlehen aus den Landschaftssummen zu bewilligen, in der Weise befolgt, daß eine förmliche Plünderung der Landschaftskasse begann. In einem anderen Falle wurde der im Jahre 1901 laut Allerhöchst bestätigtem Urteil wegen Fälschung und Verschleuderung aus dem Dienst ausgeschlossene Pristaw (Polizeioffizier) K. in Merw in demselben Jahre in derselben Stadt wieder als Pristaw angestellt. Und derartige Fälle werden im Bericht eine Menge angeführt. Die bevorstehende Revision machte die örtlichen Machthaber keineswegs mutlos. Und zwar bestanden ihre nächsten Gegenmaßregeln in polizeilichen Verboten an die Eingeborenen, Gesuche auf den Namen des revidierenden Senators einzureichen. Der Polizeimeister des Eingeborenenviertels in Taschkent zitierte die Vertreter der Eingeborenen und verlangte, daß die Gesuche an den Senator vorher ihm zur Durchsicht übergeben würden. Dabei unterließ er nicht, sie auf die Folgen etwaigen Ungehorsams aufmerksam zu machen: ‚Bedenkt, wir haben den Zustand des außerordentlichen Schutzes. Man kann auch nach Sibirien verschickt werden!' Es gab aber auch noch andere Kniffe. So wurden die in Pekent mit Beschwerden erscheinenden Eingeborenen bedeutet, ‚die Revidenten hätten nur einen Jagdausflug unternommen, sie seien hier Gäste und würden keine Schriftstücke entgegennehmen'. . . . . Durch besondere Dreistigkeit zeichnete sich der Pristaw P. in

Durna aus. Er warnte die Eingeborenen folgendermaßen: ‚Wenn ihr euch einfallen lassen solltet, euch bei den Revidenten irgendwie zu beschweren, so wird dabei nichts herauskommen; die Revision kommt und geht, aber ich bleibe, und dann ziehe ich euch das Fell über die Ohren!‘ Und die Eingeborenen wußten aus eigener Erfahrung, daß es keine leeren Drohungen waren. Wenn die Eingeborenen, trotz einer solchen Terrorisierung, dennoch es wagten, Klage zu führen, so kam es daher, weil die Administration eben jedes Maß und jede Grenze der Willkür überschritt. . . . . So erhob der Pristaw E. zu seinem Besten eine neue Steuer von sechs Rubel pro Kopf der Bevölkerung und erhöhte diese „direkte Steuer" allmählich so, daß sie im Jahre 1908 schon acht Rubel fünfzig Kopeken betrug. Beigetrieben wurden diese Summen gleichzeitig mit den staatlichen Steuern. Auch machte E., als praktischer Mann, in anderer Hinsicht keinen Unterschied zwischen diesen Steuern, da er die Erträge von beiden in seine Tasche fließen ließ. . . . Eine Buch- und Rechnungsführung gab es in den meisten Fällen nicht. Die Belege blieben weiß der Himmel wo. So konnten während der Revision bei dem Kapitän S. über 2000 Dokumente, darunter sehr wichtige Papiere, nicht gefunden werden. Alle Schriftstücke, die sich irgendwie auf stattgehabte Mißbräuche bezogen, verschwanden ausnahmslos in den Kanzleien der Chefs. Der Bericht wimmelt förmlich von derartigen Tatsachen. . . . Wie auf Verabredung benutzten sämtliche Pristaws die Gefängnisse als ihre Haupterwerbsquellen. Man gab den Arrestanten weder Seife noch Licht; oft ließ man sie hungern oder hielt sie auf halben Rationen. Die Pristaws holten die Bevölkerung von der Arbeit und machten sie ihren eigenen Bedürfnissen dienstbar. Wagte ein Eingeborener die geringste Äußerung der Unzufriedenheit, so warf man ihn ins Gefängnis ‚auf Grund des Zustandes des außerordentlichen Schutzes‘. Besonders einträglich erwiesen sich die Artikel des

außerordentlichen Schutzes gegenüber begüterten Leuten. Man arretierte sie ohne jegliche Veranlassung und gestattete ihnen dann, sich loszukaufen. . . ."

Und nicht nur gegenüber Asiaten benahm sich die Administration in dieser Weise. Überall, wo die Revision hinkam, auch im europäischen Rußland, zeigten sich ähnliche Zustände uferloser Korruption. Bekannt ist die Reinbotaffäre in Moskau, bei welcher es festgestellt wurde, daß die Geheimpolizei seit Jahren in Verbindung mit den Räuberbanden arbeitete, die in den unruhigen Revolutionszeiten die Umgegend von Moskau unsicher machten.

Auf die Dauer müssen solche haarsträubende Mißbräuche selbstverständlich revolutionäre Tendenzen erzeugen, und von dem Augenblick an, wo die Machthaber für ihre persönliche Sicherheit zu fürchten beginnen, entwickelt sich zu immer größerer Vollkommenheit die Geheimpolizei mit ihrem Auswuchs, dem Agent provocateur-Unwesen. Als die Azew-Lopuchin-affäre im Anfang des Jahres 1909 aufs neue die Aufmerksamkeit Europas auf die Tätigkeit der russischen Geheimpolizei hinlenkte, brachte „Golos Moskwy" eine Reihe für das Verständnis der Psychologie des Absolutismus interessanter Betrachtungen, die einem erfahrenen alten Staatsmann entstammten, welcher, nachdem er einen „außerordentlich hohen Posten" innegehabt hatte, Mitglied des Reichsrats geworden war[19]).

„Vor allem," erzählte dieser Mann, „müßten wir natürlich über die Macht der Revolution und über ihre Absichten unterrichtet sein. Und deshalb ist unsere erste Sorge, aus ihrem Lager eine „Zunge" zu gewinnen. Solch eine „Zunge" führte man mir zu, als das erste Attentat gegen mich im Komitee der Sozialrevolutionäre vorbereitet wurde. Diese „Zunge" erwies sich als ein kleiner Revolutionär; man hatte ihn zufällig wegen einer anderen Angelegenheit festgenommen und lange

in Einzelhaft gesteckt. Das hielt er nicht aus und erklärte, daß er bereit sei, ein wichtiges Geheimnis zu enthüllen, wenn man ihm seine Freiheit garantiere. Man versprach es ihm, und er entdeckte den gegen mich geplanten Anschlag, an dem er als einer der Statisten teilnehmen sollte. Nun traten wir mit dem Manne in Verhandlung, der für meine Sicherheit zu sorgen beauftragt war, um zu überlegen, wie man dieses Attentat verhindern solle. Dieser Mann, der sehr klug war, die Welt kannte und ebenfalls Revolutionär gewesen war, sagte mir: „Ew. Hohe Exzellenz, hier muß man ein Abkommen treffen". — „Wie?" — „Man muß sich mit den Führern verständigen und sich gegenseitig Sicherheit verbürgen." — „Wie meinen Sie das?" — „So, Ew. Hohe Exzellenz. Wir verlangen von ihnen, daß sie Ew. Hohe Exzellenz nicht antasten, und garantieren ihnen dafür die Sicherheit ihrer Führer. Jetzt liegen ja die Karten in unseren Händen, wir können, dank den Enthüllungen des Spions, die Organisation aufdecken. Aber geholfen ist uns damit nicht. Vernichten wir diese Organisation, so werden andere Rache nehmen. Da ist es doch besser, ein Abkommen zu schließen." — Seine Hohe Exzellenz schwieg und fügte plötzlich mit einem listigen Lächeln hinzu: „Ich muß Ihnen bemerken, daß der Sicherheitsagent mir sehr ergeben war. Ich hatte ihn aus der Schlinge befreit, als er ... Und jetzt schenkte ich ihm Glauben. In der Tat dachte ich, man muß ein Abkommen schließen, das ist tatsächlich sicherer ..., und so setzte ich das Gespräch mit ihm fort. Sagen Sie mir also, wie Sie das Abkommen mit ihnen treffen wollen?" — „Ja, wir werden ihnen einen von unseren Leuten preisgeben müssen. Sie mögen irgendeinen der kleinen Agenten umbringen, damit sie sich vor ihren Leuten rechtfertigen können, und wir nehmen auch einen von den Unbedeutenden. Geben sie sich aber damit nicht zufrieden, so werden wir ihnen unseren Spion ausliefern müssen!" — „Aber das ist ja eine Niedertracht!" — „Wie Ew.

hohe Exzellenz befehlen ..." — „Nun, so tun Sie, was Sie für notwendig halten!" ...

Rußlands Verfassung ist unter schweren Kämpfen zustande gekommen. In der dritten Reichsduma sind die konservativen Gruppen immer stärker geworden, ihre Herrschaft immer mehr absolut unter der fortschreitenden Dekomposition des Zentrums, der Oktoberpartei. Der Konservativismus, der seinen Schwerpunkt von der äußersten Rechten nach der „nationalistischen" Konzentration verlegt hat, fand dabei Geschmack an der Macht und ist jetzt eigentlich nicht verfassungsfeindlich gesinnt. Man könnte vermuten, daß ein Parlament, in welchem die Opposition immer so gut wie machtlos gewesen war, nur wenig dazu geeignet wäre, dem Volke das Bewußtsein politischer Freiheit einzuflößen. Nichtsdestoweniger kennzeichnet dieses Bewußtsein in bedeutendem Maße das jetzige politische Leben Rußlands; wenn es auch in die breiten Schichten der Bevölkerung nicht besonders tief eindringt, so ist es doch gerade in den politisch ausschlaggebenden gesellschaftlichen Kreisen wahrnehmbar, in den Kreisen, die von den Gegnern als reaktionär betrachtet werden. Der Beweis davon ist in der Stärke der nationalistischen Bewegung zu finden.

Es kann nämlich als ein Erfahrungssatz aus der modernen Geschichte erachtet werden, daß, wenn ein Volk die politische Freiheit erkämpft hat, seine erste Bestrebung dahin geht, nationale Unterdrückung zu üben. Es gibt, wie früher bemerkt, einen natürlichen Zusammenhang zwischen der politischen Befreiung und der Intensität der nationalen Selbstbehauptung. Erst wenn man anfängt, sich selbst zu regieren, wird man sich seiner nationalen Einheit voll und ganz bewußt, man fühlt sich stark und sorgt naturgemäß dafür, sofort seine Stärke zu mißbrauchen. Alle Staatsbürger von abweichender Nationalität müssen nun kraft des Rechtes des Stärkeren soweit als möglich entnationalisiert werden, un

den uniformierenden Stempel der herrschenden Nation zu tragen. Man germanisiert, slawisiert, magyarisiert. Erst mit der Verfassungsbewegung des neunzehnten Jahrhunderts sind diese Bestrebungen scharf hervorgetreten. Früher wurden fremde Nationalitäten innerhalb der Staatsgrenzen bisweilen aus Konkurrenzneid, aus Rücksichten der öffentlichen Sicherheit, aus religiöser Unduldsamkeit usw. bekämpft, selten aber aus nationalen Gründen unterdrückt. Mit der Konstitution kommen die Sprachenfragen auf. In Österreich bekämpfen die verschiedenen Nationalitäten einander mit der größten Erbitterung; aber die Hauptnationen sind einander so weit ebenbürtig, daß keine zur Alleinherrschaft gelangen kann; die Deutschen und die Czechen versuchen einander zu unterdrücken, die Polen unterdrücken die Ruthenen; zwischen Deutschen, Slovenen und Italienern derselbe Kampf. In Ungarn wird alles Nichtmagyarische mit unbeugsamer Konsequenz unterdrückt. In der alten Türkei wurden Kämpfe religiöser Art ausgefochten, und zwischen den nichttürkischen Völkern, die auf selbständige, politisch freie Staaten außerhalb der Türkei sich stützten (Griechen und Bulgaren), fanden nationale Kämpfe statt; aber erst mit der Errichtung des neuen türkischen Verfassungsstaates hören wir von einer „osmanischen Nation", deren Suprematie anerkannt und nötigenfalls erzwungen werden solle. Dieser selbe Charakterzug tritt in Rußland nach der Einführung der Verfassung hervor. Und hier äußert er sich mit einer ungewöhnlichen Rücksichtslosigkeit, was wahrscheinlich mit der Kulturstufe des Landes zusammenhängt. Früher hatte man wohl oft die Juden verfolgt, namentlich aber aus wirtschaftlichen Gründen, wozu die religiöse Antipathie sich gesellte; man hatte die Polen mit Härte behandelt, weil die polnischen Aufstände gezeigt hatten, daß von dieser Seite eine Gefahr drohen könnte. Eigentlich nationale Verfolgungen fingen erst mit dem russischen Verfassungsstaat an. Die Juden werden vertrieben,

Gesetze, die den Zweck haben, dem russischen Element in den teilweise polnischen Gouvernements des Westens das Übergewicht zu sichern, werden durchgeführt, durch Gesetze wird die Bewegungsfreiheit der Staatsbürger deutscher Nationalität beschränkt; Finnland soll nunmehr nichts als eine russische Provinz sein.*)

Als der Ministerpräsident Stolypin am 20. Mai 1910 während der Dumadebatte über die Semstwoinstitution in den westlichen Gouvernements eine Rede gehalten hatte, in welcher er mit Nachdruck ausführte, daß „das russische Staatselement überwiegen, die russische Staatsidee Fuß fassen und sich des planmäßigen Angriffes der Polen auf die russische Kultur erwehren müsse", erfolgte eine in der Geschichte der Duma beispiellose Ovation. Die beiden russischen Bischöfe, die an der Verhandlung teilnahmen, stürzten auf den Ministerpräsidenten zu und küßten ihm die Hände.[20]) Typisches Beispiel nationaler Suggestion.

Zeugen diese Unterdrückungstendenzen davon, daß der konstitutionelle Gedanke in Rußland endgültig Fuß gefaßt hat, so bilden sie auch den einzigen, scharf prononzierten Zug eines noch amorphen Verfassungslebens.

Dem Absolutismus steht diejenige Form einer Repräsentativverfassung gegenüber, die als der vollendetste Typus des modernen Verfassungsstaates angesehen wird, und die mit mehr oder weniger Konsequenz von den meisten konstitutionellen Staaten adoptiert worden ist: der Parlamentarismus, dessen Eigentümlichkeit darin besteht, daß die Mehrheit der Kammer — der zweiten Kammer, wenn es deren zwei gibt — die politische Farbe der Regierung bestimmt. Zwischen dem englischen und dem kontinentalen Parlamentarismus besteht allerdings ein

---

*) Die Unterdrückung Finnlands ist zwar nur die Wiederaufnahme der Politik der Bobrikoff-Periode, aber was damals nur eine Staatsaktion war, gilt jetzt als Volkssache.

gewisser Unterschied, der nicht so sehr auf der äußeren Form der Verfassung, wie auf seinem Zusammenhang mit der Entwickelung der respektiven Völker beruht, indem der erste auf geschichtlichem Wege gebildet ist, während der zweite fix und fertig eingeführt ist; der erste ist eine Tradition, der zweite ein Dogma. Der Parlamentarismus wird auf dem Festlande oft zu einem unfehlbarem Lehrgebäude, einer Religion, deren Kultus bis zu den winzigsten Einzelheiten aufs strengste beobachtet wird. Der Parlamentarismus hat seine Orthodoxie und seine Pharisäer. Ein dänischer Politiker erzählt: „Es ist mir passiert, daß ein Abgeordneter ernstlich behauptete, der Parlamentarismus fordere, daß alle Minister aus der volkserkorenen Kammer genommen werden sollten; er glaubte, daß dies zur parlamentarischen Lehre gehöre." — Diese Art von politischem Fetischkultus ist ziemlich allgemein. Man wendet sich in unserer Zeit mit Unwillen gegen alle Autoritäten, die man sieht, man glaubt sich frei und ahnt nicht, daß andere Autoritäten einen mit demselben festen Griff gepackt haben, wie früher die alten, jetzt verschmähten Autoritäten. Man glaubt an die Lehrsätze des Parlamentarismus wie an den Katechismus, wenn man sie auch vielleicht nicht begriffen hat. Brave Leute, die an Wunder von seiten des Himmels zu glauben aufgehört haben, glauben an Wunder der Volkssouveränität.

Die politischen Parteigruppierungen gehen nach verschiedenen Teilungslinien vor. Ich unterscheide folgende: 1. Temperamentsgruppierung: Konservativismus (positiv und negativ) und Progressismus. Der Gegensatz ist keineswegs ein absoluter, in der fortschrittlichen Tendenz und in der Auffassung des rechten Tempos des Fortschritts ist eine unendliche Graduierung denkbar, aber die Rücksicht auf die Einsicht der Partei macht die Feststellung einer gewissen Norm notwendig, nach welcher die individuellen Temperamente sich richten müssen. — 2. Sozialtheoretische Gruppierung: Indivi-

dualismus und Kollektivismus. Der Individualismus legt das Hauptgewicht darauf, daß die Gesellschaft dem Individuum möglichst freie Entwickelungsbedingungen geben soll; der Kollektivismus betont, daß das Wirken des Individuums nur durch seinen Nutzen für die Gesellschaft Bedeutung hat. In Wirklichkeit sind das nur zwei Seiten einer und derselben Wahrheit. Aber in den extremen Formen betrachtet der Individualismus die Gesellschaft als Mittel, das Individuum als Ziel, während der Kollektivismus in der Gesellschaft das Ziel erblickt, im Individuum nur das Mittel. Auch hier ist theoretisch gesprochen eine unbegrenzte Abstufung der Auffassung möglich. In der praktischen Politik fällt der Unterschied zwischen Individualismus und Kollektivismus einigermaßen mit dem Unterschied zwischen Liberalismus und Demokratismus zusammen, zwei Begriffe, die für die populäre Auffassung als ungefähr gleichbedeutend gelten, die aber in Wirklichkeit grundverschieden sind: der Liberale stellt die Freiheit als erste Forderung auf und ist mit Naturnotwendigkeit — wenn er es auch nicht zuzugeben wagt — ein Feind der Gleichheit, denn die Gleichheit kann nur durch Zwang eingeführt werden; der Demokrat stellt die Gleichheit auf den ersten Platz und nimmt nur deshalb die Freiheit mit, weil „Freiheit" ein schönes Wort und das Ornament kostenfrei ist.*) — 3. Personengruppierung. Die Parteien gruppieren sich ohne prinzipiellen programmatischen Unterschied um gewisse leitende Persönlichkeiten. So die „Progressisten" und „Regeneradoren" in Portugal vor der Revolution von 1910, so die Parteien im modernen Griechenland, die sich sogar mit den Namen ihrer Führer bezeichnen: Theotokisten, Rhalliisten usw. — 4. Gruppierung nach Erwerbsinteressen. (Agrarpartei, Arbeiterpartei usw.).

Die Parteibildung wird außerdem von nationalen, religiösen

*) Was die „Brüderlichkeit" betrifft, so kann man sie bei allen Parteien als Schaugericht ansehen.

und verfassungstheoretischen Ideen beeinflußt. Gewöhnlich spielen diese Rücksichten nur als Nebenmotive mit hinein, womit doch nicht gesagt werden soll, daß sie mit weniger Kraft wirken müssen: sie können sehr wohl von dieser oder jener Partei in die erste Reihe gestellt werden, aber man wird sie im allgemeinen nicht als Parteiteilungslinien bezeichnen können, denn wenn auch eine der politischen Parteien eines Landes sich als Hauptaufgabe stellt, die Interessen einer bestimmten Konfession (das Zentrum in Deutschland) oder die Arbeit an einer nationalen Frage (die irischen Nationalisten) oder die Durchführung einer von der bestehenden abweichenden Staatsform (die Monarchisten in Frankreich, die Republikaner in Spanien) zu verfolgen, so sind dergleichen spezielle Rücksichten in der Regel nicht — oder doch nur unter vorübergehenden kritischen Zuständen — für die Politik der übrigen Parteien maßgebend.*) Ausnahmen kommen jedoch vor. In Österreich ist die Nationalität unbestreitbar eine Gruppenteilungslinie, in der Türkei sind die Parteien zuerst religiös und national. Da, wo ein Staat nur e i n e Nation, oder doch nur e i n e ausschlaggebende Nation umfaßt, ist das nationale Motiv bei den Parteien gleichbedeutend mit Patriotismus, und der Patriotismus kann nur dann zu einer wirklichen Teilungslinie werden, wo ein starker Strom von Antipatriotismus vorhanden ist. Auch Rassenfragen können als Nebenmotive eine Rolle spielen (die Negerfrage in den Vereinigten Staaten von Nordamerika). Eine Bewegung wie der Antisemitismus enthält sowohl rassenmäßige wie religiöse und wirtschaftliche Elemente; die letztgenannten werden gewöhnlich ausschlaggebend sein.

*) Es könnte auch zweifelhaft erscheinen, ob man die Personengruppierung als selbständige Parteiteilungslinie ansehen soll, so wie ich es getan habe, oder nicht. Es zeigt sich aber, daß da, wo eine Partei sich um eine Person gruppiert, die anderen Parteien dasselbe tun. In einem Lande wie Griechenland ist die Personengruppierung zweifelsohne die vornehmste Parteiteilungslinie.

Der Unterschied in Vermögensverhältnissen, Bildung usw. bietet in modernen Zeiten keine Basis für Parteibildungen; diese Verhältnisse üben aber in anderer Weise ihren Einfluß auf die Gruppierung aus. Die besitzenden Klassen sind geneigt, alle Veränderungen in den bestehenden Zuständen zu fürchten; sie schließen sich daher naturgemäß dem Konservativismus an und fügen ein materielles Element zum temperamentlichen. Leute mit einer gewissen Bildung haben eine natürliche Neigung dazu, das Recht des Individuums stark zu behaupten, und machen daher die Kerntruppen des Liberalismus aus. Die große Menge, die weder Besitz noch besondere Bildung hat, wird von ihren praktischen Lebensverhältnissen dazu geführt, Veränderungen zu wünschen, wird also progressistisch (indem sie alle Veränderungen, die sie selbst fordert, als Verbesserungen ansieht), und weil sie nur durch ihre Masse wirken kann, wird sie zugleich kollektivistisch, also demokratisch. Sie wird somit eine Gegnerin sowohl des Konservativismus wie des Liberalismus.

Die politischen Parteien entstehen nun gewöhnlich durch Kreuzung von zwei oder mehreren der so gegebenen Teilungslinien, eventuell unter Mitwirkung von den genannten Nebenmotiven. Das wirtschaftliche Element (das Erwerbsinteresse) findet sich in allen politischen Parteien überall und zu allen Zeiten wieder. Auch das Temperamentselement ist so durch und durch menschlich, daß es schwerlich in irgendeiner Partei fehlen wird. Das Vorhandensein des sozialtheoretischen Elements ist nicht so unbedingt gegeben; dieses Element hat auch erst in der modernen Zeit eine so große Bedeutung erhalten, daß es als eine eigentliche Gruppenteilungslinie betrachtet werden kann. Das persönliche Element wird sich in dem Maße geltend machen, in welchem die Führer der Parteien die Fähigkeit, die Menge zu suggestionieren, besitzen.

In Deutschland bilden die Konservativen in der Hauptsache

eine konservative Großagrarierpartei, das Zentrum eine konservative Partei, in welcher das religiöse Motiv so sehr in den Vordergrund geschoben ist, daß sie unter dieser Flagge abweichende sozialtheoretische und recht verschiedene Erwerbsinteressen zu sammeln vermag. Die Nationalliberalen sind eine gemäßigt progressistische, gemäßigt individualistische Partei, welche in wirtschaftlicher Hinsicht teils Beamten-, teils Industrieinteressen vertritt. Die freisinnigen Fraktionen bilden eine progressistische Partei, welche die Interessen des Handels, des Handwerks, der Industrie und auch der freien Berufe vertritt; der sozialtheoretische Standpunkt des Freisinns ist von Natur liberal, er ist aber von einer demokratischen Suggestion beeinflußt, die durch die Beziehungen zur Sozialdemokratie eine ganz besondere Stärke erhalten hat. Es liegt hierin ein Widerspruch, der augenscheinlich den Freisinn im Wachstum hemmt. Die Sozialdemokratie ist in Deutschland wie überall in der Welt zuerst und zuletzt eine Erwerbspartei: eine progressistische, demokratische Arbeiterpartei.

In Dänemark sind die Gruppen der Rechten (die Freikonservativen miteinbegriffen) aus einer Kreuzung von Konservatismus, gemäßigtem Individualismus (Liberalismus) und Erwerbsinteressen, teils kommerzieller und industrieller, teils großagrarischer Natur, hervorgegangen. Die Linksreformer (die Moderaten miteinbegriffen) sind überwiegend von Erwerbsinteressen bestimmt: eine Bauernpartei von gemäßigt progressistischer und gemäßigt demokratischer Farbe. Das verfassungstheoretische Motiv hat bei der Formation der Partei eine wichtige Rolle gespielt (die Idee vom Verfassungsbruch der Rechten), und obgleich dieses Motiv schon längst jede reale Bedeutung verloren hat, machen seine suggestiven Nachwirkungen sich noch immer in mancher Weise geltend. Die radikale Partei vertritt als Erwerbsgruppe besonders die freien Berufe; sie leidet in puncto Individualismus contra Kollektivismus

an demselben kraftverzehrenden Widerspruch wie der Freisinn in Deutschland. Die dänische Sozialdemokratie gleicht ziemlich genau der deutschen.

Die Parteien stehen in ihrer innerstaatlichen Politik einander gegenüber wie selbständige Mächte, alliiert oder kriegführend. Können sie einander auch nicht mit dem Schwerte bekämpfen, so besitzen sie dagegen in der Mehrheit eine verfassungsgemäß rechtskräftige und daher nie versagende Waffe. Solange eine Partei oder ein Parteienbund („Block") seine Mehrheit zusammenzuhalten vermag, herrscht er unangefochten. In einem Staate, in welchem der volkserkorenen Kammer kein Gegengewicht gegenübersteht, weder durch eine auf anderer Grundlage zusammengesetzte erste Kammer, noch durch das Vetorecht des Staatsoberhauptes, wird die Herrschaft der Mehrheit keine anderen Grenzen ihrer Macht kennen als die bloß moralische Grenze, die auf gewissen Imponderabilien der öffentlichen Meinung beruht. Dieser Faktor kann aber nichts daran ändern, daß jede unbestrittene Majoritätsherrschaft eine Majoritätstyrannei bedeutet, weil es in der Natur jeder Masse liegt, die Macht, die in ihren Händen ruht, zu mißbrauchen. Die Mehrheit wird ihre Macht um so rücksichtsloser ausnutzen, als sie weiß, daß sie selbst, wenn sie aufhört, Mehrheit zu sein, tyrannisiert werden wird. Die wehrlosen Minderheiten haben nur den Trost, daß sie einmal, im Wandel der Zeiten, obenauf kommen und ihre Revanche nehmen können. Wer heute Amboß ist, kann morgen Hammer sein und umgekehrt. Dieser Grundsatz des brutalen Parteiegoismus gilt natürlich, einerlei ob die Verfassung streng parlamentarisch ist oder nicht, d. h. ob die Regierung gesetzgemäß mit der volkserkorenen Kammer übereinstimmen muß oder nicht. Es wird ja immer, auch in einem nicht streng parlamentarisch regierten Staate, eine Mehrheit einer oder mehreren Minderheiten gegenüberstehen. Solange nun die Regierung mit dieser Mehrheit übereinstimmt,

ist das Verhältnis genau wie unter dem durchgeführten Parlamentarismus; und wenn Regierung und Mehrheit nicht länger übereinstimmen, tritt ein Konflikt ein, der nur eine begrenzte Zeit dauern kann; wie auch dieser Konflikt ausfallen mag, wird jedenfalls nachher wieder eine Regierung und eine Majorität Schulter an Schulter stehen, um die Minoritäten zu unterdrücken.

In Frankreich haben einsichtsvolle Männer immer wieder diesen „jakobinischen Geist" bedauert, „der zugunsten einer Sekte alle Vorteile der Macht an sich reißt und auf das Recht der Minoritäten mit der tiefsten Geringschätzung herabsieht" (Aynard in der „Revue hebdomadaire"). Wenn die Majorität dann wenigstens aus den besten Männern der Nation gebildet wäre! Aber die Psychologie der Massen hat uns gezeigt, daß ein Parlament nicht aus den tüchtigsten, gewissenhaftesten und sachkundigsten Leuten sich zusammensetzt, sondern aus denen, welche die größte Fähigkeit, die Massen zu suggestionieren, und die geringsten Bedenken, diese Fähigkeit auszunützen, besitzen. Dazu kommt noch, daß die Verlängerung der Session über ein vernünftiges Maß von Zeit hinaus die aktiven Geschäftsleute, Industriellen und Landwirte daran hindert, sich der politischen Tätigkeit zu widmen, welche dabei mehr und mehr in die Hände der professionellen Politiker gerät.

Selbstverständlich leisten die Politiker für ihre Diäten Arbeit. Die Gesetzgebungsmaschine ist unaufhörlich im Gange. „Die Kammer würde glauben, ihren Tag verloren zu haben, wenn sie nicht mehrere Stunden hindurch in Hitze und Lärm Sitzung gehalten hätte, um irgendein Gesetz auszuarbeiten. Als ob wirklich auf dem politischen, sozialen oder finanziellen Gebiete für eine fortwährende Gesetzgebung Stoff vorhanden wäre, als ob die Entwickelung des Volkes jeden Tag eine neue Regelung erheische!" (Raymond Poincaré in der „Revue").

In allen denjenigen Umfragen, welche jahraus jahrein in französischen Zeitungen und Zeitschriften über die „parlamentarische Krise" erschienen sind, wird das Zwecklose und Nutzlose dieses ewig arbeitenden Gesetzgebungsmechanismus hervorgehoben. Paul Leroy-Beaulieu ist überhaupt davon überzeugt, daß „drei Viertel der vom Parlament geschaffenen Gesetze der Gesellschaft weit mehr Verwirrung und weit größere Verlegenheiten verursachen, als sie Mittel zum Hervorbringen von Fortschritten bieten." Andere behaupten, daß die meisten Gesetze, welche das Parlament, besonders in den letzten Jahren, angenommen hat, von absoluter Unkenntnis der Verhältnisse und Lebensbedingungen des Volkes zeugen und nichts bekunden als den Eifer der Volksrepräsentanten, den Wählern durch alle Mittel sich angenehm zu machen (Marcel Prevost in der „Revue"). Le Bon widmet ein Kapitel seines Buches von der „politischen Psychologie" der Untersuchung dessen, was er die „Missetaten der Gesetze" nennt.

Die vielen untauglichen Gesetze kosten Geld. Frankreich hat die höchste Staatsschuld in Europa, nämlich mehr als 32 Milliarden. Das Budget hat fünf Milliarden erreicht und 1909 ein Defizit von 200 Millionen aufgewiesen. In zehn Jahren sind die Abgaben um 40 Francs auf den Kopf gestiegen (Ferneuil in der „Revue politique et parlementaire"). Es ist dies übrigens ein Verhältnis, das sich in höherem oder geringerem Grade in allen parlamentarischen Ländern wiederfindet. Wie könnte auch eine Versammlung von mehreren Hunderten von nichtsachverständigen Leuten in einer Weise wirtschaften, daß Einnahmen und Ausgaben sich ausgleichen? Programmpunkte sollen durchgeführt werden, einerlei was sie kosten; die Wähler müssen durch örtliche Begünstigungen zufriedengestellt werden, mag auch der Staat dabei Verlust erleiden. Warum sollte man sich um die Kosten kümmern, wenn das Geld nicht aus der eigenen Tasche geholt wird. Wozu gibt es sonst Anleihen?

Und hat nicht die Mehrheit die Macht dazu, neue Steuern einzuführen, wobei natürlich soweit als möglich dafür gesorgt wird, die Steuerlast „den anderen", den sozialen Schichten, die die Mehrheit nicht vertritt, aufzubürden? Die Rüstungen verschlingen gewaltige Summen, aber der gänzliche Mangel an jedem geschäftsmäßigen Prinzip, der sich in der Gesetzgebung bekundet, kostet gewiß noch mehr. Wenn ein privates Geschäft auf diese Weise geführt würde, so würde es binnen kurzem Bankerott machen. Die Staaten haben viele Hilfsquellen, durch welche die Katastrophe hinausgeschoben werden kann; daß sie aber einmal kommen muß, wenn Staatsschuld und Defizit in einer so formidablen Progression wachsen wie heutzutage, leuchtet wohl ein.

Aber diese Gesetzgeber besitzen jedenfalls einen wahren Türkenglauben an ihre eigene Kompetenz. „Kaum daß ihr uns gewählt habt," sagt einer der klügsten und tüchtigsten französischen Politiker unserer Zeit, Raymond Poincaré, „fühlen wir uns allen Aufgaben gewachsen; es gibt keinen von uns, der sich nicht für einen kleinen Inbegriff des ganzen Landes hält, und der nicht, zu gewissen Zeiten und in gutem Glauben, meint, daß sich in ihm alle Volkskräfte verdichtet haben. Eine natürliche Entwickelung führt uns zu der Anschauung, daß wir selbst die Volkssouveränität im Besitze haben, und daß außer uns nichts existiert, weder Regierung, noch Senat, noch Administration, noch Magistratur." Dies führt dazu, daß die Deputierten sich nicht damit begnügen, Gesetze zu geben und die Verwaltung des Staates zu kontrollieren, sondern sich in die Regierung mischen und die Exekutive nach ihrem Willen lenken. Abermals eine in Frankreich immer wiederkehrende Klage: „Wir sind unmerklich zu einer solchen Fälschung des parlamentarischen Regimes, zu einer solchen Vergewaltigung des Geistes der Verfassung gelangt, daß die Deputierten regieren, verwalten, unter dem Pseudonym wechselnder Minister eine

Menge Beamtenstellen besetzen, in sich verschiedene Gewalten vereinigen, deren Vermischung zugleich der Ordnung und Freiheit unheilvoll ist." [21]) „Unser Parlament hat sich ein allzu großes Übergewicht angemaßt und ist allmächtig geworden. Gewählt um Gesetze zu geben, verwaltet es. Es vernichtet Minister, legt den Beamten derselben seinen Willen auf, mischt sich in alle Sachen, mag es sich um das Heer, die Justiz, die Industrie oder die Banken handeln, es überschreitet dermaßen seine Aufgabe, es erfüllt diese unter einer solchen Geringschätzung der Interessen des Staates und der Rechte des Bürgers, daß man glauben sollte, es sei ein Sieger, der ein erobertes Land ausbeutet." [22])

Daß ein solches System zum Parlamentsnepotismus führen muß, ist eigentlich selbstverständlich. Die Deputierten sorgen dafür, ihre Verwandten und Freunde in gute Stellungen zu bringen, und bevölkern die Verwaltungsbureaus mit ihren Schützlingen; sie „fordern gebieterisch die Vergünstigungen, die sie für ihre Wähler, ihre Freunde und ihre Familie als vorteilhaft ansehen, indem sie jedoch mit einer edlen Entrüstung gegen die von ihren Nachbarn verlangten Vergünstigungen protestieren." [23]) Diese Günstlingswirtschaft erfordert die Erhaltung und Errichtung einer Menge von mehr oder weniger überflüssigen Beamtenstellen, über welche die Deputierten verfügen können. Die Anzahl von Beamten erreichte im Jahre 1906 702596 und war im Jahre 1909 auf 757678 gestiegen, während England mit einer ungefähr gleichen Bevölkerung höchstens 305530 und Deutschland bei doppelt so viel Einwohnern nur 714860 hat [24]).

Und warum sollten die Deputierten nicht an sich selbst denken, wenn sie imstande sind, Freunden und Bekannten allerlei Vergünstigungen zu verschaffen? Am 22. November 1906, einem Zeitpunkt, wo nur von Sparsamkeit die Rede war, erhöhten die Deputierten ihre Diäten von 9000 auf 15000

Francs und belasteten dadurch die Staatskasse mit einem neuen Ausgabeposten von sechs Millionen. Die Erhöhung wurde, wie das „Journal des Débats“ sich ausdrückte, „stehenden Fußes, in fünf Minuten, in dem wohlberechneten Getöse am Anfang einer Sitzung, ohne im voraus auf die Tagesordnung geschrieben zu sein, ohne vorgängigen Bericht, ohne Erörterung, in einer diskreten Dunkelheit, die eher für Einbrecher als für die Vertreter einer großen Demokratie passend wäre, angenommen“. Die Wähler wurden, ohne eine Ahnung davon zu haben, einem fait accompli gegenübergestellt — und rächten sich, indem sie die Deputierten mit dem Beinamen der „Quinze Mille“ tauften.

Poincaré hat von dem Schicksal eines ideal veranlagten Mannes, der aus Versehen in dies Milieu hineingerät, eine anschauliche Schilderung gegeben.[25]) Dieser biedere Bürger, Notar in einer Provinzialstadt, wird von seinen Geschäftsfreunden aufgefordert, sich als Kandidat für die Parlamentswahlen aufzustellen, und geht darauf ein. Sofort findet sich der Präsident des Wahlkomitees der Partei bei ihm ein. Der Kandidat will von dem Komitee nichts wissen, wird aber von seinem Gast davon überzeugt, daß er ohne das Komitee nicht mit den Wählern in Verbindung treten kann. Als Gegenleistung für die Unterstützung des Komitees muß er eine Eisenbahn, eine Garnison in den beiden Hauptorten des Bezirkes u. dgl. versprechen, und außerdem eine Reihe von Reformen, von denen der Komiteepräsident selber bemerkt, daß sie vielleicht ein bißchen chimärisch sind, aber wenn er sie nicht verspricht, dann wird der Gegner sie versprechen, und dann wird das Komitee diesen unterstützen müssen. Der Kandidat findet das ihm vorgelegte Programm zu allgemein, zu vieldeutig; man erwidert ihm, das sei gerade gut; das errege die Hoffnungen der Wähler. Endlich läßt er sich bestimmen und wird gewählt, er verkauft sein Notariat und siedelt mit seiner Fa-

milie nach Paris über. Nun muß er sich in eine Gruppe einschreiben lassen. Die Gruppen unterscheiden sich nicht nach Programmen, sagt man ihm, aber es gibt elf Ministerien und im Fall einer Krise müssen die Gruppen auf ihrem Posten sein, damit sie alle ihre Vertretung bekommen. Der neue Deputierte ärgert sich über die aufdringlichen Forderungen der Wähler in bezug auf Unterstützungen und Auszeichnungen, hütet sich aber, sie abzuweisen, und wird, wie seine Kollegen, der Geschäftsagent seines Wahlbezirkes, antichambriert morgens bei den Ministern und geht nachmittags ins Palais Bourbon, wird in eine Kommission gewählt und macht sich als Redner bemerklich, und bei der nächsten Ministerkrise erhält er die Aufforderung, ins neue Ministerium einzutreten. Man bietet ihm das Marineministerium an, obgleich er nie ein Schiff bestiegen hat; als er sich weigert, schlägt man ihm das Ministerium der öffentlichen Arbeiten vor, und er nimmt den Vorschlag an. Abends versammeln sich die neuen Minister, um eine Regierungserklärung aufzusetzen. Alle Minister betrachten sich aber als Delegierte ihrer Gruppen und suchen alles fernzuhalten, was diesen mißfallen und was die Einigung im Kabinett gefährden könnte. Es gelingt. Als der neue Minister zum erstenmal sich in seinem Ministerium einfindet, erwarten ihn zwanzig junge Leute, die alle Kabinettschef werden wollen und von Freunden, Bekannten oder einflußreichen Wählern mit den wärmsten Empfehlungen versehen sind. Der neue Minister muß dem Beispiel seiner Kollegen folgen und einen Direktor, einen Unterdirektor, einen Chef, einen Unterchef, einen Hilfschef und fünfzehn Attachés ernennen. Dann finden sich die Deputierten, auch die von der Opposition, ein. Sie empfehlen Persönlichkeiten, Körperschaften, Vereine, und drohen mit Interpellationen im Falle der Nichtberücksichtigung ihrer Wünsche. Er sucht innerhalb seines Ressorts einige überflüssige Ämter abzuschaffen. Alsbald aber regnet es förmlich Proteste.

Deputierte, Senatoren, Generalräte, Bürgermeister, die gesamte Bevölkerung hält Frankreich für verloren, wenn er auch nur eine einzige Straßenaufseherstelle aufheben wolle. Man fordert ihn auf, gewisse Beamte zu befördern und andere zu übergehen; man legt ihm Listen von Leuten vor, die er zu ernennen, und von anderen, die er als verdächtig nicht zu ernennen habe. Die Hauptbeschäftigung des Ministerrats ist stets die Besprechung der parlamentarischen Lage: wie man diese Interpellation zu vereiteln und jene zu beantworten habe; wer die Vertrauenstagesordnung einbringen und wie sie lauten solle; wie man einen Gesetzentwurf oder einen Antrag geschickt ändern könne, um ihm eine Majorität zu verschaffen. Die allerwichtigsten Fragen werden stets nur unter dem parlamentarischen, also unter dem flüchtigsten Gesichtspunkte betrachtet. Dabei verliert sich die Einheitlichkeit der Politik, die einzelnen Minister suchen sich eine eigene Popularität zu verschaffen und arbeiten insgeheim gegeneinander und gegen den Präsidenten. So fällt das Ministerium, und von einer Reihe von Illusionen befreit kehrt der Exminister auf die Deputiertenbank zurück; und am Ende der Legislaturperiode verzichtet er auf die weitere Ehre, seine Wähler in der Kammer zu vertreten.

Poincaré, der selbst mehr als zwanzig Jahre lang Parlamentarier und viermal Minister gewesen ist *), muß wohl die Verhältnisse gründlich kennen. Wenn einzelne sensible Naturen am Ende einer Legislaturperiode von Illusionen geheilt ihr Kammermandat aufgeben, pflegen sie tatsächlich diesen Beschluß mit Kundgebungen zu motivieren, die aufs genaueste mit der kleinen Geschichte Poincarés übereinstimmen.

Alles wird nach und nach von der Politik durchdrungen. Immer größere Kreise des öffentlichen Lebens werden in diese korrumpierte Atmosphäre hineingezogen, wo nur „politische"

*) Im Januar 1912 ist er Ministerpräsident geworden.

und „parlamentarische" Rücksichten gelten, nicht Rücksichten auf Sachlichkeit, Tüchtigkeit und Rechtlichkeit. Von Zeit zu Zeit wird ein Land von irgendeiner großen Skandalaffäre aufgerüttelt, wie der Duezaffäre in Frankreich — bei welcher Gelegenheit der Justizminister öffentlich in der Kammer seine Befürchtungen aussprach, das Gerichtswesen selbst wäre „brandig" geworden — oder dem Alberti-Millionenschwindel in Dänemark. Solche Affären verursachen eine vorübergehende Erregung, dann werden sie vergessen, und es geht weiter in der alten Weise, während die Fäulnis in Staat und Gesellschaft immer weiter um sich greift. Die Zustände in Portugal, welche die Monarchie zu Fall brachten, das sogenannte „Rotationssystem", werden in der „Kölnischen Zeitung" (1907, Nr. 951) folgendermaßen geschildert: „Die beiden großen politischen Parteien, die sich seit 1893 an der Regierung abgelöst haben, die Progressisten oder Liberalen und die Regeneradoren oder Konservativen, vertraten keine Grundsätze, sondern reine Interessengruppen von Geschäftsleuten, die auf der Suche nach Konzessionen und Vorrechten Politiker fanden, die sie verstanden, während die Politiker wiederum, wenn sie am Ruder waren, für sich und ihre ämterjagenden Klienten zu sorgen wußten. Ein Sonderberichterstatter der „Times", der kürzlich die politischen Verhältnisse in Portugal untersucht hat, führt als Beispiel an, daß ein besonders glücklicher Politiker nicht weniger als elf einträgliche aber mühelose Ämter innehatte; ein anderer war auf der Liste der Arbeiter eingetragen, die an einem staatlichen Werk beschäftigt waren, und konnte so zu seinem sonstigen Einkommen die bescheidene Löhnung eines Handlangers hinzufügen; die Töchter eines Kabinettsmitgliedes waren mit je 2400 Mark für das Durchsuchen des Reisegepäcks von Frauen am Zollamt angestellt, wo sie niemals den Fuß hinsetzten. Es war eine ewige Wirtschaft von Plünderung, Pump und Schulden. Die Lasten der Staatsfinanzen fielen zu-

meist auf die schwachen Schultern, allein die Vermehrung der Steuern konnte mit derjenigen des Schulddienstes nicht Schritt halten. Unter den beiden Parteien herrschte völliges Einvernehmen darüber, daß der Staat eine Krippe sei, an der nach Herzenslust fressen könne, wer gerade daran stehe. Als höfliche Leute hielten die Regierenden die Regel ein, daß keiner dem anderen dauernd den Platz wegnehmen dürfe, und wenn einer genug hatte, trat das betreffende Kabinett zurück, nicht etwa infolge einer Abstimmung des Parlaments, die es in die Minderheit versetzt hätte, sondern kraft eines Übereinkommens hinter den Kulissen mit der Gegenpartei, und dann hieß es in den Telegrammen der Agenturen, das Kabinett habe seine Volkstümlichkeit eingebüßt und weichen müssen. Darauf wurden Wahlen vorgenommen, die, genau wie in dem benachbarten Spanien, eine erdrückende Mehrheit für die neue Regierung ergaben, welche die Verteilung der Sitze unter Freunde und Gegner vorausbestimmt hatte."

Die Korruption tritt in den verschiedenen parlamentarisch regierten Ländern unter verschiedenen Formen auf, die Grundzüge sind aber überall dieselben. Der gewesene Minister Nasi wurde in Italien wegen Unterschlagungen und Mißbrauchs seiner amtlichen Stellung verurteilt; der Prozeß stellte jedoch fest, daß die Affäre Nasi keine Einzelerscheinung darstelle, sondern ein System. Die sizilianischen Wähler Nasis fuhren demonstrativ fort, ihn immer wieder zu wählen, obwohl er als Verurteilter in der Kammer keinen Sitz haben konnte. Warum sollten sie sich ihrem Vertreter nicht dankbar erweisen? Er hatte ja nur die gewöhnliche Methode befolgt, und er hatte für die privaten Interessen seines Wahlkreises reichlich gesorgt.

Amerika ist das Land der gigantischen Dimensionen. Die parlamentarische Korruption hat daselbst entsprechende Formen angenommen. Zwei große Parteien haben alle Politik monopolisiert, und eine jede von ihnen frohlockt, wenn ein

neuer Riesenskandal über dem Haupt des Gegners zusammenzieht. An Gelegenheiten zum Frohlocken fehlt es den Parteien wahrlich niemals. Die gewöhnlichen Formen von parlamentarischer Korruption, Bestechung und Mißbrauch der Amtsgewalt zum eigenen Vorteil werden hier mit einem besonderen technischen Ausdruck als „graft" bezeichnet. Man trifft den „graft" in der Stadt-, Staats- und Unionsregierung, und er hat allmählich das Wort „Politiker" vollständig diskreditiert. „Politiker", schreibt der englische Gesandte in Washington, Bryce,[26]) „ist ein Schimpfwort, nicht nur unter den „verfeinerten Philosophen" von New Englands Colleges, sondern unter den besseren Bürgern der ganzen Union." Ein amerikanischer Politiker hat im Jahre 1832 den berüchtigten politischen Lehrsatz formuliert: „Dem Sieger gehört die Beute". Wie dieser Lehrsatz praktisch ausgeführt wird, stellt Bryce folgendermaßen dar: „Niemand vermutet, daß Verdienst mit Beförderung etwas zu tun hat, oder glaubt an den für eine Anstellung angeführten Vorwand. Die Politik ist die Kunst geworden, Gehälter in einer solchen Weise zu verteilen, daß man sich von den Freunden so viel Unterstützung wie möglich sichert und dabei die Gegner so wenig wie möglich beleidigt. Diese Kunst haben tüchtige Männer sich angelegen sein lassen müssen; auf sie haben Präsidenten und Minister die Stunden anwenden müssen, welche die wirklichen Interessen des Landes erforderten."[27]) Sowohl die Wähler wie die Verwaltung wird von den politischen „Maschinen" und den Leitern derselben, den „Bossen", tyrannisiert. Ein städtischer „Boss" ist nach Bryce „oft von fremder Geburt und niedriger Herkunft; er ist in einer Atmosphäre von Flüchen und cocktails aufgewachsen; Vorstellungen von Ehre und Lauterkeit sind ihm ebenso fremd wie Ideen von Währung und Steuerfragen: die Politik ist nur ein Mittel, um Ämter zu erlangen und zu verteilen. Das freche Korruptionsregime der Tammany-Hall in

New York ist wohlbekannt, ist aber keineswegs ein Ausnahmefall. Bisweilen kommt ein Boss ins Zuchthaus, was aber die Möglichkeit nicht ausschließt, daß er, wieder auf freiem Fuß, seinen alten Einfluß zurückgewinnen kann.[28]) Der Boss der Tammany Hall war lange Zeit hindurch ein Mann namens C. Als es endlich der öffentlichen Meinung gelang, diesen Mann zu einer Art von Selbstverbannung zu treiben, wurde das als ein großer moralischer Sieg empfunden. Nach einiger Zeit kehrte er zu einem vorübergehenden Besuch nach New York zurück, und bei dieser Gelegenheit wurde zu seiner Ehre ein Bankett gegeben, an dem fast alle führenden Elemente der demokratischen Partei teilnahmen.[29])

Schon im Jahre 1885 schilderte Anatole Leroy-Beaulieu[30]) klar und scharf die Kehrseite der Demokratie: „Je mehr der Kreis, aus dem die Politiker und Beamten aller Art sich rekrutierten, sich erweiterte, um so mehr scheint ihr intellektuelles Niveau gesunken zu sein. Hinsichtlich der Moral ist diese Verschlechterung des Regierungspersonals noch häufiger und noch schlagender geworden. Statt immer lauterer zu werden, hat die Politik aufs neue das Streben gezeigt, sich zu korrumpieren, sich zu erniedrigen, die Hände, die sich daran beteiligen, und die Männer, die davon leben, zu besudeln. Die Kämpfe sind zu rauh und zu rüde geworden, um nicht durch ihre Gewalttätigkeiten oder ihre Kunstgriffe den erhabensten und geradesten Naturen widerlich zu sein. Weit davon entfernt, sich immer mehr angezogen zu fühlen, ist die Elite der Nation, schon bei mehr als einem Volke, offenbar geneigt, sich davon zu entfernen. Die Politik wird nach und nach zu einem Handwerk, auf das diejenigen Leute sich einlassen, die nicht imstande sind, in anderen emporzukommen, oder die Abenteurer, welche schnell ihr Glück machen wollen. Es ist eine Industrie, in welcher man, um Erfolg zu haben, weniger Intelligenz oder Kenntnisse braucht als Intrige und

Kühnheit. Deswegen ist sie auch schon in gewissen Staaten eine der berüchtigtsten aller Laufbahnen. Den meisten von denen, die sich mit der Politik befassen, ist diese nichts anderes als die Kunst, auf Kosten der Öffentlichkeit Geschäfte zu machen. Ein ebenso scharfsinniger wie geistreicher Schriftsteller hat bemerkt, daß die Parteien Ausbeutungsgesellschaften seien, denen die Nation genötigt sei, die Führung des Staates zu überlassen (Molinari: L'Évolution politique et la Révolution, 1884). Das ist wahr, und je weiter der Umkreis des politischen Lebens sich erstreckt, desto niedriger wird die Schicht, aus der sich das Personal der Parteien rekrutiert, und um so schamloser zeigt sich ihre Ausbeutung.

Mit der Ausdehnung des Stimmrechts und der Überschwemmung der politischen Bühne durch die Demokratie läuft Europa Gefahr, die meisten der Mißbräuche, welche der Liberalismus für immer abgeschafft zu haben sich schmeichelte, zurückkehren zu sehen. Man riskiert unter dem Deckmantel der Demokratie und der Freiheit die ärgsten Fehler des alten Regimes wiederaufleben zu sehen, die Günstlingswirtschaft, den Nepotismus, die Bestechlichkeit, den Börsenwucher, die offizielle Bettelei, die Plünderung des Staatsvermögens, den Verkauf von Ämtern und Vergünstigungen, kurz das ganze widerwärtige Anhängsel der absolutistischen Monarchien. Der große Unterschied ist der, daß die Mißbräuche nicht mehr antichambrierende Aristokratien ernähren, sondern Plebejerbegierden sättigen und die Höflinge des Volkes mästen."

Der Parlamentarismus ruht auf der Grundlage der Wählerstimmen. Also gilt es für alle Parteien, sich möglichst viele Wählerstimmen zu verschaffen. Wenn die legitimen Mittel nicht genügen, greift man zu den illegitimen, die unter zwei Kategorien zusammengefaßt werden können: Betrug und Gewalt. Der ersten Kategorie gehört die Erscheinung, welche Tarde als „soziales Raubsystem" (brigandage social) bezeich-

net, an. Leute, die im privaten Leben als ehrenhaft betrachtet zu werden beanspruchen, finden es ganz in der Ordnung, während einer Wahlkampagne Wahllügen, Perfidien und hinterlistige Verschweigungen zu benutzen, um die Gegner zu schädigen, und andererseits den Wählern allerlei schöne Versprechungen zu geben, die sie nicht zu erfüllen gedenken, und die sie zum Teil selbst als unerfüllbar erkennen. Unter der zweiten Kategorie können die verschiedenen Arten von Wahlbeeinflussung zusammengefaßt werden.

Die Wahlbeeinflussung kann nicht, wie das „soziale Raubsystem", von allen Parteien ausgeübt werden, sondern nur von fest disziplinierten Erwerbs- und — namentlich — von Mehrheitsparteien, die von der Regierung gestützt werden. Der französische Parlamentarismus kennt den Begriff der „offiziellen Kandidaturen", d. h. Kandidaturen, welche von der Regierung durch die Präfekten und Unterpräfekten unterstützt werden, und zwar mit allen denjenigen Mitteln zum Anlocken oder zum Einschüchtern der Wähler, über welche jene Beamten verfügen. Ein Deputierter der Opposition, welcher mit dem Ausgange der Legislaturperiode im Jahre 1910 die Kammer verließ, motivierte seinen Entschluß u. a. damit, daß die Bauern seines Wahlkreises, weil sie für ihn gestimmt hatten, die gesetzlichen 75 Centimes, die Familienväter, deren einziger Sohn unter den Fahnen steht, zu beanspruchen haben, nicht erhielten, und daß alle amtlichen Vergünstigungen ihnen abgeschlagen, die ganze Schärfe des Gesetzes aber angewandt wurde, sobald sich einer das Geringste zuschulden kommen ließ. Vor den Wahlen von 1910 schaffte Briand den Brauch ab, daß Minister in den Wahlkreisen umherreisten, um die offiziellen Kandidaten zu unterstützen. Es war dies aber nur ein einziges von vielen Beeinflussungsmitteln, das einmal außer Gebrauch gestellt wurde. Eine Gesetzvorlage über die Sicherung der Heimlichkeit der Wahlen war lange ruhelos zwi-

schen den Kammern hin und her gewandert. Um jedoch den Wählern ihren guten Willen zu beweisen, nahm die Majorität in aller Eile eine Gesetzvorlage gegen die „Wahlkorruption" an, eine Vorlage, die in der Praxis nur die äußerst seltenen Zufälle von direktem Stimmenkauf treffen würde. Die Kammer hatte die Wahl zwischen zwei Fassungen gehabt, einer, die von der Stimmrechtskommission ausgearbeitet war, und durch welche auch die offiziellen Kandidaturen getroffen werden sollten, und einer, die der Senat ausgearbeitet hatte, und welche diese Wirkung nicht haben würde. Die Kammer wählte die letztere Fassung.

Auf der pyrenäischen Halbinsel und in den Balkanstaaten ist die Möglichkeit wohl kaum vorhanden, daß die Regierung bei den Wahlen durchfällt. In Spanien geht die Wahlmache mit der größten Offenheit vor.*) Die Zeitungsmeldung, daß dieser oder jener einflußreiche Politiker von der Regierung soundso viele Kammer- oder Senatsmandate für seine Freunde verlangt, verursacht daselbst gar keine Erregung, und wenn jemand protestiert, so geschieht es nicht aus Empörung über solchen Hohn auf jede Volksvertretung, sondern lediglich weil die Aufteilung der Mandate nicht nach seinem Geschmack vorgenommen wurde.[31])

Von den Verhältnissen in Italien, namentlich in Süditalien und Sizilien, entwirft ein Anonymus in der „Nuova Antologia" ein drastisches Bild. Der römische Korrespondent der Frankfurter Zeitung, der aus diesem Artikel Auszüge mitteilt, fügt hinzu, daß der Verfasser (welcher offenbar selber einen

---

*) Der Regierungskandidat wird mit einem Neologismus „encasillado" genannt. Ein Spanier hat mir davon die folgende Erklärung gegeben: in den Bureaus des Ministeriums hat jeder Wahlkreis einen besonderen Raum („casillo"); der Name des Kandidaten, dessen Wahl die Regierung wünscht, wird im voraus in das betreffende „casillo" hineingesteckt und der Kandidat ist also „encasillado" „einkasilliert".

Wahlkreis Unteritaliens vertritt) die Tatsachen keineswegs übertreibt. Als ganz selbstverständlich setzt der Verfasser voraus, daß der Wähler seine Stimme zu verkaufen wünscht, natürlich möglichst teuer .... In einer Gemeinde verkauften von 580 Wählern nur 18, die reichsten und angesehensten Bürger, ihre Stimme nicht. Aus Furcht, für bestochen gehalten zu werden, enthielten sie sich der Wahl, so daß die einzigen wirklich unabhängigen Stimmen nicht abgegeben wurden!... Das Bild wird aber noch dunkler, wenn man die Methoden berücksichtigt, die von den politischen Behörden zur Unterstützung ihrer Kandidaten angewandt werden. In den meisten Wahlkreisen hat die Regierung einen Kandidaten, den der Präfekt zu unterstützen angewiesen wird. In Unteritalien aber gibt es ausgesprochen regierungsfeindliche Kandidaten fast nur in den Großstädten. ... Wenn aber einer der Bewerber wirklich oppositionell auftreten will, so hat die Regierung kräftige Mittel zur Verfügung. Zunächst macht sie der Kasse des Kandidaten Konkurrenz, indem sie selber Geld rollen läßt; dann sind bei den Bauern die Waffenscheine ebenso beliebt wie die Talerstücke, und tatsächlich wird der größte Teil dieser nicht ungefährlichen Papiere während der Wahlen ausgestellt. Endlich wird die Begnadigung größerer oder kleinerer Verbrecher als wirksames Mittel der Wahlbeeinflussung betrachtet. Die Präfekten der südlichen Provinzen verwandeln sich schon einige Wochen vor dem Wahltag in Hauptagenten, die bei Strafe der Versetzung den Freunden der Regierung zum Sieg verhelfen müssen. ... Nach dem Wahlgesetz ist die Stimmabgabe geheim; die unerschöpfliche Findigkeit der Südländer hat aber bisher allen Schutzbestimmungen Hohn gesprochen. Die Reformentwürfe Luzzattis und Giolittis haben verwickelte neue Systeme zum Schutze des Wahlgeheimnisses ausgedacht, aber schon wenige Tage nach der Veröffentlichung erläuterte man in den Wandelgängen des Parlaments eingehend die verschiedenen

Möglichkeiten, dem Stimmzettel Erkennungszeichen zu geben. ... („Frankfurter Zeitung", Brief aus Rom, datiert Juli 1911.)

In Ungarn hatten die nichtmagyarischen Nationalitäten vor den Wahlen von 1910 nur 23 Vertreter. Diese Anzahl wurde durch die letzten Wahlen auf sieben reduziert, während die Magyaren, welche die kleinere Hälfte der Bevölkerung ($45^1/_2$ Prozent) ausmachen, 347 Mandate erlangten. Trotz der besonderen Art des ungarischen Wahlgesetzes rief dies Ergebnis doch allgemeines Erstaunen hervor. Die „Times" brachte das folgende, vom 10. Juni datierte Telegramm aus Wien: „Der ungarische Ministerpräsident, Graf Khun Hedervary, behauptet heute in dem ‚Budapesti Hirlap', daß alle Mitteilungen über Anwendung von Truppen zugunsten der Regierungskandidaten während der letzten allgemeinen Wahlen absolut unbegründet sind, und daß die Truppen den einzigen Zweck hatten, die Ordnung aufrechtzuerhalten und Leben und Eigentum zu schützen. Die ‚Reichspost' und die ‚Neue Freie Presse' veröffentlichen andererseits eine mit Namensunterschrift versehene Erklärung vom schottischen Publizisten Mr. Seton Watson, der am Wahltage in Szakolcza im Nyitrakomitat anwesend war. Es geht daraus hervor, daß die ganze Stadt von einem Truppenkordon umzingelt war, durch welchen niemandem außer den Anhängern der Regierungskandidaten Zutritt gestattet war, und daß 4000 Slovaken, darunter viele Hunderte von Wählern, viele Stunden hindurch in einem staubigen, offenen Platze außerhalb der Stadt eingesperrt worden waren. Mehrere Hunderte von slovakischen Wählern, die schließlich in die Stadt eingelassen, zwei Stunden hindurch in der Sonne zwischen zwei Reihen von Soldaten wartend stehen mußten, wurden nachher von Gendarmen zurückgetrieben, ohne die Möglichkeit gehabt zu haben, ihre Stimmzettel abzugeben. In Anbetracht der dadurch entstandenen Erbitterung nahm der

slovakische Kandidat schließlich seine Kandidatur zurück, um Blutvergießen zu verhüten." — Professor Jorga führt in seiner schon erwähnten Broschüre „Les dernières Elections en Hongrie et les Roumains" ganz entsprechende und in den Einzelheiten noch schlimmere Episoden aus den Wahlkreisen an, in welchen rumänische Kandidaten aufgestellt waren.*) In der „Times" vom 23. August 1910 erzählt ihr Budapester Korrespondent: „Die Berichte von Gewalttätigkeiten, Bestechungen, Einschüchterungen und Ränken, die während der Wahlen im Mai sowohl von der Regierung als von der Opposition angewandt sein sollen, sind trotz der Ableugnungen in der Hauptsache wahr. M. V., einer der glänzendsten Vertreter der „nationalen Arbeitspartei", gab in der Adreßdebatte offen zu, daß mancherlei Mißbräuche stattgefunden hatten, aber er sagte: ‚Vergessen wir nicht, daß wir Magyaren sind, und daß Wahlmißbräuche eine alte Gewohnheit in unserer Geschichte sind. . . . Jahrhundertelang haben alle magyarischen Parteien auf diesem Gebiete gesündigt'."

Preußen hat öffentliche Wahlen. Die Opposition beschuldigt die herrschenden konservativen Großagrarier, daß sie bei den von ihnen wirtschaftlich abhängigen Leuten Wahlbeeinflussung ausüben. Tatsache ist, daß die Konservativen um jeden Preis die öffentlichen Wahlen erhalten wollen. Bei den Verhandlungen über die Wahlreformvorlage der Regierung im Jahre 1910 akzeptierten sie wohl ein Kompromiß mit dem Zentrum, wonach geheime Wahlen eingeführt werden sollten, aber nur in Verbindung mit den indirekten Wahlen, und zwar so, daß nur die Urwahlen geheim wären, die definitiven Wahlen aber öffentlich. Ob wohl die Wahlmänner immer gegen alle Beeinflussungen widerstandsfähig sind? Die öffentlichen Wahlen

---

*) Im Juniheft 1911 der Monatsschrift „Jung-Ungarn" werden als Gegenstück haarsträubende Einzelheiten über den bei den letzten Wahlen in Rumänien stattgefundenen Wahlterrorismus mitgeteilt.

wurden damit verteidigt, daß es unmännlich und dem Verantwortlichkeitsgefühl schädlich wäre, wenn die Wähler für ihre Wahl nicht einzustehen wagten. Für eine Partei, die hauptsächlich in wirtschaftlich unabhängigen Kreisen ihre Anhänger hat, sind solche Argumente etwas billig zu kaufen. Ist es vielleicht für den Kleinbürger und Kleinbauer männlicher, öffentlich gegen seine Überzeugung, als heimlich nach seiner Überzeugung zu stimmen? Aber das Männlichkeitsargument ist suggestiv und deshalb in der Politik gangbare Münze. Der Regierung schienen die Gründe, welche für die geheime Wahl angeführt wurden, weniger bedeutend, weil, wie der Herr Reichskanzler sich ausdrückte, „unser ganzes Leben sich aus Abhängigkeiten zusammensetzt". Gibt aber eigentlich der Umstand, daß der Mensch naturnotwendig auf vielen Gebieten unfrei ist, eine Berechtigung dafür, eine künstliche Unfreiheit, die sich abschaffen ließe, weiter festzuhalten? Die öffentliche Wahl hat für die Regierung freilich den Nutzen, daß man in Grenzprovinzen feststellen kann, ob Beamte für nichtdeutsche Kandidaten stimmen. Im Januar 1910 wurden im deutschen Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhause Interpellationen eingebracht wegen eines Falles in Kattowitz, wo Beamte versetzt worden waren, weil sie bei den kommunalen Wahlen für polnische Kandidaten gestimmt hatten. Im Abgeordnetenhause wurde die Interpellation vom Reichskanzler selbst beantwortet, der u. a. erklärte: „Eins gestehe ich Ihnen zu: Der Beamte soll in der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte und insonderheit in der Freiheit seines Wahlrechts nur dann beschränkt werden, wenn es das Interesse des Staates unbedingt erfordert.... Wenn ein Beamter, wie es in Kattowitz geschehen ist, in seiner Stimmabgabe zeigt, daß er die Polenpolitik der Regierung für falsch hält, daß er sie nach seiner Überzeugung nicht zu unterstützen vermag, daß er sich im gegebenen Falle für den polnischen Kandidaten aussprechen muß, dann zeigt

dieser Beamte damit, daß er in einem national umstrittenen und gefährdeten Ort wie Kattowitz nicht an seinem rechten Platze ist." Ein Beamter soll also in der Ausübung seines Wahlrechts in denjenigen Fällen beschränkt werden, in welchen die Interessen des Staates es unbedingt erfordern. Wer bestimmt aber, wann diese Voraussetzung vorhanden ist? Doch wohl die zu jeder Zeit gerade bestehende Regierung. Fordern nun nicht die Interessen des Staates, daß ein Beamter nicht für einen Sozialdemokraten stimmt? Und die Freisinnigen gehen ja bei Wahlen oft mit den Sozialdemokraten zusammen. Konnte man es also nicht als gegen das Interesse des Staates verstoßend erachten, daß ein Beamter für einen freisinnigen Kandidaten stimme? Hat man erst der Willkür eine Tür geöffnet, wo ist dann die Grenze zu ziehen? Die kommende Regierung hat vielleicht eine andere Auffassung davon, was der Staat unbedingt fordern muß, als die jetzige. Heute schreibt man den Beamten vor, für welche Kandidaten sie nicht stimmen dürfen, morgen wird man ihnen vielleicht vorschreiben, für welche Kandidaten sie stimmen sollen. In beiden Fällen ist die Wahlfreiheit illusorisch.*)

In Dänemark, wo die Stimmabgabe geheim erfolgt, sind dadurch für die Wahlbeeinflussung gewisse Grenzen gezogen. Es geschah indessen während der Wahlkampagne von 1910, daß ein Offizier an der Agitation für einen konservativen Kandidaten gegen einen Sozialdemokraten teilnahm. Der Kriegsminister der damaligen radikalen Regierung bedeutete ihm, daß er, indem er einer mit der Regierung alliierten Partei entgegenarbeite, Mangel an Takt, Loyalität und Disziplin be-

*) Wollte man durchaus den Grundsatz verfechten, daß Angestellte des Staates nicht durch ihre Stimmabgabe für eine von der Regierung als dem Staatswohl schädlich erachtete Politik eintreten dürften, so wäre die einzige dem Rechtsgefühl entsprechende Methode, gesetzlich allen Staatsbeamten das Stimmrecht zu entziehen.

wiesen hätte; das Ministerium lege ihm bei der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte keine Hindernisse in den Weg, es wäre aber unvermeidlich, daß man bemerke, in welcher Weise er seine Rechte ausübte. Der Kriegsminister bezeichnete diese Ermahnung als eine „Freiheitsvorschrift" — wieder eine Blüte der politischen Wortzüchtung. Als die Sache in der Oppositionspresse erörtert wurde, teilte ein radikaler Wahlkandidat, ein Staatsbeamter, mit, daß er unter einem konservativen Ministerium im Jahre 1898 eine ähnliche Ermahnung erhalten habe. Es wurde nun in der Presse eine lustige Polemik geführt, indem die Zeitungen der Rechten nachweisen wollten, daß die Affäre von 1910 einen Fall von Wahlbeeinflussung darstelle, die Affäre von 1898 aber nicht, während die radikalen und sozialdemokratischen Zeitungen das Gegenteil behaupteten. Die Wahrheit ist selbstverständlich die, daß zu allen Zeiten jede politische Partei, die am Ruder ist, alle diejenigen Mißbräuche begeht, die ohne allzu einmütigen Protest von seiten der öffentlichen Meinung zu begehen überhaupt möglich ist. Zufälligerweise ist die Wahlbeeinflussung ein Punkt in dem reichen Repertoire der politischen Mißbräuche, in dem man in Dänemark ziemlich empfindlich ist.

Auch der englische Parlamentarismus ist in unseren Tagen nicht wenig davon verschieden, wie er vor nur einem halben Jahrhundert war. Die Entwickelung geht jedoch mit derjenigen der Festlandstaaten nicht parallel, obwohl natürlich zwischen dem kontinentalen und dem englischen Parlamentarismus Wechselwirkungen stattfinden. Die englische Verfassung hat in ihrer geschichtlichen Formation vom Mittelalter bis zu unserer Zeit auf keinem Punkte einen entschiedenen Bruch mit der Vergangenheit zu verzeichnen. Ihre immer offenen Rahmen erlauben ihr, sich allmählich umzubilden, so daß sie doch bis zu einem gewissen Grade mit den Bedürfnissen der Entwickelung Schritt zu halten vermag. Die englische Volks-

regierung ist in fortwährender organischer Entwickelung begriffen.

Sidney Low hat in seinem Buche „The Governance of England“ eine anschauliche Darstellung von der neuesten Phase der parlamentarischen Geschichte Englands gegeben. Er weist nach, wie die Regierung in der Geschäftsordnung des Hauses die Mittel dazu besitzt, das Einbringen privater Gesetzvorlagen zu unterdrücken und der Opposition das Wort abzuschneiden. Im Jahre 1893 wurde eine Gesetzvorlage von der größten Tragweite und mit einer Fülle von umstrittenen Einzelheiten durch „closure by compartment“ nach dem Wunsche der Regierung durchgebracht, und zwar so, daß es undenkbar war, daß alle Mitglieder der Mehrheit — geschweige denn die Opposition — die Vorlage überhaupt zuvor gesehen hatten; mehr als zwei Drittel ihrer Artikel waren nicht einmal in der Kommission erörtert worden. Das Haus ist überhaupt „kaum mehr eine gesetzgebende Kammer; es ist ein Mechanismus zum Diskutieren der Gesetzvorlagen der Minister, und nur ein einzelnes der verschiedenen Instrumente, durch welche eine politische Diskussion heute vor sich geht“. Um die ministeriellen Unterhausmitglieder außerhalb des Ministeriums ist es nicht viel besser bestellt; sie werden nicht um Rat gefragt, sie sehen die Vorlagen nicht, ehe diese aus der Druckerei kommen, und wenn sie sie in die Hände bekommen, wissen sie, daß man von ihnen erwartet, sie sollen sie durch ihre Stimmen stützen. Das Unterhaus kontrolliert auch nicht mehr die ausübende Gewalt, im Gegenteil, die ausübende Gewalt kontrolliert das Unterhaus. In der modernen Praxis ist der Fall kaum vorgekommen, daß ein Kabinett wegen seiner administrativen Handlungen gefallen ist. Die wirkliche Garantie gegen allzu große Mißbräuche der ministeriellen Gewalt ist die öffentliche Meinung, die auch ohne die Mitwirkung des Unterhauses fast ebenso wirkungsvoll wäre. Das Recht des Par-

laments, die Aufmerksamkeit auf Mißbräuche hinzulenken und die Abschaffung derselben zu fordern, wird dadurch in bedeutendem Maße beschränkt, daß dem Sprecher die Entscheidung zusteht, ob eine Interpellation zugelassen werden soll, und daß der Minister, falls er die Frage unbequem findet, in Anbetracht der Staatsinteressen oder ganz einfach ohne irgendeinen Grund dafür anzugeben, die Interpellation unbeantwortet lassen kann.

Während die „Wahlmache" des Festlandes der politischen Moral der Engländer anstößig ist, kann das englische Kabinett, wenn es ihm genehm ist und ohne von anderen Rücksichten als dem Interesse der Partei geleitet zu sein, Parlamentswahlen veranstalten, was in Wirklichkeit auch ein Mißbrauch der Institution der Volksregierung ist. Die Androhung der Auflösung kann in Anwendung gebracht werden, wenn die Ministeriellen allzu undisziplinierert sind, oder wenn die Opposition zu viel Obstruktion macht. Für jedes Mitglied bedeutet die Wahl einen Kampf, Geldkosten und die Gefahr, das Mandat zu verlieren. Auch die Mitglieder der Opposition gelüstet nicht nach einem Appell an das Volk; die Partei mag dadurch ein Geschäft machen, sie selbst haben aber sehr wenig zu gewinnen, während viele Mühe und große Ausgaben ihnen gewiß sind. Das Ministerium vermag denn auch oft durch die Androhung von Wahlen Meutereien in den eigenen Reihen zu unterdrücken und den Eifer der Gegner zu dämpfen.

Die Erkenntnis dieser veränderten Stellung des englischen Unterhauses ist bei den Politikern öfters zu Worte gekommen. Lord Salisbury sagte in einer Rede zu Edinburgh am 30. Oktober 1894: „Es ist eine ungeheure Veränderung mit dem Unterhause vorgegangen, so wie ich des Hauses gedenke, und die Entwickelung ist noch jetzt im Gange; und wir sind so weit gekommen, daß die Erörterung einer Maßnahme wohl in dem Kabinett möglich ist, daß aber eine Erörterung zu irgendeinem wirkungsvollen oder nützlichen Zwecke in dem Unter-

hause bald eine Unmöglichkeit werden wird." Zehn Jahre später sagte Lawson Walton im Unterhause: „Die Verfassung hatte eine ernstliche Veränderung erlitten. Sie hatte aufgehört, eine Regierung durch das Parlament zu sein, und war eine Regierung durch das Kabinett geworden; und man sagte, daß eine noch weitere Entwickelung stattgefunden hätte, und daß sie zu einer Regierung durch den Premierminister im Kabinett geworden wäre, welche von den Autokratien, worin die Demokratien der Vergangenheit ausgeartet waren, schwerlich zu unterscheiden wäre." Dagegen wurde die stattgefundene Veränderung von Lord Hugh Cecil, dem Sohne Salisburys, gepriesen: „Wie kommt es wohl, daß niemand außerhalb dieser Mauern sich um die Rechte der Parlamentsmitglieder kümmert? Weil ein tief eingewurzeltes Gefühl davon vorhanden ist, daß das Haus eine Institution ist, die aufgehört hat, viel Autorität oder viel Reputation zu besitzen, und daß es eine Sache von geringer Bedeutung für das Land ist, wenn eine bessere Institution, das Kabinett, in die Rechte einer schlechteren eingreift." Bernard Holland bemerkt, daß eine solche Sprache seit den Tagen Karls I. in der Volksburg von Westminster kaum gehört worden ist. Das Unterhaus steht im Begriff, schlechterdings eine Versammlung zu werden, die die Aufgabe hat, die Verfügungen eines geheimen Komitees zu registrieren.

Wo das allgemeine Stimmrecht herrscht, sollte das Parlament jedenfalls von den politischen Strömungen in der Bevölkerung ein zahlenmäßig genaues Bild geben. Dies Bild wird aber zunächst durch Wahlbeeinflussung verfälscht. Dazu kommt, daß jede Wahlkreiseinteilung veraltet, je nachdem die Bevölkerungsverhältnisse sich verschieben, was erfahrungsgemäß immer bewirkt, daß die Majorität mehr Mandate bekommt, als sie nach ihrer Wählerzahl haben sollte. Und es

ist massenpsychologisch selbstverständlich, daß die Majorität sich stets so lange wie nur möglich einer Umänderung der Wahlkreise widersetzt, durch welche sie selbst verlieren würde. Daß in Frankreich die Kammermehrheit seit 1875 niemals der Mehrheit der Wähler entsprochen hat, ist statistisch erwiesen. Im Jahre 1906 bekamen die gewählten Deputierten im ganzen 5 209 606 Stimmen, während 6 383 852 abgegebene Stimmen jeder Repräsentation entbehren mußten. In Belgien, wo Proportionalwahlen eingeführt worden sind, klagen die Minoritätsparteien darüber, daß dieses System in den Händen der Majorität ein Instrument geworden ist, um die Minderheiten in Nachteil zu bringen. Man sieht, daß sogar die Proportionalmethode, die gegen alle Ungerechtigkeiten der Majoritätsherrschaft ein Palladium sein sollte, sich mißbrauchen läßt, und die herrschenden Parteien werden schon mit der Sicherheit des Urinstinkts die Wege finden, durch welche sie sie mit der größten Wirkung mißbrauchen können. Alle Verbesserungsversuche scheinen an der Tatsache scheitern zu müssen, daß das Parlament eine Masse ist, deren einzelne Mitglieder jedes für sich noch größere und aus noch verschiedenartigeren Elementen zusammengesetzte Massen vertreten. Der Politiker steht da als der konkrete Ausdruck der Massenmoral, und man wird nicht auf die Dauer grundsätzlich (wenn auch nicht eingestandenermaßen) im Interesse der Partei Macht vor Recht gehen lassen können, ohne daß man dazu geführt wird, denselben Grundsatz anzuwenden, wo das persönliche Interesse dominiert.

Durch diese Entwickelung entsteht eine Kluft zwischen der Bevölkerung und ihren Vertretern. „Nur die Tauben und Blinden kennen nicht die wahren Gefühle der öffentlichen Meinung gegenüber den Parlamentsmitgliedern," heißt es in einem schon angeführten Provinzbrief an den „Temps" (1. Februar 1909). „Wenn die Beobachtungen, die ich in dieser Reihe von

Briefen verzeichnet habe, genau sind (wie viele Leser haben mir nicht geschrieben, daß ich hinter der Wahrheit zurückbliebe!), ist es dann nicht wahr, daß die Deputierten in unseren Provinzen die an ihre Stellung geknüpfte moralische Autorität verloren haben? Ist es nicht wahr, daß, wenn sie in den Departements, in den Arrondissements eine usurpierte Macht ausüben und eifersüchtig überwachen, dies daher kommt, daß sie die Interessen eingefangen und die Herzen versteinert haben? Ja, Austeiler von Gerechtigkeit und Gunst, das sind die Parlamentarier in augenfälliger Weise. Deshalb schmeichelt man ihnen und fürchtet sie noch. Aber man liebt sie nicht, und man wünscht ihren Fall. Wer wird sich darüber verwundern? Sie haben nur deswegen den Parlamentarismus gefälscht, um besser das Leben der Bürger ihrem Egoismus unterordnen zu können, sie haben nur dadurch regiert, daß sie die schlechten Instinkte anfeuerten, die Begierden entzündeten; sie haben es so weit gebracht, daß, trotz der von Fortschritt und Gleichheit geprägten Gesetze, welche die Republik in die Sitten eingepflanzt hat, die Nation sich enttäuscht fühlt. . . ."

Unter solchen Verhältnissen ist es nicht wunderlich, daß eine Menge von Wählern ihre Stimme nicht abgibt. Ist es denn nicht ganz einerlei, von wem man mißregiert wird? Die Anhänger des Prinzips der Wahlpflicht haben nicht das volle Verständnis davon, welche Bedeutung den nicht abgegebenen Stimmen als Gradmesser für die Distanz zwischen dem Volk und den Volksvertretern zukommt. Wenn die Prozentzahl der Stimmenthaltungen von Wahljahr zu Wahljahr steigt, so zeigt sich hierin unverkennbar, daß der Niedergang vom Volke gefühlt wird, und dann ist den Politikern ein Anlaß zu ernstem Nachdenken gegeben. Das Abgeben von unbeschriebenen Stimmzetteln bei der Wahlpflicht wird kaum ein so gutes Korrektiv bieten können, weil die Benutzung von unbeschriebenen Stimm-

zetteln eine Klarheit über den eigenen Standpunkt voraussetzt, die viele Wähler gewiß nicht besitzen.

In den parlamentarisch vorgeschrittenen Ländern versagt immer mehr die Fühlung zwischen den Wählern und der Volksvertretung. Die Parteien erleiden wohl im Laufe der Zeit gewisse Änderungen, aber in einem Tempo, das lange nicht mit den sozialen Verschiebungen Schritt hält. Und allerlei fossile Überreste von der früheren sozialen Stellungnahme der Parteien werden mitgeschleppt. Nehmen wir z. B. an, daß in einem Lande einmal eine Partei mit Konservativismus, Individualismus und Handelsinteressen auf ihrem Programm entstanden ist, und daneben eine andere Partei, die progressistisch, demokratisch und agrarisch ist. Eine Zeitlang werden diese beiden Parteien ihre Wählerkreise von Handelsleuten bzw. Agrariern zusammenhalten können. Wenn nun aber in der Handelsklasse eine Schwenkung vom Konservativismus oder vom Liberalismus oder von beiden weg vorgeht, wenn die Agrarier aufhören, zugleich progressistisch und demokratisch zu sein, was dann? Soll dann die temperamentsmäßige oder die sozialtheoretische oder die erwerbsmäßige Gemeinschaft die Grundlage dieser Parteien fortan bilden? Jedenfalls ist es klar, daß eine solche Verkuppelung verschiedenartiger Anschauungen und Interessen, die unter gewissen geschichtlichen Bedingungen entstanden ist, nicht immer fortbestehen kann. Die Parteien unter den Wählern werden sich spalten, aus Parteifragmenten von verschiedenen Seiten werden neue Fusionen sich bilden. Diese natürliche Entwickelung wird jedoch durch Traditionen, durch die Suggestion der Dogmen, endlich durch Wahlkomitees, Bosse und dergleichen Einrichtungen, die sich zwischen die Wähler und die Volksvertreter drängen und ihren tyrannisierenden Einfluß nach beiden Seiten hin ausüben, verzögert und kompliziert. Allerlei irreguläre Einflüsse bewirken, daß die Parteiverhältnisse unter den Wählern sich nicht

nach den von der natürlichen Entwickelung gezeichneten Linien umbilden können. Was nützt es, daß Tausende von nichtorganisierten Wählern Progressismus und Liberalismus mit Handelsinteressen verbinden, wenn eine progressistisch-liberale Handelspartei nicht existiert, und die Politiker eine solche Partei nicht haben wollen? Die betreffenden Wähler müssen dann auf eins oder zwei ihrer Interessengebiete verzichten, um eine Schublade zu finden, in welche sie sich wohl oder übel hineinpassen können. Die Politiker bewerkstelligen nämlich ihre Parteiumbildungen, Parteispaltungen und Zusammenschlüsse aus Rücksichten ihrer eigenen Taktik und mit Rücksicht darauf, was ihnen selbst in ihren auf die Erhaltung der Mandate gerichteten Bestrebungen nützlich ist, nicht aber um dem Drang nach neuen Parteibildungen oder Erneuerung der gesellschaftlichen Anschauungen, der durch die natürliche Entwickelung bei den Wählern entsteht, entgegenzukommen. Manchmal bemerken die Politiker nicht einmal diese Tendenzen bei ihren Wählern. Sie fahren fort, denselben Kampf um abgestorbene Dogmen auszufechten, weil dies ihr Handwerk ist, und weil die Wähler keine Mittel besitzen, um ihre Ansprüche den Politikern zum Trotze geltend zu machen. Ein großer Teil, vielleicht der größte Teil der Wähler, sieht auch nicht klar, daß die Politik, die sie zwanzig oder dreißig Jahre lang mit Hochrufen begrüßt haben, ihnen nicht länger Realitäten bieten kann; die alten Suggestionen wirken noch, die alten Phrasen sind die Hornsignale, welche das Herz des alten Veteranen klopfen machen. Allein während die Gespenster in den Sitzungssälen des Parlaments ihren Totentanz aufführen, werden die wirklichen Kämpfe, die Kämpfe, welche für die Gesellschaft Bedeutung haben, auf andere Kampfplätze verlegt, und neue Machtzentren bilden sich außerhalb der Parlamentspolitik.

Dem Parlamentarismus gegenüber hat sich der Syndikalismus erhoben, die revolutionäre Bewegung, welche in der fran-

zösischen „Confédération Générale du Travail“ („C. G. T.“) ihren Mittelpunkt hat. An die Stelle der parlamentarischen Aktion setzt der Syndikalismus die „direkte Aktion“ (durch Streiks, Gewaltakte, Sabotage usw.), an die Stelle der Tyrannei der Politiker setzt er die revolutionäre Tyrannei. In syndikalistischen Versammlungen wird das Parlament verhöhnt und geschmäht, wie das absolutistische Regime seinerzeit von den Anhängern der Volksgewalt verhöhnt und geschmäht worden war; hier ist zum ersten Male die Suggestion des Parlamentarismus gründlich gebrochen. „Der revolutionäre Syndikalismus“, schreibt der französische Professor G. Blondel[32]), „glaubt an den hohen Wert des Gewerkvereins. Dieser ist das notwendige Ergebnis der geschichtlichen Entwickelung der Menschheit, er hat seine Daseinsberechtigung im Mechanismus der Produktion, er gruppiert gleiche Interessen. Es ist der Triumph der natürlichen Instinkte des Menschen. Alle anderen Vereinigungen sind zerbrechlich im Vergleich mit dem Gewerkverein. Dieses ist der logische Schlußpunkt der Bestrebungen derer, die der Ausnutzung des Menschen durch den Menschen ein Ende machen wollen. Der Gewerkverein umfaßt ohne Rücksicht auf politische und religiöse Überzeugungen alle Ausgebeuteten; er führt zu einem viel höheren Ideal als dem des bürgerlichen Staates, in dem die Freiheit jedes einzelnen, wie es heißt, durch die Freiheit des anderen beschränkt wird. Wenn dies Programm nicht genügend bestimmt scheint, so braucht man darauf nicht zuviel Wert zu legen. Die Gewerkvereinler sind gläubige Menschen. Sie haben ihre eigene Art von Dogmen, das ihre ist das unbegrenzte Vertrauen auf die höhere Weisheit der Arbeiter. Am Tage der Revolution, sagte einer von ihnen, wird alles in Ordnung kommen. Sobald die Arbeiter einmal die Produktionsmittel in der Hand haben, werden sie die Fabrikation auf neue Grundlagen stellen, sie werden mehr produzieren und weniger arbeiten. Die

Bauern werden ihre Lebensmittel gegen die verarbeiteten Produkte der Städte austauschen, die Möglichkeit des Genusses wird größer werden. Es wird das goldene Zeitalter werden! Wie wird dieses Ideal verwirklicht? Nur durch einen Gesamtausstand! In der Tat stellt sich der revolutionäre Syndikalismus nur als eine Philosophie des Ausstandes dar. . . ."

Von den 900 000 Personen, die sich (1909) in den Gewerkvereinen zusammengetan hatten und die selbst nur ein Zehntel der französischen Arbeiterschaft ausmachten, gehörten kaum 300 000, also etwa ein Drittel, gegliedert in 2500 Gewerkvereine, der revolutionären C. G. T. an. Die übrigen 600 000, die 3000 Vereine bildeten, standen abseits. Innerhalb der C. G. T. dürften kaum 100 000 dem revolutionären Programm folgen. „So zeigt sich, wie so oft in der Arbeiterbewegung aller Länder, daß eine lärmende Minderheit für sich das Recht in Anspruch nimmt, für die Gesamtheit der Arbeiterschaft das Wort zu führen." [33]) Wenn aber auch die Gefahr nicht so unmittelbar drohend ist, wie man es bisweilen fürchten könnte, so ist sie nichtsdestoweniger da. Einer der Führer der Syndikalisten hat eines Abends Paris in Dunkelheit versenken können, um den Bürgern eine Probe seiner Macht zu geben. Je mehr der Parlamentarismus um seinen Kredit gebracht wird, um so mehr wird der Syndikalismus zunehmen, und der Syndikalismus ist der unverhüllte, brutale Klassenkampf. Er ist von allen traditionellen gesellschaftlichen Vorstellungen dermaßen befreit, daß er vermag, ehrlich zu sein. Seine Kritik der bestehenden Verhältnisse ist in gewisser Hinsicht berechtigt und dürfte der bürgerlichen Gesellschaft Anlaß zum Nachdenken geben. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß das positive Lehrgebäude des Syndikalismus ebenso naiv ist, wie seine Verwirklichung für die Entwickelung verderblich sein würde. Der Syndikalismus will nur eins: den Kapitalismus und den auf dem Kapitalismus aufgebauten Staat vernichten,

ohne sich darum zu kümmern, daß zugleich die Kultur mehr oder weniger vollständig zugrunde gehen würde. Der Parlamentarismus hat gezeigt, daß er außerstande ist, eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit zu lösen, nämlich die Regulierung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit; also nimmt der Syndikalismus die Sache in die Hand und versucht, sie von seinem einseitigen Proletariergesichtspunkt aus zu lösen. Der große Zusammenstoß zwischen Kapitalismus und Syndikalismus bereitet sich vor, und die breite Mittelschicht, deren Mitglieder weder Kapitalisten noch Proletarier sind, die fruchtbare Schicht, von der die Geisteswerte und damit zugleich die Zukunftsmöglichkeiten ausgehen, wird die Zeche bezahlen müssen. Jenseits des Syndikalismus steht der Anarchismus als ein Memento. Er kann nicht mit einem Achselzucken und mit der Phrase: „Die Leute sind ja verrückt!" abgetan werden. Eine Erscheinung wie der Anarchismus ist kein zufälliger Niederschlag von einer vorübergehenden, verrückten Geistesrichtung, er ist ein Krankheitssymptom der ernstesten Art, und Krankheitssymptome lassen sich vielleicht für eine Weile durch kräftige Mittel unterdrücken, dadurch wird jedoch die Krankheit nicht geheilt, kann nunmehr nur um so ungestörter ihr Zerstörungswerk fortsetzen.

Allein die Parlamentarier sitzen taub und blind und machen Gesetze nach dem Maßstab der Parteidogmen, mit souveräner Verachtung aller Sachkenntnis, ohne sich darum zu kümmern, was die Gesetze kosten, und ob sie zu etwas tauglich sind, wenn sie nur auf dem Programm stehen.

Der kontinentale Parlamentarismus führt zu Kammerdespotismus, der englische zu Premierministerdespotismus.*) In

*) Der Kampf gegen das Oberhaus in England wird von den Kämpfenden selbst als ein Kampf für die Erweiterung der Volksfreiheit geführt, wird aber in Wirklichkeit zur Wegräumung der letzten Schranken

beiden Fällen liegt der Vorteil dem monarchischen Despotismus gegenüber darin, daß die Inhaber der Macht wechseln und ohne Revolution von einer öffentlichen Meinung gestürzt werden können, wenn diese dazu stark genug ist. Hier entsteht dann die Frage: welche Rolle spielt die öffentliche Meinung, die unoffizielle Massenmoral, in der innerstaatlichen Politik, wie diese sich unter dem Parlamentarismus gestaltet?

Die Bedeutung der öffentlichen Meinung scheint hier geringer zu sein als bei der zwischenstaatlichen Politik. Es kommt daher, daß die Masse, welche in der innerstaatlichen Politik reagieren sollte, selbst allzusehr an der Sache beteiligt ist. Wie die Nation, wenn es sich um zwischenstaatliche Verhältnisse handelt, an denen sie selber beteiligt ist, niemals vorurteilsfrei ist, ebensowenig kann die Partei in innerstaatlichen Verhältnissen sich ihren Vorurteilen entziehen. Nun gibt es aber wohl kaum ein Ereignis in der innerstaatlichen Politik, an welchem nicht alle Parteien irgendwie interessiert sind. Die Masse steht mitten im Strom, kann sich nicht außerhalb ihrer selbst stellen und die Verhältnisse ohne Leidenschaft beurteilen. Nur den Parteilosen ist die Möglichkeit gegeben, in politischen Sachen einigermaßen vorurteilsfrei zu denken, und die Parteilosen sind zu wenig und zu zerstreut, um eine öffentliche Meinung bilden zu können. Selbst in Ländern, wo die Bevölkerung die Politiker mit mehr oder weniger Verachtung ansieht, ist sie doch in allen Ecken parteigebunden und in ihrem Urteil parteibestimmt.

Es ist somit überaus schwer, den Einfluß der öffentlichen

---

gegen die neue Art von Despotie führen. Die Entwicklung in England ist übrigens vielleicht schon dabei, sich neue Bahnen zu brechen. Die letzten Wahlbewegungen haben gezeigt, daß die kleineren Parteien unter besonderen Umständen der Ministerherrschaft gefährlich werden können. Die Diätenfrage hat ihre Lösung gefunden, und es ist nicht möglich vorauszusagen, welche Veränderungen in den Machtverhältnissen daraus resultieren können.

Meinung in innerpolitischen Verhältnissen zu präzisieren. Unter den Politikern werden Parteigenossen in der Regel dazu bereit sein, einander trotz der Moral, wenn nötig bis hart an die Schwelle des Kriminalgerichts, zu decken. Bei den Wählern, die in ihrem alltäglichen Leben dem direkten Kampf etwas ferner stehen, wird wohl das allgemeine Kulturbewußtsein die Rudimente zu einer Art von öffentlicher Meinung den Parteiinteressen gegenüber enthalten, es hat aber mit hartnäckigen Suggestionen zu kämpfen und kann gewöhnlich nur als ein undefinierbarer Unterstrom wirken. In den Fällen, wo die Mißbräuche der Majorität zu entrüsteten Protesten anspornen, wird die Protestbewegung wohl meistens eher auf den Parteihaß der Minoritäten zurückzuführen sein, als auf die Sorge um Staat und Gesellschaft, die zur Schau getragen, und womit der Protest begründet wird.

Die innerstaatliche Politik bietet außerdem einen verhältnismäßig so engen Rahmen, daß die kultivierende Rolle der öffentlichen Meinung hier besser von dem Individuum übernommen werden kann. Eine Persönlichkeit vermag bisweilen kraft ihres Charakters und ihrer Überlegenheit in einer bestimmten Frage eine öffentliche Meinung zu schaffen und dadurch einen moralischen Gesichtspunkt durch die Machtbegierde der Parteien und der Parteiführer hindurchzuzwängen.

2. Zukunftsaussichten.

Wenn wir untersuchen wollen, ob eine Verbesserung der gegenwärtigen politischen Zustände möglich ist, dann müssen wir zuerst den Grundfehler des ganzen Systems finden. Eine gesunde Politik muß eine solche sein, die ein gerechtes Machtgleichgewicht anstrebt, die mit anderen Worten danach strebt, alle Kräfte der Gesellschaft zu ihrem Rechte kommen zu lassen und die Kraftvergeudung innerhalb möglichst enger Grenzen

zu halten. Ein Gleichgewicht läßt sich aber nur schaffen, wenn die Parteien sich auf einem gemeinsamen Gebiete begegnen können. Hier liegt offenbar ein Hauptfehler des parlamentarischen Systems, wie es sich in den modernen Staaten entfaltet hat. Die eine Partei legt das Hauptgewicht auf das Temperamentliche, die andere auf das Sozialtheoretische, die dritte ist vielleicht überwiegend eine Berufspartei. Wie können solche heterogene Parteien in fruchtbringender Arbeit sich begegnen? wo ist der neutrale Grund, auf dem sie einander im Gleichgewicht halten können? Es wird auf Zufälligkeiten beruhen, welche Interessen in einer so verschiedenartig zusammengesetzten Volksvertretung befürwortet werden, und welche keine Fürsprecher finden. Man muß also die Frage stellen: ist eine auf einer gemeinsamen Linie aufgebaute Volksvertretung denkbar?

Die Berufsinteressen sind das am festesten im Boden der Wirklichkeit wurzelnde Element der Politik, gerade deswegen aber das Element, welches sich in der Politik immer am meisten geltend machen wird. Jede andere Gruppenteilung wird immer wieder von berufsmäßig-wirtschaftlichen Motiven gekreuzt werden. Die Individuen können in ihrer Lebensanschauung und sozialtheoretischen Überzeugung konservativ oder progressistisch, liberal oder demokratisch sein, sie können nationale oder religiöse Interessen haben, aber vor allem sind sie Kaufleute, Arbeiter, Lehrer usw. Man mag sich darüber freuen oder es bedauern, man muß sich aber vor der Tatsache beugen, daß die materiellen Interessen wirkungsvoller als alle anderen Rücksichten die Stellung des Individuums zur Politik bestimmen. Und für den Staat sind die materiellen Interessen zweifellos auch die schwerwiegendsten. Von dem Gedeihen der verschiedenen Erwerbszweige ist die wirtschaftliche Position des Staates und damit seine Aktionskraft nach innen und nach außen bedingt.

Eine Volksvertretung, der die Berufsgruppen als Grundlage dienten, wäre somit am natürlichsten und rationellsten. Hier, und hier allein, wäre das gemeinsame Terrain, auf welchem die Parteien sich begegnen könnten. Das wirtschaftliche Interesse wäre der Hauptnenner. Die Geschichte zeigt nun auch, daß überall, wo eine repräsentative Verfassung sich natürlich entwickelt hat und nicht auf abstrakte Theorien aufgebaut worden ist, ihre Basis korporativ war.

Dies ist seinerzeit von Adolphe Prins [34]) besonders stark betont worden. In den primitiven Landdemokratien war die politische Einheit nicht das Individuum, sondern der Herd, die Familie. Die städtische Demokratie entwickelt sich überall, im griechisch-römischen Altertum wie im germanischen Mittelalter, korporativ; das Individuum existiert nicht, hat keine Wurzel außerhalb einer sozialen Gruppe; von seiner Gruppe ausgeschlossen steht es außerhalb der Gesellschaft, ist es ein „lawless", ein „Wildfang". Die städtische Verfassung wird auf Gilden, Zünfte, Korporationen aller Art aufgebaut. Jede Korporation ist eine soziale Kraft und eine soziable Institution, in welcher der Starke den Schwachen schützt und ihm hilft. Von den Patriziern der Hansa und den Doktoren der Universitäten bis zu den Brauerknechten, Totengräbern und Bettlern herab, findet sich überall die natürliche soziale Gruppierung wieder. Die korporativ gegliederten Kommunen erstarken genügend, um den Feudalismus zu besiegen. Das System erweitert sich; Parlamente, Landstände, Generalstände, Cortes usw. bilden sich korporativ; überall sind diese Repräsentativverfassungen eine Föderation von sozialen Interessenverbänden. Nirgends, im Mittelalter so wenig wie im Altertum, herrscht die Heiligkeit der Zahl. In Athen war die Politik das Monopol einer Minorität; in Rom waren Klassen, Zenturien und Geschlechter korporative Formen. Die mittelalterliche Repräsentativverfassung war in ihrem Grunde sozial und soziabel. In

England hat die Verfassung sich von die'sem Anfang aus den mittelalterlichen Zeiten in ununterbrochener Entwickelung gebildet, indem die Umbildungen langsam nach den Bedürfnissen der wechselnden Zeiten vor sich gingen; deswegen funktioniert die englische Verfassung heute noch besser als die kontinentalen. Auf dem Festlande beseitigte nämlich das starke Königtum meistens die alten korporativen Repräsentativverfassungen, und als die französische Revolution eine neue Volksgewalt schaffen sollte, wurde dies nicht an die alte angeknüpft, sondern alle Fäden wurden abgerissen, und die neue Volksgewalt wurde auf die metaphysischen Theorien Rousseaus gegründet.

Der Begriff der „Volkssouveränität" ist das verhängnisvolle Geschenk, das Rousseau der modernen Welt hinterlassen hat. „Ein jeder von uns", sagt Rousseau, „stellt seine Person und seine ganze Macht unter die gemeinsame Oberleitung des allgemeinen Willens, und wir nehmen in Gemeinschaft jedes Mitglied als untrennbaren Teil des Ganzen auf." [35]) Dieser „allgemeine Wille" ist der „Souverän", und der Souverän kann, weil er nur aus den Individuen, die sich in ihm zusammengeschlossen haben, besteht, kein Interesse haben, das dem ihrigen entgegengesetzt ist; also hat die souveräne Gewalt nicht nötig, ihren Untertanen Bürgschaften zu geben, weil es unmöglich ist, daß das Ganze seine Teile zu schädigen beabsichtige. Der Souverän kann den Untertanen keine Last auferlegen, die für die Gemeinschaft unnütz wäre; er kann nicht einmal den Willen dazu besitzen, „denn unter dem Gesetze der Vernunft wie unter demjenigen der Natur geschieht nichts ohne Ursache". Der Souverän muß dagegen imstande sein, den Individuen gegenüber, deren privater Wille dem seinen widerstreiten mag, seinen Willen durchzusetzen. Der Staat ist absoluter Herr des Eigentums und der Person aller seiner Mitglieder. [36]) Wenn der Staat durch den sozialen Kontrakt errichtet ist, verpflichtet die

Stimme der größten Anzahl immer alle anderen. „Wenn man in der Volksversammlung ein Gesetz vorschlägt, fragt man nicht gerade, ob das Volk den Vorschlag billige oder nicht, sondern ob er mit dem allgemeinen Willen, welcher der ihrige ist, stimmt oder nicht. Jedermann tut, indem er seine Stimme abgibt, seine Meinung darüber kund, und durch die Zählung der Stimmen ergibt sich die Erklärung des allgemeinen Willens. Wenn also eine Meinung, die der meinigen entgegengesetzt ist, den Sieg davonträgt, dann beweist dies nichts anderes, als daß ich mich getäuscht hatte, und daß, was ich als den allgemeinen Willen ansah, es nicht war. Hätte meine private Meinung den Sieg davongetragen, dann hätte ich etwas anderes getan als das, was ich tun wollte, und gerade in diesem Falle wäre ich nicht frei gewesen.“ [37])

Sumner Maine hat erwiesen [38]), daß, während mehrere von Rousseaus Ideen Hobbes und den französischen Ökonomisten entnommen sind, und die Begriffe der „natürlichen Gesetze“ und „natürlichen Rechte“ der Jurisprudenz angehören und in den Systemen der römischen Rechtsgelehrten ihren Ursprung haben, der „Souverän“, die allmächtige Volksgemeinschaft nichts anderes ist als „eine umgekehrte Kopie des französischen Königs, mit einer Machtvollkommenheit versehen, die seine Hofleute und die höfischsten seiner Juristen ihm zuschrieben, die ihm aber von allen höchsten Geistern des Landes und besonders von den großen Autoritäten des französischen Parlamentes abgesprochen wurde. . . . Die Summe von natürlichen Rechten, welche durch den sozialen Kontrakt von dem Volkssouverän absorbiert wird, ist ihrerseits weiter nichts als das alte göttliche Recht der Könige in neuem Gewande“.

So verkleidet sich der Despotismus Ludwigs XV. in den Volkssouverän, den die Erben Rousseaus auf den ledigen Thron setzten. Die Volkssouveränität verband sich mit dem aus England übernommenen Repräsentationssystem, das Rousseau ver-

abscheute, das man aber genötigt war aufzunehmen, weil die Rousseausche Volksversammlung, in welcher das ganze Volk persönlich seine Stimmen abgeben sollte, nur in einer Stadtverfassung praktisch möglich war. Auf dieser Grundlage entstand dann der kontinentale Parlamentarismus. Rousseau war ein eifriger Individualist. Um das Individuum vor allerlei Unfreiheiten zu retten, wußte er keinen anderen Ausweg, als es in der Gesamtheit aufgehen zu lassen; das Individuum mußte zugunsten des allgemeinen Willens seinen eigenen Willen aufgeben. Erst indem man seine Freiheit aufgäbe, wäre man wirklich frei. Das Paradoxon enthält einen Kern von Wahrheit; nur kommt es freilich sehr viel darauf an, in welcher Weise man seine Freiheit aufgibt.*) Gibt man sie zugunsten des Despotismus dieses irreellen Volkssouveräns auf, dann könnte man richtiger sagen, erst indem man vor der Unfreiheit Rettung suche, wäre man wirklich unfrei. Der Volkssouverän ist ein formloses Geschöpf, weil er keine Gliederung hat, weil er alle natürlichen Gruppierungen eliminiert und dadurch zu einem Körper ohne Gliedmaßen wird. Der Volkssouverän ist eine Chimäre, die, wenn sie in der Praxis angewandt werden soll, sich sofort in die unpersönliche, mathematische Größe der Zahlenmajestät verwandelt. Die Politik wird „ein Kampf im Dunkeln, der damit endet, daß die Mehrheit mit der stupiden und stummen Brutalität der Zahlen die Minderheit zermalmt" (Ch. Benoist). Man hat den Zustand, in welchen die Volkssouveränitätslehre Rousseaus ausmündet, treffend „Atomismus" genannt.[39]) Die Individuen werden — in ihrer politischen Tätigkeit — aus jedem organischen Zusammenhang losgelöst und als gleichartige, gleichschwere Atome nebeneinander

*) Rein historisch gesprochen gibt man natürlich diese „Freiheit" nicht auf, weil man sie niemals besessen hat. Die ganze Kontrakttheorie, die mit der Naturrechtstheorie in Zusammenhang steht, ist ja ganz unhistorisch und hat wohl heute kaum noch Anhänger.

gestellt.*) Man kann nicht durch Zusammenkleistern von Atomen ein organisches, lebendiges Gewebe bilden. Die Souveränität fällt „der Hälfte + 1" zu. Fallen zwei Einheiten weg, so daß, was früher die Hälfte + 1 war, jetzt die Hälfte — 1 wird, dann wird das Unterste zu oberst gekehrt, die Souveränität wird an eine andere Stelle gesetzt, und eine neue Zahlenmehrheit fängt an umzugestalten, was die vorige ins Werk gesetzt hatte. Rousseau ist vom extremen Individualismus zum extremen Kollektivismus geführt worden, und dieser extreme Kollektivismus ist eigentlich gar kein Kollektivismus mehr, sondern eine verhüllte Anarchie. „Die Krankheit des modernen Staates ist — es hilft nicht, nach Umschreibungen zu suchen — die Anarchie, inmitten des Friedenszustandes der Straße, eine schleichende Anarchie, die sich überall wiederfindet, und die ihm sozusagen angeboren ist. In Wirklichkeit ist diese schleichende Anarchie vielleicht die gefährlichste; die andere Anarchie macht mehr Lärm, hat aber weniger Wirkung, und sie entstammt übrigens der ersten: die Anarchie in der Gesellschaft erzeugt die Anarchie gegen die Gesellschaft" (Ch. Benoist).

Wenn der Staat trotz alledem seinen Zusammenhang bewahrt, so erklärt es sich daraus, daß die sozialen Kräfte mit der Wucht der lebenden Werte auf vielen Punkten die Hülle der metaphysischen Theorien zersprengen. Die Berufsgruppierung, der moderne Erbe der alten ständischen Gliederung, drängt in das System hinein und formt es nach und nach um. Unglücklicherweise erlaubt das Dogma der Volkssouveränität diesen Kräften nicht, sich zu organisieren. In einem Lande gibt es vielleicht eine Partei, die sich besonders der Landwirt-

---

*) „Nehmen wir an, daß der Staat aus zehntausend Bürgern zusammengesetzt ist . . . Der Souverän verhält sich dann zum Untertan wie zehntausend zu eins, d. h. daß jedes Mitglied des Staates für sein Teil nur den zehntausendsten Teil der souveränen Gewalt besitzt, obgleich er ihr ganz und gar unterworfen ist." (Contrat social III, 1.)

schaft annimmt, in einem anderen Lande haben die Interessen des Handels Vorkämpfer im Parlament, in einem dritten hat vielleicht die Kirche eine starke Partei hinter sich usw. Gewöhnlich verbergen sich aber die Berufsinteressen hinter agitatorischen Phrasen von ideellen, sozialen oder patriotischen Rücksichten, wodurch viele zufällige Stimmen eingefangen werden, so daß das Stärkeverhältnis der Gruppen untereinander für die verhältnismäßige Bedeutung der Berufsinteressen im Staatshaushalt keinen Maßstab bieten kann. Hier fehlt eine Organisation aller Faktoren der Gesellschaft, der Zufall allein herrscht. Gewisse Interessen, wie die des Unterrichtswesens, der Literatur, Wissenschaft und Kunst, sind in den meisten Staaten mehr oder weniger der Gnade zufälliger Parteigruppierungen preisgegeben, haben keine besonderen und geborenen Fürsprecher. Und doch ist z. B. die Schule von so grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft, daß sie wohl eine Vertretung von Fachleuten beanspruchen könnte. So wie die Verhältnisse jetzt liegen, bringt der Zufall vielleicht einen Schulmann als Vertreter dieses oder jenes Kreises in das Parlament hinein, es ist aber ebenso wohl möglich, daß der Kreis einen Schuster ins Parlament schickt. Und welchen Sinn hat es wohl, daß Fragen, welche die Interessen der Wissenschaft angehen, von einem Parlament gelöst werden sollen, in welchem möglicherweise kein einziger Gelehrter sitzt?

Daß aber Bestrebungen, die wirtschaftlichen Interessen in der Politik systematischer geltend zu machen, vorhanden sind, und daß die Entwickelung auf eine berufsmäßige Organisation hinarbeitet, ist kaum zweifelhaft. Die neueste Geschichte gibt in dieser Hinsicht manchen Fingerzeig. Als während der Poststreik-Debatte in der französischen Kammer (1909) ein sozialistischer Abgeordneter von den Radikalen angegriffen wurde, weil er mit Hilfe „reaktionärer“ Stimmen gewählt worden war, erwiderte er: „Man pflegte gegen die Priester zu hetzen. Ich

redete zu den Leuten von ihren wirtschaftlichen Interessen. Ich machte keine Politik, und das hat zu meiner Wahl genügt." In dem von der deutschen Kanzlerpolitik getriebenen Vexierspiel mit Parteikombinationen ist jede Koalition zwischen Parteien mit veralteten Programmen möglich, sogar zwischen so entschiedenen Gegnern, wie Konservative und Liberale es sind. Jede Koalition wird aber in dem Augenblicke zerfallen, wo die Parteien in einer Frage, die das Portemonnaie direkt angeht, in einen handgreiflichen Antagonismus hineingetrieben werden. Als es sich um die Verteilung von Reichssteuern in einem Betrage von 500 Millionen Mark handelte, kristallisierten sich die prosaischen wirtschaftlichen Elemente, die in jeder Partei vorhanden sind; der Liberalismus und der Konservativismus wurden zu Vertretern lebender Interessen, bzw. Industrie, Handel und Landwirtschaft, und als jede Interessengruppe nach Kräften die Steuerlast der anderen aufwälzen wollte, flog der Block in die Luft. D. h., er ging in die Brüche in dem Augenblicke, wo nicht länger Konservativismus und Liberalismus, sondern agrarische und städtische Interessen einander gegenüberstanden. Der deutsche Konservativismus hat in dem „Bund der Landwirte" seine starke Erwerbs-Organisation, die Berufsgruppe der Arbeiter ist in der Sozialdemokratie fest organisiert; jetzt haben endlich auch Gewerbe, Handel und Industrie sich im Hansabund eine Organisation geschaffen. In Deutschland stehen somit drei große Berufsorganisationen — neben mehreren kleineren — zum Kampfe gegeneinander gerüstet, wohl der deutlichste Fingerzeig für die Politik der Zukunft, der bisher wahrzunehmen war.*)

---

*) Nachdem das Obige geschrieben war, ist eine Krisis — die immerhin auch auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen ist — im Hansabund ausgebrochen. Es hat sich als unmöglich herausgestellt, die entgegengesetzten Interessen des Handels und der Großindustrie in einer einheitlichen Kampforganisation zusammenzuhalten.

Das Emporwachsen des Sozialismus in allen Ländern erklärt sich natürlich daraus, daß der Sozialismus der geschichtlichen Entwickelung nach dem Übergewicht der Berufsinteressen über die alten Dogmen gefolgt ist. Er hat in bewußter Weise die Politik in das Gleis der Fachinteressen hineingeschoben. Er hat die Arbeitermassen zu einem einseitigen Kampfe um Arbeiterinteressen organisiert. Das Gegengewicht fehlt, weil die anderen Schichten der Gesellschaft in den meisten Ländern nicht, oder doch nur teilweise und sporadisch, ihre Politik auf derselben Grundlage umgebaut haben, sondern immer gegen die alten Windmühlen kämpfen. Anwandlungen von antisozialistischen Sammlungsbewegungen versprechen für die Zukunft nichts, weil Bewegungen mit rein negativem Zwecke für die Dauer keine Lebenskraft besitzen. Man findet nicht selten in bürgerlichen Kreisen eine resignierte Überzeugung davon, daß wir mit Riesenschritten irgendeinem sozialistischen Zwangsstaat entgegengehen. Allein wenn die bürgerliche Gesellschaft in ihrem Kern gesund ist, wenn die demokratische Korruption ihr nicht ins Mark gedrungen ist, dann wird sie von selbst reagieren. Sie wird zur Selbstverteidigung durch eine Organisation der bürgerlichen sozialen Kräfte gezwungen werden, und diese bürgerlichen Organisationen werden notgedrungen die Politik in ihren Dienst nehmen, wie es die Sozialdemokratie schon längst getan hat. Man wird dann auf gleichem Fuße kämpfen können, und der Schritt von der Zahlenvertretung zur Interessenvertretung wird vollzogen sein.

Schon vor 26 Jahren ist die Idee einer korporativen Vertretung von Adolphe Prins[40]) mit aller wünschenswerten Klarheit dargestellt worden. „In unseren Tagen", sagt Prins, „hat man nur daran gedacht, Prinzipien zu repräsentieren; das Stimmrecht hängt im leeren Raum. Das einzige Band, wodurch es an die existierende Welt anknüpft, ist das fingierte Band der auf der Landkarte nach Gutdünken gezogenen Wahlkreise. Nun

hat aber die Gesellschaft etwas anderes als erkünstelte Unterabteilungen und künstliche Abgrenzungen; sie hat eine organische Gliederung, natürliche Schichten, d. h. Interessengemeinschaften, landwirtschaftliche, städtische, industrielle, ökonomische, artistische, wissenschaftliche usw. Gruppen. . . . Jetzt sind sie in den Hintergrund gedrängt worden, man muß sie erst entdecken; sie existieren aber, sie sind ebenso alt wie die Menschheit, sie sind die Menschheit selbst in ihrer täglichen Arbeit, und keine Revolution wird sie zerstören können. Nun gut, diese Gruppen sind die Rahmen des Wahlrechts. So schwierig das Vertretungsproblem ist, wenn man die Gesellschaft in ihrer metaphysischen Einheit betrachtet und nur die Individuen sieht, so leicht ist die Lösung, wenn man die Realitäten, d. h. die aus dem Innersten eines Landes sozusagen spontan hervorgegangenen Kollektivitäten als Angelpunkte nimmt."

„Zunächst hat die Abstimmung nur dann eine Bedeutung, wenn der Wähler am Wählen ein Interesse hat. Dann enthält er sich nicht der Abstimmung und läßt sich nicht bestechen. Heute sind Stimmenthaltung und Beeinflussung natürlich und unvermeidlich. . . . Ein Bürger mag sich dazu verleiten lassen, gegen ein Prinzip zu stimmen, gegen sein Interesse stimmt er nicht. Die ganze Frage ist nur, dafür zu sorgen, daß dies Interesse nicht vulgär und verächtlich sei, was es sein wird, wenn man die Stimmen bezahlt, und daß es legitim sei, was geschehen wird, wenn man die Menschen nach ihrer sozialen Tätigkeit gruppiert. . . . Die politische Fähigkeit hat eine mannigfache Abstufung, das Vermögen hat eine gebrechliche Grundlage oder einen bestreitbaren Ursprung, die Logik selbst sieht, von den Standpunkten der Parteien gesehen, verschieden aus und vereinigt nicht alle Menschen unter derselben Fahne. Nur die großen sozialen Interessen vereinigen stets die Menschen in derselben Weise und bestehen jahrhundertelang als die unveränderlichen Faktoren aller Zivilisation. . . . Endlich bleibt

bei diesem System nichts dem Zufall überlassen. Man wird nicht länger jene lächerlichen Wahlkollegien finden, in welchen die bunt durcheinander gewürfelten Wähler plötzlich für einen Tag ihre Gewohnheiten, Verbindungen und Geschäfte aufgeben und zusammen mit anderen Bürgern, die sie nicht kennen, in aller Eile für einen Kandidaten stimmen, den sie auch nicht kennen. . . . Wir haben die Karikatur des parlamentarischen Regimes. Sollen wir die Substanz desselben besitzen, dann ist es notwendig, daß die Parlamente den sozialen Bedürfnissen entsprechen, welche die Quellen des nationalen Lebens selbst sind. Die repräsentative Regierungsform ist die Erbin aller jener Kräfte, welche die alten politischen Einrichtungen an zahlreiche Korporationen verteilten. Wenn sie sich allein auf die Masse stützt, ist sie ihrer historischen Mission untreu. . ."

„Wenn alle Bürger eines Landes in solcher Weise eingeteilt sind und ihre Rechte in ihren respektiven Kategorien ausüben, dann ist es das allgemeine Stimmrecht, weil jedermann stimmt, aber das allgemeine Stimmrecht ohne die gewaltsamen Sprünge, welchen es, wenn es keinen Stützpunkt hat, unterworfen ist, ohne die Ungerechtigkeit, die aus der Gleichwertigkeit der Stimmen folgt, ohne den Druck, womit die Souveränität der Zahl, indem sie alle Eigenart zerstört und alle Stirnen beugt, die freien Geister niederdrückt. Man bewilligt jedem Wahlkollegium eine Anzahl von Abgeordneten, die nicht zur numerischen, sondern zur sozialen Bedeutung des Kollegiums im Verhältnis steht."

Was wird also durch die Umbildung der Parlamente in korporativem Geiste erzielt werden?

1. Indem jede Berufsgruppe ihre verhältnismäßige Vertretung bekommt, wird es sich vermeiden lassen, daß eine einzelne derartige Gruppe durch die Zufälligkeiten des parlamentarischen Lebens eine übermäßige, ungerechte und der Gesellschaft schädliche Übermacht erhält.

2. Es wird um Realitäten, nicht um abstrakte und einseitige Parteidogmen gekämpft und dadurch viele Kraftvergeudung vermieden werden.

3. Die inhaltleeren Phrasen werden viel von ihrer Suggestivkraft einbüßen, wenn die nach ihren Erwerbsinteressen organisierten Wähler das Ziel der Politik ihrer Interessengruppe überblicken können. Das „soziale Raubsystem" wird dadurch erheblich erschwert.

4. Die Berufspolitiker werden jedenfalls zum großen Teile von Sachverständigen verdrängt werden, indem die auf ihr materielles Wohl bedachten Interessengruppen Männer aus ihren eigenen Reihen als Kandidaten aufstellen werden. Wenn auch innerhalb dieser oder jener Interessengruppe mehrere Parteien vorhanden sind, wird ein Fachmann aus dem Berufsgebiet gewählt werden, gleichgültig ob die eine oder die andere Partei siegt.

Dazu kommt weiter, daß die am heißesten umstrittenen Wahlfragen durch eine solche Ordnung von selbst verschwinden werden. Soll das Stimmrecht allgemein oder begrenzt sein? Auf der einen Seite wird behauptet, daß unter einer Verfassung, die allen dem Staate gegenüber gleiche Pflichten auferlegt, alle auch gleiche Rechte besitzen müssen; auf der anderen Seite hebt man hervor, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht der breiten Arbeiterbevölkerung, die durch gemeinsame Interessen verbunden ist und deshalb zusammenhält, ein Übergewicht geben müsse, das ungerecht und schädlich sei, weil die soziale Bedeutung des Arbeiterstandes seiner numerischen Stärke nicht entspreche. Die Anhänger des allgemeinen gleichen Wahlrechts haben ohne Zweifel die Logik auf ihrer Seite; das allgemeine gleiche Wahlrecht ist die Konsequenz der Demokratie, der Volkssouveränitätstheorie. Wenn man aus Gründen der Opportunität den breitesten Schichten ihr Wahlrecht ganz oder teilweise vorenthält, muß man wissen, daß man unlogisch handelt, und

weil die Logik der Dinge auf die Dauer siegen muß, wird das Verlangen nach allgemeinem Stimmrecht sich früher oder später durchsetzen, sofern der Standpunkt der Volkssouveränität aufrechterhalten wird. Wenn die Durchführung der natürlichen Konsequenz der Volkssouveränität zu einer ausgesprochenen, Staat und Gesellschaft ruinierenden Proletarierherrschaft führt, dann muß der Fehler im System liegen. Man hat A gesagt, sträubt sich aber dagegen B zu sagen, weil man sieht, was sich daraus ergeben wird. Also verfällt man auf allerlei Begrenzungen: durch Pluralwahlrecht, Klassenwahlrecht, indirekte Wahlen und andere sinnreiche Mittel verschafft man dem Besitz, der Bildung, dem festen Wohnsitz usw. ein Übergewicht, dessen künstlicher Charakter schon daraus erhellt, daß es ganz willkürlich ist, wo man die Grenzen zieht. Soll ein Mann mit einem jährlichen Einkommen von 4000 Mark zwei Stimmen haben, oder sollen erst 5000 Mark dazu berechtigen? Soll ein Mann ein oder zwei Jahre in demselben Wahlkreise gewohnt haben, um das Stimmrecht zu erlangen? Es ist augenscheinlich, daß alle Grenzen zufällig sind, und daß es auf dem Gutdünken der Gesetzgeber beruht, wer infolge der Paragraphen des Wahlgesetzes ausgeschlossen und wer mitgenommen werden soll, wer eine Stimme haben soll und wer zwei, drei oder vier. Daß weder Besitz noch Examina an und für sich dem Inhaber größere politische Einsicht verleihen, ist oft genug hervorgehoben worden. So sicher es aber ist, daß wirkliche Kriterien dafür, wer die für die Stimmabgabe wünschenswerte politische Einsicht besitzt, sich nicht finden lassen, und daß alle künstlichen Grenzen nur im Dienste der Klassenpolitik wirken, ebenso sicher ist es, daß alle derartigen Grenzen gegen das Prinzip der Volkssouveränität verstoßen.*) Bei dem Berufsgruppen-System fällt

*) Die Frage nach der Altersgrenze für das Erlangen des Stimmrechts fällt außerhalb dieser Betrachtung; eine Altersgrenze muß ja doch bei jedem Repräsentationssystem festgesetzt werden, und diese muß infolge der Natur der Dinge immer willkürlich sein.

dagegen die ganze Streitfrage weg. Einerseits leuchtet es nämlich ein, daß es jeder Partei nur zum Vorteil geraten kann, wenn alle Stimmen des Berufes ohne Unterschied gesammelt werden, andererseits wird ein korrektes Abwägen der Stellung und Bedeutung der verschiedenen Berufe im Staat und in der Gesellschaft nur dadurch möglich, daß alle Stimmen mitgerechnet werden. Während die Erfüllung der logischen Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes unter der Volkssouveränität zu einer für die Gesellschaft gefährlichen Unterklassenherrschaft führen kann, wird unter dem System der Berufsgruppen-Repräsentation das Abwägen der Werte erst dadurch vollkommen werden, daß das Stimmrecht auf alle in der Gesellschaft tätigen Individuen ausgedehnt wird. Hier stimmen Logik und sozialer Nutzen überein, was nochmals zeigt, daß die korporative Repräsentationsmethode nicht nur historisch, sondern auch die natürlichste von allen bekannten Repräsentationsmethoden ist.

Die hier ausgeführte Argumentation wird mit derselben Sicherheit auf ein anderes aktuelles Problem, das des Frauenstimmrechtes, angewandt werden können. Hat man eine Berufsvertretung, dann folgt es von selbst, daß jede erwerbstätige Frau dasselbe Anrecht darauf hat, in ihrer Gruppe zu stimmen, wie ihre männlichen Kollegen, und ihr Mitwirken wird von so einleuchtender Bedeutung für die Gruppe sein, daß kaum ein Protest sich dagegen erheben würde.*)

---

*) Schwieriger steht die Sache um die Männer und Frauen, die keinen Beruf haben. Die Ehefrau kann in so vielfacher Weise für die Berufstätigkeit ihres Mannes Bedeutung haben, daß es vielleicht berechtigt wäre, die nichterwerbstätige verheiratete Frau in der Gruppe ihres Mannes stimmen zu lassen. Daß alte Leute, die sich von den Geschäften zurückgezogen haben, der Berufsgruppe, in welcher sie früher standen, auch fernerhin zugerechnet würden, könnte als billig angesehen werden. Die Gruppe der „freien Berufe" könnte durch eine liberale Auslegung des Wortes „Beruf" dahin erweitert werden, daß

Ein Einwand wird immer gegen das korporative System erhoben. Trägt die Politik schon jetzt das Gepräge eines groben Materialismus; dann würde dies erst recht der Fall sein, wenn jedes ideelle Moment wegfiele und der Kampf sich ausschließlich um materielle Interessen drehte. Hierauf könnte erwidert werden: Der Glaube an die Bedeutung der ideellen Momente in der modernen demokratischen Politik beruht zum weit überwiegenden Teile auf einer durch Wortsuggestion hervorgerufenen Illusion. Indem die ideellen Werte zu Parteizwecken ausgenützt werden, hören sie in Wirklichkeit auf, ideell zu sein, und wenn sie dazu noch von den Berufspolitikern in ihrem persönlichen Interesse verwertet werden sollen, dann wird der Glaube an ihre Existenz vielleicht sogar zum Schaden gereichen, weil er dem Staatsbürger ein falsches Sicherheitsgefühl gibt. Glaubt wirklich jemand, daß die nationalen Interessen in den Händen der Partei- und Berufspolitiker sicherer seien als in den Händen jener Erwerbsvertreter, die doch möglicherweise das Verständnis davon haben, daß das Gedeihen des Berufes von dem der Nation bis zu einem gewissen Grad abhängig ist? oder daß z. B. die Interessen der Volksaufklärung von Parteimännern besser wahrgenommen werden würden als von Erwerbsvertretern, die aus eigener Erfahrung wissen, was Aufklärung und Fachkenntnisse für das Erwerbsleben bedeuten?

Die Korporation hat mit der Familie einerseits, mit der

---

sie auch solche unbemittelte Leute umfaßte, die ohne einen eigentlichen Beruf zu haben z. B. durch philanthropische Tätigkeit ihr soziales Interesse an den Tag legen. Die Gruppe der freien Berufe würde immer im Verhältnis zu ihrer gesellschaftlichen Bedeutung so klein sein, daß sie auf allen Zuwachs, den sie mit einiger Billigkeit erlangen könnte, einen Anspruch haben müßte. Ganz ohne Stimmrecht wären dann nur die Individuen, welche der Gesellschaft durch keine Art von positiver Arbeit dienen, und sie würden auch mit keinem Rechte verlangen können, in der Politik ihren Einfluß geltend zu machen.

Nation andererseits gemein, daß sie eine natürliche Gruppierung ist, im Gegensatz zur Partei, die eine künstliche Gemeinschaft ist. Der korporative Geist ist deshalb an sich soziabler, ideeller, wenn man es so nennen will, als der Parteigeist. Die soziale Ethik hat die Aufgabe, die idellen Forderungen aufzustellen und für sie eine öffentliche Meinung zu schaffen, so daß diese sie reguliert und die Politik dazu nötigt, sich mit ihnen zu beschäftigen, indem sie, die soziale Ethik, andeutet, in welcher Richtung die Lösung dieser Fragen gesucht werden soll. Wo die soziale Ethik in dieser Weise selbständig, aber mit der Politik Hand in Hand wie eine alliierte Macht mit der anderen auftritt, da geht der Fortschritt schneller vor sich als da, wo die soziale Ethik von einer allbeherrschenden Politik verschlungen wird. Es ist kein Zufall, daß Preußen trotz des drückenden Übergewichts einer einzelnen Erwerbsklasse, auf der Bahn der sozialen Reformen weiter fortgeschritten ist als das gelobte Land der „Politiker", Frankreich.

Wenn gewisse Berufe schon jetzt das politische Leben beherrschen, wird es auch noch für das Verlangen nach Gerechtigkeit eine Genugtuung bedeuten, daß sie alle ihre Vertretung bekommen und unter gleichen Bedingungen kämpfen können. Wenn Ordnung an die Stelle der Willkür tritt, wenn die Sachkenntnis etwas mehr Spielraum bekommt und der Schwindel in entsprechendem Maße Terrain verliert, wenn im ganzen die Qualität des Personals der Volksvertretung verbessert wird, so kann dies alles der politischen Moral nur förderlich sein. Und gerade der Umstand, daß die Brutalität des materiellen Interessenkampfes sich nicht länger hinter heuchlerischen Phrasen von Gemeinwohl und Idealität verbergen läßt, wird es der öffentlichen Meinung erleichtern, ihren Standpunkt einzunehmen und ihren Einfluß auszuüben. Dieselben Imponderabilien, die in der zwischenstaatlichen Politik auf die Milderung der Gegensätze einwirken, werden in der innerstaatlichen Po-

litik Wirkungsmöglichkeiten erfahren, wenn diese sich innerhalb klarer Linien bewegt.*)

Ein Gegengewicht gegen die Einseitigkeit der Berufsinteressen könnte durch eine besondere Vertretung der verbindenden Kräfte der Nation, der gemeinsamen Interessen der Nation nach außen, erzielt werden, z. B. durch eine erste Kammer, die auf territorialer Grundlage gewählt worden wäre, nicht nach einer zufälligen Kreiseinteilung, sondern nach der natürlichen, historisch-geographischen Einteilung des Landes (Provinzen, Departements usw.). Man würde somit Land und Volk durch eine Einteilung in zwei Dimensionen, sozusagen kreuz und quer, vertreten sehen. Das Referendum würde endlich eine gewisse Garantie gegen die unausbleiblichen Mißbräuche von seiten der Politiker bieten.

Jedesmal, wenn der Gedanke einer korporativen Volksvertretung dargelegt worden ist, haben die Anhänger des Parlamentarismus ihn als praktisch undurchführbar abgelehnt. Eine plausible Begründung dieser Undurchführbarkeit habe ich nirgends gesehen. Sollte die Schwierigkeit nicht vielleicht darin stecken, daß diejenigen, welche sich bis an die Krippe vorgedrängt haben oder hoffen, daß die Reihe einmal an sie kommen wird, nicht freiwillig weichen wollen? Führt aber die natürliche Entwickelung in die Richtung auf eine Berufsgruppen-Vertretung hin, dann wird diese trotz der Politiker erreicht werden. Wenn erst die alten Götter sich vollends in Mißkredit gebracht haben, wird der Weg für die neuen offen liegen.

*) Ich habe den Gedanken von einer Berufsgruppenvertretung zuerst in einem dänischen Zeitschriftenartikel im Jahre 1910 befürwortet und daselbst ausgesprochen, daß in Deutschland die Berufsgruppen schon, wenn nicht fertig ausgebildet, doch jedenfalls in der Bildung begriffen waren. Fast gleichzeitig ist derselbe Gedanke gerade in Deutschland von den verschiedensten Seiten aufgetaucht (namentlich in mehreren Artikeln von Karl Jentsch und J. Unold, vgl. Hermann Schnell-München in der Münchener Allgemeinen Zeitung 15. und 22. April 1911).

Viertes Kapitel.

Soziale Ethik.

La souveraine habileté consiste à bien connaître le prix des choses. La Rochefoucauld.

Individualismus und Kollektivismus. Sozialität und Soziabilität. Zivilisation und Kultur.

Die menschliche Gemeinschaft ist aus dem Dualismus zwischen Raubtrieb und Gesellschaftstrieb, zwischen Krieg und Assoziation hervorgegangen. Diesem Dualismus entspricht bis zu einem gewissen Grade der Gegensatz zwischen Politik und Ethik. Wie aber die Moralauffassung keiner Periode sich ganz dem Einfluß der politischen Lebensanschauung der Zeit entziehen konnte, ebenso hat die Politik fortwährend Beeinflussungen seitens der Ethik erlitten. Die Gewalt hat das moralische Recht in ihren Dienst nehmen müssen, um ihr Bestehen zu sichern, und allmählich hat sich die Domäne des Rechts erweitert. Wie platonisch die Beziehungen der Gewalt zur Moral auch sein mögen, so operiert die Politik doch immer — wenn es auch vielleicht nur um des Scheines willen geschieht — mit dem moralischen Rechtsbegriffe. Die ganze Entwickelung des Menschengeschlechts beruht auf dieser Wechselwirkung zwischen Politik und Ethik und auf dem Emporwachsen der letzteren auf Kosten der ersteren.

Die soziale Ethik hat hier eine Riesenaufgabe zu lösen: die Umbildung der Politik, der offiziellen Massenmoral, nach dem Muster der individuellen Moral. Ein gewisses Resultat hat sie

doch schon aufzuweisen. Das haben wir auf dem zwischenstaatlichen Gebiete gesehen, das gilt aber auch auf dem innerstaatlichen. In den Kulturländern richtet man nicht mehr einen politischen Gegner hin, sperrt ihn auch nicht in eine Bastille. Dies ist nicht so zu erklären, als wären die Parteien in ihrer Herrschaft auch nur ein bißchen weniger tyrannisch als die absoluten Herrscher früherer Zeiten, sondern es kommt daher, daß das Rechtsbewußtsein im Laufe der Zeiten stärker geworden ist. Die soziale Ethik hat gewisse Außenwerke der Politik erobert. Auch in innerstaatlichen Verhältnissen wirkt ja die öffentliche Meinung als Mauerbrecher. Alle Beobachtungen und Erwägungen, alle Ergebnisse des Denkens und Forschens werden in unseren Tagen, durchsiebt und popularisiert, durch Bücher und Zeitungen über die Welt verbreitet. Verstümmelte Bruchstücke, losgerissene Brocken werden durch die täglichen Gespräche fortgepflanzt. Dieser ganze, unendlich fein verteilte Stoff lagert sich allmählich ab, und so fügt sich Schicht auf Schicht zur Bildung der öffentlichen Meinung. Die Suggestion des Neuen mag sowohl lächerliche wie schädliche Moderichtungen schaffen, so führen z. B. die humanitären Ideen leicht zu einer die Moral erschlaffenden, weichlichen Pädagogik und zu einer übertriebenen Verbrecherfreundlichkeit, welche den Rechtsschutz der friedlichen und rechtschaffenen Bürger beeinträchtigt und das Rechtsbewußtsein gewissermaßen verpfuscht; das sind aber nur die Auswüchse der öffentlichen Meinung. Diese wirkt sprungweise und schwingt launenhaft zwischen verschiedenen Suggestionen hin und her; betrachtet man aber ihr Wirken im großen und für einen längeren Zeitraum, dann wird ihre Rolle als Vermittler zwischen Individual- und Massenmoral offenbar.

Dabei hat die Pressesuggestion ihre ungeheure Bedeutung. Durchgängig läßt es sich wohl nicht behaupten, daß die Presse ihre Aufgabe darin sieht, die öffentliche Meinung zu leiten.

Sie hat zunächst zwei Hauptziele: die unersättliche Neugierde der Massen zu befriedigen und im Dienste einer Partei oder einer Sekte zu wirken, und zwar letzteres teils durch direkte Agitation, teils indem sie neutrale Ereignisse und Verhältnisse in einseitiger und schiefer Parteibeleuchtung darstellt. Sie muß aber zu gleicher Zeit, um ihr Publikum festzuhalten, mit der öffentlichen Meinung Fühlung haben und ihre Tendenz dieser anpassen, wodurch sie wieder dazu beiträgt, die öffentliche Meinung zu befestigen und universeller zu gestalten. Somit ist die Tagespresse, trotz ihres Handlangerdienstes für die Parteien, doch ein mächtiges Mittel zur Bildung der öffentlichen Meinung. Andererseits ist es ein bedeutungsvolles Zeugnis von dem Fortschritt in der sozialen Ethik, daß keine Regierung und keine herrschende Partei in irgendeinem Kulturstaat den Versuch gewagt hat, die Presse permanent zu unterdrücken. Ein Ausrottungskrieg gegen die Redefreiheit wird nunmehr schwerlich möglich sein.

Die soziale Ethik hat zunächst zur Frage Individualismus contra Kollektivismus ihren Standpunkt zu nehmen. Hier liegt das fundamentale soziale Problem. Der Individualismus läßt den einzelnen seine Aufgabe in sich selbst suchen. Jedermann muß danach streben, das möglichst große Maß von Freiheit, Macht und Besitz zu erwerben, oder jedenfalls ein solches Quantum von diesen Lebensgütern, welches seine individuelle Natur ihm als die Bedingung für die Erlangung eines möglichst großen Glücksgefühls vorschreibt. Die Welt des Individuums wird sein Ich. Der Staat soll nur im Interesse der Individuen selbst seinen respektiven Machtsphären die nötige Begrenzung geben; er wird zur Rolle eines Schutzmannes herabgedrückt. Und die Gesellschaft, der Inbegriff der freien Assoziationen zwischen den Menschen, verflüchtigt sich für die individualistische Betrachtung. Zu seinen äußersten Konsequenzen getrieben wird der Individualismus teils zum Anarchismus, teils zur Theo-

rie vom Übermenschen, die jedoch auch eine Form des Anarchismus ist. In seinen weniger übertriebenen Formen äußert sich der Individualismus als ein sentimentaler Kultus des Ichs. Er schafft eine, volkspädagogisch betrachtet, schädliche Ehrfurcht vor törichten Idiosynkrasien; private Sonderbarkeiten werden als Tiefe und Geistesvornehmheit betrachtet, und jedes Individuum ist anmaßend genug, sich als eine Individualität anzusehen. Die individualistische Geistesrichtung findet ihren Ausdruck in einer leeren, lärmenden Lyrik, l'art pour l'art, einem Götzendienste der Worte, worin der Unterschied zwischen den schaffenden Persönlichkeiten, die Gedanken erzeugen, und den Phrasenhelden, die nur die Gedanken anderer breittreten, verschwindet.

Der Kollektivismus sieht seinerseits das Individuum nur als einen Teil des Ganzen an. Während die antike Weltauffassung in ihrem Wesen kollektivistisch war, ist der moderne Kollektivismus dadurch entstanden, daß der Individualismus in sein Gegenteil umgeschlagen ist. Um allen ein passendes Quantum der Lebensgüter zu sichern, müssen der Bewegungsfreiheit des einzelnen die engsten Grenzen gezogen werden. Damit der eine den anderen nicht beneide, sollen die Lebensgüter solchermaßen verteilt werden, daß jedermann seinen Lohn nach Verdienst — nach mathematisch genauer Berechnung — bekommt; und da ja der Schwache und der Schwachbegabte, welche weniger produzieren als der Starke und der Begabte, an ihrer Minderwertigkeit selbst keine Schuld haben, wird das Verdienst in Wirklichkeit gleich, weshalb auch der Lohn gleich sein soll. So gelangt man über den Sozialismus hinaus bis zur extremen Form des Kollektivismus, zum Kommunismus. Der Staat wird der große Regulator, wird eine Maschine, die Arbeit und Lohn automatisch verteilt. Diese Richtung ist nicht lyrisch, sie ist dagegen einseitig materialistisch, sie führt konsequent dazu, in ihrer Psychologie nur mit Hunger

und Geschlechtstrieb zu operieren; sie hat aber mit ihrem Antipoden, dem Individualismus, die Neigung gemein, die freien Assoziationen der Gesellschaft außer acht zu lassen. Die freien Assoziationen passen nicht in den Mechanismus der Staatsordnung hinein. Der Kollektivismus vergißt, daß eine Maschine immer genau dasselbe Produkt ohne Variation und deshalb ohne Verbesserung liefert, daß nur die private Initiative das Neue erschaffen kann, und daß aller Fortschritt der Ungleichheit zu verdanken ist. Er vergißt endlich die Geisteswerte, die sich nicht in derselben Weise wie die materielle Arbeit und die materiellen Genüsse regulieren lassen; sie sind es nichtsdestoweniger, welche die Welt bewegen. Der Individualismus beruht auf einer Utopie, nämlich dem isolierten Individuum, der in der Welt nicht vorkommt; der Kollektivismus beruht auf einer anderen Utopie, auf der Gleichheit, die in der Welt auch nicht vorkommt, und die sich — glücklicherweise — niemals erzwingen läßt.

Jeder Teil hat sich an der halben Wahrheit blind gesehen. Natürlich existiert die Gesellschaft (in weitestem Sinne, einschließlich des Staates) nur um der Individuen willen, denn ohne Individuen wäre überhaupt keine Gesellschaft da, sie existiert aber nicht um des einzelnen Individuums willen. Das Individuum seinerseits existiert nicht nur um seiner, sondern auch um der anderen Individuen, d. h. um der Gesellschaft willen. Der Mensch ist ja nämlich — darüber sind wohl heute alle einig — ein geselliges Tier. Neben dem Selbsterhaltungstrieb ist es das Geselligkeitsgefühl, welches zur Arbeit antreibt. Die Plackerei des Sisyphus und der Danaïden ist gerade deswegen so raffiniert infernalisch, weil sie keine Werte hervorbringt. Wenn den Gefangenen, welche in den asiatischen Tretmühlen tagaus tagein mühsam ein Rad drehen, das mit keiner Maschine in Verbindung steht, angeboten würde, statt dessen ein anderes Rad, das z. B. Korn mahlte, zu drehen, würde kein

einziger das Angebot zurückweisen. Das Raffinement der Strafe liegt in dem deprimierenden Gefühl, welches mit der Ausführung einer Arbeit, die keine Werte hervorbringt, verbunden ist. Und unter Werten sind hier soziale Werte zu verstehen. Wüßte ein Künstler im voraus, daß das Kunstwerk, woran er arbeitete, sobald es fertig wäre, vernichtet werden sollte, ohne daß irgendein anderer es zu sehen bekäme, würde er die Lust an der Arbeit verlieren. Das Kunstwerk hätte vielleicht für ihn selbst, für seine Entwickelung als Künstler Bedeutung, aber es würde für die Gesellschaft keinen Wert besitzen, und das ist das entscheidende Moment. Die Eitelkeit, die uns so oft bei schaffenden Individuen begegnet, ist nichts anderes als ein — vielleicht mehr oder weniger übertriebenes — Bewußtsein der eigenen Fähigkeit, soziale Werte hervorzubringen.

Es leuchtet ein, daß das Individuum der Gesellschaft um so größere Werte bieten kann, je größere Entwickelungsmöglichkeiten die Gesellschaft dem Individuum bietet. Der Wissenschaft, Kunst und Literatur müssen Freiheit und ein gewisser Spielraum gewährt sein, damit sie gedeihen können. Derjenige, dessen tägliche Arbeit nur darin besteht, mit einem Hammer auf einen Amboß zu schlagen, vermag diese Arbeit befriedigend auszuführen, wenn er nur ein Dach über dem Haupte hat und seinen Hunger und seinen Geschlechtstrieb stillen kann. Kann die Gesellschaft ihm überdies eine gesicherte Zukunft und einen gewissen Fonds von gemeinnützigem Wissen verschaffen, wird dies wieder der Gesellschaft zunutze kommen, indem der Mann dadurch in den Stand gesetzt wird, seine Kinder besser zu erziehen und vielleicht noch auf seinen Umgangskreis einen erzieherischen Einfluß zu üben. Großhändler und Industrielle haben weitergehende Ansprüche; der die Nerven aufpeitschende Einfluß der Verantwortlichkeit und des Risikos fordert ein Gegengewicht, ganz nach der Natur des einzelnen: Reisen oder ein gewisses ästhetisches Milieu im Hause

usw. Bei den Geistesarbeitern endlich sind die Ansprüche auf die Teilnahme an den Lebensgütern stärker individualisiert, weil zur Ausführung einer wertvollen Geistesarbeit eine wirkliche Individualität erforderlich ist. Selbstverständlich muß die soziale Ethik den Ansprüchen, welche das Individuum kraft der Art und des Wertes seiner Arbeit zü erheben sich berechtigt glaubt, bestimmte Grenzen ziehen. Sollte der einzelne selbst allein diese Grenzen ziehen, würden die Ansprüche in den weitaus meisten Fällen ungeheuerlich gesteigert werden; er würde nicht unterscheiden können, was für seine Leistungsfähigkeit wirklich von Bedeutung wäre, und welchen Dingen er, von seiner Begierde angespornt, illusorisch eine solche Bedeutung zuschriebe. Die Frage nach der rechten Verteilung der Lebensgüter — wobei man nicht nur an die rein materiellen Güter, sondern auch an Macht und Autorität denken muß — wird immer brennender werden. Zu ihrer Lösung müssen Nationalökonomie, soziale Ethik und individuelle Ethik einander in die Hände arbeiten, und das Ziel muß sein, ein logisches Verhältnis zwischen dem sozialen Wert der Arbeit und der freien Verfügung des Arbeiters über die Lebensgüter herbeizuführen: jedes Individuum darf über ein solches Quantum von Lebensgütern verfügen, wie er durch persönliche Arbeit in soziale Werte umzusetzen vermag, und auch nur über ein solches. Selbstverständlich ist dies Ziel für eine unübersehbare Zeit und vielleicht für alle Zeiten utopisch, man stellt aber auch nicht deshalb Ideale auf, weil man glaubt, daß sie sich in vollem Maße realisieren lassen, sondern um die Richtung anzugeben, in welcher die Bestrebungen sich bewegen sollen. Ist das Ideal unerreichbar, so kann man ihm doch vielleicht um einen oder zwei Schritte näher kommen.

Wege und Mittel sind für alle sozialen Reformen dieselben. Die öffentliche Meinung wird nach und nach vorbereitet, so daß die neuen Ideen immer größeren Massen ins Blut über-

gehen. Zuletzt ist die Phalanx, die hinter den Reformforderungen steht, groß genug geworden, um die Politik zu zwingen, sich mit ihnen zu beschäftigen. Nicht alles Neue, das die Massen in Begeisterung versetzt, ist gut und richtig, denn die Suggestion läßt sich zu allem gebrauchen. Große Fehler und verhängnisvolle Irrungen werden auf dem sozialen wie auf dem politischen Gebiete begangen, aber die Gesellschaft hat ein langes Leben und Zeit dazu, das Verkehrte zu korrigieren, wenn die Schädlichkeit der Konsequenzen zu sehr in die Augen springt. Die Gesellschaft lernt aus ihren Fehlern, mag auch das Lehrgeld teuer sein. Hauptsache ist, daß Individualismus und Kollektivismus als einigermaßen ebenbürtige Strömungen, die einander das Gleichgewicht halten können, fortbestehen.

Die soziale Ethik ist doch mehr als ein bloßes Treibhaus für Gedanken, die zur Umpflanzung in die Politik reif werden sollen. Sie umfaßt nicht nur die Sozialität, mit welchem Worte ich das Streben nach verbesserten sozialen Zuständen bezeichnen möchte, sondern auch die Soziabilität, die Entwickelung menschlicher Geselligkeit und menschlichen Gesellschaftsgefühls. Auch auf diesem letzteren Gebiete sind ja die Massen hinter den Individuen zurückgeblieben. Die Vermutung, daß ein Staat bei irgendeiner Gelegenheit aus rein menschlichem Wohlwollen einem Nachbarstaate umsonst Beistand geleistet hätte, wäre eine Beleidigung der leitenden Politiker des genannten Staates, während die Insinuation, daß diese leitenden Politiker den Nachbarstaat schön hinters Licht geführt hätten, trotz entrüsteter offizieller Dementis eher als ein Kompliment für ihre Intelligenz aufgefaßt werden würde. Die Zeitungspolemik zwischen Ländern und Völkern ähnelt in ihrem naiv selbstverherrlichenden, großsprecherischen Invektivstil den Zänkereien unerzogener Buben. Und so geringen Kurs die Soziabilität in der zwischenstaatlichen Massenmoral hat, so geringen hat sie auch in der innerstaatlichen. Eine poli-

tische Partei würde es als den Gipfel der Lächerlichkeit betrachten, wenn man von ihr einen Dienst erwartete, ohne volle Valuta dafür zu bezahlen. Der kleinlichste Kuhhandel ist in der Politik gute Geschäftsmoral. Die öffentliche Meinung steht hier wieder vermittelnd zwischen offizieller Massenmoral und individueller Moral. Die öffentliche Meinung einer Nation kann mit Begeisterung einer anderen Nation zujubeln, ohne daß eine Berechnung hinter dem Jubel steckt. Die Begeisterung mag weniger wohlbegründet sein, die Hauptsache in dieser Beziehung ist aber, daß bei allen Verbrüderungsfeierlichkeiten, wenn man die Hurrasuggestion eliminiert, ein kleiner Kern echter Soziabilität zurückbleibt. Schwieriger ist es freilich, den soziabilisierenden Einfluß der öffentlichen Meinung bei den Parteien nachzuweisen; doch wird er wohl auch da nicht ganz fehlen, wenn er sich auch noch so sehr verborgen hält.

Die Soziabilität ist der Keim aller Entwickelung der Massenmoral. Jede Kultur ist somit in ihrem Wesen soziabel. Ist ja doch die Kultur nichts anderes als das moralische Wachstum der Massen, der fortschreitende Sieg der Assoziationen über den Krieg. Durch Literatur, Kunst und Wissenschaft strebt das in einer Nation individualisierte Volk, sich selbst kennen zu lernen, die verbindenden Elemente in sich selbst zu finden. Indem auch die geistigen Werte anderer Völker den Massen zugänglich gemacht werden, erweitert sich ihr Horizont allmählich zu einer Ahnung von dem allgemein menschlichen, wobei für die Soziabilität immer neues Land gewonnen wird.

Wie die Kultur sich bei den einzelnen Völkern verschieden gestaltet, ebenso gestaltet sie sich verschieden in den einzelnen Zeitperioden. Wir haben nicht nur mit nationalen Kulturen zu tun, sondern die Kulturen eines Zeitalters sammeln sich trotz der lokalen Abweichungen zu einer größeren temporären Einheit, die man „Stil" nennt. Der Stil ist der äußere Ausdruck des geistigen Lebens eines Zeitalters, er ist das Einheitszeichen

der Zeit. Im Stile begegnen sich die verwandten Momente der verschiedenen Geistesrichtungen, die Kräfte halten sich das Gleichgewicht. Der Stil ist Ruhe und Harmonie. Daraus erklärt sich der beruhigende und erhebende Eindruck, den jedes stilreine Kunstwerk in dem verständnisvollen Beobachter hervorruft.

Eigentümlich für unsere Zeit ist es, daß kein Stil vorhanden ist. In der Architektur hörte mit dem sterbenden Empire alle spontane Stilbildung auf. Die Möbelkunst brachte wohl noch eine Art Epigonenstil, den Stil der vierziger Jahre, hervor, eine Wiedergeburt des Rokoko mit bürgerlichem Zuschnitt. Als aber der Stil der vierziger Jahre ausebbte, kam nichts an seine Stelle. In der Musik, in der bildenden Kunst, in der Literatur wurden viele interessante Einzelpersönlichkeiten hervorgebracht, aber kein Stil — nur „Schulen" und „Richtungen". Das war in Wirklichkeit etwas Neues in der Geschichte. Europa hat wohl kaum früher in der geschichtlichen Zeit so ganz jeden Stiles entbehrt wie von der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts an bis zum heutigen Tag. In den allerletzten Jahren hat man freilich in der Dekoration und im Kunstgewerbe Andeutungen einer Art „Eisenstil" gesehen, der in seiner kalten, brutalen Prunklosigkeit recht wohl als Ausdruck unseres Maschinenzeitalters gelten könnte; doch kann man heute noch nicht sagen, ob er über das Versuchsstadium hinauskommen wird.

Die Vorbedingung für die Ausbildung eines Stils ist, daß etwas Gemeinsames vorhanden ist, ein Hauptnenner für die verschiedenen Gedankenrichtungen, eine Einheit, die den Erzeugnissen der Kunst und Literatur, der Einrichtung des Heims, dem gesellschaftlichen Leben, der Weltauffassung und Lebensbetrachtung der Zeit ihr Gepräge aufdrücken kann. Der Stil ist der Ausdruck des Gesammelten und Geschlossenen im Volksbewußtsein. Und gerade dieser Charakterzug fehlt in so eminentem Grade unserer Zeit. Die der modernen Geistesart ent-

sprechende Volkssouveränitätstheorie hat das gesellschaftliche Leben in lauter Einheiten zersplittert. Ein atomistisches und anarchisches Zeitalter muß stillos sein. Das abnorm forzierte Zivilisationsleben unserer Zeit mit seiner nervenzerrüttenden Eile und mit der unendlichen Menge seiner verschiedenartigen, immer wechselnden, aufdringlichen, disharmonischen Eindrücke hat dazu beigetragen, das Gefühl des Harmonischen abzustumpfen und die Menschen unfähig zu machen, sich von einem einzigen, konsequenten, einheitlich ausgeprägten Kulturgeiste durchdringen zu lassen.

Ist die Kultur für die Massen dasselbe wie die ethische Entwickelung für die Individuen, so entspricht die Zivilisation, die Vervollkommnung der Technik, der Fortschritt in der Beherrschung der Natur, der intellektuellen und professionellen Vervollkommnung der Individuen. Die Zivilisation ist an und für sich nicht Kultur, sondern nur ein Mittel der Kultur. Elektrisches Licht, Automobile und Aeroplane haben weiter nichts mit der Kultur zu tun, als daß sie einerseits die Ergebnisse eines Kulturfaktors, der Wissenschaft, sind, andererseits wie alles, was die Mechanik der Lebensführung simplifiziert und die Verbindung zwischen den Menschen fördert, in den Dienst der Kultur genommen werden können. Oft wirkt jedoch die Zivilisation zunächst mehr trennend als verbindend, indem sie ein Luxusbedürfnis erzeugt, das wieder den Raubtrieb in Bewegung setzt. Hiervon kommt die sonderbare Doppelnatur her, welche der ausgesprochen zivilisatorischen Periode des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts eigentümlich ist. Der Fortschritt selbst, der die Entwickelung der Ethik der Massen fördert, übt zu gleicher Zeit einen hemmenden Einfluß aus, indem er die Mittel zur Macht und zum Genuß vermehrt. Der Raubtrieb und die Soziabilität stehen hier mit größter Schroffheit einander gegenüber.

Für den, der inmitten dieses modernen Chaos lebt, gilt es,

den Kopf klar zu halten und sich von der Kulturfeindschaft, die aus Konträrsuggestion erzeugt und von den „Realpolitikern“ genährt wird, nicht beirren zu lassen. Das ganze Gerede von „Überkultur“ muß auf seinen wirklichen Gehalt zurückgeführt werden. Man sieht eine Nation verfallen und ihre Kultur krankhafte Formen annehmen, und man schließt daraus, daß die Kultur die Nation zugrunde gerichtet hat. Ist aber diese Schlußfolgerung nun auch berechtigt? Wäre es nicht denkbar, daß die Kultur deshalb krankhafte Formen angenommen hatte, weil das Volk aus anderen Gründen in Verfall geraten war? Wäre es nicht vielleicht ein natürlicher Gedanke, daß die Nationen ebenso wie die Individuen ihre Lebensdauer hätten, eine Lebensdauer, die wohl, wie das Beispiel der Chinesen zeigt, sehr lang sein könnte, die aber doch ihre Grenzen hätte? Daß Nationen und Staaten aufwüchsen, in ihren besten Jahren Kultur annähmen und produzierten, um später zu altern und abzusterben? Der Tod wäre dann keine Folge der Kultur, sondern die Ordnung der Natur, der selbst die Kultur zu widerstehen nicht vermöchte. Und verhält es sich so, dann werden keine Heilmittel helfen können. Ein Greis wird nicht durch Entkultivierung wieder jung. Die letzte und äußerste Konsequenz des Daseinskampfes ist die Resignation. Allein die Nation, die, nachdem sie ihre Kulturarbeit erfüllt hat, abstirbt, hat nicht vergebens gelebt und verdient nicht von der Geschichte geschmäht zu werden. Jüngere Kräfte werden das Erbe aufnehmen und die Kultur weiterführen: Graecia capta ferum victorem cepit.

Anmerkungen.

Zweites Kapitel.

1] G. Le Bon, La Psychologie des Foules, 13e éd., S. 17.

2] Von G. Tarde in L'Opinion et la Foule (S. 187—88) mitgeteilt.

3] Siehe die ausführlichen Darstellungen bei Stoll: Suggestion und Hypnotismus in der Völkerpsychologie.

4] E. G. Browne: A literary History of Persia I, S. 428—36.

5] Raymond d'Agiles, nach Michaud: Histoire des Croisades, livre IV, zitiert.

6] L'Opinion et la Foule, S. 38ff.

7] Von Le Bon (Psychologie des Foules, S. 177) zitiert.

Drittes Kapitel.

1] „Die Gesellschaft", herausg. von Martin Buber, Band 14—15.

2] Die „Zukunft", 29. Januar 1910.

3] Eduard Meyer, Geschichte des Altertums, I. Bd. 1. Hälfte (Einleitung. Elemente der Anthropologie). 3. Aufl. Stuttgart und Berlin 1910, S. 11.

4] Ebd. S. 12—34.

5] Martin Hartmann, Die arabische Frage, S. 186ff. u. S. 215.

6] Über die Bedeutung der Superstitionen für die Fixierung der gesellschaftlichen Normen und der rechtlichen Grundlage der Staatenbildung handelt Gustaf F. Steffen, Sociologi. Andra Delen. Social Vidskepelse. Stockholm 1910.

7] Treitschke, Die Politik. I, S. 138.

8] Nach Le Bon, La Psychologie politique (S. 229) zitiert.

9] Aus einem Neuyorker Briefe an die „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung", 29. Aug. 1910.

10] Les dernières Élections en Hongrie et les Roumains. Valenii-de-Munte 1910.

11] „Le Temps", Februar 1910.

12] „Die Greuel von Denshawai", als Feuilleton der Wiener „Neuen Freien Presse" erschienen.

13] „China Gazette", nach den „Hamb. Nachrichten" vom 12. Juni 1910 zitiert.

14] Dr. J. Oestrup in „Vor Fremtid", Nov. 1909.

15] La Psychologie politique, S. 93.

16] Eine Abhandlung hierüber von Professor Max Huber in der von Dr. Berolzheimer herausgegebenen „Juristischen Festgabe des Auslandes zu Josef Kohlers 60. Geburtstag“ wird in der „Neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung“ etwa vom 1. Oktober 1909 besprochen. Die Abhandlung selbst ist mir leider nicht zugänglich.

17] Voltaire, De la Paix perpétuelle.

18] „Frankf. Zeitung“, 27. April 1910, nach der „St. Petersburger Zeitung“, die ihre Mitteilungen aus der russischen „Rjetsch“ geschöpft hat.

19] Nach der „Neuen Preuß. (Kreuz-)Zeitung“ vom 17. Februar 1909 zitiert.

20] „Neue Preuß. (Kreuz-)Zeitung“, 25. Mai 1910.

21] R. Poincaré, Questions et Figures politiques, S. 78.

22] Lettres de Province, „le Temps“, 1. Febr. 1909.

23] R. Poincaré, Questions et Figures politiques, S. 503.

24] Fernand Faure in der „Revue politique et parlementaire“, Mai 1910, nach einem Feuilleton zum „Journal des Débats“ (25. Mai 1910) zitiert.

25] „Revue Bleue“, nach der „Frankf. Zeitung“ (etwa 1. April 1910) zitiert.

26] American Commonwealth II, S. 400.

27] Ebd. II, S. 488.

28] Ein solcher Fall wird in den „Hamb. Nachrichten“ (29. Juni 1910) in einem Briefe aus Neuyork angeführt.

29] Korrespondenz zum „Berl. Tageblatt“ vom 29. Oktober 1909.

30] Les Mécomptes du Libéralisme, „Revue des Deux Mondes“, Mai 1885, in La Révolution et le Libéralisme (1890) abgedruckt.

31] „Frankf. Zeitung“, Korrespondenz aus Madrid, datiert den 30. März 1910.

32] Nach der „Köln. Zeitung“ (etwa 28. Mai 1909) zitiert.

33] Ebd.

34] La Démocratie et le Régime parlementaire. Brux., Paris 1884.

35] Le Contrat social I. 6.

36] Ebd. I. 7, 9, II. 4.

37] Ebd. IV. 2.

38] Popular Government, London 1885, S. 158 ff.

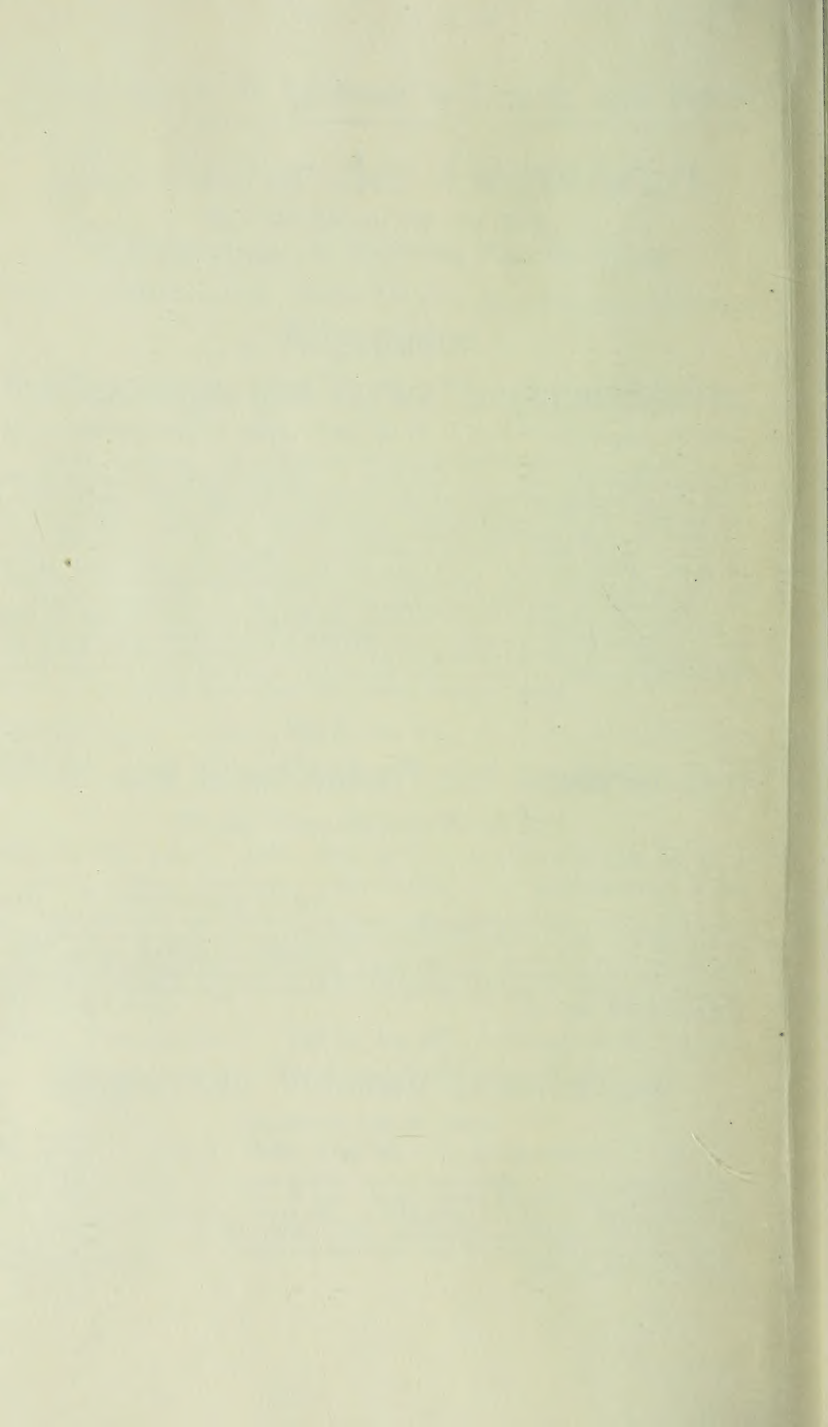
39] Der Ausdruck ist vielleicht zuerst von dem dänischen Schriftsteller J. L. Heiberg gebraucht worden („Von der Autorität“).

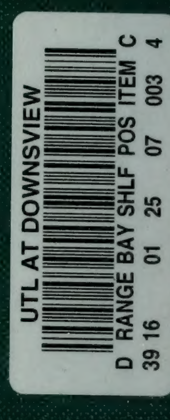
40] La Démocratie et le Régime parlementaire, S. 195 ff.



Druck von B. G. Teubner in Leipzig.






UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 16 01 25 07 003 4